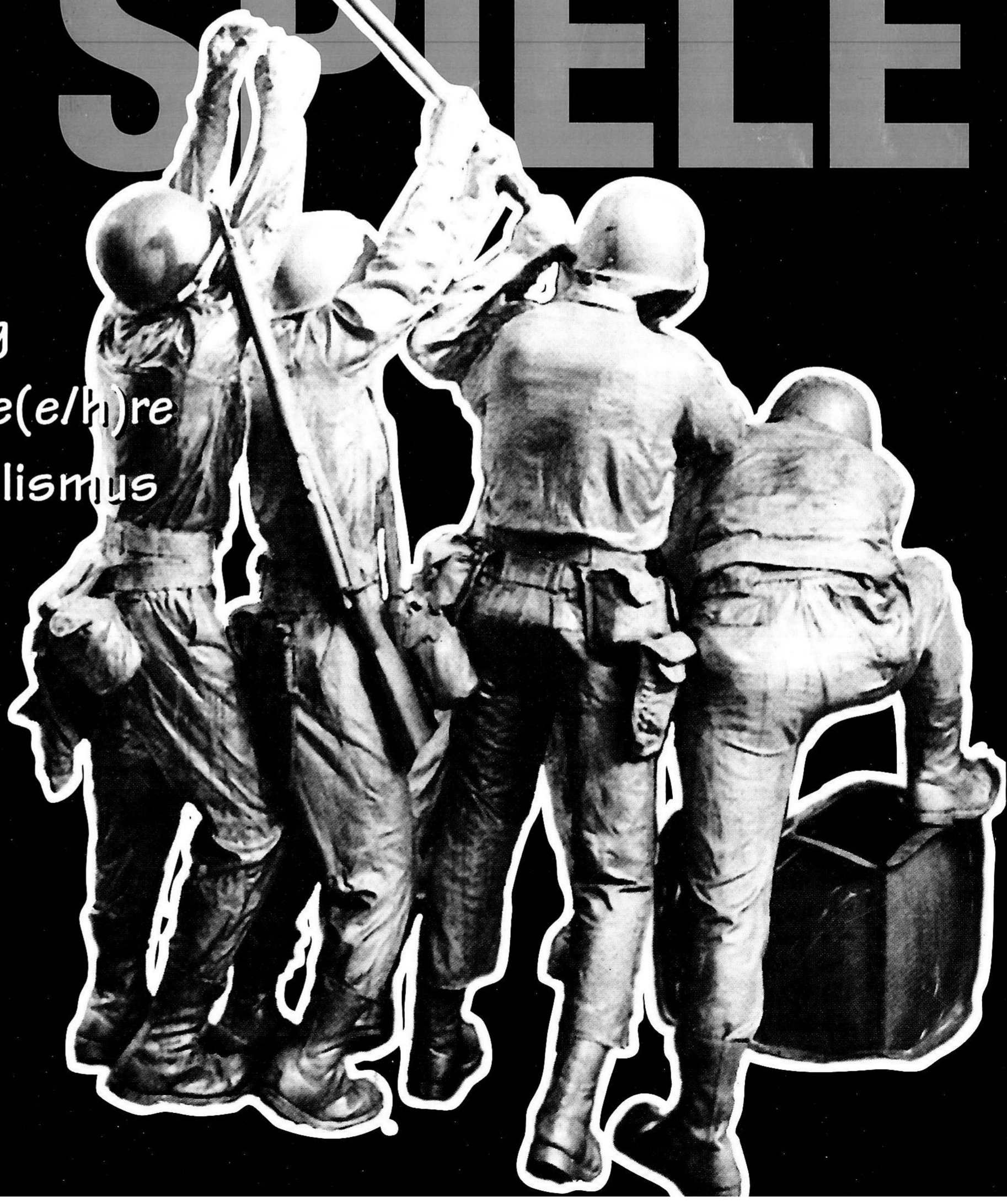
links

SOZIALISTISCHE ZEITUNG

PLAN eten SPIELE

Abschiebung
Bewegungsle(e/h)re
DM-Nationalismus



Offenbach Nr. 308/309 28. Jahrgang W: DM 13,– / O: DM 10,– Jan./Feb. '96

editorial

links 1/2,96

543 von 80 Millionen mit BRD-Paß wollten es so: 4000 Deutsche ziehen in den Krieg nach Ex-Jugoslawien, um den Verhandlungsergebnissen von Dayton militärischen Nachdruck zu verleihen. Ifor nennt sich die tolle Nato-Truppe, die mit ihren 60.000 Soldaten Peacemaking in bester Großmächte-Tradition betreiben will. Während sich bundesrepublikanische Ex-Linke immer noch schwer tun, ihre bellizistische Wende moralisch zu unterfüttern, geht US-Präsident Clinton wesentlich unverkrampfter mit seiner eigenen Vergangenheit um. Um vom Vietnam-Drückeberger zum Oberbefehlshaber einer der größten Armeen der Welt zu mutieren, bedarf es schon anderer Sprünge: Seinen ersten Besuch bei der 1. Panzerdivision der US-Streitkräfte in der BRD im letzten Jahr nutzte er entsprechend, um den Willen seiner Administration kundzutun, auch in Ex-Jugoslawien so militärisch perfekt zuzuschlagen, wie einst im Irak – auch wenn das ja eigentlich nicht gewollt sei. Die erfolgreichste „89stündige Schlacht" in der Nachkriegsgeschichte sei schließlich nicht umsonst geschlagen worden, sondern dient seitdem vielmehr als Meßlatte für perfekte militärische Eingriffe unter NATO-Regie. Die deutschen Sandkastenstrategen hätten nur allzu gerne ebenso erfolgreiche Militäroperationen vorzuweisen, ihr jetziger out of area-Einsatz läßt sie hoffen. Zudem: Feldpost unterm Weihnachtsbaum gab es schon lange nicht mehr und schweißt Familienbande zusammen. Die Verhandlungsergebnisse von Dayton hingegen bleiben unkritisiert. Die Ethnifizierung des Krieges wird dort für einen anvisierten Frieden fortgeschrieben. Das liberale Gegenmodell „Multikultur" wird der geplanten Aufteilung als Alternative in der scheinbar unvermeintlichen Dichotomie „Teilung oder Mischung" (FR) gegenübergestellt. Wer sich auf die Kategorie der Ethnie nicht einläßt, hatte schon in der Debatte um den Krieg in Ex-Jugoslawien nichts zu melden und wird sich wohl in den Auseinandersetzungen um die Ausgestaltung des Friedensprozesses erst gar nicht mehr zu Wort melden dürfen.

Die Ethnifizierung sozialer Konflikte ist auch Politik in der BRD. Asyl- und Innere Sicherheitsdebatte waren geprägt von der Anstrengung, den deutschen Volkskörper von Bösem und Undeutschen zu reinigen. Daß gesetzliche Maßnahmen auch richterlich überprüft werden können, muß dem nicht unbedingt widersprechen. Das Bundesverfassungsgericht widmete sich Ende des Jahres einer solchen Überprüfung des sich immer noch „Asyl" nennenden Rechts im Grundgesetz und den – wie es so schön heißt – alles weitere regelnden Gesetzen. Ein Ortstermin auf dem Frankfurter Flughafen und mehrere Tage der Anhörung von KritikerInnen der gesetzlichen Regelungen und Rechtsvertretern der Bundesregierung boten den Richtern ein Bild der Unkoordiniertheit und Fehlerhaftigkeit – nicht etwa der Gesetze selbst, sondern der praktischen Arbeit der deutschen Abschiebemaschinerie. Es gäbe beispielsweise „Mängel" bei der Drittstaatenregelung oder tragische Einzelfälle von zu unrecht abgeschobenen Asylbewerbern. Wie uns die humanistische Staatsideologie tagtäglich einhämmert sei schließlich jeder Mensch ein Mensch und verdiene Gleichbehandlung vor dem Gesetz, wie sehr auch diese Gesetze im Widerspruch dazu stehen. Gegen Nachbesserungen könne doch schließlich niemand etwas haben und so übt sich die Bundesregierung selbst fleißig in Selbstkritik, wohl wissend, daß das Gesetzeswerk selbst keineswegs in Gefahr steht, an zentralen Punkten angeriffen zu werden. Das für Ende Februar erwartete Urteil des BVG wird die Abschiebepraxis der BRD nicht wesentlich ändern, solange der völkische Konsens diese stützt, werden sich die Parteipopulisten hüten, einen Kurswechsel einzuschlagen. (Zur Abschiebepraxis vgl. auch den Beitrag von Friedericke Lindenberg auf S. 8ff.)

Errata: inzwischen zur festen Einrichtung geworden, läßt sich an dieser Stelle diesmal nur wenig, aber dafür Gravierendes vermelden. Der *links*-LeserIn wird aufgefallen sein, daß in der letzten Nummer, insbesondere im Schwerpunkt, neben dem Versuch, thematisches Neuland zu betreten, auch beabsichtigt war, neue AutorInnen für diese Zeitschrift zu gewinnen. Umso unverzeilicher, daß eine neue Autorin gleich in ihrem ersten *links*-Artikel unter falschem Namen angekündigt wurde: Jessika Nitschke, selbstverständlich ohne z. Wir entschuldigen uns bei Autorin und LeserInnen.

Bei der letzten öffentlichen Heftkritik-Sitzung im alten Jahr machten wir die Erfahrung, daß diese Einrichtung auf reges Interesse stößt. Dementsprechend werden wir auch diese Nummer wieder zur Debatte stellen und zwar am Donnerstag, den 25. Januar um 19.30 im Frankfurter Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5 (1. Stock). Alle LeserInnen sind hierzu herzlich eingeladen.

die redaktion

Impressum

REDAKTIONSADRESSE:
Sozialistisches Buro,
Postfach 10 20 62, 63020 Offenbach
Tel.: 069 / 88 50 06 Fax: 069 / 82 11 16

REDAKTION: Natascha Apostolidou, Stefan Armborst, Ulrich Brand, Uwe Fahr, Christoph Görg, Rosi Karges, Eva-Maria Krampe, Thomas Kunz, Jörg Lauterbach, Ludi Lodovico, Gottfried Oy, Jens Winter

HERAUSGEBERINNEN: Elmar Altvater, Ursula Beer, Klaus Briegleb, Andreas Buro, Josef Esser, Wolfgang Fach, Eike Hennig, Joachim Hirsch, Arno Klönne, Silvia Kontos, Hans-Martin Lohmann, Mohssen Massarrat, Ingeborg Maus, Margit Meyer, Wolf-Dieter Narr, Oskar Negt, Joachim Perels, Roland Roth, Bernd Röttger, Gert Schäfer, Heinz Steinert, Klaus Vack, Edgar Weick

STÄNDIGE MITARBEITER:
Colectivo *La Guillotina* (Mexico), Robert Detobel, Holm-Detlev Köhler (Spanien), Felix Schneider

REDAKTIONSBÜRO: Thomas Kunz, Gottfried Oy

VERLAG UND VERTRIEB: Verlag 2000 GmbH, Bleichstr. 5-7, Postfach 10 20 62, 63020 Offenbach

SATZ: Birgit Letsch, Verlag 2000 GmbH

TITELBILD: Gestaltung Gunnar Lieb

LAYOUT: Thomas Kunz, Birgit Letsch, Gottfried Oy

DRUCK: Ehgart & Albohn GmbH, Fernwald

ERSCHEINUNGSWEISE: zweimonatlich, 6 Ausgaben im Jahr
ISSN: 0024-404-X

REDAKTIONSSCHLUSS für die März/April-Ausgabe 15. Feb. 1996

BEZUGSBEDINGUNGEN: Doppelheft W: DM 13,– / O: DM 10,– Jahresabo W: DM 75,– / O: DM 50,– incl. Versand. Luftpostpreise auf Anfrage. Ermäßigtes Abo DM 56,– gegen Vorlage einer Bescheinigung.
Abbestellungen müssen spätestens bis 30.09. vor Ende des Kalenderjahres schriftlich erfolgen. Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, auch auszugsweise, ebenso Übersetzungen und fotomechanische Vervielfältigung von Beiträgen, bedürfen der vorherigen schriftlichen Genehmigung des Verlages. Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für Überschriften und Zwischentitel ist die Redaktion verantwortlich. Für Beiträge in *links* wird kein Honorar gezahlt. Texte sollten auf einer 5 1/4 oder 3 1/2 HD-Diskette (bitte ohne eingebaute Fußnoten) eingeschickt werden.
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 10.

EIGENTUMSVORBEHALT: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. Zur Habenahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

4 Streik in Frankreich
Ludi Lodovico kommentiert die Auseinandersetzungen um die „Sozialreform“

5 Im Bund regierungstauglich
Eine Beurteilung grünen Ringens um politische Macht von Ulrich Brand

6 Starke Mark für wen?
DM-Nationalismus oder Währungsunion? Laut Joachim Hirsch die falsche Frage

8 Dienstweg
Aspekte der Abschiebemaschinerie beschreibt Friederike Lindenberg – und was dagegen zu unternehmen sei

11 Welche Zukunft? Welche Politik? Welche Natur?
Stefan Armborst befragt Elmar Altvater zu der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“

15 Biologismen
Naturwissenschaft und Kritik. Von Michael Weingarten

18 Ende des „unheiligen“ Krieges?
Björn Aust über den Bürgerkrieg in Algerien und die Präsidentschaftswahl vom 16. Nov.

21 Menschenrechte? Aber sicher
Shell, die nigerianische Junta und die Hinrichtung Ken Saro-Wiwas. Michael Stötzel über die Argumentation eines Multis

PLANetenSPIELE

22 PLANetenSPIELE
Redaktionelle Anmerkungen zum Schwerpunkt

24 Der Fall Irak
Sabah J. Mohamed über Gewinner und Verlierer des Golfkonfliktes und das eigentlich Neue an der Neuen Weltordnung

26 Clintons New World Order ist die alte
Konrad Ege über US-amerikanische Machtstrategien

29 Periphere Politik
Die Fragwürdigkeit allgemeiner Kategorien und die globale Heterogenität sozialer Auseinandersetzungen. Von Jens Winter

32 Neue Allianzen
Die NATO im Spannungsfeld Rußlands und Europas. Peter Linke wirft einen Blick auf zukünftige Sicherheitsstrukturen

35 Als die USA für die UNO Krieg führten
Lutz Herden über die Nach(golf)kriegsordnung und die Legitimationskrise der UN

38 WELTverGESELLSCHAFTung
Bernd Röttger plädiert für eine kritische Theorie kapitalistischer Globalisierung

41 Neuer Widerstand
Stefan Armborst und Jens Winter im Gespräch mit Gustavo Esteva (Mexico)

45 *tellerwäscher*
❶ Rapper oder lieber Bulle? ❷ Maquila-Kampagne ❸ Big Wim is dead ❹ Balance der Kategorien ❺ Hattet Ihr Schiß dabei? ❻ Vorurteilslose Analyse ❼ Zustand des Subjekts ❽ Nachhilfeunterricht? ❾ Lagerpolitik ❿ Verquast ⓫ Eingefahren

51 Bewegungsle(e/h)re
Das Konzept Gegenöffentlichkeit und die (radikale) Linke. Fragen und Antworten der autonomen a.f.r.i.k.a.-gruppe / mittlerer neckar

55 „... daß Du so bist wie Du bist“
Nichts ist so wie es ist – für Gottfried Oy

LUDI LODOVICO

Streik in Frankreich

Der Streik in Frankreich schlägt große mediale Wellen – zumal in der BRD, wo sich Staubürger gar nicht an den Gedanken gewöhnen können, daß in einer Metropole wie Paris das Auto längst ein marginales Transportmittel geworden ist, das außer Touristen und Durchreisenden fast nur reiche Parkplatzbesitzer täglich und tagsüber benützen. Was los ist, wenn sich die Pariser Bevölkerung und die Pendler in die Autos, die sie natürlich in etwa proportionaler Verteilung wie hierzulande besitzen, tatsächlich hineinsetzen und versuchen, zur Arbeit zu fahren, meldet das deutsche Fernsehen dann als Rekordstau – 470, 510, heute 550 km Stau. Mit der politischen Dimension des Staus hat solche exotische Berichterstattung nichts zu tun. Tatsache ist, daß das Leben fast überall, fast normal, nur etwas komplizierter weitergeht. Das liegt nicht primär an gallischem savoir vivre, sondern daran, daß es eben bislang nur der öffentliche Dienst ist, der streikt. Zu ihrem Arbeitsplatz kommen jene, die einen haben, irgendwie hin, und Waren sind überall zu haben – alles nur etwas später. Die einzigen, die gar nicht kommen, sind die Kunden, die aufschiebbare Einkäufe besser auf Verkehrstage verschieben.

Und diese Tatsache ist die politische Achillesferse des Streiks: es streikt bislang ausschließlich der öffentliche Sektor, denn die wirtschaftliche und rechtliche Situation im privaten ist so, daß jeder, der noch einen Arbeitsplatz hat, diesen gerne behält. So wie es in Frankreich bei Streiks praktisch keine finanzielle Unterstützung gibt, so funktioniert auch das Kündigungsrecht der Kapitalseite aus „wirtschaftlicher Notlage“ wie ein Passepartout zum Feuern. Dem will niemand einen Vorwand bieten durch einen vom Zaun gebrochenen Streik. Und irgendwann wird die Solidarität mit den Kollegen von der Bahn, die zwar auch für die Arbeitenden im privaten Sektor und deren Interessen an der Aufrechterhaltung sozialstaatlicher Standards streiken, aber diesen auch den Alltag erschweren, in sich zusammenbrechen.

Die Streikursache ist nicht die eine oder andere staatliche Sanierungsmaßnahme für den Haushalt und die Sozialversicherung, wie sie die Regierung Juppé durchdrücken möchte. Dieser ganze Sanierungsplan brachte nur das Faß zum überlaufen. Das Land ist seit Jahren in einer katastrophalen Lage: Massenarbeitslosigkeit, Massenarmut und der desolate Zustand des Bildungswesens sind nur die auffälligsten, aber nicht die einzigen Indizien. Und Jacques Chirac trat im Wahlkampf auf wie einer, der der Misere ein Ende machen möchte (und könnte). Der seit De Gaulle begabteste Demagoge rief zum „Krieg gegen das Elend“ auf und versprach den Fernsehzuschauern den „Wind der Hoffnung“ zu erzeugen. Nach weniger als einem halben Jahr hat sich der „social-chiraquisme“ als das herausgestellt, was er war: ein wahltaktisch geschickt lancierter Werbeslogan, mit dem der Mitbewerber aus dem bürgerliche Lager – Edouard Balladur – besiegt werden konnte. Chirac versprach „den Fortschritt für alle“ zu verwirklichen, und eine medial mürbe gemachte Mehrheit nahm ihm derlei Zeug ebenso ab, wie seine lächerliche Prognose „Aids zu besiegen“ oder die jedes DDR-Format übertreffende Abscheulichkeit von Pariser Vorstädten „dörflich zu gestalten“ und dort „eine neue Lebenskunst“ zu installieren. Diese „Kunst“ kam in Form von mehr Polizei und Repression, und alle anderen Versprechungen zerstoben nach dem Wahltag zu rhetorischem Dunst. Den Streikenden geht es nicht um das eine oder andere Lohnprozent oder „Privilegien“ von Staatsdienern, sondern schlicht um ihre Zukunft und die eines Landes, in dem sich nichts mehr bewegt außer die Kontostände der happy few (die höchstens 20 % der Bevölkerung ausmachen) – kurzum, es geht um ein ganzes Land, das bis zu den Knien im Dreck steckt. „Dieser Streik stützt sich nicht auf Ansprüche auf ein Mehr, Immer-Mehr, sondern auf die Furcht vor einem Weniger, Immer-Weniger“ – so der Kolumnist Pierre Georges von *Le monde*. Es geht also um die Sicherung von Arbeitsplätzen und Protest gegen Sozialabbau. Insofern hat der Streik eine emiment politische Dimension. Wenn man das mit der Lage in der BRD vergleicht, kann man sich einmal mehr wundern. Hier werden jahrelang staatlich hoch subventionierte Arbeitsplätze in der privaten Industrie sang- und klanglos wegrationalisiert. Und gegen den Sozialabbau protestieren eher die Kirchen als die Gewerkschaften.

Die Quittung für den dreisten Wahlbetrug präsentieren der konservativen Regierung, die bis über die Ohren in Affären und Kooruptionsfälle verstrickt ist, jetzt die einzigen, die überhaupt streiken können, ohne die eigene Existenz gleich aufs Spiel zu setzen: Arbeiter und Angestellte des öffentlichen Dienstes sowie Studenten. Es ist eher unwahrscheinlich, daß es gelingen wird, die Streikbewegung auf die privaten Sektoren auszudehnen. Vorher werden sich die führenden Gewerkschaften mit der Regierung auf einen Kompromiß einigen, der jeder Seite erlaubt, „das Gesicht zu wahren“, wie es im Jargon heißt.

Prächtige Blüten treibt die mediale Vermarktung des Streiks. Juppés Angriff auf sozialstaatliche Besitzstände heißt jetzt „Sozialreform“. Und die Gaullistenpartei RPR hat im Ernst zur Bildung von Komitees aufgerufen, in den die Benutzer der öffentlichen Verkehrsmittel zusammenschließen und gegen den Streik demonstrieren sollten. Dem Streikrecht soll so „das Recht auf Arbeit“ entgegengesetzt werden. ●

ULRICH BRAND

Im Bund regierungstauglich

Parteitag der Bündnisgrünen

Wer sich auf den „Wettbewerb" mit anderen Parteien in einer parlamentarischen Demokratie einläßt, will irgendwann „die Macht". Das ist eine Erfahrung, die im Westen dieses Landes unter anderem anhand der Grünen gemacht wurde und auch nicht sonderlich neu ist. Es soll hier gar nicht lamentiert werden, daß es sich bei den Bündnisgrünen heute in vielen Fragen um eine ganz normale Partei handelt. Allerdings verdeutlicht es den Zustand des hiesigen Parteiensystems, *wie* die Partei bzw. ihre professionellen VertreterInnen besagte Macht wollen. Zumal auf Bundesebene. Und da wurde am ersten Dezemberwochenende auf dem Parteitag von Bündnis 90/Die Grünen wieder einmal einiges an Anschauungsmaterial geliefert.

Im Grunde ging es um eine Frage: Ob und vor allem wie soll die Bundeswehr sich an NATO- oder UNO-Einsätzen beteiligen, Frieden „schaffend" oder „erhaltend", an Kampfeinsätzen teilnehmend oder sie unterstützend? Hubert Kleinert, der den Antrag der „Realos" zu den Kampfeinsätzen der Bundeswehr formulierte und neben Fischer von den Medien zum „Star" gemacht wurde, rief in die Mikrophone: „Diesmal geht es mir wirklich um die Sache. Es geht mir um die Menschen in Bosnien!" Abends in Männer-besetzter Runde beim *Talk im Turm* brüllte derselbe Kleinert seine Kritiker an: „Was soll den sonst geschehen!?"

Anstatt die eigene Ohnmacht, nicht nur die der Bündnisgrünen, sondern die der gesamten „internationalen Öffentlichkeit", und das ganze Dilemma des politischen Versagens aufzuzeigen, wurde der bündnisgrüne Parteitag zur Bühne, um das Ob und Wie der Militarisierung der deutschen Politik zu debattieren. Es geht gar nicht mehr um das, was war, um die Rolle von UNO, USA, EU u.a. in diesem Krieg. Letztere sollen nun mit militärischen Maßnahmen den „Frieden" bringen. Aufgabe einer Partei wie der Bündnisgrünen, die sich ja immerhin in der Tradition der Friedensbewegung versteht, wäre es zumindest, auf politischen Lösungen, wie immer die genau aussehen mögen, zu insistieren, die im Abkommen von Dayton ja durchaus vorgesehen sind, aber in der militärischen Option unterzugehen drohen. (Ob Clinton über seine eventuelle Wiederwahl hinaus Truppen in Bosnien stationiert lassen wird, um für „Frieden" zu sorgen, ist ohnehin zweifelhaft.) Außerdem geht es darum, der demokratischen und pazifistischen Opposition in den vom Krieg betroffenen Ländern Gehör zu verschaffen, innergesellschaftliche Opposition und Machtverschiebungen zu stärken. Diese Notwendigkeiten sind bekannt und ihre konsequente Ausblendung auf dem Bremer Parteitag läßt vermuten, daß es eben weniger um die „Sache" und die Menschen im ehemaligen Jugoslawien geht.

Grünenforscher Joachim Raschke brachte in einem Radiokommentar am Montag nach dem Parteitag die Dinge auf den Punkt: Die Bündnisgrünen hätten einmal mehr ihre Regierungsfähigkeit bewiesen. Daß schließlich der Antrag der Gruppe um Trittin und Vollmer angenommen wurde, ist dabei wenig schädlich. Die Schnelligkeit, mit der die Fischer-Position, die vor einigen Jahren innerhalb Bündnis 90/Die Grünen undenkbar gewesen wäre, auf fast 40 Prozent Zustimmung kam, macht deutlich, wie Debatten lanciert und bestimmte strategische Optionen durchgesetzt werden. Die Abstimmung am Mittwoch darauf im Bundestag verdeutlicht das: Große Teile der bündnisgrünen Bundestagsfraktion stimmte mehrheitlich gegen den eigenen Parteitagsbeschluß und folgten der Fischer-Linie. Die Bündnisgrünen sind damit Teil des Parteienkonsenses, daß nämlich außenpolitische Grundsatzfragen einvernehmlich entschieden werden. Es erfolgte der parteipolitische Schulterschluß in Sachen deutscher und europäischer „Verantwortung". Dieses rasche Einschwenken auf hegemoniale Politikkonzepte gegen den erklärten Widerstand breiter Teile der Partei verschafft Fischer und der Fraktion Anerkennung beim politischen und medialen Establishment. Die Bündnisgrünen um Fischer herum sind hoffähig, der „Rest" innerparteilich zwar stark, aber nicht durchsetzungsfähig.

Die Instrumentalisierung einer wichtigen außenpolitischen Diskussion, mit der die nationalen Wahnbedürfnisse in die Akzeptanz durch Medien, andere Parteien und natürlich bündnisgrüne Stimmen verwertet werden sollen, war der Zweck des Parteitages. Das Thema der Auslandseinsätze der Bundeswehr kam Fischer und Co. gelegen, um auch in außenpolitischen Fragen Konsens mit den westdeutschen Altparteien herzustellen. Während die parteipolitische und publizistische Wadenbeißerei nach dem jüngsten SPD-Parteitag ihre Köstlichkeiten hatte (der Chefredakteur der *Wirtschaftswoche* sieht mit Lafontaine den Sozialismus zurückkommen), nicken die bürgerlichen Medien den Parteitag der Bündnisgrünen mit Wohlwollen ab. Die *FAZ* feiert Fischer.

Auch in anderen zentralen Fragen wie der Asyl- oder Wirtschaftspolitik setzen sich immer wieder strategische Optionen durch, die sich den westdeutschen Altparteien annähern. Und zwar nicht nur als rotgrüne, sondern auch als schwarz-grüne Variante. Herrschaftskritische Positionen, die in bestimmten Fragen auf einen starken Rückhalt innerhalb der Partei zählen können, werden nach außen hin plattgemacht. Ähnlich wie jüngst in der Frage der Kampfeinsätze der Bundeswehr verhielt es sich vor einigen Jahren mit dem wirtschaftspolitischen Programm „Wege zu einer solidarischen und ökologischen Weltwirtschaft", das innerparteilich durchaus auf Zustimmung stieß. Nach außen hat sich aber inzwischen Fischers neoliberale Position durchgesetzt.

Ein politischer Machtverlust der jetzigen Regierungskoalition, das zeigte der Bremer Parteitag, wird die nationalistische Hegemonie nicht brechen. Die neoliberale Ausrichtung der Wirtschaftspolitik im sich globalisierenden Kapitalismus schon gar nicht, denn Alternativen werden auch von Bündnis 90/Die Grünen angesichts der Machtversessenheit der innerparteilichen Eliten nicht mehr thematisiert. Hauptsache ab 1998 fährt Fischer in der Regierungstruppe mit nach China, um für Auslandsinvestitionen zu werben, wobei es ihm ziemlich egal sein dürfte, ob er das unter Kanzler Lafontaine oder Kohl oder sonstwem tut. Zu befürchten ist auch, daß trotz des Bremer Parteitages der Bündnisgrünen im ehemaligen Jugoslawien dann kein Frieden herrscht, sondern die dortigen Kriegstreiber weiterhin fest im Sattel sitzen und jede Opposition unterdrückt wird – vielleicht sogar mit Hilfe der NATO. Die Erfahrung mit dem zweiten Golfkrieg zeigt: Halb so schlimm für die bündnisgrünen Minister, denn die Themen werden andere sein. ●

JOACHIM HIRSCH

Starke Mark für wen?

Anmerkungen zu einem populistischen Possenspiel

Börsendienste wie Anlageberater schüren Panikstimmung und schon wieder sind die Besserverdienenden dabei, ihr nach der letzten Steuerfluchtwelle noch hiergebliebenes Geld in die Schweiz oder auf die Bahamas zu schaffen. Schließlich sei die harte Mark in höchster Gefahr. Sachverständige, Politiker und Bankbosse haben einige Mühe, ihr verunsichertes Klientel zu beruhigen. Die Reihe der Maastricht-Gegner ist wahrhaft bunt und reicht von Gerhard Schröder über Augstein und Gauweiler bis Schönhuber. Bevor er durch einen besseren Populisten ersetzt wurde, hatte zuletzt auch noch der SPD-Vorsitzende Scharping versucht, mit einem nationalistischen Schlenker gegen die europäische Währungsunion den massenhaft flüchtenden Wählern hinterherzulaufen. Angesichts des Zustands dieser Partei durfte das niemand mehr wundern.

Selten hat das Wort vom Geldfetisch so zugetroffen wie in dieser Debatte, in der sich der DM-Nationalismus besonders platt äußert. Daß Geld keine Sache, sondern ein soziales Verhältnis ist, wer von unseren Wirtschaftspolitikern und -experten versteht das überhaupt noch? Wer hat denn nun etwas von einer „starken" Mark? Was nützt sie denen, die davon immer weniger in der Tasche haben? Wer profitiert von einer „nationalen" Währung? Inwieweit kann es sie im sich globalisierenden Kapitalismus überhaupt noch geben? Wer hat denn nun eigentlich Vorteile von einer europäischen Währungsunion? Wer verliert und warum? Darüber redet niemand. Als wäre die „Stabilität" einer Währung ein Wert an sich. Der frühere Bundeskanzler Schmidt hatte in klassisch keynesianischer Manier einst verkündet, sechs Prozent Inflation seien besser als sechs Prozent Arbeitslose. Da wurden immerhin noch gesellschaftliche Zusammenhänge und Interessen thematisiert. Eine öffentliche Debatte um die wirtschaftspolitischen Hintergründe und Entscheidungsalternativen findet heute nicht mehr statt. Dies nicht zuletzt deshalb, weil es keine ernstzunehmende politische Opposition gibt, die aufzeigt, um was es wirklich geht: um Macht, Herrschaft und durchaus definierbare ökonomische Interessen.

Blicken wir kurz zurück: die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft war wesentlich ein Produkt der Niederlage des deutschen Faschismus und des Kalten Krieges. Sie sollte den ökonomischen Wiederaufbau des kriegszerstörten Europas als Bollwerk gegen die Sowjetunion abstützen und zugleich die Bundesrepublik Deutschland in ein kontrollierendes Geflecht internationaler Verträge und Institutionen einbinden. Das Ergebnis war beeindruckend: Westeuropa erlebte einen enormen wirtschaftlichen Aufschwung und mauserte sich neben den USA und Japan zu einem beherrschenden kapitalistischen Zentrum. Die Erfolgsgeschichte entfaltete ihre eigene, auf wachsende ökonomische und politische Integration drängende Dynamik. Politisch gestützt wurde das europäische Projekt vor allem durch ein komplexes hegemoniales Arrangement zwischen Frankreich und Deutschland: Die Bundesrepublik war zu fortwährenden finanziellen Zugeständnissen bereit und gestand Frankreich eine politische und militärische Führungsrolle in Europa zu. Davon hat sie am Ende am meisten profitiert und konnte ihre ökonomisch bestimmende Rolle immer deutlicher ausbauen.

Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und dem Anschluß der DDR haben sich die Grundlagen dieses Arrangements entscheidend verschoben. Der europäische Osten und Südosten geriet zum umkämpften ökonomischen Einfluß- und Interessengebiet und das wirtschaftliche Übergewicht des zusammengeschlossenen Deutschland wurde erdrückend. Damit funktionierte auch die deutsch-französische politische und militärische Arbeitsteilung innerhalb der Europäischen Union immer schlechter. Schon mit der gegen die Interessen (nicht nur) Frankreichs durchgesetzten Angliederung der DDR wurde dies deutlich und fand mit der deutschen Einmischung im Jugoslawienkonflikt eine verheerende Fortsetzung. Deutschnationales Großmachtstreben – militärisch ebenso wie ökonomisch – wurde wieder zur politischen Option.

Das populistische Gezänk um die DM verschleiert systematisch, daß es um eine Auseinandersetzung um eben diese längerfristigen Optionen deutscher Politik geht. Zur Entscheidung steht eine Fortsetzung der europäischen Integrationsstrategie mit der Einführung der Euro-Währung als weiterem deutschen Zugeständnis an den Integrationsmechanismus auf der einen, und eine Politik des nationalen Alleingangs auf der anderen Seite, die die Europäische Union faktisch zu einer Freihandelszone unter deutscher Vorherrschaft zurückbilden würde. Faktisch unterliegen die europäischen Währungen nämlich schon längst dem Diktat der Bundesbank. Die Frage ist, ob diese durch die nicht zufällig ebenfalls in Frankfurt residierende Europäische Zentralbank abgelöst werden soll. Von Deutschland aus betrachtet sind *beides* Hegemonialstrategien. Sie haben allerdings höchst unterschiedliche Konsequenzen nicht nur für die kapitalistische Ordnung Europas und der Welt, sondern auch für die politisch-sozialen Kräfteverhältnisse hierzulande.

Angesichts der geschichtlichen Erfahrungen und der nationalistisch-rassistischen Entwicklungen in Deutschland gab und gibt es gute Gründe, die Integrationsoption zu unterstützen. Dennoch bleibt zu fragen, wer dabei die Gewinner und Verlierer sind. Die Antwort darauf fällt nicht leicht, weil die Interessenskonflikte quer durch die Klassenlager hindurchgehen und das Verhältnis von Politik und Ökonomie in diesem Falle mehr als komplex ist. Wer von einer Europäischen Währungsunion eindeutig und unbezweifelbar profitiert, ist das internationalisierte Industrie- und Finanzkapital, das sich ein verbessertes Operationsfeld in der globalisierten Ökonomie verspricht. Deshalb auch dessen zäher Kampf für „Europa". Die Schaffung einer gemeinsamen Währung mit einer unabhängig von nationalen Regierungen operierenden europäischen Zentralbank hätte überdies den Effekt, den ökonomischen Regulierungsprozeß von demokratischen politischen Einflußnahmen noch weiter abzukoppeln und das Konzept des „nationalen Wettbewerbsstaates" mit seiner „lean democracy" auf europäischer Ebene ein entscheidendes Stück weiter voranzutreiben. Auch dies ist ein wesentliches Interesse des internationalisierten Kapitals. Nicht zuletzt die Politik der deutschen Regierung, die dessen Interessen am deutlichsten zum

Ausdruck bringt macht dies deutlich. Sie vor allem besteht auf einer weitgehenden „Autonomie" der europäischen Zentralbank und verlangt harte Richtlinien, die die nationalen Regierungen eventuell unter Sanktionsandrohungen an noch engere Währungs- und finanzpolitische Spielräume binden würde.

Schaut man also hinter den DM-Fetisch, so wird erkennbar, um was es in der Auseinandersetzung eigentlich geht: um die politische Form eines sich global reorganisierenden Kapitalismus. Nicht so sehr eine Währung ist es, die vom Aushöhlen und Weichmachen bedroht ist, sondern die noch vorhandenen demokratischen Institutionen und Prozesse. Diesbezüglich sind Warnungen durchaus angebracht. Weil das liberaldemokratische Institutionengefüge nur auf nationalstaatlicher Ebene mehr schlecht als recht funktioniert, bedeuten nationalstaatliche „Souveränitätsverluste" in der Tat eine Aushöhlung der noch vorhandenen Demokratie. Die Spielräume für sozial- und beschäftigungspolitische Interventionen würden noch weiter eingeengt.

Freilich ist die nationalistische Option selbst unter diesem Gesichtspunkt keinesfalls erfreulicher. Im Gegenteil. Was nationale Großmachtpolitik, die Verschärfung internationaler Konflikte und Wirtschaftskriege für die demokratischen Verhältnisse im Inneren bedeuten, ist in der Geschichte gerade dieses Landes hinreichend belegt worden. Von einem weiteren deutschen Alleingang darf man weder demokratische noch soziale Vorteile erwarten. Unter den gegebenen Bedingungen ist die nationale Option eine ganz eindeutig reaktionäre.

Falls die deutschen BürgerInnen in bezug auf die Währungsunion entscheiden könnten – was de facto nicht der Fall ist – dürften sie also bestenfalls zwischen einem größeren und einem kleineren Übel wählen. Die Frage ist allerdings, ob die Entscheidungen nicht schon längst gefallen sind. Vieles spricht dafür, daß die Europäische Währungsunion politisch bereits ad acta gelegt worden ist und Scharping und Schröder nur ausgeplappert haben, was die Regierung längst plant und denkt.

Nicht deshalb, weil es am Ende nur Luxemburg sein wird, das in zwei bis vier Jahren die Maastricht-Kriterien erfüllen kann. So streng sind diese in Wirklichkeit gar nicht. Der Grund ist eher der harte „Stabilitätskurs" der Bundesregierung, der den restlichen Staaten via Euro-Währung kaum noch eigene wirtschaftspolitische Spielräume überlassen und noch deutlicher dem deutschen ökonomischen Diktat unterwerfen würde. Eigenständige Großmachtpolitik betreibt die deutsche Regierung ohnehin immer rücksichtsloser, militärisch, politisch und ökonomisch. In bezug auf das Verhalten gegenüber Ost- und Südosteuropa liegt das offen auf der Hand. Und das forcierte Umrüsten der Bundeswehr zur global operationsfähigen Interventionstruppe spricht für sich. Das Scheitern der Währungsunion könnte allerdings der Beginn einer Rückentwicklung des gesamten Integrationsprozesses mit noch kaum absehbaren Folgen für die politischen Verhältnisse in Deutschland und Europa sein.

Wenn die europäische Integration als global-kapitalistisches Projekt scheitert, dann vor allem daran, daß der Schritt zu einer „Politischen Union" mit funktionsfähigen demokratischen Institutionen auf europäischer Ebene nicht gemacht wurde, daß der Widerspruch zwischen globaler Akkumulation und nationalstaatlicher politischer Form, der für den Kapitalismus grundlegend ist, selbst in diesem Rahmen nicht aufgelöst werden konnte. Von Anfang an war die ökonomische Internationalisierung auf europäischer Ebene ein undemokratisches Projekt und an eben diesem Widerspruch droht sie nun aufzulaufen. Der Rückfall in nationalstaatliche Machtpolitik würde die Situation freilich keinen Deut besser machen.

Die nationalpopulistischen Anti-Maastricht-Kampagnen sind nicht nur abenteuerlich, sondern politisch auch deshalb verheerend, weil sie die realen Interessen, Konflikte und Machtkonstellationen systematisch verschleiern. Das gilt auch dann, wenn sie von angeblich „linker" Seite vorgetragen werden. Auf was es ankäme, wäre der zähe Kampf um eine Demokratisierung der Ökonomie auf *allen* Ebenen, nicht zuletzt auch der europäischen. Statt DM- oder Europa-Ängste zu schüren, könnte man sich ja auch mit den Bedingungen auseinandersetzen, die dazu führen, daß die Menschen wirtschaftliche Vorgänge nur noch als unbeeinflußbar drohendes Schicksal wahrnehmen können. Wer allerdings glaubt, daß es weder eine „sozialdemokratische", noch eine „grüne" oder wie auch sonst gefärbte, sondern nur noch eine „moderne" Wirtschaftspolitik gibt (so der prominenteste Wirtschaftsexperte der SPD), der hat diesen Anspruch längst aufgegeben. Die Preisfrage bleibt, ob die deutschen Politiker zu dumm zum Begreifen sind oder in blankem Zynismus ihre ideologischen Nebelkerzen ausstreuen – und was von beidem nun eigentlich erfreulicher wäre. ●

Europäer

FRIEDERIKE LINDENBERG

Dienstweg

Abschiebepraxis in der BRD

In der preußischen Polizeiverordnung von 1938 taucht Abschiebungshaft unter diesem Begriff erstmalig auf. Damals noch ohne Begrenzung der höchstzulässigen Dauer und ohne die Möglichkeit von Rechtsbehelfen. In der Bundesrepublik Deutschland ist die Abschiebungshaft seit 1965 im AuslG geregelt. Seither wurde das Gesetz verändert und modifiziert, ohne daß es dadurch in seinem Wesensgehalt an Willkürlichkeit verloren hätte. Zunehmende Anwendung findet es jedoch erst seit Beginn der 1990er Jahre, als der Prozeß einsetzte, der seinen bisherigen Höhepunkt auf legislativer Ebene in der faktischen Außerkraftsetzung des Rechtes auf Asyl im Juli 1993 fand.

In den hierzulande in immer größerer Zahl eingerichteten Abschiebungsgefängnissen bildet sich ein Phänomen staatlicher Vertreibungs- und Abschreckungspolitik gegenüber Flüchtlingen und ausländischen Menschen ab. Es läßt sich nicht charakterisieren als Spitze einer auf Abschottung gezielten Politik, sondern erschreckt viel mehr durch seinen Stellenwert als ein Mosaikstein, welcher für die davon Betroffenen in gleich fataler Weise neben den theoretischen Konstrukten, wie der sogenannten sicheren Drittstaatenregelung oder dem Phantast der sicheren Herkunftsländer steht. Während letztere im Zuge ihrer Verhandlung vor dem Bundesverfassungsgericht derzeit in die Öffentlichkeit gezerrt werden, obliegt der Vollzug von Abschiebungshaft weiterhin und weitgehend dem Schweigen und damit einhergehend der Isolation der von ihr betroffenen ausländischen Menschen. Was aus der Abschiebungshaft hinaus in die Öffentlichkeit dringt, sind Ungerechtigkeiten und tragische Konsequenzen, die sich innerhalb der Knäste abspielen. Die Legitimation der Institution bleibt hingegen weitgehend unangetastet. Die öffentliche Diskussion orientiert sich zunehmend an der Verbesserung von Haftbedingungen. Eine ausschließlich in diese Richtung zielende Diskussion verfängt sich jedoch in der ihr eigenen Logik. Die Forderung, Abschiebungshaft abzuschaffen, geht hierbei verloren. Zum einzigen politischen Ziel wird die – unbestritten notwendige – Verbesserung der Haftbedingung. Zudem wird die Bekämpfung von Fluchtursachen nicht länger thematisiert. Die Absurdität wird sichtbar in der damit verknüpften Forderung nach möglichst zügiger Abschiebung, um die unerträglich langen Haftzeiten zu verkürzen.

Es gibt auffallend wenig statistisches Material über Anzahl und Haftbedingungen von Abschiebungshäftlingen. Dies hängt auch mit der hohen Fluktuation in diesem Bereich zusammen. Bestimmte Gruppen von Gefangenen, z.B. Menschen aus Algerien oder Indien, müssen oft die Höchstdauer der Abschiebungshaft (18 Monate) erleiden, da ihr Herkunftsstaat kein Interesse hat, sie zurückzunehmen, und sich weigert Pässe auszustellen. Das dies weit über die gesetzlichen Regelungen hinausgeht, die eine länger als 6 Monate andauernde Haft nur für Gefangene vorsieht, die sich weigern bei ihrer Paßbeschaffung mitzuwirken, reiht sich ein in die unzähligen Rechtsverletzungen, die mit der Abschiebungshaft in vielen Fällen einhergehen. Für Menschen aus osteuropäischen Ländern hingegen, dauert die Haft oft nur wenige Tage, bis sie in ihr Herkunftsland abgeschoben werden. Auch findet sich die Ungenauigkeit der Daten darin begründet, daß Abschiebungshaft unter Länderkompetenz fällt, innerhalb der Länder wiederum wechselweise unter die Zuständigkeit von Innen- oder Justizministerium. Die schätzungsweise 3000-5000 Abschiebungshaftgefangenen, die es bundesweit in der ersten Hälfte 1995 gab, sind je nach Bundesland im Polizeigewahrsam, in Justizvollzugsanstalten oder in eigens dafür eingerichteten Abschiebungsgefängnissen eingesperrt. Die sprunghafte Zunahme der Inhaftierungen verweist auf die Neuerrichtung und Perfektionierung von Abschiebungsgefängnissen. Nordrhein-Westfalen setzt hierbei neue Maßstäbe. In der 2. Hälfte des Jahres 1992 wurden in diesem Bundesland drei, in der ersten Hälfte des Jahren 1994 nochmals vier Abschiebungsgefängnisse in Betrieb genommen. Nordrhein-Westfalen kann sich zudem damit brüsten, den – in der zugrundeliegenden Logik – effizientesten Abschiebungsknast eingerichtet zu haben. Anfang 1994 wurde eine ehemalige belgische Nato-Kaserne als Abschiebungsgefängnis mit einer Kapazität von ca. 600 Gefängnisplätzen eröffnet. Den Umbau ließ sich das Land mehrere Millionen Mark kosten. Wer der sinnlichen Erfahrung dessen, was Abschiebungsgefängnis bedeutet bedarf, sollte sich auf den Weg dorthin machen.

Ein anderes Bild vermittelt der Abschiebungsknast in Offenbach. Dort installierte die hessische Landesregierung unter Federführung der damaligen Justizministerin Hohmann-Dennhardt ein Abschiebungsgefängnis. Der derzeitige Justizminister von Plottnitz setzt diese Linie fort. Für ihn ist es rational begründbar, daß Menschen, die der rechtskräftigen Ausreiseaufforderung nicht Folge leisten, in Haft genommen werden. Auch für ihn geht es in erster Linie darum, im Inneren des Knastes freizügigere Bedingungen zu schaffen als in einer Justizvollzugsanstalt. In den Genuß dieser inneren Freizügigkeit kommen allerdings nur Gefangene, die sich dementsprechend verhalten. Es wäre ja auch ärgerlich, wenn das rot/grüne Modellprojekt durch renitente Gefangene gefährdet würde. Deshalb findet eine Selektion der hessischen Gefangenen statt. Wer ruhig und un-

„Ein Großteil der sich zu Wort meldenden AnwohnerInnen zeigte sich erleichtert...": Anwohnerinnen.

auffällig ist, darf die Vorzüge der Offenbacher Abschiebungshaft in Anspruch nehmen, wer sich nicht zu benehmen weiß, bleibt bspw. in Kassel.

Nebenbei wurde mit der Einrichtung der Abschiebungsgefängnisse sowohl in Büren als auch in Offenbach dem Willen der lokalen Bevölkerung Genüge getan. In Büren wurde zu Gunsten des Knastes gegen ein geplantes Sammellager entschieden. Ein Großteil der sich zu Wort meldenden AnwohnerInnen zeigte sich erleichtert, daß letztlich eine Einrichtung entstand, aus der die ausländischen Menschen nicht hinaus und in den Ort hinein können. Offenbach handelte die Quote der aufzunehmenden Asylsuchenden auf die Hälfte der vom Land Hessen vorgesehenen Anzahl von Menschen herunter. Als Bonbon dürfen Abschiebungshäftlinge auch noch in das Kontingent einbezogen werden.

In Offenbach werden ungefähr 60 Menschen über einen längeren Zeitraum festgehalten. Im Laufe der ersten Hälfte 1995 waren dort 230 Gefangene inhaftiert, von denen ein Drittel abgeschoben wurde, ein weiteres Drittel jedoch wieder in Freiheit kam. Dies liegt an der praktischen Fehlanwendung des juristischen Verfahrens, das der Abschiebungshaft zugrunde liegt. Wenn die Gefangenen die Möglichkeit haben, einen Anwalt oder eine Anwältin einzuschalten, sind die Chancen, noch einmal der konzeptionierten Zwangsläufigkeit von Abschiebung zu entkommen, recht hoch.

Abschiebung richtet sich gegen AusländerInnen, die über keinen Aufenthaltstitel in der Bundesrepublik Deutschland verfügen.

Abschiebungshaft ist formal definiert als verwaltungstechnische Maßnahme, um eine Abschiebung zu sichern. Der Weg, der für den/die Betroffene in der Abschiebungshaft endet, kann sehr unterschiedlich sein. Flüchtlinge, deren Asylerst- und/oder Folgeantrag abgelehnt wurden, können ebenso der Abschiebungshaft unterworfen werden wie illegal hier Lebende oder ausländische Jugendliche, die in diesem Land aufgewachsen sind und straffällig wurden.

Die formellen juristischen Rahmenbedingungen der Abschiebungshaft gibt der § 57 des Ausländergesetzes vor. Hierin sind zwei Formen der Abschiebungshaft unterschieden. Zum einen die Vorbereitungshaft, deren Länge sechs Wochen nicht überschreiten sollte. Sie kann angeordnet werden, wenn über die Ausweisung der Betroffenen nicht sofort entschieden werden kann und die Abschiebung ohne die Inhaftnahme wesentlich erschwert oder vereitelt würde. In der Praxis wird jedoch vor allem die Sicherungshaft verhängt. Diese kann bis zu sechs Monaten angeordnet werden und nochmals um zwölf Monate verlängert werden, wenn der/die AusländerIn die Abschiebung verhindert. Die Abschiebungshaft ist im Gegensatz zur direkten Abschiebung eine Freiheitsentziehungsmaßnahme, und muß somit richterlich angeordnet werden. Die formelle Rechtsförmigkeit setzt der Verhängung von Abschiebungshaft enge Grenzen, insbesondere wenn das verfassungsrechtlich vorgegebene Verhältnismäßigkeitsgebot im Zusammenhang mit dem hohen Stellenwert der Freiheitsrechte beachtet würde. Die faktische Rechtsförmigkeit des Verfahrens ist in vielen Fällen zu verneinen.

Situation der Gefangenen und ihrer Familien

Die Praxis belegt vor allem zwei Mißbräuche des geltenden Rechtes. Erstens wird Abschiebungshaft zu schnell verhängt und zweitens dauert sie zu lange an.

An dieser Stelle bedarf es dringend der Öffentlichkeitsarbeit, um die innerhalb des herrschenden Rechtssystems vorgegebenen Standards einzufordern, und darüber hinaus weiterhin dafür zu sensibilisieren, wie mit Flüchtlingen und ausländischen Menschen hier umgegangen wird. So läßt sich verdeutlichen, daß die Mißstände sich nicht auf Einzelfälle beziehen, sondern daß die faktische Rechtsförmigkeit des Verfahrens strukturell nicht gewährleistet. Gerade innerhalb eines links-liberalen Spektrums wird diese Aufgabe wahrgenommen. Daneben bedarf es einer Strategie, die über den qua Gesetz und Rechtsprechung vorgegebenen Rahmen hinausgeht, um Perspektiven entwickeln zu können, die sich nicht durch pragmatische Vorgaben einengen lassen.

In der Auseinandersetzung um und mit Abschiebungshaft besteht die Gefahr, daß sich das Blickfeld einengt auf die systemisch bedingte institutionelle Ebene. Das Subjekt gerät hierbei in den Hintergrund. Dabei wird das Spannungsfeld deutlich, das sich zwischen konkreter praktischer, solidarischer Arbeit mit und für die Gefangenen und ihre Familien und der Dringlichkeit einer theoretischen Einordnung und Kritik offenbart. Zudem ist der Reduktion der Abschiebegefangenen auf einen Opferstatus entgegenzuwirken.

Von Seiten der Gefangenen kommt es häufig zu Widerstandshandlungen. Hunger- und Durststreiks, Aufstände, Meutereien oder die Weigerung, nach dem Hofgang in die Zellen zurückzukehren, sind nach außen gerichtete Formen kollektiver Verweigerung. Exemplarisch ist hierfür die Revolte in der JVA/Elwe in Kassel im Juli 1994. Motiviert durch schlechte Haftbedingungen und lange Haftzeiten setzten sich etwa vierzig Gefangene zur Wehr. Sie nutzten eine spontan entstandene Situation, nahmen einen Wärter als Geisel und setzten Zellen in Brand. Sie forderten freies

BAHAMAS

Nr. 18 - Winter 1995

Der Fall Deutschland

Historischer Sonderweg oder wegweisendes Vorbild

* Sonderweg: Theorie und Geschichte *
* Staatskritisches zum Kruzifixurteil *
* Ist antideutsch antiquiert? *
* Althussers comeback? *
* Deutsche Interessen in Jugoslawien *
* Bosniakischer Nationalismus *
* Veganismus als 4. Hauptwiderspruch *
* Rechte im Cyberspace *

Abonnement DM 18 für drei Ausgaben; Einzelpreis DM 6
(nur Vorauskasse / Briefmarken)

Fon/Fax: Berlin 030 / 623 69 44, Postfach 306 237, 20328 Hamburg; Konto: E. Müller, Nr. 12005270, Berliner Volksbank; BLZ 100 900 00

ami

Themenheft 12/95

Gewaltfreie Konfliktbearbeitung

Mit Beiträgen von: Peter Billing ● Christian W. Büttner und Barbara Müller ● Rexane Dehdashti ● Theodor Ebert ● Karlheinz Koppe ● Volker Matthies ● Oliver Mietzsch ● Christiane Möcker und Jan Brauns ● Wolfram Rittmeyer ● Christine Schweitzer ● Dirk Sprenger ● u.a.

Abo: 9 Normal-/3 Themenhefte DM 50, Ausland: DM 60. Themen-heft: DM 5 (+Porto). *Probeheft gratis.*
WWW: http://fub46.zedat.fu-berlin.de:8080/~arend/ami.html
Bezug: Telefon/Fax: ++30-215 10 35
e-mail: ami@zedat.fu-berlin.de
✉ Eißholzstr. 11, 10781 Berlin

antimilitarismus information

Geleit nach Frankreich. Als sich abzeichnete, daß sie diese Forderung nicht durchsetzen konnten, wollten sie die Verlegung in die JVA/Wiesbaden erreichen. Bekanntlich wurde diese Revolte im Zuge der Rehabilitierung der GSG9 (nach den Ereignissen in Bad Kleinen ein Jahr zuvor) am darauffolgenden Morgen von eben dieser niedergeschlagen. Solidaritätskundgebungen, die den Gefangenen vor Ort zu Teil wurden, zerschlug das eingesetzte SEK. Den Forderungen der Gefangenen wurde in keiner Weise nachgekommen. Nach ihrer Überwältigung wurden einige von ihnen körperlich mißhandelt – schließlich demonstrierte die Justiz zum Teil mit Höchststrafen (die weit über den Antrag der Staatsanwaltschaft hinausgingen) die Gewalt bundesdeutscher Gesetzgebung. Neben den bitteren Konsequenzen, die die Ereignisse in Kassel für die Betroffenen haben, wird aber auch deutlich, daß kollektiver Widerstand ein Bedrohungspotential beinhaltet, gegen das von Seiten des Staates unter Einsatz massivster zur Verfügung stehender Mittel vorgegangen wird. Abschiebungshaft soll sich im Stillen und Anonymen abspielen. Auch deshalb werden Gefangene, die sich gemeinsam zur Wehr setzen, separiert und alle Gefangenen von der Außenwelt isoliert.

Dies führt zu individuellen Formen des Widerstandes. Es kommt zu Selbstverletzungen – aus nordrhein-westfälischen Abschiebungsgefängnissen ist bekannt, daß es fast täglich zu dieser Form der Gegenwehr kommt. Die dramatischste Form des Widerstandes ist der Suizid. Im Zeitraum von Oktober 1993 bis Juni 1995 nahmen sich in der Abschiebungshaft mindestens zwölf Menschen das Leben. Dazu kommen noch die Ungezählten, weil nicht außerhalb der Knastmauern bekannt gewordenen Suizide und jene, die auch schon vor dem Herbst 1993 vollendet wurden. Die Selbsttötungen werden von Seiten der Verantwortlichen billigend in Kauf genommen, ebenso wie der Tod von Schüblingen. Selbstverletzungen von Abschiebungshäftlingen werden diffamiert, etwa wenn der nordrhein-westfälische Justizminister Rolf Krumsiek in rassistischer Manier einen Zusammenhang herstellt zwischen Verstümmelungen und einem südosteuropäischen Kulturbereich, in dem Selbstbeschädigungsverhalten nicht selten sei.

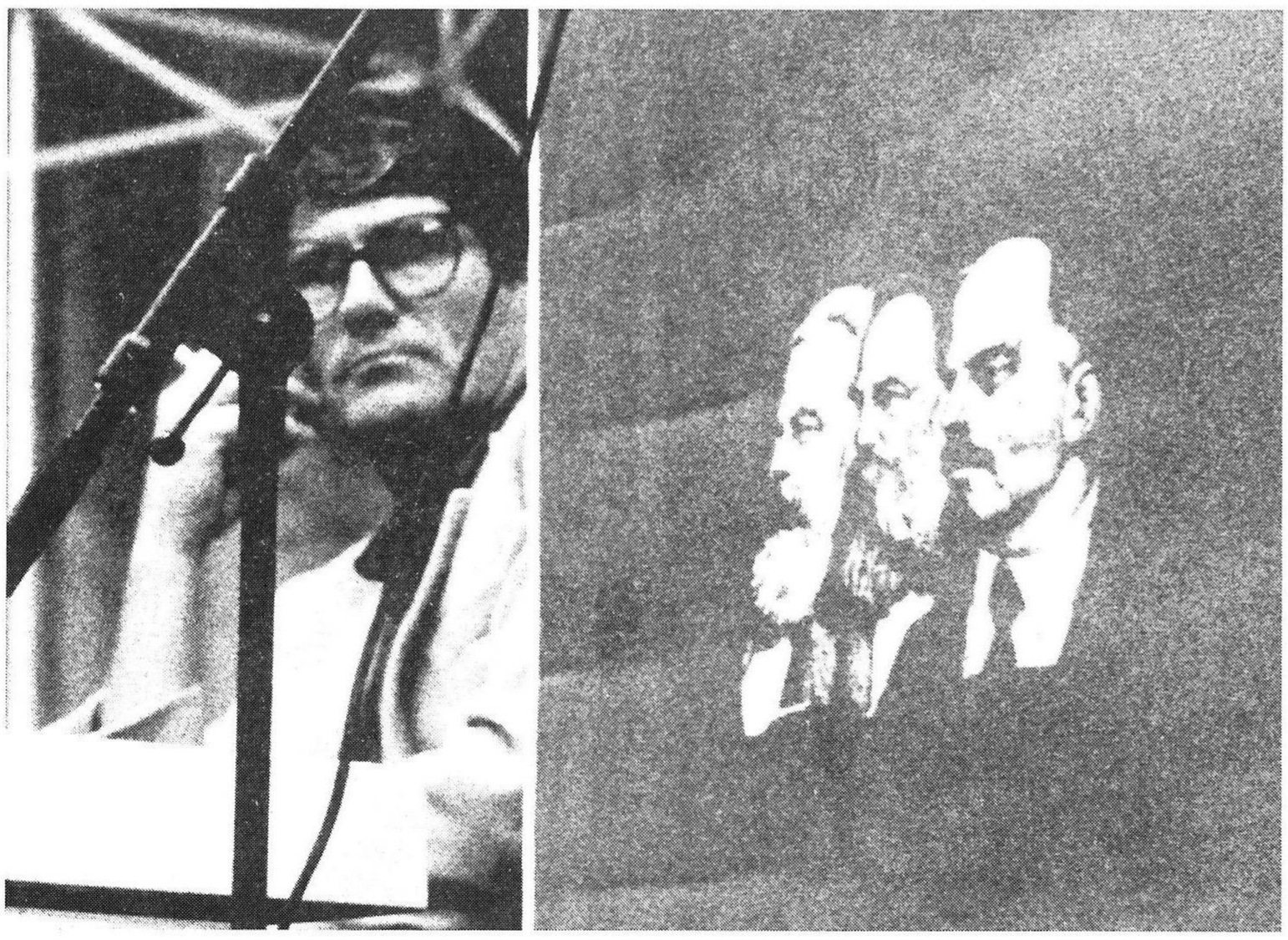
Die Motivation für Widerstandshandlungen ist sehr unterschiedlich. Verallgemeinernd läßt sich noch feststellen, daß seit der Änderung des Art. 57 AuslG im Jahr 1992 zunehmend abgelehnte Asylsuchende, die meist jünger als 40 Jahre alt sind, in Abschiebungshaft genommen werden. In erster Linie sind Männer davon betroffen. Das liegt daran, daß es nach der Logik der Ausländerbehörde reicht, das „Familienoberhaupt" in Haft zu nehmen, um ein Untertauchen der Familienmitglieder zu verhindern. Das bedeutet jedoch nicht, daß nicht auch Familien in Haft genommen werden. Frauen und Männer werden in getrennten Gefängnissen untergebracht, ohne daß sie über den gegenseitigen Verbleib wissen. Kinder werden getrennt von ihren Eltern untergebracht, ohne daß diese über deren Aufenthaltsort informiert werden.

Frauen sitzen vor allem in Neuss in Abschiebungshaft. Dieses Gefängnis wurde vor ungefähr zwei Jahren zum Abschiebungsknast umfunktioniert. Die Dauerbelegung umfaßt etwa dreißig Frauen, deren Kinder bei Verwandten oder in Heimen leben.

Gemeinsam ist den Gefangenen, daß sie sich in einer existentiellen Notsituation befinden. Aufgrund von Sprachkenntnissen und der Unkenntnis der eigenen rechtlichen Situation sind sie, wenn sie nicht über Kontakte zu RechtsanwältInnen verfügen, wehrlos gegenüber den Willkürakten von Ausländerbehörden und Justiz. Die Lebensperspektive ist zerstört. Finanzielle Ressourcen werden ihnen mit dem Argument des Finanzierungsbedarfs von Gefängnisaufenthalt und Abschiebung entzogen. Oftmals werden die Kontakte nach außen jäh unterbrochen. Während die Knastleiter, aus welchem Interesse auch immer, zum Teil sozialarbeiterische Tätigkeiten in den Gefängnissen ermöglichen, sind politisch motivierte Kontakte zu den Gefangenen unerwünscht. Diese Erfahrung mußten diejenigen machen, die im Rahmen der Eröffnung des Offenbacher Abschiebungsgefängnisses gegen Abschiebungshaft demonstrierten. Der Leiter dieses Knastes lies daraufhin verlautbaren, daß Leute, die gegen Abschiebungshaft demonstrieren, keinen Zugang zu den Häftlingen erhalten würden.

Die Situation der Gefangenen erklärt auch die Unterschiedlichkeit der gestellten Forderungen. Die Einen fordern eine Verbesserung ihrer Haftbedingungen. Sie verlangen die Befriedigung von Grundbedürfnissen, zugängliche Telefonapparate oder eine hygienische Mindestausstattung. Die Standards des Strafvollzuges, wie bspw. die Präsenz von SozialarbeiterInnen oder PsychologInnen müssen für den Abschiebungshaftvollzug erst erkämpft werden. Andere wollen um jeden Preis aus dem Knast raus und nehmen dabei die unweigerliche Abschiebung in Kauf. Aber auch die Forderung nach Abschiebestopps, bspw. für kurdische Menschen in die Türkei, ist immer wieder gestellt worden.

Dadurch, daß die Gefangenen sich gegen die Zustände in den Knästen zur Wehr gesetzt haben und von außerhalb darin unterstützt wurden, konnten sie die Rahmenbedingungen ihrer Gefangenschaft zum Teil erträglicher gestalten. Es steht außer Frage, daß die Gefangenen dabei weiterhin Unterstützung brauchen. Doch wenn der Protest an den Gefängnismauern stehenbleibt, wird die Tragweite dessen, was hier geschieht, verkannt. Durch die Humanisierung von etwas Falschem wird es nicht richtig. Jeder Mensch hat das Recht da zu leben, wo er/sie möchte. Deshalb gilt es, Abschiebungen zu verhindern und illegale Strukturen, die sich Flüchtlinge zum einen selbst schaffen und in die andererseits gezwungen werden, zu unterstützen. ●



„Für ihn ist es rational begründbar, daß Menschen, die der rechtskräftigen Ausreiseaufforderung nicht Folge leisten, in Haft genommen werden": Rupert von Plottnitz

STEFAN ARMBORST

Welche Zukunft? Welche Politik? Welche Natur?

Interview mit Elmar Altvater über die Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“

Mehr denn je stehen heute die realen Veränderungen in Sachen ‘Ökologisierung’ in einem umgekehrt proportionalen Verhältnis zu der medial-kommerziellen Vernutzung der Thematik: Das Gros der hiesigen Gesellschaft läßt sich durch die Dauerberieselung in Sachen „Umwelt“ nicht von ihrem *business as usual* abbringen. Und die ‘Umweltbewegung’ – sofern davon noch gesprochen werden kann – hat sich von ehemals gesellschaftskritischen, anti-institutionellen und basisdemokratischen Strategien schon seit langem in Richtung Lobbyarbeit verabschiedet. In den Parlamenten haben die Grünen beizeiten den Kotau vor Industrieinteressen und Budgetzwängen gemacht. Gleichzeitig wird das mehr oder weniger reflektierte Wissen, daß gerade das ‘Weiter so!’ unsere ‘Eine Welt’ bald an den Rand des ökologischen Kollapses bringen wird, zum Bestandteil des Amalgams zivilisatorischen Krisenbewußtseins, das sich durchaus auch ins Reaktionäre oder Rassistische wenden kann und in vielen Köpfen auch schon tut. Der Verlust ‘klarer Fronten’ ist, auch was den ‘Umbau der Industriegesellschaft’ angeht, ein Zeichen dieser Zeit.

In diese Situation hinein kontraktieren nun zwei an traditioneller Lobby- und Projektarbeit orientierte Nicht-Regierungs-Organisationen, der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) und die katholische Hilfsorganisation MISEREOR, eine ganze Anzahl hochqualifizierter und durch Staatsgelder gut abgesicherter ‘ExpertInnen in Sachen Umwelt und Entwicklung’. Endlich soll Klarheit geschaffen, ein machbarer Weg eines ökologisch frisierten Modernisierungskonsenses angelegt werden, bei dem sich alle Kräfte bündeln, um aus der derzeitigen Reformsackgasse herauszukommen – und um nicht zuletzt sich dabei selbst als Transmissionsriemen der angestrebten Umgestaltung zu profilieren.

Fünf an sich recht heterogene Elemente sollen sich im Diskurs der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ zum Wohle der Zukunft gegenseitig befruchten:

- das sich aus dem weltweit gleichen Recht auf ‘Umweltraum’ herleitende ethische Postulat eines vor der heutigen und zukünftigen Weltbevölkerung verantwortbaren Umgangs mit Natur im ‘Industriestandort Deutschland’;
- angesichts der heutigen Lage sehr weitgehende Reduktionsziele und -szenarien des in Stoffströmen bilanzierten Verbrauchs nicht erneuerbarer Ressourcen und Energiemengen, der Schadstoffproduktion, des Materialdurchsatzes sowie der Flächennutzung ;
- als neue Dialogstrategie präsentierte handfeste Realpolitik nach dem Motto: ‘Eben weil die Mächtigen so mächtig sind, geht es nicht ohne sie!’ – es fehlt die Analyse der Vermachtungsstrukturen auf den nationalen und globalen Märkten sowie der blockierenden Mechanismen von Herrschaft und Hegemonie;
- am Ideal individueller Entscheidungsoptionen ausgerichtete ‘Leitbilder’ der Verhaltensänderung aller gesellschaftlichen Akteure;
- ein Verständnis von ‘Natur’, das diese in herkömmlicher Weise als bepreisbares Ressourcen- und Rohstofflager und zugleich als das von Gesellschaft Getrennte und Schützenswerte naturalisierend als Vorbild für neue Management-Strategien ansieht – der naturzerstörerische Kern der kapitalistischen Produktionsweise wird nicht thematisiert.

Über die Darstellung der Widersprüche innerhalb und zwischen diesen Diskurselementen hinaus wäre die Beantwortung der Frage interessant, inwieweit „Zukunftsfähiges Deutschland“ wenn nicht die Welt – denn trotz aller „globalen Verantwortung“ bleibt die Studie in vielen Aspekten eurozentristisch –, aber doch die hiesigen Produktions- und Konsumtionsformen zum Zwecke der Ressourcen- und Energieeinsparung umstrukturieren hilft. Die Gefahr liegt auf der Hand: Dieses Modell von ‘Ökologisierung’ verträgt sich durchaus mit Neoliberalismus, sozialer Ausgrenzung, arbeitsmarktpolitischer Deregulierung und profitträchtigen ‘Zukunftstechnologien’.

In der sich abzeichnenden und beispielsweise schon in der ZEIT stattfindenden neuen ‘Wachstumsdebatte’ wird die Studie trotz des grundsätzlich erst einmal zu begrüßenden Anspruches einer radikalen Verbrauchsreduzierung ohne Zweifel die Prüfplakette allseitiger Interessenverträglichkeit erhalten. Da dies ihre politische Absicht war, hilft die reine Denunziation dieses Sachverhalts von links nicht weiter. Nicht daß, sondern wie sich „herrschende Nachhaltigkeit“ in „nachhaltige Herrschaft“ übersetzt, ist interessant, und vor allem, welche Dosis von „kritischer Einmischung“ und politisch-konzeptioneller Grundsatzkritik eine politische Selbstisolation zu verhindern und sicherlich dabei entstehende Legitimationsprobleme geschickt zu nutzen versteht.

Die Tatsache, daß die gesellschaftlichen Naturverhältnisse sich auch unter Beibehaltung der grundsätzlichen Verfaßtheit kapitalistischer Eigentums- und Produktionsverhältnisse verändern können und werden – und zwar auf der materiell-stofflichen und auf der kulturell-symbolischen Ebene –, ist nicht in Zweifel zu ziehen. Die Studie wird aber zudem dazu beitragen, daß ein ökologisch motiviertes ‘Gattungsinteresse’ – die ‘globale Selbsterhaltung’ – Spaltungen, ungleiche Verteilung von Besitz und politischem Einfluß überdeckt oder legitimiert. In ihrer Funktion als Input für eine breite und kontroverse gesellschaftliche Debatte kann ihre positive Funktion liegen. Demgegenüber ist sie aufgrund ihrer Geschichtslosigkeit und ihres politischen Opportunismus eher ein Rückschritt. Eine angemessene gesellschaftskritische Antwort läge in einer offensiven Diskussion darüber, wie denn die demokratische, die soziale und die ökologische Frage wirklich zusammengedacht und politisch produktiv werden könnten. Das folgende Gespräch mit Elmar Altvater bietet dazu einen ersten Einstieg.

links: *Befindet sich die Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ auf der Höhe der bisher geführten politischen und sozialwissenschaftlichen Diskussion über den Zusammenhang von Umwelt und Entwicklung?*

Elmar Altvater: Man muß die Studie zunächst einmal unter dem Gesichtswinkel der Auftraggeber, also von BUND und MISEREOR, bewerten, und da ist die Sachlage relativ klar: Sie versuchen, ihre Politik der ökologischen Erneuerung und entwick-

lungspolitischen Hilfe wissenschaftlich zu fundieren. Sie knüpfen an die bekannte Studie „Sustainable Netherlands" an, in der der Versuch gemacht worden ist, aus der Definition eines 'Umweltraums', also derjenigen Ressourcen, die den Niederländern und Niederländerinnen bei weltweit gleichen Nutzungsrechten zusteht, Reduktionsszenarien bis hinunter auf die Ebene der Individuen zu entwickeln. Das ist in der Wuppertal-Studie allerdings dann fallengelassen worden zugunsten der schon erwähnten Leitbilder.

Die Studie selbst trägt im Grunde genommen das zusammen, was man alles schon weiß. Man weiß es jetzt zum Teil etwas genauer. Manches weiß man auch schlechter, weil beispielsweise keinerlei Ursachenanalyse betrieben wird. Das ist ein wenig einem Arzt vergleichbar, der mit einer Therapie beginnt, ohne sich zuvor noch einmal über die Diagnose Rechenschaft abgelegt zu haben. Man kann ja sagen: Wir wissen schon alles Mögliche, wir haben eine Ursachenanalyse schon oft betrieben. Aber dennoch gebietet es die Verantwortung, daß man die Therapie immer auch an die diagnostizierten Ursachen anbindet und auf deren mögliche Beseitigung hin überprüft. Und genau dieser Rückkoppelungsmechanismus, der nicht nur der wissenschaftlichen Redlichkeit, sondern auch der politischen Praktikabilität dient, ist in der Studie völlig ausgeblendet. Das ist enttäuschend. Ich glaube auch, es ist ein Fehler, der vielleicht aus einem gewissen 'ökologischen Opportunismus' heraus gemacht worden ist. Man versucht, eine Studie zu machen, die niemandem recht weh tut. Wenn man aber die Reduktionsszenarien für den Umweltraum, die die Studie selbst vorgibt, realisieren würde – 80 - 90 Prozent weniger Stoff- und Energieverbrauch bis zum Jahr 2050 und immerhin 40-50 Prozent bis zum Jahr 2010 –, dann muß auch angegeben werden, welche qualitativen Änderungen im politischen, im ökonomischen und auch im sozialen Raum der Gesellschaft notwendigerweise damit verbunden sind, und dies heißt institutionelle Änderungen, also auch Verschiebungen von Machtverhältnissen und Veränderungen austarierter sozialer Gleichgewichte.

Man muß die Regulationsweise im ökonomischen und im sozialen Bereich verändern, um die Reduktionen im Umweltraum durchführen zu können. Und genau diese Verhältnisse, diese Beziehungen zwischen dem Umweltraum und den anderen Räumen werden in der Studie eigentlich übertüncht. Sie werden nicht analysiert unter der Annahme, es gehe um Leitbilder, denen Individuen sich andienen und denen zu folgen sie bereit sein könnten. Es werden Beispiele gegeben, wo es schon solche Vorbilder gibt, wo die Menschen schon diesen Leitbildern folgen. Die Voraussetzung ist aber die Auflösung der Gesellschaft in irgendwelche Individuen; da ist die Rede von Unternehmern, von Städtern, von Konsumenten, von ökologiebewußten Menschen, aber da ist beispielsweise nicht von Arbeitern und Arbeitnehmern die Rede und auch nicht von Gewerkschaften, welche allenfalls als Großorganisationen auftauchen, die auf der Verliererseite stehen und deshalb möglicherweise gegen den notwendigen ökologischen Umbau antreten werden. Da wird also eine sehr einseitige Sicht präferiert, die meines Erachtens auch politisch außerordentlich dürftig, wenn nicht gar gefährlich ist.

Bei der Darstellung von Schadstoff-Emissionen sowie Energie- und Stoffumsätzen unterscheidet die Studie zwischen Produktionssektoren von Gütern bzw. Dienstleistungen (Energiewirtschaft, produzierendes Gewerbe, Landwirtschaft, Verkehr) und einer „Gesamtschau des Nachfrageverhaltens" auf der Seite der Konsumption, d.h. bei Wohnen, Ernährung, Gesundheit, Freizeit, usw. ? Ist also der private Konsum das hauptsächliche Problem der übermäßigen Umweltnutzung?

Altvater: Diese Aufgliederung in Bedarfsfelder ist zunächst einmal sinnvoll, wenn man von Umweltraum redet. In einer globalisierten Welt muß, wie die Studie es tut, natürlich auch in Rechnung gestellt werden, was wir an Umweltgütern ins Ausland liefern bzw. importieren, und dann auch was wir durch die Importe an Umweltschäden im Ausland verursachen – das was die Studie als „ökologischen Rucksack" bezeichnet. Ob der Begriff nützlich ist, ist eine andere Frage. Was in der Studie allerdings nicht unterschieden wird, ist die Frage des Exports nach bestimmten Branchen, beispielsweise der Rüstungsindustrie und dergleichen mehr. Daß dies nicht thematisiert wird, halte ich allerdings nicht für den zentralen Kritikpunkt.

Was sind die Probleme, die Deiner Meinung nach auftreten, wenn auf die Art und Weise, wie die Studie es tut, technologische Effizienzsteigerung und eine' 'neue Bescheidenheit', d.h. Suffizienz, im Verbraucherverhalten zusammengebracht wird? Hubert Weinzierl von BUND sprach bei der Präsentation der Studie am 23.10. in Köln gar von einer „Überwindung des Egoismus der Raffgesellschaft". 'Zukunftsfähig' hieße dann wohl, daß in ein und derselben Gesellschaft einem hochmodernen wettbewerbsfähigen Weltmarktsektor ein wenig produktiver Quasi-Subsistenz-Bereich gegenübergestellt wird?

Altvater: Im Grunde genommen wird von der Quantität her gedacht, und das ist, so glaube ich, ein Problem. Wieviel müssen wir reduzieren, heißt es und dann wird gesagt, die Reduktion kann durch die sogenannte „Effizienzrevolution" erfolgen. Doch dabei handelt es sich im Grunde genommen um gar nichts Neues, das hat auch mit Ökologie nichts zu tun und ist seit der industriellen Revolution tief in die Funktionsweise des ökonomischen Organismus eingeschrieben. Kein Unternehmen vergeudet Rohstoffe und Energie, weil die etwas gekostet haben oder kosten. Sicherlich, wenn man die Energie- und Rohstoffpreise erhöhen würde, würden sie vielleicht noch mehr einsparen, noch effizienter sein.

Die Suffizienz wird in der Studie nun auch von dieser quantitativen Vorgabe her gedacht: Da wird nur geschaut, was die Individuen tun können, weil man ja nicht von Klassen spricht, weil man in der Studie eigentlich auch keine Interessen kennt, weil man auch Kapital als Kategorie nicht kennt und Unternehmen allenfalls als nette oder weniger nette identifiziert, nicht aber als funktionale Einheiten, die einen ganz bestimmten Unternehmenszweck verfolgen. Dann wird also an das Individuum apelliert, weniger zu verbrauchen – die sogenannte Suffizienz – und dieses Weniger wird als Mehr definiert, damit es nicht nur freundlicher aussieht, sondern vielleicht auch besser ist. Weniger Mobilität heißt ja auch mehr Zugewinn an freier Zeit, Lebensqualität und dergleichen mehr.

Aber auch das ist etwas Altes. Nicht zufällig wird ja in der Studie als einziger klassischer Ökonom John Stuart Mill zitiert, der eine 'stationäre Gesellschaft' konzipierte, nicht aber die Marxsche Kritik daran zur Kenntnis genommen, der sich darüber lustig gemacht hat: Eine stationäre Gesellschaft unter den Bedingungen der Profitproduktion, des Zinses und des damit vorprogrammierten Wachstums ist die schöne Vorstellung eines netten Professors und nicht mehr. Und in der Studie wird im Begriff der Suffizienz dieses Bild noch einmal reproduziert. Wenn z.B. der Markt als nicht zu hinterfragendes Steuerungsinstrument bezeichnet wird, besteht das Problem darin zu behaupten, Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit müßten gar kein Widerspruch sein. Und da liegt die Studie total falsch: Wettbewerbsfähigkeit heißt selbstverständlich besser sein, und dies wird man durch Kostensenkung, welche einerseits durch Effizienz, andererseits durch Produktivitätssteigerung erfolgt. Und eine Steigerung der Produktivität heißt mehr Materialdurchsatz pro Arbeitseinheit. Und wenn man diese nicht durch Arbeitszeitverkürzung reduziert, dann wird man auf jeden Fall mehr Stoffe verbrauchen und nicht weniger.

Hier widersprechen sich also die Funktionsmodi in den verschiedenen funktionalen Räumen, ohne daß in der Studie diese Widersprüchlichkeit thematisiert würde. Das gleiche gilt für die Demokratie im politischen Raum. Auch hier wird gesagt, daß der Umbau demokratisch-konsensual er-

folgen soll. Allerdings ist bisher noch keine Erfahrung gemacht worden, wie eine Demokratie, eine soziale Demokratie wohlgemerkt, ohne wirtschaftliche Zuwächse funktionieren soll. Es müßten da institutionelle Änderungen – von den Parteien bis hin zu den Wahlmodi – erfolgen, die außerordentlich gravierend, ja revolutionär wären. Und genau um diese revolutionären Schlußfolgerungen, die gezogen werden müßten, wenn man die umweltpolitischen Reduktionsziele ernst nimmt, drückt sich die Studie herum. Da will man niemandem wehtun. Aus taktischen Gründen ist dies alles auch zu rechtfertigen. Aber in der Wissenschaft – und es handelt sich um eine wissenschaftliche Studie – muß man solche Fragen zumindest aufwerfen, auch wenn wir darauf nicht immer schon ausgearbeitete Antworten haben.

Die AutorInnen der Studie apellieren an staatliche und wirtschaftliche Eliten, eine ökologisch motivierte „Domestizierung der Marktwirtschaft" einzuleiten und sprechen bei der „Umgestaltung der Wirtschaftsweise" von einem „Lernen von der Natur".

Altvater: Das Problem ist, daß bei den propagierten Unternehmenszielen – seien sie nun ökologisch, ökonomisch, sozial oder an anderen ethischen Prinzipien orientiert – ein Ziel vergessen wird, nämlich daß ein Unternehmen zuallererst eine sich am Profit orientierende Institution ist. Und diesen Profit kann man erzielen, indem man ökologisch die Reproduktivität und/oder ökonomisch die Produktivität steigert, oder indem man sozial ist, also versucht u.U. mit den Gewerkschaften eine Art Co-Management herzustellen usw. Aber die große Zielsetzung, denen die Unternehmen nun einmal unterliegen, besteht im Sachzwang, Profite zu erzielen, also auch zu wachsen. Und dies wird in der Studie nicht einmal als Problem erkannt. So scheint es in der Beliebigkeit des Managements zu liegen, welcher Strategie es sich bedient. Und da wird etwas unterschätzt, was im Kapitalismus eine Regel darstellt, nämlich die Budgetrestriktion von Geld und Kapital. Diese ist unter den Verhältnissen des bestehenden Systems genauso hart und vielleicht sogar härter als ökologische Restriktionen, die die Studie ohne Zweifel sehr gut herausgearbeitet hat. Jene ökonomischen Restriktionen einfach 'unter ferner liefen' abzuhaken, das führt gewissermaßen zu einer Entwertung der Studie.

Glaubst Du – vor allem auch aus der globalen Perspektive heraus – an „ökologische Gratiseffekte" einer sich angeblich 'dematerialisierenden' Dienstleistungs- und Informationsgesellschaft in den Industrieländern?

Altvater: Dies ist eine sehr fragwürdige Geschichte und zwar aus mehreren Gründen. Zum einen sind die meisten Dienstleistungen, von denen die Rede ist, produktions- oder transportorientiert und führen so dazu, daß der Stoff- und Energieverbrauch vielleicht effizienter, insgesamt aber auf jeden Fall vergrößert wird. Mehr Dienstleistungen haben zur Konsequenz, daß nicht weniger, sondern mehr Materie vernutzt wird.

Ein anderes Problem liegt in der globalen Ungleichverteilung der weltweit expandierenden Teile des Dienstleistungsgewerbes. Neben der WTO ist nun auch das General Agreement on Trade and Services (GATS) gegründet worden, um den weltweiten Dienstleistungshandel zu liberalisieren und zu deregulieren. Und das heißt eigentlich, daß vor allem bei den Transport-, Finanz-, Versicherungs- und Consulting-Dienstleistungen sowie bei den immer wichtigeren Programmierer-Dienstleistungen, die sich alle hauptsächlich auf den Norden konzentrieren, ganz neue Formen globaler Machtkonzentration sowie von Subalternität der weniger entwickelten Länder angelegt sind. Bei den Finanz-Dienstleistungen entfallen z.B. 80 Prozent des Investment Income der weltweiten Leistungsbilanzen auf drei bis vier Länder, nämlich die USA, die Bundesrepublik, Japan und Frankreich. Hier ist auch eine mögliche Blockademacht gegen ökologische Reformen entstanden, die man bei der Entwicklung der Reduktionsszenarien in Rechnung stellen muß. Doch dies wird leider Gottes überhaupt nicht thematisiert.

„Deswegen beharre ich darauf, daß es sich um eine Revolution handeln muß, wenn man wirklich in Deutschland und anderswo auf dem Globus Zukunftsfähigkeit herstellen will."

Kann angesichts dessen, was die Studie unter dem Stichwort der „globalen Nachbarschaft" an guten Vorsätzen zusammenbringt, nicht von einem Realitätsverlust angesichts der aktuellen Zwangsabkoppelung weiter Teile der peripheren Ökonomien gesprochen werden?

Altvater: Der Entwicklungsbericht der Weltbank von 1992 zum Thema „Umwelt und Entwicklung" besitzt einen Abschnitt über entwicklungspolitische Ziele und über das wirtschaftspolitisch korrekte Verhalten der Regierungen in Entwicklungsländern. Da kommen dann die üblichen Ziele wie Marktfreundlichkeit, Privatisierung, Deregulierung, usw., also das, was als Washington-Konsensus zusammengefaßt wird. Ein Ziel fehlt dabei, nämlich die sustainability. Dies war vielleicht ein Blackout bei der Weltbank, sicher aber kein zufälliger. Man muß die Brutalität der internationalen Finanzbeziehungen etwas klarer analysieren, um einschätzen zu können, wie das Nord-Süd-Verhältnis auch im ökologischen Bereich gestaltet ist. Ich teile selbstverständlich normativ die Ideen, die die Wuppertaler und andere haben, aber man muß auch sehen, wie die Welt gestaltet ist und vor allen Dingen die Rolle, die die Finanzbeziehungen dabei spielen, in Rechnung stellen, um nicht in unrealistische Hoffnungen zu verfallen, die dann nur Enttäuschungen produzieren. Und Enttäuschungen führen dann dazu, daß die Leute unpolitisch werden.

Ein Schuldenerlaß wird in der Studie nur unter bestimmten Bedingungen in Betracht gezogen ...

Altvater: Ich finde es richtig, daß den ärmsten Ländern die Schulden erlassen werden – dies ist eine Forderung der entwicklungspolitischen Bewegung seit Ausbruch der Schuldenkrise. Es wird in der Studie gleichzeitig vorgeschlagen, daß die Stimmrechtsverteilung in beiden Bretton Woods-Institutionen, Weltbank und IWF zugunsten der ärmeren Länder verändert werden. Und es wird auch durchaus kritisch über Kompensationsregelungen – Depts for Nature-Swaps, usw. – gesprochen. Das ist alles nicht unvernünftig.

Es werden auch Bedingungen der Entschuldung erwähnt. Und ich glaube, eine Entschuldung ohne Bedingungen ist auch gar nicht möglich. Allerdings müßte das Paket von Bedingungen eigentlich nicht gegenüber den einzelnen Ländern geschnürt werden, sondern in eine neue Weltwirtschafts- oder Weltgesellschaftsordnung münden, also in das, was emphatisch als 'globaler Gesellschaftsvertrag' bezeichnet werden könnte. Das wäre die Bedingung, die aber auch eine gewisse Selbstverpflichtung der Gläubiger impliziert, auch im ökologischen Bereich. Wie realistisch diese Konditionalität ist, die die einzig sinnvolle ist, wenn man auch hier die ökologischen Ziele ernst nimmt, steht auf einem anderen Blatt.

Du hast Dich ausführlich mit der Zeit-Raum-Problematik im Verhältnis von Ökologie und kapitalistischer Ökonomie beschäftigt. Im Zusammenhang der angestrebten 'Entstofflichung' spricht die Wuppertal-Studie nun davon, die 'Verdichtung' des Raums im materiellen Sinne der Personen- und Güterbeförderung von der als positiv erachteten 'Verdichtung' des Austausches

ak analyse
& kritik
Zeitung für Linke

Analysen, Berichte & Diskussionen u.a. zu:

Todesstrafe in den USA
Politische Schreibtischtäter in der bundesdeutschen Justizgeschichte
Guatemala: Waffenstillstand für Wahlen
Deutsche Großgrundbesitzer in Chiapas
Kommentar zur Weltfrauenkonferenz
Tropenholz: Der Boykott ist immer noch gerechtfertigt
u. v. m.

ak kostet DM 7,50,
erscheint vierwöchentlich
und ist in allen linken
Buchläden und
Zeitungskiosken erhältlich
oder direkt bei:
analyse & kritik,
Rombergstr. 10
20255 Hamburg
Tel.: 040/40170174
Fax: 040/40170175
kostenloses Probeexemplar
bestellen! Stichwort: links
e-mail: ak-redaktion@cl-hh.comlink.de

durch die neuen Kommunikationstechnologien abzukoppeln.

Altvater: Ich stimme dem insofern zu, als daß es wohl nicht anders möglich sein wird, als hier eine Separation vorzunehmen, denn der Globus ist, wie es Frazer in seiner Studie über die Zeit beschrieben hat, ein „zeitkompakter Globus" geworden. Und das bedeutet selbstverständlich, daß wir durch die Medien Gleichzeitigkeiten aus Ungleichzeitigem konstruieren können und gleichzeitig können wir das, was gleichzeitig ist, in Ungleichzeitiges verwandeln und dadurch natürlich auch in unserem Bewußtsein ganz neue Kausalverhältnisse konstruieren, die durch die Geschichte nicht gegeben sind. Wir sind inzwischen soweit, daß wir Weltgeschichte wahrnehmen und nicht mehr Gesellschafts-, Lokal- und Regionalgeschichte. Jene läuft auf einer weitgehend abstrakten Zeitachse ab.

Diese Art von Globalisierung hat natürlich ihre großen Gefahren, die durch die zusätzliche ökologische Problematik des weltweiten Transports von Gütern und Personen noch größer werden. Wenn man letzteres aus ökologischen Gründen verteuert und damit die Globalisierung wieder entzerrt, d.h. deregionalisiert, dann ist die Gefahr einer Provinzialisierung gegeben, die durch die Medien in gewissem Sinne kompensiert und überwunden werden kann. Man könnte sich schon vorstellen, daß durch die modernen Methoden der Kommunikation auch ein globaler Austausch von Ideen möglich ist, ohne daß diesem Austausch auch der Güteraustausch und der Reiseverkehr in gleichem Maße entspricht. Ich würde den Welthandel nicht total abschaffen, aber vieles ist so überflüssig und eigentlich nur an Profitkriterien ausgerichtet, daß man es tatsächlich abschaffen könnte, ohne daß der Wohlstand oder das Wohlbefinden wirklich verringert würden.

Die von Dir angedachte „solare Revolution" als Ausdruck für eine notwendige prometheische Wende der Menschheitsentwicklung nach der Erfindung des Feuers und der industriellen Revolution würde also eine weitestgehende mediale und kommunikative Vernetzung der Weltgesellschaft nicht ausschließen?

Altvater: Ich glaube schon. Ich habe diesen Begriff bewußt gewählt, weil ich klären wollte, daß es sich hier nicht nur um eine technische Umstellung des Energiesystems handelt, sondern um eine tiefgreifende gesellschaftliche Veränderung. Ich finde den Begriff auch ehrlicher als den eines nachhaltigen oder zukunftsfähigen Deutschlands, was so klingt, als ob eine Zukunftsfähigkeit auf der Basis der gegenwärtigen Institutionen in Ökonomie, Gesellschaft und Politik erreicht werden könne. Entweder ist die Veränderung revolutionär, d.h. wirklich zukunftsorientiert und nachhaltig, oder sie ist nicht revolutionär, dann aber auch nicht nachhaltig und zukunftsfähig. Deswegen beharre ich darauf, daß es sich um eine Revolution handeln muß, wenn man wirklich in Deutschland und anderswo auf dem Globus Zukunftsfähigkeit herstellen will. Ich bin aber auch davon überzeugt, daß erstens eine Revolution als ein tiefgreifender struktureller Wandel von Lebens-, Arbeits- und Produktionsweise sich nur über einen sehr langen Zeitraum hin vollziehen kann und nicht als ein Gewaltakt wie der der russischen Revolution vorstellbar ist. Und daß zweitens dabei die 'Errungenschaften' – so möchte ich dies einmal nennen – der Universalisierung, in der Weite des Horizonts, die wir nun einmal durch die Medien, durch die Reisemöglichkeiten bekommen haben, nicht so einfach rückgängig gemacht werden können, daß man diese auch nicht rückgängig machen sollte oder gar müßte. Man muß nur den dabei entstandenen übermäßigen Stoff- und Energieverbrauch beseitigen.

Eine radikale Veränderung der vorhandenen Institutionen impliziert die Suche nach einer gesamtgesellschaftlichen Alternative, die wohl zwangsläufig mit einem Abschied Deutschlands von seiner derzeitigen Weltmacht- und Weltmarkt-Rolle einhergeht. Das jüngste Plädoyer Joschka Fischers für den Standort Deutschland zeigt, daß gerade dies nicht zur Disposition stehen wird.

Altvater: Die Aufgabe besteht jetzt eigentlich darin, daß man die Wuppertal-Studie als Materialsammlung für den Umbau auch der anderen Funktionsräume verwendet. Dabei kommt eine Fülle von Kompromissen zustande, die genauer betrachtet oft auch Rückschritte darstellen und die natürlich auch die Grünen in diesem politischen System zu machen gezwungen sind. Schlecht ist, wenn sie diese Kompromisse dann so verinnerlichen, daß sie zu ihren eigenen Konzepten werden. Man muß wissen, was die eigenen Vorstellungen sind, um überhaupt Kompromisse machen zu können. Aber Kompromisse an sich werden ohne Frage notwendig sein. Dies ist dann das Moment des Aushandelns in einem anderen, im politischen Raum. Und so entwickelt sich dann auch die Umsetzung eines solchen Projekts.

Man muß aber erst wissen, was man selber eigentlich will und wohin das Ganze läuft. Und da ist es eben zu wenig, wenn man nur auf einen Konsens der Reduktion setzt und dann hofft, die Individuen werden sich schon danach richten, weil sie ja eigentlich nichts verlieren. Wenn man so etwas sagt, dann ist man auch überhaupt nicht glaubwürdig. Das ist wie beim Weihnachtsmann, der mit dem Füllhorn die bunten Teller füllt, und der Knecht Ruprecht, der bleibt fein draußen. ●

MICHAEL WEINGARTEN

Biologismen

Von der Bestimmung der Natur als Subjekt zur Naturalisierung des Subjektes

Der folgende Beitrag setzt den Schwerpunkt der Sept./Okt. Nummer fort, der sich mit dem kritischen Gehalt der Sozialwissenschaften beschäftigte. Zu beobachten ist dabei, daß einerseits Zweige der Naturwissenschaften – zunächst die Ökologie, seit einiger Zeit die Selbstorganisationstheorien – in den Rang von neuen „Leitwissenschaften" aufgestiegen sind. Andererseits mangelt es jedoch diesen Selbstorganisationstheorien an einem unverkürzten Verständnis des Subjekts, wie Michael Weingarten an einigen ihrer wichtigen Vertreter aufzeigt. Das aus der Naturalisierung des Subjekts resultierende falsche Verständnis ökologischer Problemlagen und deren Lösungsstrategien muß seiner Auffassung nach heute die vordringliche Aufgabe von Wissenschaftskritik sein. die Red.

Zwischen der öffentlichen Thematisierung der Umweltproblematik und den damit verbundenen Erwartungen bezüglich möglicher Problemlösungen seitens der betroffenen Bürger, aber auch der politischen Entscheidungsinstanzen einerseits und den Problembearbeitungen in den empirischen Naturwissenschaften, den Sozialwissenschaften und der Philosophie andererseits bestehen offenkundig so große Diskrepanzen, daß von einer praktisch folgenreichen Umweltwissenschaft, die die einzelnen Problemstellungen und disziplinären Zugänge integrieren würde, noch kaum die Rede sein kann. Dies liegt nicht nur an der Schwierigkeit, die einzelnen Fachterminologien in die jeweils anderen Fachsprachen übersetzen zu müssen. Entscheidend scheint viel eher, daß die den einzelnen Disziplinen zugrunde liegenden Zwecke, die die jeweilige Forschungspraxis leiten und orientieren, in der Regel nicht explizit thematisiert und reflektiert werden. Genau dadurch kann der Eindruck entstehen, daß bei Verwendung desselben Wortes in den unterschiedlichen Disziplinen auch jeweils diesem Wort die genau gleiche Bedeutung zukäme. Dies betrifft nicht nur Worte, die die (vermeintlichen) Gegenstände der Forschung bezeichnen wie hier insbesondere das Wort „Natur", sondern auch Worte wie „Ökologie", bei denen zwischen der Bezeichnung einer biologischen Fachdisziplin und dem Gegenstand dieser Fachdisziplin nur höchst unzureichend unterschieden wird.

Symptomatisch für die Mißverständnisse und Unklarheiten, die hieraus entstehen können, sind etwa Ausführungen folgender Art: „Unübersehbar sind die Zeichen unseres gestörten Verhältnisses zur Natur. Das ökologische Gleichgewicht, in dem die Natur sich selbst regeneriert, ist durch den technologischen Fortschritt ins Wanken gebracht, die Materie-Energiebasis nähert sich bedrohlich dem Zustand der Erschöpfung, und wenn sämtliche Energieressourcen erschöpft sind, tritt auf unserer Erde der Zustand des Wärmetodes oder der Entropie ein. (...) Landschaft ist immer Natur, wahrgenommen oder vorgestellt durch eine Optik von Ideen, Werten oder Normen, deren Ursprungsort im historischen Subjekt aufzusuchen ist." (M. Smuda in der Einleitung zu einem Sammelband zum Thema Landschaft) Unklar bzw. widersprüchlich sind mindestens folgende Punkte:

- „Landschaft" meint gerade im Unterschied zu dem herkömmlichen Verständnis von „Natur" die von Menschen gemäß bestimmten Zwecken bearbeitete oder in dieser Form erst hergestellte „Natur", also gerade nicht das, was vorfindlich wäre unabhängig von menschlichem Tun. Mit „Landschaften" verbunden sind ästhetische Beurteilungen oder Vorstellungen von Lebensqualität und damit Ideen, Werte oder Normen, die wir Menschen als handelnde Subjekte verbinden mit von uns bearbeiteten Naturstücken.
- Unterstellt wird aber von dem Autor gleichzeitig auch, daß „die Natur" selbst gleichsam als Subjekt in Erscheinung tritt und Zwecken gemäß handele. So etwa, wenn die Natur als „sich selbst regenerierend" beschrieben wird.
- Gestützt wird diese Vorstellung der Natur als eines gemäß Zwecken handelnden Subjektes mit einer fachwissenschaftlichen Terminologie („ökologisches Gleichgewicht" als biologischem, „Entropie" als thermodynamischem Terminus), womit bei dem Leser der Eindruck erweckt werden muß, als würden die Naturwissenschaften die Natur in eben diesem Sinne als Subjekt erforschen. Komplementär zu dieser Vorstellung der Natur als Subjekt sind Konzeptualisierungen zu sehen, in denen der Mensch naturalisiert wird (so in vielen Teilen der modernen Kognitionswissenschaften).
- Gefolgert wird dann, daß der Mensch, als handelndes Subjekt in der Verfolgung seiner Zwecke, die Zwecke der Natur als ebenfalls handelndem Subjekt berücksichtigen müsse, daß es also natürlich vorfindliche und zu beachtende Normen gäbe, die bei Beachtung durch den Menschen das „ökologische Gleichgewicht" aufrechterhalten würden.
- Als Aufgabe für eine neue, ökologische Zusammenhänge berücksichtigende Technik ergäbe sich dann, daß diese Technik Natur nicht unterstellen darf als bloßes Substrat, welches für beliebige Manipulationen zur Verfügung stünde, sondern daß eine „ökologische Technik" genau diejenige Technik wäre, die die Zwecke der Natur und die Zwecke, die der Mensch mit seinem Handeln verfolgt, harmonisch aufeinander abstimmt gemäß dem Oberzweck der naturalistisch bestimmten Aufrechterhaltung „des ökologischen Gleichgewichtes".

Dieses Geflecht von traditioneller Naturphilosophie, Ästhetik und naturwissenschaftlichen Vorstellungen findet leider in jüngster Zeit eine Stütze in neuen naturwissenschaftlichen Theorien, insbesondere den Selbstorganisationstheorien, in denen Naturwissenschaftler in höchst laxer und bedenklicher Redeweise den Eindruck erzeugen, als wäre nun die Natur selbst als Subjekt zum Gegenstand naturwissenschaftlicher Forschung geworden. Die extremste Konsequenz aus dieser Bestimmung der Natur als Subjekt ist, daß der Natur, eben weil sie Subjekt und damit wie menschliche Subjekte auch rechtsfähig sei, einklagbare Rechte zugesprochen werden müssen (M. Meyer-Abich; oder im Modell eines Naturvertrages analog dem Gesellschaftsvertrag bei M. Serres).

Obwohl Gegenstand der Kritik in den umweltpolitischen Diskursen zunächst nur die als Ursache der „ökologischen Krise" ausgemachte Technik ist, wird in der Regel mit dieser Kritik auch eine fundamentale Wissenschaftskritik verbunden. Wissenschaft als Technik ermöglichende oder zumindest Technik stützende Praxis liefere das theoretische Fundament für techni-

sches Handeln; Technik sei die Anwendung von durch die Naturwissenschaften erkannten Naturgesetzen. Insofern ist es nur folgerichtig, wenn die Kritik an der Technik sich ausweitet zur Kritik an den Naturwissenschaften und somit an der Art und Weise der Naturerkenntnis, die sich in der Neuzeit etablierte.

Zugleich aber ist diese Wissenschafts- und Technik-Kritik selbst in höchstem Maße wissenschaftsgläubig: neueste Wendung in wissenschaftlichen Disziplinen (Selbstorganisationstheorien), deren disziplinärer Hintergrund überhaupt nicht befragt wird, oder die stärkere Gewichtung schon vorhandener Disziplinen (Ökologie) werden vorgestellt als Basis der Legitimierung der Einwände gegen technisches Handeln. Zumindest ein Teil dieses seltsamen Amalgams von Wissenschaftskritik und gleichzeitiger Wissenschaftsgläubigkeit ist zurückzuführen auf Traditionen aus der Studentenbewegung: Im Anschluß an Arbeiten von Horkheimer und Marcuse wurde die Ineinssetzung von wissenschaftlichem Fortschritt und gesellschaftlich-kulturellem Fortschritt problematisiert, wie sie von Modernisierungstheorien (Gehlen u.a.) vorgetragen wurden. Naturwissenschaft sei „bloß instrumentelles Handeln", welches zu einer „eindimensionalen Gesellschaft" führe. Gefordert wurde insbesondere von Marcuse eine „ganz andere Naturwissenschaft", eine Wissenschaft, die nicht mehr der Logik des Kapitals unterliege.

Wie aber eine solche ganz andere Naturwissenschaft auszusehen habe, konnte weder von Horkheimer noch von Marcuse angegeben werden. Denn die „Befreiung der Natur" hatte (noch) zur Voraussetzung die Befreiung des Menschen aus den Fesseln der kapitalistischen Gesellschaft. „Eine freie Gesellschaft könnte durchaus unter einem ganz anderen Apriori stehen, ein ganz anderes Objekt haben; die Entwicklung der wissenschaftlichen Begriffe könnte in einer Erfahrung von Natur als einer Totalität zu schützenden und zu 'kultivierenden' Lebens gründen." Oder: „Was gegenwärtig geschieht, ist die Entdeckung (oder vielmehr Wiederentdeckung) der Natur als einer Verbündeten im Kampf gegen die ausbeuterischen Gesellschaften, in denen die Vergewaltigung der Natur die Vergewaltigung des Menschen verschärft. Die Entdeckung der befreienden Kräfte der Natur und ihrer entscheidenden Rolle beim Aufbau einer freien Gesellschaft wird zu einer neuen Kraft gesellschaftlicher Veränderung." (Marcuse 1973, S. 72) Die „befreienden Kräfte der Natur" meinen nach Marcuse nichts anderes als die Erfahrung der Natur als Subjekt: „Die emanzipierten Sinne würden, verbunden mit einer auf ihrer Grundlage sich entwickelnden Naturwissenschaft, die menschliche Aneignung der Natur gewährleisten. Dann hätte die Natur 'ihre bloße Nützlichkeit verloren'; sie würde nicht bloß als Stoff – organische oder anorganische Materie – erscheinen, sondern als eigenständige Lebenskraft, als Subjekt-Objekt; der Drang nach Leben ist die Mensch und Natur gemeinsame Substanz." (Marcuse 1973, S. 79)

Neu gegenüber diesen programmatischen und utopischen Formulierungen Marcuses ist, daß die Kritik an der faktisch vorfindlichen Naturwissenschaft nicht mehr nur bestehende Traditionen zurückweisen muß, sondern zugleich auch schon auf ein anderes, neues Modell von Naturwissenschaft mit der Ökologie und den Selbstorganisationstheorien glaubt verweisen zu können: anstelle der alten „mechanistischen", „reduktionistischen", auf „Herrschaft über und Ausbeutung von Natur und Mensch" orientierten Naturwissenschaft sei nun eine „ganzheitliche" Naturwissenschaft getreten, die nicht nur die Natur selbst als ein harmonisches, wechselwirkendes System begreife, sondern die auch erlauben soll, die Beziehungen zwischen

„Dieses Geflecht von Naturalismen zu entwirren, scheint mir vordringliche Aufgabe von Wissenschaftskritik heute sein zu müssen."

Mensch und Natur auf eine neue Stufe zu stellen, welche dann nicht mehr durch Herrschaftsansprüche und Zerstörung gekennzeichnet sei. Die so formulierten therapeutischen Vorschläge betreffen also nicht bloß die Reformation und Neuorganisation der Naturwissenschaften, sondern ebenso auch Gesellschaftverhältnisse, indem die ursprünglich naturwissenschaftlichen Theorien zu Gesellschaft und Kultur über- und einbegreifenden Natur- bzw. Weltanschauungen stilisiert werden.

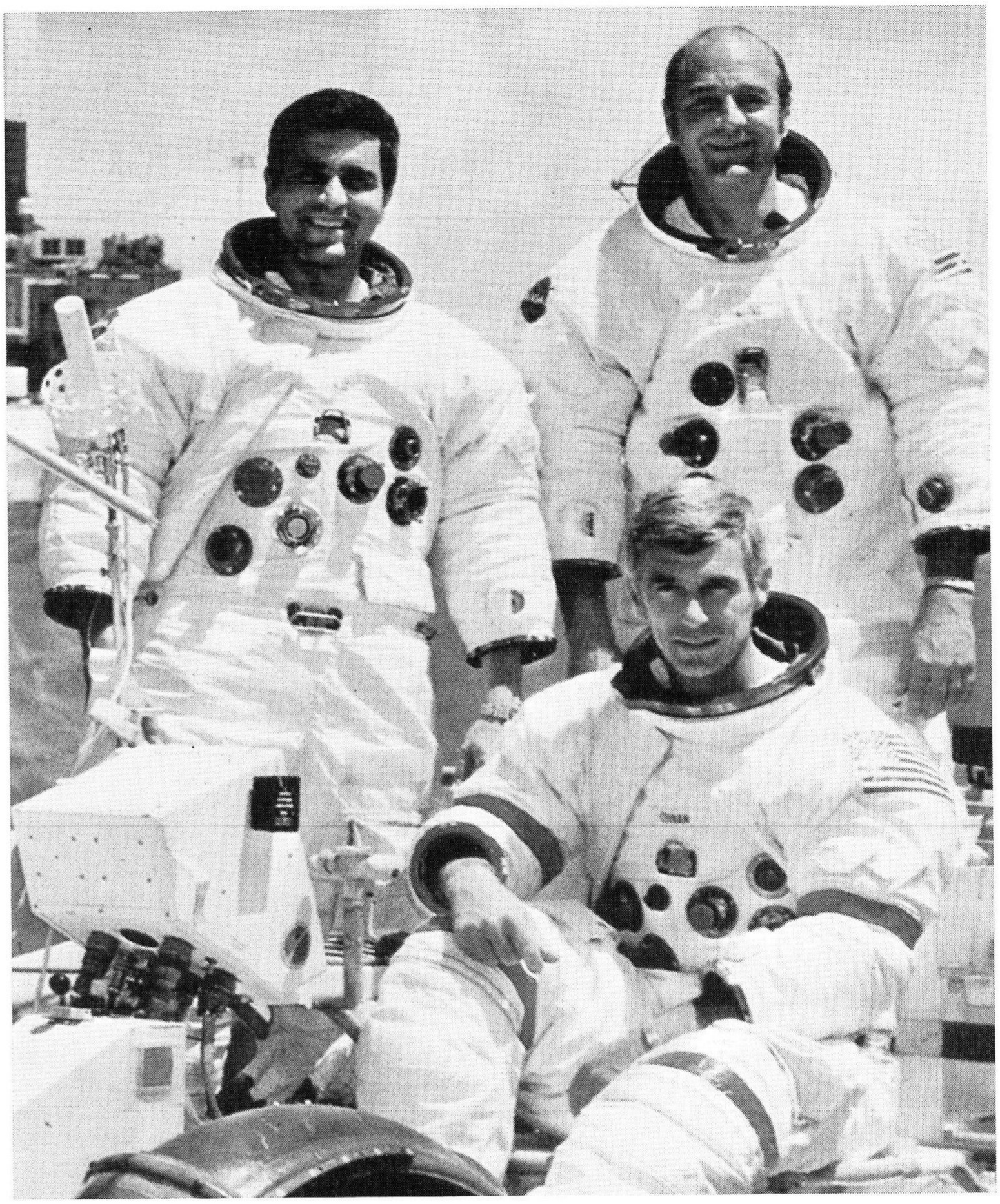
Unter diesem Blickwinkel ist das eigentliche Neue das solchen Äußerungen zugrundeliegende naturalistische Mißverständnis: An einem vorgängigen Naturbegriff ansetzende Umweltkritik erscheint als oder tritt an die Stelle von Gesellschaftskritik. Aber die Natur, auf die sich die Kritiker berufen, als „eigentliche", „unberührte" usw. Natur an sich selbst, die gibt es ja schon lange nicht mehr. Mit Beck ist gegen dieses naturalistische Mißverständnis festzuhalten: „Also: auch und gerade Natur ist nicht Natur, sondern ein Begriff, eine Norm, eine Erinnerung, eine Utopie, ein Gegenentwurf. Heute mehr denn je. Natur wird zu einem Zeitpunkt wiederentdeckt, verzärtelt, wo es sie nicht mehr gibt. Die Ökologiebewegung ist in einem naturalistischen Selbstmißverständnis befangen. Sie reagiert auf den Globalzustand einer widerspruchsvollen Verschmelzung von Natur und Gesellschaft, die beide Begriffe aufgehoben hat in einem Vermischungsverhältnis wechselseitiger Vernetzungen und Verletzungen, von denen wir noch keine Vorstellung, geschweige denn ein Konzept haben." (Beck 1988, S. 65; vgl. auch Latour 1995) In der Folge dieses Selbstmißverständnisses werden nicht nur Erkenntnisfragen, sondern politische Handlungschancen verstellt, sodaß der von niemandem mehr bestrittene Problemdruck nur noch verstärkt wird.

Komplementär zu der Fassung der Natur als Subjekt erfolgt – wiederum im Rückgriff auf die Selbstorganisationstheorien – eine Naturalisierung des Subjektes. So etwa exemplarisch bei Maturana: In seinem Aufsatz „Wissenschaft und Alltagsleben. Die Ontologie der wissenschaftlichen Erklärung" schreibt er schon zu Beginn, daß er seine Überlegungen nicht als Philosoph, sondern als Biologe vortragen will mit der Absicht, Wissenschaft als eine menschliche, biologische Tätigkeit zu reflektieren. Wenn man nicht schon an dieser Stelle stutzt, dann macht wohl spätestens diese Argumentation den „radikalen Konstruktivismus" fragwürdig: „Wenn wir ansetzen, sprachlich darüber zu reflektieren, was und wie wir etwas tun, wenn wir als sprachfähige Tiere handeln, dann bedeutet dies, daß wir uns selbst schon in einer Sprache befinden, die Unterschiede in der Sprache macht. Mit anderen Worten: Es ist einfach so, daß wir in unserem Tun schon immer sprachfähige lebendige Systeme sind." (Maturana 1990, S. 108)

Nicht nur erscheint hier Sprache als eine Natureigenschaft (Gattung konstituierendes Merkmal), über die eine bestimmte Sorte von Lebewesen verfügt – auch die Erklärung des „Beobachters", also des sprachfähigen menschlichen Wesens, das andere sprachfähige bzw. sprechende menschliche Wesen in ihrem (sprachlichen) Handeln beobachtet, wird verstanden als Aufgabe einer Naturwissenschaft, eben der Biologie: „Wenn unter diesen Umständen darüber reflektiert wird, was der Beobachter tut, dann müssen seine kognitiven Fähigkeiten entweder als gegebene, unerklärbare Eigenschaften des Beobachters genommen werden, oder es muß erklärt werden, wie sie als das Ergebnis der Biologie des Beobachters als menschliches Wesen entstehen." (Maturana 1990, S. 108) Naturalistisch sind diese Überlegungen Maturanas nicht nur deshalb, weil sie eine menschliche Kulturleistung, Sprechen, mithilfe naturwissenschaftlicher Verfahrensweisen erklären wollen, sondern gerade

auch deshalb, weil die zu erklärende Leistung, also der Gegenstand der Wissenschaft, als natürlich oder naturgegeben vorhanden unterstellt wird. Mit der Konsequenz, daß diese Leistung nur noch untersucht wird hinsichtlich ihrer strukturellen Realisation bei einer bestimmten Sorte von Lebewesen. Was „erklärt" unter diesen Bedingungen dann folgende Aussage: „Handlungen nenne ich alles, was wir in irgendeinem Operationsraum tun, den wir in unserem Diskurs hervorbringen, wie abstrakt auch immer er sein möge. In diesem Sinne ist Denken ein Handeln im Bereich des Denkens, Reflektieren ein Handeln im Bereich der Reflexion, Sprechen ein Akt im Bereich der Sprache, Schlagen ein Akt im Bereich des Schlagens, usw.; und wissenschaftliches Erklären ist Handeln im Bereich der wissenschaftlichen Erklärung" (Maturana 1990, S. 110)? Nach dieser Argumentation müßte eigentlich als Konsequenz unterstellt werden, daß es Sprache „gibt", auch wenn es keine Sprecher gibt. Die „Existenz" einer Funktion ist unabhängig davon, ob sie von einer Struktur realisiert wird und von welcher der möglichen Strukturen sie realisiert wird. Wissen wir nun eigentlich genauer, was Denken, Sprechen, Handeln ist?

Auch Prigogine glaubt, Lebewesen einschließlich des Menschen in seine Theorie der Selbstorganisation bruchlos einbeziehen zu können, wenn er im Rahmen seiner Überlegungen zur Natur als Subjekt schreibt: „Um weitere Fortschritte zu erreichen, müssen wir unsere Position, den Standpunkt, von dem aus wir die physikalische Welt beschreiben, besser verstehen. Das heißt nicht, daß wir zu einer subjektivistischen Wissenschaftsauffassung zurückkehren müssen, doch müssen wir die physikalische Erkenntnis in einem gewissen Sinne mit den charakteristischen Merkmalen des Lebens in einen Zusammenhang bringen." (Prigogine 1979, S. 15) Mit der Ineinssetzung von Subjekt, Lebewesen oder bewußtseinsbegabtem Lebewesen wird aber das völlig verfehlt, was mit dem (philosophischen) Subjekt-Terminus intendiert war. „Behandelt man wie Prigogine das erkennende Subjekt als bloßes Objekt unter Objekten innerhalb der zu erkennenden Natur, dann hat man eben nicht eigentlich das Erkenntnissubjekt zum Gegenstand, sondern man macht sich den Menschen oder das Bewußtsein zum Objekt. Dies zu tun ist durchaus legitim, denn es kann keineswegs bestritten werden, daß Fortschritte in der Physik auch weitergehende physikalische bzw. naturwissenschaftliche Aussagen über den Menschen und sein Bewußtsein ermöglichen. So zulässig es aber auch ist, den Menschen und das Bewußtsein zum Objekt zu machen, so erfährt man durch diese Vorgehensweise jedoch nichts über das Subjekt als Subjekt.



„... denn es kann keineswegs bestritten werden, daß Fortschritte in der Physik auch weitergehende physikalische bzw. naturwissenschaftliche Aussagen über den Menschen und sein Bewußtsein ermöglichen": Raumfahrer

Durch sie kann nicht herausgefunden werden, wie das Subjekt sich selbst gegeben und wie das Erkenntnisvermögen der menschlichen Gattung beschaffen ist." (v. Borzeszkowski & Wahsner 1989, S. 136)

Dieses Geflecht von Naturalismen zu entwirren, scheint mir vordringliche Aufgabe von Wissenschaftskritik heute sein zu müssen. Dabei muß neben der weiteren Klärung des Verhältnisses von Wissenschaft als Handlung und des Zusammenhanges von Wissenschaft und Lebenswelt insbesondere untersucht werden, wie und zu welchen Zwecken mit welchen Konsequenzen Metaphern Eingang finden in wissenschaftliche Theorien. Denn erst die Analyse von Metaphern in wissenschaftlichen Theorien erlaubt die Unterscheidung von Teilnehmer- und Beobachterperspektive und damit die Bestimmung des Verhältnisses von Kultur und Natur ohne in relativistischen Kulturalismus und objektivistischen Naturalismus zu verfallen (vgl. Weingarten im Druck). ●

Literatur:

Beck, U. (1988): Gegengifte. Frankfurt.

Borzeszkowski, H.-H. von / Wahsner, R. (1989): Physikalischer Dualismus und dialektischer Widerspruch. Darmstadt.

Latour, B. (1995): Wir sind nie modern gewesen. Berlin.

Maturana, H. (1990): Wissenschaft und Alltagsleben. Die Ontologie der wissenschaftlichen Erklärung. In: W. Krohn / G. Küppers (Hg.): Selbstorganisation. Aspekte einer wissenschaftlichen Revolution. Braunschweig/Wiesbaden, S. 107 - 138.

Marcuse, H. (1973): Konterrevolution und Revolte. Frankfurt.

Prigogine, I. (1979): Vom Sein zum Werden. München.

Serres, M. (1994): Der Naturvertrag. Frankfurt.

Smuda, M. (Hg.): Landschaft. Frankfurt.

Weingarten, M. / Gutmann, M. (1993): Kann Erkenntnistheorie in Naturwissenschaft aufgelöst werden? In: G. Bien & Th. Gil & J. Wilke (Hg.): „Natur" im Umbruch. Stuttgart, S. 91 - 108.

Weingarten, M. (im Druck): Funktionsbestimmung ohne Funktionalismus in der Kognitionswissenschaft. In: O. Breidbach / A. Ziemke (Hg.): Zur Kritik des Repräsentationismus.

BJÖRN AUST

Ende des „unheiligen“ Krieges?

Eine Chronik des algerischen Bürgerkriegs

Seit fast vier Jahren tobt in Algerien ein blutiger Bürgerkrieg, der den nordafrikanischen Staat gesellschaftlich und wirtschaftlich zerrüttet hat. Zum Ausbruch des Krieges war es 1992 gekommen, als ein Staatsstreich der Militärs den zweiten Wahlgang der Parlamentswahlen aussetzte, und brutal gegen Mitglieder der Siegerin des ersten Wahlgangs, der islamischen Heilsfront (FIS) vorging. Derzeit regiert ein Staatsrat unter Staatspräsident Liamine Zeroual – abhängig vom Wohlwollen des Militärs. Im Namen der Modernisierung bekämpft die Regierung mit zunehmender Härte die islamistischen Strömungen, die „Islamisierung“ Algeriens. Doch auch militante islamistische „Glaubenskämpfer“ haben ihre Terroraktionen verschärft, und sogar auf Frankreich ausgeweitet. Die demokratische Opposition droht zwischen den Fronten zerrieben zu werden. Erwartungsgemäß ging Präsident Zeroual aus den von ihm anberaumten Wahlen um das Staatspräsidentenamt vom 16. November als Sieger hervor. Für erstaunen sorgte lediglich die hohe Wahlbeteiligung, denn im Vorfeld der Wahlen hatte die demokratische Opposition, einschließlich der FIS, zum Boykott aufgerufen.

1962 endete Frankreichs Kolonialherrschaft in Algerien. Die Republik wurde seitdem von der damaligen Widerstandsorganisation FLN autoritär regiert. Diese versprach der Bevölkerung, Algerien zu einem Musterbeispiel der Emanzipation von europäischer Herrschaft zu machen. Verstaatlichung von Großbesitz und Industrie, eine Agrarreform sowie die Einkünfte aus den Erdölquellen in der Sahara sollten den zukünftigen Wohlstand garantieren. Mitte der 80er Jahre fielen jedoch infolge der Ölkrise die Ölpreise um fast 50 %. Das bedeutete das Ende des ehrgeizigen Entwicklungsprojekts. Eine Spirale der Verschuldung setzte ein. Heute verschlingen allein die Zinstilgungen neun der 11 Mrd. US-Dollar, die Algerien durch Ölexporte erwirtschaftet.

Vor allem die Intelligenz verlangte bereits seit den 70er Jahren mehr Demokratie. In ländlichen Regionen gewannen islamistische Strömungen, die mit ihrer Kritik an der Verstaatlichungspolitik der FLN einen Großteil der islamisch-konservativen Feudalität hinter sich bringen konnten, an Popularität. Mit dem Ziel, die demokratischen Bewegungen zu ersticken, machte das Regime in Algier in den 80er Jahren größere Zugeständnisse an die islamistisch-konservativen Strömungen. Immer massiver wurden die individuellen Rechte beschnitten. Frauen wurden verstärkt vom überspannten Arbeitsmarkt, Studentinnen aus den überfüllten Universitäten gedrängt. Das „Familiengesetz“ von 1984 deklassierte die Algerierinnen zu Bürgerinnen „zweiter Klasse“ und bedeutete zugleich einen Sieg des konservativen islamistischen Fundamentalismus. Mit den staatlich verodneten Repressionen ging die Zunahme islamistischer Gewalt gegen demokratische Strömungen einher.

Trotzdem fanden angesichts steigender Arbeitslosigkeit und wachsender Armut Ende der 80er Jahre Streiks und Demonstrationen für politische Freiheit statt. So mußte der amtierende Präsident Ali Kafi 1988 Parteien zulassen. An den für Juni 1990 anberaumten Kommunalwahlen nahmen neben einer Vielzahl kleinerer Parteien auch die seit 1963 verbotene sozialistische Partei FFS und die FIS teil. Die FFS trat die Wahl auch als Sprachrohr der unterdrückten Minderheit der Berber (Masirer) an, die ca. 20 % der algerischen Gesamtbevölkerung ausmacht. Die FIS hatte sich 1989 als Sammlungsbewegung (fast) aller islamischen Strömungen, von konservativ bis liberal, konstituiert.Tatsächlich gingen diese zwei Partreien auch als Siegerinnen aus den Kommunalwahlen von 1990 hervor. Die islamistische Bewegung wurde nun vom FLN-Regime als Konkurrentin um die Macht angesehen, im März 1991 wurde ihr jegliche öffentlich Parteiarbeit verboten. Trotzdem ging sie aus den Parlamentswahlen im Dezember desselben Jahres erneut als deutlich stärkste Kraft hervor.

Angesichts der niedrigen Wahlbeteiligung von nur 59 % und der Tatsache, daß viele WählerInnen die FIS aus Protest gegen das FLN-Regime wählten, aber keinen fundamental-islamischen Gottesstaat wollten, kann allein aus dem Wahlergebnis noch keine Islamisierung abgeleitet werden. Dies diente den Militärs jedoch als Vorwand, in einem Staatsstreich den amtierenden Präsidenten Chadli Benjedid zu stürzen. Der zweite Wahlgang wurde ausgesetzt; die Ergebnisse des ersten annulliert. Die provisorische Militärregierung erließ Notstandsgesetze und verhängte den Ausnahmezustand über Algier und Umland. Dieser wurde im Juni 1993 auf nunmehr acht Provinzen ausgedehnt. Die Versuche des vom Militär eingesetzten Präsidenten Mohamed Boudiaf, wieder zivile Regierungsstrukturen einzurichten, endeten jäh mit dessen bis heute ungeklärter Ermordung im Sommer 1992. Offiziell wird daran festgehalten, Boudiaf sei einem islamistischen Anschlag zum Opfer gefallen. Doch ist es ebenso wahrscheinlich, daß die Täter aus Militärkreisen stammten.

Ideologische Kriegsführung

Im Namen der Moderne ging das Regime seit 1992 mit wachsender Brutalität gegen „den Islamismus“ vor. In der westlichen Welt, insbesondere in Frankreich – das Algerien mit Wirtschaftshilfen von jährlich ca. einer Milliarde US-Dollar unterstützt – versuchen Regierungskreise die ausgeübte Gewalt mit dem Argument der Modernisierung, die es zu verteidigen gelte, zu rechtfertigen. Festnahmen, Razzien, Folterungen und Hinrichtungen von Verdächtigen gehören seither zum algerischen Alltag. Die Zahlenangaben über die Opfer des Bürgerkriegs gehen stark auseinander. Regierungskreise sprechen von ca. 12.000 Opfern seit Dezember 1991, für deren Tod sie die Terrorakte der islamischen Guerilla verantwortlich machen. Doch Menschenrechtsgruppen gehen davon aus, daß im selben Zeitraum um 50.000 AlgerierInnen im Bürgerkrieg umgekommen sind, und zudem ca. 17.000 unter menschenunwürdigen Bedingungen in Gefängnissen und Lagern einsitzen.

Die Militärs führen inzwischen einen „totalen Krieg“ gegen die islamischen Gruppen. So versucht die Armee durch Zwangsrekrutierungen und der Bewaff-

nung von 40.000 Gemeindepolizisten, ihre Schlagkraft und Reichweite auch in ländlichen Regionen zu erhöhen. Die Zerstörung von Moscheen, das Abholzen von Waldgebieten, in denen sich Widerstandsgruppen sammeln könnten, sowie skrupellose Bombardierungen „islamischer" Siedlungen entlarven die Erklärungen Algiers, den Krieg für Stabilität, Modernisierung und gegen islamischen Terror zu führen, als bloßen Vorwand. Die Unglaubwürdigkeit der Regierung ist umso größer, zieht man in Betracht, wie sich das autoritäre Regime in Algier jahrzehntelang der islamischen Bewegungen bediente, um die demokratische Opposition zu unterdrücken.

Popularität der islamischen Bewegung

Die islamische Bewegung existierte seit Algeriens Unabhängigkeit als vielschichtige religiöse Opposition zum Einparteienregime der FLN. Dies hinderte die konservativen Fraktionen jedoch nicht, mit dem Regime im Kampf gegen demokratische Gruppen zu kollaborieren (s.o.). Die islamische Bewegung profitierte von der bedrohlicher werdenden wirtschaftlichen Lage Algeriens in den 80er Jahren. Denn im Zuge der Verschuldung sah sich das FLN-Regime gezwungen, die Sozialleistungen immer weiter einzuschränken. Bei einer Arbeitslosigkeit von – nach inoffiziellen Schätzungen – 50 %, und der kontinuierlichen Verarmung der Bevölkerung, ein explosives Unterfangen. Den Islamisten, zum Teil vom islamischen Ausland unterstützt, gelang es, eine eigenständige Sozialversorgung (Speisungen in Moscheen, Almosen, medizinische Grundversorgung) aufzubauen. Auch ermöglichten moderate Gruppen den Muslima die Teilnahme am religiösen Leben, und befürworteten Frauentätigkeit in caritativen Berufen, im Bildungssektor und in der Gynäkologie. Diesem sozialen Engagement verdankt die heutige FIS ihre Popularität.

Im Zuge der fundamentalistisch-islamischen Revolution im Iran fand jedoch eine konservative Radikalisierung weiter Teile der algerischen Bewegung statt. Dies äußerte sich in einer strengen konservativen Koranauslegung, veränderten Lebens- und Bekleidungsvorschriften, und der Gutheißung eines totalitären Gottesstaats. Diese Kräfte beeinflußten die junge FIS in ihrer Hochphase von 1989-92 maßgeblich. Konservative Strömungen setzten sich gegen moderate durch, die FIS wendete sich klar gegen Säkularisierung und Demokratie – was sie aber paradoxerweise nicht daran hinderte, an den Wahlen teilzunehmen.

Unter den Bedingungen des Bürgerkriegs spaltete sich die Sammlungsbewegung endgültig in radikale und moderate Gruppen. Die Gruppe Bewaffneter Islam (GIA), die einen Gottesstaat nach iranischem Vorbild anstrebt, entwickelte sich zur schlagkräftigsten Gruppe neben der FIS. Ihrem Aufruf zum „Dschihad", dem heiligen Krieg gegen Regime, die „verwestlichte" demokratische Opposition und Intelligenz, folgte die radikale FIS-Gefolgschaft, einschließlich wichtiger Führungskräfte. Mittlerweile verfügt die GIA über eine ca. 2.500 Mann starke Guerilla-Armee, die für den weitaus größten Teil aller Attentate und Terroranschläge verantwortlich ist. Die skrupellose Gewalt gegen alle „Ungläubige", Plünderungen und Vergewaltigungen haben die GIA jedoch bei einem Großteil der Bevölkerung diskreditiert. Inzwischen werden auch FIS-AnhängerInnen von der GIA als ungläubige Verräter angesehen, die es zu vernichten gilt. Die Ermordung des FIS-Mitbegründers Imam Abdelbaki Sahraoui in Paris am 11. Juli diesen Jahres durch die GIA zeigt, wie tief mittlerweile die Kluft zwischen den rivalisierenden Bewegungen geworden ist.

Wolf im Schafspelz?

Eine geeinte islamistische Frontgibt es also nicht, denn auch innerhalb der GIA finden Flügelkämpfe statt – eine Rivalengruppe erschoß 1994 den GIA-Führer el-Afghani. Eine weitere Konkurrentin der GIA ist die Bewaffnete Islamische Bewegung (MIA oder auch AIS), die als militärischer Arm der FIS gilt. Sie beschränkt ihre Gewalt aber auf Funktionsträger der Regierung und Militärs. Trotzdem ist die GIA stark genug, den „heiligen Krieg" nun auch auf Frankreich ausdehnen zu können.

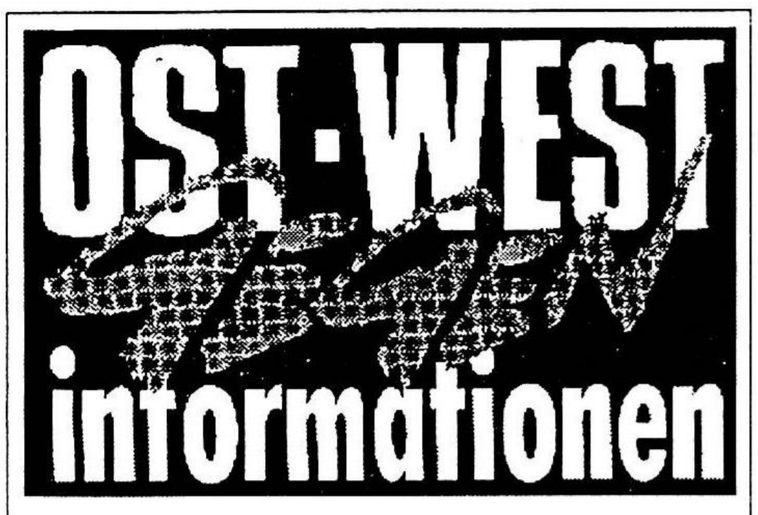
Die FIS distanzierte sich nach der vorläufigen Freilassung ihrer inhaftierten Führer Abbas Madani und Ali Benhadj im Mai 1994 von der GIA, um nicht mit deren Brutalität in Verbindung gebracht zu werden. Diese drohte mit Gewalt, sollte die FIS mit der Militärregierung, der demokratischen Opposition oder der FLN in Verhandlungen treten.

Die FIS, immer noch stärkste islamische Fraktion, versucht seitdem, sich als legitime Oppositionskraft zu profilieren. Zusammen mit VertreterInnen der demokratischen Opposition, der algerischen Menschenrechtsliga LADDH und der moderaten islamischen Bewegung En-Nahda, sowie einer Delegation der FLN arbeitete sie in Rom im Januar diesen Jahres an einem Entwurf eines „Nationalen Vertrags" mit. Die Beendigung des Bürgerkriegs und Demokratisierung waren dessen Hauptziele. Die Delegationen stellten einen Forderungskatalog an die Regierung auf, der unter anderem die Freilassung aller politischen Gefangenen und der wieder inhaftierten FIS-Führer Madani und Belhadj, die Aufhebung des FIS-Verbots, die Garantie der Handlungsfreiheit für die übrigen Oppositionsparteien, sowie die Aufhebung der Pressezensur beinhaltete. Im Gegenzug erteilte die FIS dem Terrorismus eine Absage und bekannte sich zu einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung. Die bewaffneten Gruppen GIA und MIA, deren Kongreßteilnahme die FIS durchgesetzt hatte, lehnten den Gewaltverzicht jedoch ab.

Von der Konferenz in Rom konnten zwar von vornherein keine konkreten Ergebnisse erwartet werden, da sie gegen den Willen der Militärregierung stattfand. Diese hatte die Ausreise vieler Delegierter erschwert, die Vertreter der FIS ließen die Militärs erst ausreisen, als Frankreichs damaliger Präsident Mitterand auf Fürbitte der demokratischen algerischen Parteien Druck auf Algier ausübte. Dennoch bedeutete die Konferenz einen wichtigen Schritt: Es war die erste Annäherung zwischen FIS, FLN und den demokratischen Oppositionsparteien, die im Bürgerkrieg zwischen den Fronten stehen. Auch international fand die Initiative Anerkennung; die FIS war durch ihren Gewaltverzicht auch für westliche Regierungen dialogfähig geworden. Die Verbindungen zwischen FIS und MIA, sowie die gesonderten – wenn auch gescheiterten inoffiziellen Verhandlungen der FIS mit der Militärregierung im Juni, hat in der Opposition jedoch Zweifeln an der demokratischen Aufrichtigkeit der FIS Nahrung gegeben.

Taktieren und Gewalt

Auf Frankreichs Fürsprache hin willigte das Regime in Algier im Frühjahr in einen Dialog mit der Opposition (einschließlich der FIS) ein. Für die Zulassung der FIS zu diesen Gesprächen hatte sich insbesondere die sozialistische FFS ausgesprochen. Sicher auch, um die FIS an ihre Versprechen von Rom zu binden. Der Dialog scheiterte jedoch im April an der Weigerung der Regierung, Parlamentswahlen abzuhalten. Stattdessen sprachen sich Vertreter der Militärs für Präsidentschaftswahlen aus. FFS, FLN, FIS, die Arbeiterpartei PT und (zunächst) die bürgerliche RCD und die moderate islamische en-Nahda versprachen nach Abbruch der Verhandlungen, die Präsidentschaftswahl zu boykottieren. Legt man die Wahlergebnisse von 1991 zugrunde, hätten dann am 16. November 76 % der AlgerierInnen den Urnen fernbleiben müssen. Am Vortag der Wahl erneuerten VertreterInnen der FFS, der Arbeiterpartei PT und der FIS in Bonn ihren Aufruf an die AlgerierInnen, die Wahlen



Heft 1/95
DIE GEBURT EINER KLASSE
Unternehmer im Osten
Beiträge von/Interviews mit
P. Dobrowolski, A. Kilmister, A. Kolganow, St. Suvar u. a.
Dossier:
Krieg in Tschetschenien
Beiträge von P. F. Larsen, U. Brunnbauer, G. Mangott u.a.
Interview mit B. Kagarlitzkij

Heft 2/95
SEKTEN, SCHISMEN, SENDUNGSWILLE
Religionen im Osten
Beiträge von/Interviews mit
J. Bartosz, E. Filmovo, W. Jasper, K. Toth, W. Totok, u.a.
Dossier:
"Blitz"krieg in der Krajina
Beiträge von St. Suvar, Z. Puhovski, M. Kolar, H. Grandits.

Heft 3/95
AN DEN RAND GEDRÄNGT
Die Peripherisierung der östlichen Ökonomien
Beiträge von/Interviews mit
E. Altvater, L. Andor, B. Arnot, H. Hofbauer, M. Lazic, S. Suvar, F. Vilmar u.a.
Dossier:
Ex-Jugoslawien: Friede in Sicht?
Beiträge von AIM-Korrespondenten aus Kroatien, Bosnien-Herzegowina, Serbien.

Heft 4/95
MILITÄR IM OSTEN
Beiträge von/Interviews mit
S. Colovic, J. Galtung, M. Hadzic, M. Kerner, T. Kuzmanic, B. Meyer, H. Schröder, S. Tatalovic u.a.
Dossier:Visegrad-Staaten

Bestellungen, Probeexemplar, Inhaltsverzeichnisse:
Ost-West-Gegeninformationen
c/o Dezentrale für Alternativen
Prokopigasse 2/1, A-8010 Graz, Österreich.
Preis: 40 öS/6 DM incl. Porto/Heft,
Umfang: 56 Seiten

zu boykottieren. Gleichzeitig sprachen sie sich jedoch für erneute Verhandlungen aus und plädierten für Parlamentswahlen, an denen auch die FIS teilnehmen solle.

Die Wiederwahl Zerouals war auch nach den gescheiterten Verhandlungen nahezu unbestritten. Der Ablehnung des Zeroual-Regimes von seiten der Bevölkerung wurde seit April mit vollmundigen Erklärungen in den Medien – die Armee stünde in ihrem Kampf gegen den Islamismus kurz vor dem Durchbruch – und verschärftem Terror begegnet. Denn die Wahlen sollten ein Zeichen der Stabilität Algeriens setzen und die Handlungsfähigkeit der Regierung demonstrieren. Die Hardliner im Militär jedenfalls setzen derzeit auf Kampf, da sie fürchten, nach einem Machtwechsel für ihre Rolle im Bürgerkrieg zur Rechenschaft gezogen zu werden.

Auch das geplante Treffen Zerouals mit dem konservativen französischen Präsidenten Jacques Chirac sollte dem Wahlkampf, der Legitimierung der Politik Algiers dienen. Der Franzose bestätigte zunächst das Treffen trotz der seit Juli andauernden Anschlagserie islamischer Terroristen, vornehmlich aus Reihen der GIA. Die Anschläge haben mittlerweile sieben Tote und über 160 Verletzte gefordert. Chirac kritisierte zudem die „FIS-Nähe" der BRD und der USA, die sich seit der Konferenz in Rom für einen Dialog der Regierung Zerouals mit der Opposition aussprachen. Buchstäblich in letzter Minute sagte Chirac das geplante Treffen im Rahmen der UNO-Feierlichkeiten ab. Diplomatisch bedeutete dies zweifelsohne eine Düpierung Zerouals.

In den Wochen vor der Präsidentschaftswahl kam es zu erneuten Attentaten – eine Autobombe explodierte im Südosten des Landes und forderte fünf Todesopfer, Wahlhelfer Zerouals wurden in Algier ermordet, und Embarek Mahiou, ein Führungsmitglied der Oppositionspartei FFS, wurde vor seinem Haus erschossen. Allein schon die Durchführung der Wahl gestaltete sich so zur Kraftprobe, denn die GIA hatte den AlgerierInnen „für jede Stimme eine Kugel" angedroht.

Algerien nach der Wahl

Schon der Urnengang der algerischen ImmigrantInnen in Frankreich bot eine Überraschung: Fast alle der 650.000 wahlberechtigten ImmigrantInnen hatten bis zum 14.11. ihre Stimme abgegeben. Während das Regime Zerouals diese hohe Wahlbeteiligung begrüßte und als positives Signal für den Wahlgang in Algerien selbst sah, verurteilten die Gegenkandidaten und VertreterInnen der Opposition Frankreichs repressive Politik. Frankreich hatte jegliche Wahlwerbung, und Veranstaltungen der oppositionellen Kräfte untersagt.

Unter massivem Aufgebot an Sicherheitskräften fanden am 16. November schließlich in Algerien selbst die Wahlen statt. Trotz der Terrordrohungen militanter Islamisten der GIA beteiligten sich ca. 75 % der 14 Millionen Wahlberechtigten am Urnengang. Daß sich 61 % der WählerInnen für Zeroual aussprachen, vervollkommnete den Triumph der Militärregierung. Weit abgeschlagen plazierten sich die Gegenkandidaten. Der gemäßigte islamische Scheich Mahfoud Nahna erhielt nur 25 %, Said Saada von der RCD, die es nicht schaffte, über ihr berberisches (masirisches) Stammklientel Stimmen einzuwerben 10 %, und Noureddine Boukrouh von der Erneuerungspartei 4 %. Die WahlbeobachterInnen der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) räumte zwar geringe Unregelmäßigkeiten im Wahlprozeß ein. Sie widersprach aber zugleich den Protesten der FIS, die behauptet hatte, die Beteiligung betrage lediglich 30 %.

Somit kann sich Zeroual nun international als legitimierter Präsident Algeriens darstellen. Großspurig erklärte er auch, die WählerInnen hätten mit ihrer Wahl dem „Sieg der Souveränität des Volkes und der Demokratie" zum Triumph verholfen. Von der Demokratie jedoch ist Algerien noch weit entfernt. Tatsächlich waren im Wahlkampf die Gegenkandidaten Zerouals benachteiligt worden; ihnen hatte das Regime öffentliche Auftritte, das Werben in den Medien untersagt. So bedeutet die Wahl Zeroual auch nicht, daß sich die AlgerierInnen mehrheitlich zu seiner Politik bekennen. Das Votum für Zeroual dürfte eher eine Absage an den Terror der GIA und anderer militanter islamischer Kämpfer sein, als die Legitimierung des ebenfalls repressiven Regimes. Sicherlich werden viele AlgerierInnen, des Bürgerkriegs müde, ihn gewählt haben, da er im Falle einer Bestätigung einen Dialog mit der Opposition ankündigte und freie Parlamentswahlen in Aussicht stellte. Es bleibt zu hoffen, daß sich die Militär-Clique in Algier an ihre Wahlversprechungen hält und seine gewonnene Legitimität nicht dazu mißbraucht, im Ausland Unterstützung für seinen Krieg gegen die „Islamisierung" einzufordern. Diese, für Algier vielleicht ver-lockende Variante – ein Weg, sich der Verantwortung für den Bürgerkrieg zu entziehen –, wird jedoch sicherlich Land und Gesellschaft endgültig spalten und neues Blutvergießen nach sich ziehen. Das Vertrauen der AlgerierInnen in Politik und die Möglichkeit, durch den Dialog zum Frieden zu kömmen, wäre auf lange Sicht zerstört. Somit liegt es auch an den westlichen Staaten, die Algier um Unterstützung bitten könnte, allen voran Frankreich, dem Regime Militärhilfen zu verweigern und die Einlösung der Wahlversprechen einzufordern. ●

MICHAEL STÖTZEL

Menschenrechte? Aber sicher

Shells Argumente gegen eine Isolation der nigerianischen Junta

Können es sich die Shell-Leute leisten, nicht mal eine Woche nach der Hinrichtung von Ken Saro-Wiwa und seinen acht Mitstreitern einen 3,6-Millionen-Dollar-Deal mit den nigerianischen Machthabern zu unterschreiben? Sie können, und sie werden sich nicht noch einmal kleinkriegen lassen wie im Sommer, als sie eine alte Bohrinsel, die Brent Spar, in der Nordsee versenken wollten, dann aber öffentlichem Druck nachgeben mußten. Diesmal geht es um mehr als eine Entsorgungsentscheidung, die kurzfristig das Verkaufsgeschäft beeinflußt und sicher ein bißchen rufschädigend ist. Diesmal ist auch kein nationaler Zweig des Multis angesprochen, die Entscheidung wurde, meint die *Financial Times*, im Haager Rat der Shell-Götter getroffen.

Sie haben gelernt. Zur Rechtfertigung ihrer bislang größten Afrika-Investition, die den Financiers Dividenden ab 2007 verspricht, wer erinnert sich dann noch an Saro-Wiwa, greifen sie offensiv, teilweise atemberaubend dreist, alle bisher bekanntgewordenen Vorwürfe auf und kehren sie um.

Zunächst fast schon antikolonialistisch: Hätten sie Druck auf die Militärs ausüben sollen? Es sei mit ihren Unternehmensgrundsätzen nicht vereinbar, sich in die inneren Angelegenheiten eines Staates einzumischen. („Kein Staat würde das zulassen. Das wäre hier in Deutschland nicht anders." Rainer Winzenried, Sprecher der deutschen Shell, gegenüber der *taz* vom 14.11.95.) Trotzdem, kann sich das Unternehmen in so einem Land wie Nigeria noch engagieren? Gerade in so einem Land, meint Brian Anderson, Direktor der Shell Nigeria (in der *Financial Times* vom 15.11.): „Wir glauben, unsere nützlichste Rolle ist die, Nigeria bei der Überwindung seiner ökonomischen Probleme zu helfen und Reichtum zu schaffen, der den Menschen einen besseren Lebensstandard ermöglicht." Schon jetzt, ergänzt Winzenried, beschäftigte Shell direkt oder indirekt rund 30.000 Menschen, deren Existenz man ja nicht „mit einem Federstrich" zunichte machen könne. Und was macht der Schwarze, wenn ihn der weiße Mann nicht mehr beschäftigt? Drei Prozent Bevölkerungswachstum, weiß Winzenried, und die PR-Berater werden ihm eingeschärft haben, an dieser Stelle nicht zu grinsen, mit der Folge „unkontrollierter Waldrodungen und intensiver Landwirtschaft."

Überhaupt die Ökologie, ureigene Sache von Shell: Wenn die neue Gasverflüssigungsanlage bei Port Harcourt im Nigerdelta 1999 in Betrieb gehe, werde die Umweltverschmutzung automatisch zurückgehen, weil zumindest ein Teil des bei der Ölförderung austretenden Gases nicht mehr abgefackelt werden muß. Nur, und da muß dann auch ein so sehr um das Gemeinwohl bemühter Unternehmer wie Shell mal ein paar ernste Worte einstreuen: Alle Sorge um die Umwelt ist fruchtlos, solange die Ogoni selbst, das Volk Saro-Wiwas aus dem Nigerdelta, mutwillig die Installationen zerstören und so die Umweltkatastrophe herbeiführen, nur um danach Entschädigung zu verlangen. Daß die Ölindustrie Nigerias „sabotiert" worden sei und darum so darniederliege, erklären auch die dortigen Machthaber. Offensichtlich wollen sie auf diese Weise davon ablenken, daß sie sich nie um die Instandhaltung der Anlagen kümmerten. Saro-Wiwa und seine Freunde mußten sterben, um den Sabotage-Vorwurf zu erhärten. Shell hatte sich mit solchen Beschuldigungen bislang eher zurückgehalten. Rechtlich sei die Aufrechterhaltung der Produktionsanlagen Sache des nigerianischen Partners, der staatlichen Ölfirma, die die Mehrheit in allen Geschäften hält, hatte es zunächst geheißen: eine recht eindeutige Schuldzuweisung, möchte man meinen. Daß es Ärger im Oganiland gegeben, daß man sich nach Zusammenstößen mit der dortigen Bevölkerung 1993 aus dem Gebiet zurückgezogen habe, räumte Shell schon vor der Aufregung um Saro-Wiwa ein. Die ausnehmend gnadenlose Unterdrückung der dort Ansässigen, deren Lebensgrundlagen von der Ölindustrie zerstört werden und die zumindest Kompensationen fordern, habe Shell aber nie unterstützt. Nein, es wurde wirklich nicht gefordert, die Sprecher der Oppositionellen umzubringen. Man müsse die Ogoni sogar irgendwie an den Ölgewinnen beteiligen, wird Brian Anderson in der neuesten *Times* zitiert. Anderenorts äußerte sich Shell Nigeria gleichzeitig allerdings schon etwas ruppiger: Man wolle nur in die Region zurückkehren, wenn die Ogoni-Gemeinschaften Kooperation zusichern und wenn die seit dem Abzug beschädigten Anlagen wirtschaftlich vertretbar repariert werden können. – Nach der Hinrichtungsmeldung vom Wochenende und weltweiten Protesten gegen die nigerianische Justiz weiß man es im Konzern nunmehr ganz genau und kündigt einen Film an, der Beweise für die Sabotageakte der Ogoni liefern soll.

Zu guter Letzt hat Shell dann auch noch ein Argument für die bereit, die meinen, mit Figuren wie General Abascha und dessen Regime schließe man keine Verträge ab. Ganz am Rande, so daß die *Financial Times* gerade noch ausführlich darüber räsonieren kann, heißt es, die eigentliche Sorge der Firma sei, daß die Militärs selbst vom Vertrag über die Gasverflüssigungsanlage zurücktreten. Sie hätten entsprechend ihrem Mehrheitsanteil an dem Geschäft nämlich bereits eine Milliarde Dollar aufgebracht, und ihnen könne es ja nur recht sein, das Sümmchen, welches als Investition erst in zehn Jahren, wenn sie sich – will man hoffen – längst aus der Politik zurückgezogen haben, Rendite verspricht, schnell und unkontrolliert einzustreichen.

Offenbar nicht ins Repertoire eines ans große Ganze denkenden Unternehmens gehört die nicht nur dumme Gegenfrage, wo denn ein angedrohter VerbraucherInnenboykott enden solle. Schon zu Brent-Spar-Zeiten versuchte sich Shell ja nie mit dem Hinweis zu verteidigen, man sei nicht die erste und ganz sicher nicht die letzte Firma, die ihren Dreck einfach untergehen lasse. Und so versucht man sich auch diesmal nicht hinter den anderen an der umstrittenen Investition beteiligten Firmen – Elf und Agip, abgesehen von stillen Investoren – zu verstecken. Oder um zwei Schweizer Adressen im Nigeria-Geschäft anzusprechen, hinter einem Marc Rich, der einen Großteil des vom nigerianischen Staat selbst angebotenen Rohöls vermarktet; und hinter Nestlé, die sich vorsorglich schon mal gegen die mögliche Aufforderung, ihre zwei offenbar auch nur aus wohltätigen Gründen in Nigeria bestehenden Fabriken zu schließen, wehrt. („Es wäre schwer zu verstehen, warum wir die Bevölkerung für Taten ihrer Regierung bestrafen.") [...] ●

Dieser Beitrag ist der WOZ Nr. 46 (17.11.95) entnommen.

PLANeten SPIELE

Die hohen Erwartungen erfüllten sich nicht. Der weltpolitische Umbruch in der zweiten Hälfte der 80er Jahre, für den Gorbatschows „Neues Denken" sowie die Demokratisierungsprozesse in Osteuropa, Lateinamerika und Afrika an erster Stelle zu nennen sind, nahm eine andere Richtung. Die vielbeschworene „Friedensdividende", deren Ausschüttung nach dem Ende der Blockkonfrontation propagiert wurde, blieb für viele Menschen mager. In vielen Teilen der Welt erfolgte eine Intensivierung neoliberaler Politiken oder es entstand, in den vormals staatssozialistischen Ländern, ein politisch völlig unregulierter Kapitalismus.

Die Unordnung der Welt ist allerdings nicht nur politisch verursacht, wie die Rede vom Ende der Blockkonfrontation vermuten lassen könnte. Denn die Welt strukturiert sich auch ökonomisch neu. Auf die wesentlichen Momente der Globalisierung des Kapitalismus gingen wir im Sommerheft (*links* 7/8, 1995) ein. Im vorliegenden Heft steht die politische Ausgestaltung der Welt nach dem Ende des Ost-West-Gegensatzes im Vordergrund, wobei politische und wirtschaftliche Machtverschiebungen zwar eng zusammenhängen, nicht aber aufeinander reduzierbar sind.

Vor fünf Jahren schieden sich die Geister innerhalb der (westdeutschen) Linken wie selten zuvor. Inmitten des Zusammenbruchs des realexistierenden Sozialismus wurde in der zweiten Jahreshälfte 1990 heftig darüber gestritten, wie denn nun politisch „Ordnung" in die globale Unordnung zu bringen sei. Der konkrete Anlaß war die Besetzung Kuwaits durch irakische Truppen im August 1990 und die Frage, wie die „Weltgemeinschaft" darauf antworten sollte. In der Golfkriegsdebatte überlagerten sich die Auseinandersetzung um die zukünftige globalpolitische Rolle des wieder „souveränen" Deutschlands und die Bewertung der eigenen (nationalsozialistischen) Vergangenheit.

Etwas vereinfacht dargestellt standen sich zwei Positionen gegenüber: Die eine Seite bezog sich auf die aus der eigenen Vergangenheit herrührenden Verpflichtungen und die Defizite des Umgangs mit ihr. Herausgestrichen wurde die Aktualisierung der deutschen Geschichte mit dem drohenden Gasangriff auf Israel. Die Verantwortung für die Shoa sollte die faktische Beteiligung der BRD am Golfkrieg rechtfertigen.Gleichzeitig wurden die Tendenzen zur Normalisierung der deutschen Geschichte kritisiert, wo in den Jahren zuvor im Rahmen Bitburg und im „Historikerstreit" versucht wurde, die Vergangenheit zu entsorgen und Auschwitz seine Singularität zu nehmen. Die linke Position, die Israel verteidigte und damit gegen die Relativierung der Geschichte kämpfte, traf sich allerdings mit dem gesellschaftlichen Mainstream in der Forderung nach militärischer Intervention.

Eine andere Position kritisierte die politische Ökonomie des Golfkriegs und vor allem sein Charakter als Krieg für die Errichtung einer „Neuen Weltordnung", die keineswegs imperiale Verhältnisse zu überwinden trachtete. Für diese Position wurde es zum Dilemma, daß Israel mit SCUD-Raketen angegriffen wurde (zumal der Irak ja auch mit deutscher Technologie ausgestattet worden war) und somit das Argument der Verteidigung Israels einiges für sich hatte.

In die Debatte, die von Anfang an mit großer emotionaler Betätigung geführt wurde, kam während des Krieges ein Hang zu Denunziationen: Mit dem Vorwurf des Anti-Amerikanismus wurde eine spontane Bewegung, die aus einer moralisch gestützten Ablehnung des Krieges herrührte und die vor allem die imperialen und welthegemonialen Beweggrün-

de des „Waffengangs“ und die damit verbundenen Interessen angriff, ausgegrenzt und mit dem Vorwurf des Irrationalismus und Antisemitismus belegt.

Viele ehemalige WortführerInnen der Linken wurden dabei zu unbedingten Promotoren eines „westlichen Zivilisationsmodells“ und dessen Universalismus in einem imperialen Krieg, der gerade diese Werte ad absurdum führte.

Ein weiteres Ergebnis der Golfkriegsdebatte war die Reproduktion nationalistisch-völkischer Mythen im linksradikalen Gewand (vgl. die Darstellung der sog. Wiesbadener Kontroverse im *ak* vom 21.10.91). Israel wurde das Existenzrecht abgesprochen, weil es sich um einen „künstlichen“, nicht mit der Mutterscholle verbundenen Staat handelte. Die Besetzung der palästinensischen Gebiete durch israelische Truppen war „Völkermord“ und mit dem Verweis auf die „Brückenkopf-Funktion“ Israels für das „imperialistische Gesamtsystem“ wurde jedes Nachdenken über den Zusammenhang von Holocaust und israelischer Staatsgründung geleugnet.

Während diese Debatte geführt wurde, schafften die Regierenden der USA Realitäten. Die UN-Resolution, die den irakischen Einmarsch veruteilte und Konsequenzen androhte, wurde von den Machthabern dahingehend ausgelegt, daß ein Krieg unvermeidlich sei. So kam es denn auch im Januar 1991. Ein über eine beispiellose Zensur der internationalen Öffentlichkeit als „sauberer Krieg“ vermittelter, führte nach sechs Wochen zu einem Waffenstillstand. Daß der Krieg gar nicht so sauber war, ist heute bekannt.

Zur selben Zeit verkündete US-Präsident Bush, dem der Jubel nach dem militärischen Sieg über den Irak nicht zur späteren Wiederwahl verhalf, in einer Rede die Etablierung einer „Neuen Weltordnung“. Nach dem Ende der Blockkonfrontation und im Rausch des scheinbar tadellosen Vorgehens am Golf zur Wahrung der Menschenrechte sollten mittels des Schutzes der USA und seiner Verbündeten die politischen „Unruheherde“ „befriedet“ werden.

Der französische Wirtschaftswissenschaftler Alain Lipietz sprach im zweiten Golfkrieg von den USA als globalem „Söldner“, der sich die Bereitstellung des kollektiven Gutes „Sicherheit“ bezahlen läßt. Der Golfkrieg zeigte auch, daß es um die Verteidigung eines bestehenden „Rohstoffregimes“ ging, von dem viele Menschen in den kapitalistischen Metropolen und die herrschenden Eliten der meist peripheren Rohstoffländer profitieren. Denn während die kuwaitischen und saudiarabischen Eliten ihre Ölrenten in den Metropolen anlegen, benötigte Saddam Hussein die Einkünfte zum Erhalt der eigenen Macht, die nach dem Krieg gegen die Iran brüchig geworden war (vgl. den Beitrag von Sabah J. Mohamed). Welche Form und Inhalte die außenpolitische Debatte in den USA hat, darauf geht Konrad Ege in seinem Beitrag ein. Einen Blick auf sehr unterschiedliche politische Muster in peripheren Ländern wirft Jens Winter in seinem Beitrag.

Daß hierzulande den Herrschenden und ihren parteipolitischen und medialen HelferInnen die „Normalisierung“ der deutschen Außenpoltitik wie auch die Aufwertung einer „grundsätzlich“ ja friedensstiftenden UNO wichtiger ist, zeigte die jüngste Debatte um den Bosnien-Einsatz der Bundeswehr. Zwei Schwerpunktbeiträge setzen sich daher mit der UNO und NATO auseinander. Das Festzurren der Neuen Weltordnung äußert sich insbesondere in der „Sicherheits“-Politik, in der die UNO immer deutlicher zur Handlangerin und Legitimationsbeschafferin bestimmter Interessen wird, wie Lutz Herden ausführt, und wobei vor allem die Rolle der NATO aufgewertet wird (vgl. Peter Linke).

Zur theoretischen Rechthaberei bietet die für immer mehr Menschen desaströse Herausbildung einer Neuen Weltordnung allerdings genausowenig Anlaß wie für politischen Zynismus. Vielmehr muß die Grundfrage emanzipatorischer Politik bleiben, wie die herrschenden Verhältnisse verstanden werden können (vgl. den Beitrag von Bernd Röttger) und wo es Ansatzpunkte für Protest und Veränderungen gibt (vgl. das Interview mit Gustavo Esteva). Wo können also die Visionen entstehen und politisch relevant werden, um der Neuen Weltordnung das „Andere“ entgegenzusetzen? Auch wenn die großen Würfe nicht zu erwarten sind, bleibt die radikale Kritik der herrschenden Zustände wie die Herausbildung und Reflexion emanzipatorischer gesellschaftlicher Praxen, die sich gegen die Neue Weltordnung richten, unerläßlich. die Red.

SABAH J. MOHAMED

Der Fall Irak

Was ist neu an der Neuen Weltordnung?

Die Neue Weltordnung, die der damalige US-amerikanische Präsident G. Bush Anfang Februar 1991 propagierte, wurde einige Tage nach dem Abschluß des Waffenstillstandsabkommens mit dem irakischen Regime am 28.Februar dieses Jahres für die nahöstliche Region spezifiziert (Bush-Rede vom 6.März). Zufällig war das Timing nicht. Die Zerstörung des offensiven, die Region bedrohenden Apparats des irakischen Militärs brachte ein machtpolitisches Vakuum mit sich, welches vor allem destabilisierend auf das regionale Machtgleichgewicht wirkte. Während der Krise im Jahre 1990 war die Rede von der Bildung einer „regionalen Sicherheitsstruktur" durch die damaligen Großmächte USA und Sowjetunion. Doch nach dem Krieg sollte ein neues, den strukturellen Veränderungen in der Region adäquates „Sicherheits"-Konzept entwickelt und unter der Führung der neu auftretenden Akteure, gemeint sind die Golfstaaten, durchgesetzt werden. Die Anwesenheit der amerikanischen Luftwaffe und der Marine sollte dabei als Garant für die „Sicherheit" in der Region dienen.

Diesem, von dem damaligen Staatssekretär Baker im Februar 1991 mit „Netzwerk von Allianzen" bezeichneten Szenario sollten alle regionalen Mächte angehören, also außer den Golfstaaten andere arabische sowie nicht-arabische Staaten. Das Einführen von Massenvernichtungsmitteln in die Region sollte unter Kontrolle gehalten werden, jedoch nicht die sogenannten konventionellen Rüstungswaffen. Am 5. März 1991 wurde von den alliierten arabischen Golfstaaten, Syrien und Ägypten, die sogenannte „Damaskus -Deklaration" bekannt gegeben, worin die Stationierung von syrischen und ägyptischen Truppen im Rahmen eines arabischen Sicherheitssystems in den Golfstaaten festgelegt wurde. Dieses Experiment war aufgrund der unterschiedlichen Sicherheitsvorstellungen der verwickelten Akteure sowie des Ausschlußes einer wichtigen Regionalmacht von diesem System, dem Iran, von kurzer Lebensdauer. So zog Ägypten seine Truppen zwei Monate später aus den Golfstaaten zurück und damit wurde de facto dieses Sicherheits-Arrangement außer Kraft gesetzt.

Seitdem, d.h. seit 1991 ist diese Region durch ein Rüstungswettlauf gekennzeichnet. Von 1991 bis Mitte 1993 wurden die Rüstungskäufe der Golfstaaten auf 50 Milliarden Dollar geschätzt, wobei allein an die USA 28 Milliarden fielen. Der Iran seinerseit wurde von Rußland hochgerüstet, dessen Waffenkäufe in 1992 auf 2 Milliarden Dollar geschätzt werden.

Was haben diese Entwicklungen mit den USA, dem Irak und dem UN-Embargo seit August 1990 zu tun? Konkreter: Was bedeutet und wie ist dieses Embargo im Rahmen der sogenannten Neuen Weltordnung zu verorten? Betrachten wir das UN-Embargo von der Seite der regionalen Akteure und der Weltmacht USA. Fragen wir nach dem geopolitischen und ökonomischen Stellenwert der Aufrechterhaltung des Embargos gegen den Irak im Hinblick auf die Interessen dieser Akteure.

Die Grundlage der UN-Resolution 687 von 1991 bildete das Waffenstillstandsabkommen zwischen den Alliierten unter der Führung der USA und dem Baath-Regime in Irak. Die ökonomischen Sanktionen sollten solange aufrechterhalten bleiben, solange der Irak über chemische, biologische und nukleare Waffen verfügt und damit die Gefährdung der Sicherheit in der Region darstellt. Desweiteren mußte der Irak die Länder, die durch die Krise und den Krieg Schaden erlittenen haben, entschädigen: Ein Drittel der Einnahmen der Ölexporte sollte laut Resolution an diese Länder bezahlt sowie ein Teil davon für die Kosten, die durch die Arbeit von Experten und Arbeitsgruppen der UNO entstehen, verwendet werden. Mit dem Rest der Einnahmen sollten Lebensmittel und Medikamente gekauft und von der UNO verwaltet und verteilt werden. M.a.W. die Resolution ist so verfaßt, daß ihr Ablehnung vom Baath-Regime vorprogrammiert war; die Annahme der Resolution hätte die Negation der eigenen Souveranität bedeutet.

So konzipiert, entlarvt sich das Interesse aller verwickelten Akteure, einschließlich dem irakischen Regime (!), an der Aufrecherhaltung der UN-Sanktionen. Natürlich sind die Interessen unterschiedlich zu verorten. Das Hauptziel der USA und der von der Krise und dem Krieg direkt betroffenen Golfstaaten (Saudi Arabien und Kuwait) war, den Rückzug Iraks aus dem besetzten Kuwait mittels Zwang zu erreichen sowie die Zerstörung des militärischen Machtpotentials des Landes, damit es keine ähnlichen Bestrebungen in der Zukunft wagen sollte. Denn dieses Relikt der polarisierten Welt, und der vor allem während des ersten Golfkrieges zwischen Iran und Irak von Ost und West hochgerüstete Irak, paßte nicht mehr in das für die Region vorgesehene Szenario. Der Irak mußte zerstört werden, Saddam Hussein jedoch nicht. Ironisch wie es klingt, sind es genau diejenigen, die Saddam Hussein dämonisierten und die Hauptakteure im Krieg gegen den Irak waren, also die USA, Saudi Arabien und Kuwait, die nach dem Sieg im Golfkrieg an der Stabilisierung des irakischen Regims Interesse hatten. Dies zeigte sich deutlich während des Aufstandes der irakischen Bevölkerung gegen das Regime und hat drei Gründe: Die Furcht vor der Entstehung einer „islamischen Republik" im Irak unter der schiitischen Mehrheit, die vor allem im Süden des Landes lebt, die Gefahr eines unabhängigen kurdischen Staates im Norden und/oder eines Bürgerkrieges. Alle diese möglichen Varianten hätten die Region in eine, für die regionalen Akteure und die USA unkontrollierbare und auf die Destabilisierung des Status quo hinauslaufende Entwicklung geführt, die genau die Ziele, aufgrund deren der Krieg und die Zerstörung Iraks durchgeführt wurden, diametral entgegenstünden. Nicht nur wurde dem Regime freie Hand bei der barbarischen Unterdrückung und Ermordung von Zehntausenden IrakerInnen gelassen, sondern und vor allem die seit dem Ende des Golfkrieges bis zum heutigen Tage systematisch durchgeführte Vernichtungsstrategie des Regimes gegen die Bevölkerung und ihre Lebensgrundlagen. Die findet ihren Ausdruck *jenseits* der Weltöffentlichkeit in der menschlichen und ökologischen Katastrophe der Vernichtung der größten Teile der Sumpfgebiete im Süden des Landes und die Einsetzung von chemischen Waffen und Napalmbomben gegen die Bevölkerung. Diesen unvorstellbaren Preis nehmen die verwickelten Ak-

teure in Kauf, solange sie dadurch Zeit gewinnen und politisches und ökonomisches Kapital schlagen können. Während die Bevölkerung in Irak unter der Vernichtungsmaschinerie des Regimes leidet und das Land von Tag zu Tag stärker in die ökonomische und soziale Katastrophe stürzt, bilden sich neue politische Konstellationen in der Region, die auf zukünftige Sicherheitsstrukturen bzw. Allianzen zielen, in denen sich diese Akteure ihre, dem machtpolitischen und strategischen Gewicht angemessen Rolle, definieren können. Das zeigte sich nicht nur an den verbesserten Beziehungen der Golfstaaten zum Iran. Vor allem fingen einige dieser Länder, wie die Vereinigten Arabischen Emirate, Katar und Oman an, ihre diplomatischen Beziehungen zu dem Regime in Irak zu verbessern, die VAE sprachen sich sogar gegen die Sanktionen aus. (Anstatt sich mit dem US-amerikanischen Staatssekretär während seines Besuchs in Jeddah am 12. März 1995 zu treffen, um über die Fortsetzung der Sankationen gegen den Irak zu besprechen, empfangen Katar und Oman den irakischen Außenminister.) Lediglich Kuwait und Saudi Ara-bien beschloßen zusammen mit den USA die Aufrechterhaltung der Sanktionen. In diesem Sinne gewinnen die ökonomischen Sanktionen die Bedeutung eines regionalen Prozesses, der den neuen weltpolitischen Konstellationen angepaßte Machtverhältnisse hervorbringen soll.

Solange jedoch die Vorstellungen der Beteiligten auseinanderklaffen und sich kein Zeichen auf ein konsensual ausgetragenes Sicherheitskonzept gab und bis heute gibt, fürchtet Saddam Hussein keine, von außen gesteuerte Bedrohung seiner Machtstellung im Irak. Im Inneren des Landes wirken die ökonomischen Sanktionen zu Gunsten Saddam Husseins in dem Sinne, daß dadurch der Widerstand der Bevölkerung immer schwächer wird. Was die politische und ökonomische Machtstellung des Mittelstandes, der während der Herrschaftszeit des Regimes aufblühte und dessen Überleben von dem des Regimes abhängig war, angeht, so wurden er einerseits wegen der andauernden ökonomischen Krise im Lande und andererseits wegen der „Säuberungs"-Aktionen Saddam Husseins geschwächt. Mit der Vernichtung der Opposition im Lande und der veränderten politisch-ökonomischen Machtstellung der Mittelschicht, welche früher eine Bedrohung für das Regime hätte darstellen können, gewann das Regime im Inneren des Landes die Oberhand. Hinsichtlich der strategischen und geopolitischen Interessen der involvierten Länder bedeutet die totale Niederlage der irakischen Opposition im Land die Restabilisierung der Machtstellung des Regimes und stärkt damit die macht-und ordnungspolitische *Effizienz* des Regimes bezüglich der Aufrechterhaltung des irakischen Staatsgebildes. Dank des ökonomischen Embargos ist also die Fortsetzung der Baath-Führung unter Saddam Hussein in Irak und damit der Aufrechterhaltung des territorial-staatlichen Status quo in der Region möglich. Damit stellen die UN-Sanktionen gegen den Irak ein neues Interventionsmuster in der US-amerikanischen Neuen Weltordnung dar. Nicht nur, daß die Öleinnahmen, falls das Regime in Irak die UN-Resolution annehmen würde, durch die UNO verwaltet und die eingekauften Medikamente und Lebensmittel an die Bevölkerung verteilt werden würden, womit diese Politik dem

Anti-Golfkriegsdemonstration, London '91

westlichen Konzept der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des Staates widerspricht. Vor allem die durch die USA vorausgesetzte Verknüpfung der Aufhebung der Sanktionen mit der Achtung der Menschenrechte, womit die Sanktionen theoretisch bis ins Unendliche fortgesetzt werden können, soll politisch und moralisch die weiteren Interventionen rechtfertigen. Die US-amerikanische Forderung nach Annahme der Resolution ist weder rhetorisch noch taktisch gemeint. Jedoch ist damit nicht die Einhaltung der Rechte der irakischen Menschen gemeint. Die Verfechter einer Moralpolitik, in diesem Falle die USA, hätten sich ihrem verkündeten Anspruch zufolge für das von ihnen propagierte individuelle sowie kollektive Recht der Menschen in Irak einsetzten müssen. Aber sie zeigten weder Interesse an der politischen, ökonomischen und militärischen Unterstützung der oppositionellen INC (Iraki National Congress), welche eine Dachorganisation für politische Parteien und Gruppierungen unterschiedlicher Couleur darstellt und eine demokratische Verfassung westlichen Musters aufweist, noch ließen sie sich von dem fortgesetzten und mit Massenvernichtungsmitteln systematisch durchgeführten Massenmord an der Bevölkerung im Irak beeindrucken. So wurden im September 1993 und im März 1994 einige Dörfer im Süden Iraks mit Napalm und chemischen Waffen bombardiert. UNO-VertreterInnen behaupteten, daß es keine Beweise dafür gab, nachdem sie sieben Wochen nach der Bekanntgabe der Bombardierung im September 1993 BeobachterInnen schickten, um den Fall zu untersuchen. Kein Wunder, daß nach der „Siebenwochenverspätung" keine Beweise gefunden werden konnten.

Wie ist die Forderung nach Anwendung der UN-Resolution, vor allem die UN-Verwaltung der Öleinnahmen und die propagierten Menschenrechte zu verstehen? Die Durchführung des Krieges im Januar 1991 ließ sich ohne eine gigantische Moralpropaganda, wofür auch die UNO instrumentalisiert wurde, nicht verwirklichen. Die Intervention in die inneren Angelegenheiten Iraks, angefangen von den sogenannten Schutzzonen (es fragt sich für wen) über die flächendeckende Suche nach Massenvernichtungsmitteln in jedem Zentimeter des Landes bis hin zur Kontrolle der Öleinnahmen, bedurfte einer, der veränderten globalen politischen Konstellationen entsprechende Interventionsmoral. Die Überwindung des Widerspruchs der westlichen Konzeption der Souveranität und Nichteinmischung, d.h. der durch dieses Konzept gehinderte Interventionswille, ließ sich durch die Polarisierung der Welt anhand der Achse „demokratisch/nichtdemokratisch" lösen. Demnach werden jene, die als nichtdemokratisch abgestempelt werden, moralisch diskreditiert und somit „interventionsbedürftig". Die unvorsehbaren politischen Entwicklungen in verschiedenen Ecken der sogenannten peripheren Länder macht die so konzepierte Intervention notwendig, wenn die Entwicklungen nicht aus der Bahn geraten sollen. Wichtig ist dabei die Vorort-Anwesenheit der westlichen Mächte in den Krisengebieten oder Gebieten, die als solche bezeichnet werden. Dieser Interventionismus kann militärische, politische und/oder ökonomische (Weltbank, IWF) Formen annehmen und muß, so wie im Falle Iraks, nicht unbedingt gegen das herrschende Regime gerichtet werden. ●

Literatur:
Kanan Makiya, Cruelty and Silence, London 1993;
Joffé, E.G.H., Relations between the Middle East and the West, in: The Middle East Journal, 2/1994
Mallat, Chilbi, The Search for Law and Stability in Iraq, in: Orient, 2/1994
Pawelka, Peter, Die politische Ökonomie der Außenpolitik im Vorderen Orient, in: Orient, 3/1994
Makiya, Kanan, The Republic of Fear, London '89
Gerges, Fawaz A., Regional Security After the Gulf Crisis: The American Role, in: Journal of Palestine Studies, 4/1991

KONRAD EGE

Clintons New World Order ist die alte

Der US-Präsident als Bürgermeister im globalen Dorf

Ist kaum aufgefallen: US-Präsident Bill Clinton hat im November in seiner Bosnien-Ansprache über den Einsatz von 20.000 GIs in den Schluchten des Balkans nichts von der „Neuen Weltordnung" gesagt. Dabei ist Clinton ein ausgesprochener Fan einer – freilich gar nicht so neuen – New World Order oder eines NWO-ähnlichen Prinzips: Die Internationale Gemeinschaft unter Führung der USA haben das Recht und die Pflicht zum Intervenieren, wenn Missetäter die Sicherheit bedrohen. Die Welt sei ein „globales Dorf", erläuterte Clinton zu Bosnien. Der eine trage des anderen Last, sozusagen, seid umschlungen, Nationen. Der Begriff „New World Order" selber, zu sehr belastet von rechter Kritik und patriotischer Angst vor einer Weltordnung, der sich die USA unterordnen müßten, war in Amerika aber passé, bevor er richtig Fuß fassen konnte.

Für amerikanische Ohren hat der damalige Präsident George Bush eine unglückliche Wortwahl getroffen, als er im Januar 1991 anläßlich der irakischen Invasion Kuwaits eine „neue Weltordnung" ausmalte, in der sich „verschiedene Nationen um die Verwirklichung der universellen Hoffnungen der Menschheit kümmern, um Frieden und Sicherheit, Freiheit und Gesetzlichkeit". Bush warnte, daß „das Ende des Kalten Krieges keinen ewigen Frieden gebracht" habe. Laufend entstünden neue Bedrohungen; die „Suche nach der neuen Weltordnung besteht zum Teil in der Herausforderung, die Gefahren der Unordnung zu bannen". Amerikanische Führung sei dabei „unverzichtbar". Die Hoffnungen der Menschheit richteten sich auf die USA. Paradebeispiel für das Funktionieren der „Neuen Weltordnung" sollte die von Amerika angeführte multinationale Aktion gegen den Ersatzhitler am Tigris sein.

Das hat geklappt. Hinterher gab es Siegesparaden, Desert Storm-General Norman Schwarzkopf bekam ein paar Millionen für sein Buch, und George Bush meint, das Vietnamsyndrom im Wüstensand begraben zu haben. Der Sieg hatte aber einen bitteren Nachgeschmack. Tausende amerikanische Soldaten leiden jetzt am Gulf War-Syndrom, einer undefinierbaren und anscheinend unheilbaren Krankheit. Saddam Hussein regiert weiter, die kuwaitische al-Sabah-Herrscherfamilie darf das Dienstpersonal wie anno dazumal schikanieren, und die USA standen letztendlich ein bißchen söldnerhaft da: Die europäischen, arabischen und asiatischen Verbündeten hatten einen Großteil der Kosten des Feldzuges übernommen. Amerika hat wirtschaftliche Macht verloren, nur mit Waffen kann man noch auf den Tisch hauen. Gleichzeitig, und das zeigte sich bei Bosnien erneut, verfügen bisher nur die USA, und nicht die zwangsläufig uneinige europäische Gemeinschaft, über genug Willen und rohe Macht, um zumindest temporäre und gesichtswahrende Lösungen zu besonders verfahrenen Problemen durchzusetzen.

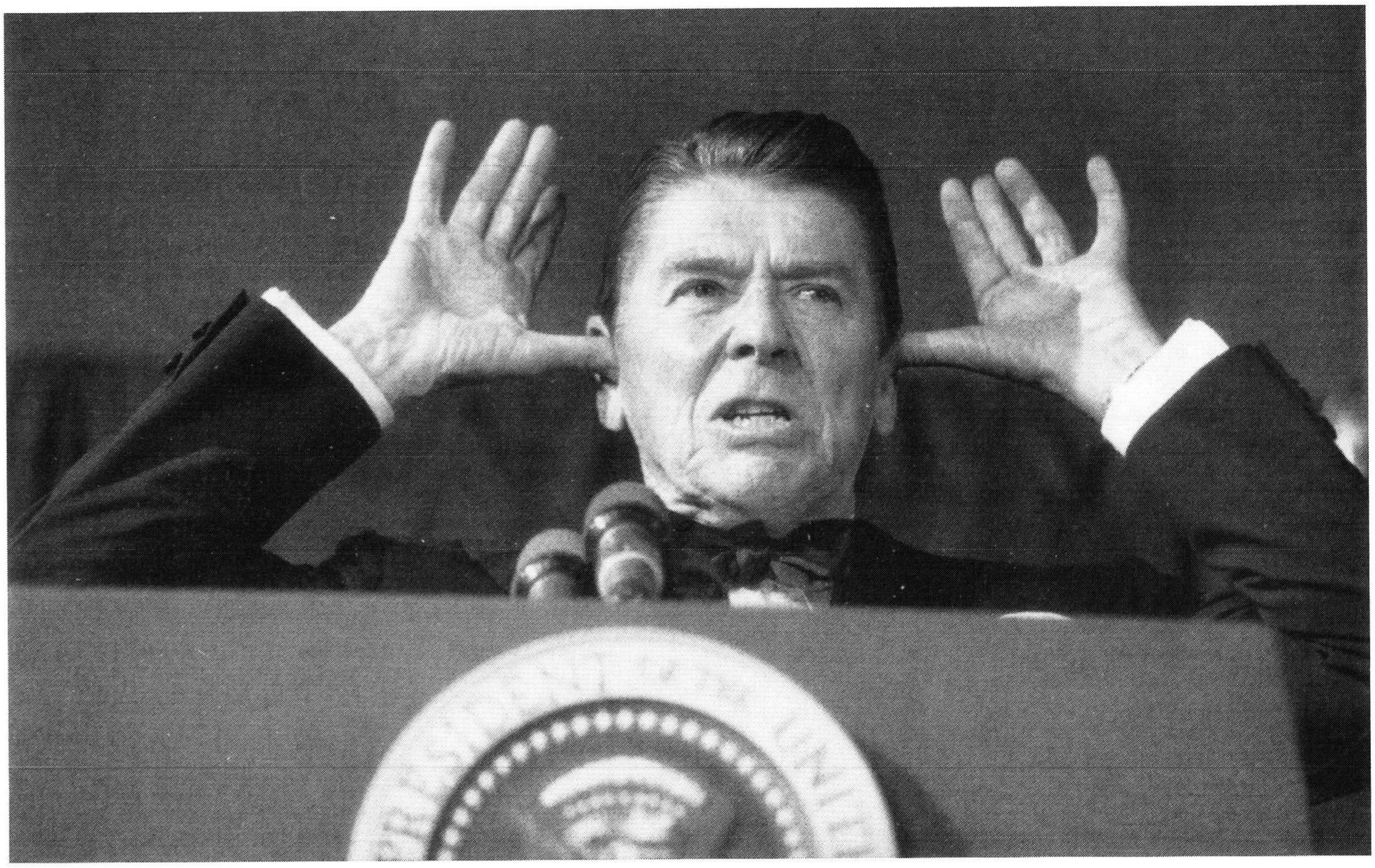
Zu unterscheiden ist zwischen Realität und Rhetorik. Tatsächlich gibt es nicht erst seit Bushs Rede eine neue Weltordnung. Ist doch die alte „Ordnung" zerbrochen, die mit den Kommunisten und den Kapitalisten. Beim Gerede von der „New World Order", oder jetzt vom globalen Dorf, geht es Clinton und Bush aber hauptsächlich um das Präsentieren und die rhetorische Aufbereitung einer Politik, deren Mittel und Ziele sich nicht allzuviel von denen des Kalten Krieges unterscheiden. Platt gesagt: Es geht um die Behauptung der amerikanischen Vormachtstellung, unter zaghafter Anerkennung der Realität, daß man nicht mehr ganz so kann wie man will. Schon bei Desert Storm war eigentlich wenig von einer wirklich neuen Weltordnung zu bemerken; fußte die Militäraktion doch auf eine ganz gewöhnliche Koalitionspolitik: eine mächtige Nation gewinnt Verbündete gegen einen vermeintlichen Feind. Das Bündnis hielt so lange wie der Krieg. In der Regierung Bush wurde das Konzept „Neue Weltordnung" anscheinend nie über das Offensichtliche hinaus entwickelt. Bush schwankte zwischen Macho-Erklärungen, daß Amerika führen müsse, und Ansprachen, daß man „gemeinsam" führen oder „in Partnerschaft" vorgehen wolle.

Bill Clintons innen- und sozialpolitische Zickzack-Kurse sind legendär. Mal dürfen die Schwulen ins Mittelalter, dann wieder nicht. Mal will Clinton mehr Geld für Soziales, dann bedauert er, daß er zu viel Geld für Soziales ausgebe. Mal prangert er republikanische Steuererleichterungen für die Reichen an, dann sinniert er, daß er ähnliche Gesetze vielleicht selber schreiben sollte. In der Außenpolitik war anfangs auch ein Zaudern und Zocken bemerkbar. Der „it's the economy, stupid!"-Präsident zeigte erst wenig Interesse an Internationalem. Im Wahlkampf hatte Clinton Bushs Außenpolitik gelegentlich kritisiert, vor allem wegen Haiti und Bosnien, wo die USA zu wenig täten. Clintons Außenminister Warren Christopher erklärte kurz nach Amtsantritt, daß er die US-Politik und Institutionen den veränderten internationalen Realitäten anpassen werde. Er versprach mehr Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen. Peter Tarnoff, die Nummer Drei im Außenministerium, wagte in einer vielbeachteten Rede im Frühjahr 1993 gar die These, daß die USA nicht mehr die Ressourcen zum Weltpolizisten hätten. Tarnoff wurde zurückgepfiffen, und die sich entwickelnde Außenpolitik Clintons unterscheidet sich kaum von der seines Vorgängers.

Ruhe im Globalen Dorf

Clinton schwimmt im Mainstream des Internationalismus, der Amerikas Außenpolitik schon seit fünfzig Jahren prägt. Er hat US-Streitkräfte zum Friedenschaffen nach Haiti geschickt, Anfang dieses Jahres hat er den mexikanischen Peso mit amerikanischen Dollars hochgepäppelt, beim Durchsetzen der Freihandelsabkommen NAFTA und GATT legte er sich mit den Gewerkschaften und anderen traditionellen demokratischen Verbündeten an. Selbst die „Jugoslawien"-Politik hat eine gewisse Methode: Die USA würden nur militärisch intervenieren, wenn die erforderliche Operation überblickbar sein würde. Das sei jetzt allem Anschein nach der Fall; die 20.000 werden ausziehen, auch wenn die Mehrheit der Amerikaner laut Umfragen dagegen ist. Amerika meldet globale Ansprüche an, und setzt diese durch.

Die internationalistische Version von einer alten Neuen Weltordnung, Clintons Vision, die vom globalen Dorf mit dem amerikanischen Präsidenten als Bürgermeister, hat sich durchgesetzt. Im globalen Dorf braucht man eine Polizei bzw. private



„Wenn andere Nationen unseren Versprechen nicht mehr vertrauen sollten, wäre unsere Fähigkeit in Gefahr, die amerikanische Sicherheit und amerikanische Werte zu schützen."

Wachmannschaften, man organisiert Vereine, die Witwen und Waisen und Armen bekommen Almosen. Man braucht Regeln des Zusammenlebens. Bei GATT und NAFTA bekam Clinton Schützenhilfe von allen Ex-Präsidenten (mit Ausnahme des an der Alzheimerschen Krankheit leidenden Ronald Reagan), und George Bush zollt Clintons Bosnienpolitik ausdrücklich Beifall. In Bosnien ist der Präsident jetzt da, wo Bush im Golfkrieg war: Seine Politik stützt sich nicht auf irgendwelche „angepaßte" Institutionen, sondern auf die NATO unter, und das ganz deutlich, amerikanischer Führung. In seiner Bosnien-Ansprache hielt Clinton die UNO als Exempel vor, wie man es in Bosnien nicht machen würde. Die UNO wurde zum Sündenbock – so, als sei sie ein unabhängig agierendes Gebilde, und nicht ein Zusammenschluß von Nationen, die für ihre Maßnahmen verantwortlich sind.

Liberaler Internationalismus

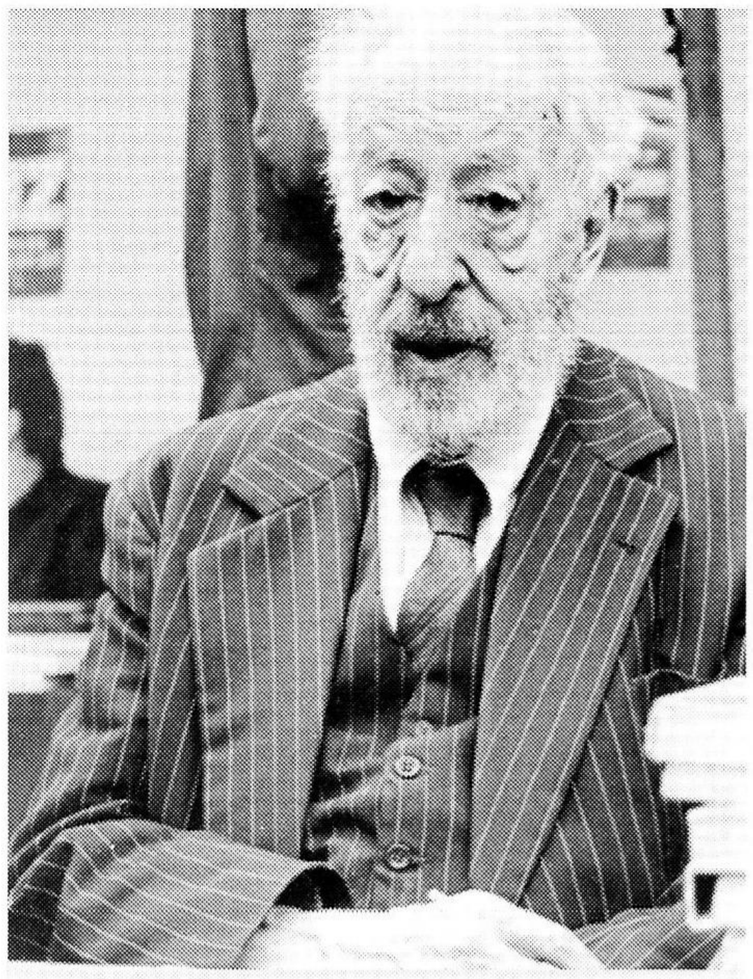
Clintons internationalistische Weltordnung gründet sich auf eine Zukunftsvision: Eine internationalisierte, Computer-und-Modem-vernetzte Wirtschaft mit Amerika und den anderen fortgeschrittenen Industrienationen als „Kopf" und der Rest der Welt als Glieder, die die Drecksarbeit machen, werde die USA wohlbehalten und wohlhabend ins nächste Jahrhundert führen. Im Gegensatz zu kurzsichtigen rechten Republikanern, die ihre Außenpolitik auf ein giftiges „Rühr-mich-nicht-an" begrenzen, realisiert Clinton, daß er den amerikanischen Führungsanspruch gelegentlich bekräftigen muß. Mit Waffen. Und mit Blut. Das sogenannte amerikanische „Establishment" – die großen Banken, multinationale Konzerne und ihre intellektuellen und politischen Wasserträger – realisieren das auch, und stimmen z.B. Clintons Bosnien-Politik zu. Nicht umsonst gibt es jetzt ein „Commitee for American Leadership in Bosnia", das sein Büro ausgerechnet in der Wall Street in New York hat.

Dort hat sich ein Who's Who von außenpolitischen Größen zusammengetan. U.a. sitzen Zbigniew Brzezinski, Frank Carlucci, Alexander Haig, Fred Ikle, Max Kampelman, Richart Burt, Eugene Rostow, Helmut Sonnenfeldt, Lane Kirkland und William Kristol in dem Komitee. Unterzeichnet haben auch die Präsidenten der führenden Think Thanks: Leslie Gelb vom Council on Foreign Relations, Michael Armacost vom Brookings Institute, und Will Marshall vom (irreführend benannten) Progressive Policy Institute sowie führende Vertreter des American Enterprise Institute. „Unsere Hoffnung auf Frieden und Stabilität ruht auf starker und effektiver amerikanischer Führung", heißt es in ganzseitigen Komitee-Zeitungsannoncen für den Einsatz. Wenn Amerika jetzt nicht vereint – d.h. ohne Meckern im Kongreß – auftritt, sei die zukünftige Führungsrolle der USA gefährdet. Auch das Überleben der NATO stünde dann in Frage.

Mr. Realpolitik Henry Kissinger (obschon kein Komiteemitglied) hat es Mitte Dezember trefflich formuliert: Das „Paradoxe" an der Bosniendebatte sei, „daß wir kein eigentliches nationales Interesse zum Entsenden der Soldaten haben. Gleichzeitig hat die Politik Clintons essentielle nationale Interesse geschaffen: Wenn andere Nationen unseren Versprechen nicht mehr vertrauen sollten, wäre unsere Fähigkeit in Gefahr, die amerikanische Sicherheit und amerikanische Werte zu schützen. Es ist jetzt entscheidend, daß der Truppeneinsatz von beiden Parteien unterstützt wird."

America First

Natürlich profitieren die Internationalisten wirtschaftlich von Clintons Globalisierungskurs. Nicht nur die multinationalen Konzerne (und Kissingers internationale Beraterfirma), sondern auch eine neue amerikanische Elite, die Robert Reich, Arbeitsminister und Clintons Hausphilosoph, als „Symbol-Analytiker" klassifiziert – Menschen, die theoretisch („mit Symbo-



Erstens die Frankfurter Allgemeine Zeitung, um zu wissen, was das Kapital denkt. Zweitens die Berliner Zeitung, um zu wissen, wie die liberale Bourgeoisie denkt... Dann lese ich noch etwas, was man nicht Tageszeitung nennen kann, eine ganz einzigartige Sache auf dieser Welt, eine Tageszeitschrift, die heißt junge Welt.

Jürgen Kuczynski

Jetzt teste ich...

die junge Welt für 4 Wochen zum Preis von DM 15,– statt des regulären Preises von DM 45,–.

Name/Vorname

Straße/Nr.

PLZ/Ort

Datum/Unterschrift

☐ Ich habe DM 15,- (Scheck, Bargeld) dieser Bestellung beigelegt.
☐ Ich ermächtige Sie einmalig, die Testabo-Gebühr von meinem Konto abzubuchen:

Konto-Nummer

Geldinstitut

BLZ

Mein Testabo kann ich bis zum Ablauf der dritten Testwoche kündigen. Melde ich mich nicht mehr bei Ihnen, dann wandelt sich das Testabo in ein reguläres Abo um. Dieses verlängert sich monatlich, wenn ich es nicht 20 Tage vor Ablauf des Monats kündige.

Ich kann diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Poststempel) schriftlich bei junge Welt,Am Treptower Park 28–30, 12435 Berlin, widerrufen.

Datum/2. Unterschrift

Redaktion junge Welt
Am Treptower Park 28–30 · 12435 Berlin
Oder per Fax an 030/68834-343

Die Tageszeitung
junge Welt

len") schaffend tätig sind, von Wissenschaftlern, Ingenieuren, Computerfachleuten und Bankern, bis hin zu Werbeleuten. Ihre Interessen sind global. Immer mehr machen die „Symbol-Analytiker" die oberen Einkommensgruppen aus. Die obersten zwanzig Prozent auf der amerikanischen Einkommensleiter verdienen jetzt so viel wie der Rest der Gesellschaft. Trotzt Clintons optimistischer Prognosen profitieren lange nicht alle Amerikaner von der Globalisierung. Früher saßen die amerikanischen Arbeiter ziemlich weit oben auf der weltweiten Lohnpyramide. Jetzt machen ihnen die Kollegen in der Dritten Welt Konkurrenz. Die Multis verlegen Werke ins billigere Ausland, in den USA kann man kaum mehr Kleidung, Spielsachen und Fernseher made in the USA kaufen. Die allermeisten neuen Arbeitsstellen in den USA sind nicht im relativ gut bezahlten „manufacturing"- sondern im schlechter bezahlten Service-Bereich.

Vor dreißig Jahren arbeiteten noch dreißig Prozent der US-Arbeiter im manufacturing-Bereich, jetzt sind es nur mehr 16 Prozent. „Inflationsbereinigt" ist der durchschnittliche Stundenlohn eines amerikanischen Arbeiters jetzt niedriger als jemals zuvor in den vergangenen dreißig Jahren. So fällt es nicht leicht, den Internationalismus ans amerikanische Volk zu verkaufen, vor allem, wenn die überwiegend aus den untersten Einkommensgruppen kommenden Soldaten ihr Leben riskieren sollen. Das Prinzip, daß Amerika seine globalen politischen und militärischen „Verpflichtungen" wahrnehmen will wie zu Zeiten des Kalten Krieges, kollidiert mit der internen Realität, wo sich ein gewisser „America First" Isolationalismus breit macht, der den „liberalen Internationalismus" verpönt, der doch nur den Interessen der Wall Street diene. Der durchschnittliche Fernsehzuschauer mag nach dem Zerbrechen der alten Weltordnung des Kalten Krieges, oder spätestens nach dem Amtsantritt eines demokratischen Präsidenten, versucht gewesen sein, etwas wirklich Neues zu erwarten. Vielleicht so etwas wie eine Friedensinitiative, ein Aussteigen aus der Militärwirtschaft, eine Rückkehr nach Hause. Davon sagen die Politiker nichts mehr. Hat man doch wieder Führung übernehmen müssen.

In Amerika gibt es schon lange isolationistische Anti-Kriegsbewegung; selbst unmittelbar vor dem ersten und dem zweiten Weltkrieg war die Bevölkerung skeptisch gegenüber diesen Kriegen im fernen Europa. Die Isolationisten melden sich jetzt wieder zu Wort. Vor allem wegen der wirtschaftlichen Verunsicherung ist in den letzten Jahren eine breite und diffuse Bewegung entstanden, die die „Neue Weltordnung" zu ihrem symbolischen Hauptfeind ernannt hat. Artikuliert wird diese Frustration von Rechtspopulisten wie Ross Perot, dem rechtsrepublikanischen Präsidentschaftskandidaten Patrick Buchanan, konservativen Christen und vielen der bei den Kongreßwahlen von 1994 neugewählten rechten Republikanern. Sie sind gegen den Bosnien-Einsatz; Bosnien habe nichts mit amerikanischen Interessen zu tun. Pat Robertson, Fernsehprediger und Gründer der nach eigenen Angaben 1,7 Millionen Mitglieder zählenden „Christian Coalition", hat die Vermutung geäußert, daß die Neue Weltordnung ein teuflisches Komplott sei und daß Bush möglicherweise unwissentlich im Auftrag des Satans gehandelt habe. Endziel der Neuen Weltordnung sei wohl eine Eine-Welt-Regierung unter dem Antichristus. In die Neue Weltordnung werden alle Ängste hineingepfercht. Robertson erklärte kürzlich in seinem TV-Programm, daß die UNO unter der neuen Weltordnung alle Nationen zum Akzeptieren der Homosexualität zwingen werde.

Hubschrauber vom Satan

Das Schreckgespenst New World Order malen auch rechtsradikale Gruppen in der Milizen- und Patriotenbewegung; sie befürchten, daß Clinton und „das Establishment" die amerikanische Verfassung verraten haben und die USA unter Kontrolle einer Weltregierung stellen wollten. Die Milizionäre haben bereits schwarze Hubschrauber herumfliegen sehen – die Vorhut einer UNO-Streitkraft, die kam, um die USA zu besetzen. Held der Superpatrioten ist der US-Soldat Michael New, dem derzeit der Prozeß gemacht wird, weil er bei seinem UNO-Einsatz in Mazedonien nicht den blauen Helm aufsetzen will. Er sei Patriot und Christ, sagt New. Seine Loyalität gelte nur den Vereinigten Staaten von Amerika und nicht den Vereinten Nationen. Die Verschwörungstheorien der ganz Rechten sind aber letztendlich Ausdruck einer Hoffnungslosigkeit: Weiß man doch, daß die mit Geld die Welt regieren.

Gegen Hoffnungslosigkeit müssen auch Aktivisten und Denker am anderen Ende des Spektrums ankämpfen. Organisationen wie das Worldwatch Institute, das Intitute for Policy Studies, das Center for Defense Information haben serienweise Papiere mit Plänen für mehr vorbeugende Diplomatie, multilaterale Rüstungskontrolle, für eine Erweiterung des nationalen Sicherheitsbegriffes, eine Reform der Vereinten Nationen, eine Demokratisierung der Weltwirtschaft und so weiter und so fort geschrieben. Friedens – und Umweltforscher führen oft nur Selbstgespräche, wenn sie Pläne vorlegen, das vermeintliche Vakuum nach dem Ende des Kalten Krieges mit einer wirklich neuen Weltordnung zu füllen. Die alte Weltordnung ist in die neue übergegangen. ●

JENS WINTER

Periphere Politik

und die Suche nach neuen Welt-Ordnungen

Die Rede von Ordnung setzt – so sollte man annehmen – das Wissen um reale Unordnung voraus, denn ein geordneter Zustand ist nur an der Überwindung seines Gegenteils – der vermeintlichen Unordnung – zu deuten. Das ideologische Moment am Diskurs um die „Neue Weltordnung" ist somit relativ einfach zu bestimmen. Die reale Unordnung wurde nicht einmal ansatzweise erkannt, sondern auf global-hegemoniale Machtverhältnisse und deren Wandel reduziert. Doch selbst den Protagonisten dieses Diskurses – in den alten und neuen Peripherien als auch in den Metropolen – bleibt nicht verborgen, daß das Problem komplexer ist als zunächst angenommen. Zumindest befinden sie sich auf der Suche, auch wenn sie nicht so recht wissen warum.

Ohne Frage ist das Ende der Blockkonfrontation grundlegend für die Entwicklung der letzten Jahre und bedarf einer eigenen kritischen Betrachtung. Erst mit ihr konnte sich die „reale Unordnung" in ihrer jetzigen Form artikulieren. War das Verhältnis der westlichen Industrienationen zu den peripheren Staaten früher vom „real existierenden Sozialismus" überlagert, so steht es heute lediglich im Zeichen ihrer eigenen konkurrierenden Interessen. Doch wäre es ebensowenig ausreichend, Triadisierung und Regionalisierung des globalen Kapitalismus ausschließlich hierdurch zu begründen. Dem zu Grunde liegen nicht nur machtpolitische Interessen nationalstaatlich verfaßter Regierungen, sondern darüber hinaus die Restrukturierung kapitalistischer Gesellschaften überhaupt. Mit anderen Worten: Der zweite Prozeß verweist auf ein ökonomisches Problem, daß wahrlich nicht 89 vom Himmel fiel. Seit dem Niedergang der US-Hegemonie in den 70er Jahren befinden sich die internationale ökonomische Ordnung und die besonderen Wachstumsmodelle in der Krise. In diesem Prozeß verändert sich – nicht zuletzt wegen der neuen Qualität kapitalistischer Globalisierung – das für den Fordismus charakteristische Verhältnis von institutionellen Arrangements und Kapitalakkumulation. Dem Staat gebührt hierbei besondere Bedeutung. Seine Funktion verschiebt sich zusehends vom einstigen Zentrum fordistisch bzw. peripher-fordistischer Regulation zum Konkurrenten, der mit anderen Staaten um die Gunst der immer flexibleren und längst weltweit aktiven Kapitalströme buhlt.

Die „reale Unordnung" ist also eine doppelte. Nur in der Verschränkung der ökonomischen Krise und der jüngsten politischen Umbrüche läßt sich der Bedingungsrahmen für „Entwicklung" – was immer dies heißen mag – abstecken. Fakt ist, daß Europa, Ostasien und Nordamerika und deren dominierende Staaten, sich hierbei zu neuen ökonomischen Zentren ausgebildet haben, anhand denen die spezifische Einordnung in die globale Unordnung Orientierungspunkte findet. Damit korrespondierend ist der Neoliberalismus zur polit-ökonomischen Strategie emporgestiegen, die quasi alternativlos in allen Winkeln der Welt präferiert wird. Er ist – neben der übergreifenden Bedingung „Ende des real-existierenden Sozialismus" und der Entwicklung zum „nationalen Wettbewerbsstaat" im globalisiertenen Kapitalismus – das hegemoniale Medium nationaler, regionaler und globaler Restrukturierung des Kapitalismus.

Doch wäre es falsch zu glauben, mit dieser Liste allgemeiner Kategorien besitze man bereits einen Schlüssel zum umfassenden Verständnis. Aller Globalisierungsprozesse und aller realen oder konstruierten Sachzwänge zum Trotz bleibt die besondere Form der Einordnung in die Unordnung an nationalstaatliche Politik und die in ihr stattfindenden sozialen Auseinandersetzungen gebunden. Und diese sind keiner totalen Determination unterworfen, sondern relativ kontingent und regional differenziert bedingt. Nur vor diesem Hintergrund lassen sich Politikstrategien in peripheren Ländern verstehen.

Asien

Man könnte glauben, zwischen Indien und Singapur gäbe es nur wenig Gemeinsamkeiten. Indien ist gegenwärtig das dritthöchst verschuldete Land der „Dritten Welt", 40,7 % der Bevölkerung leben unterhalb der Armutsgrenze. Auch konnte die Hoffnung in das bedeutsame Wirtschaftswachstum der 80er Jahre nicht bestätigt werden, was unter anderem auf das geringe Einkommen und die damit einhergehende schwache Binnennachfrage zurückzuführen ist. Was bleibt ist einmal mehr neoliberale Strukturanpassung. Der Auslandsverschuldung könne nur durch eine stärkere Exportorientierung und eine gleichzeitige Ansiedlung produktiven Kapitals begegnet werden. Das Spiel beginnt: Durch Abwertung der Währung, Senkung der Löhne und staatlich verordnete Investitionserleichterungen für transnationales Kapital sollen die Bedingungen für eine konkurrenzfähige Exportproduktion geschaffen werden.

Anders Singapur: Als einer der mittlerweile berühmt gewordenen „Tigerstaaten" hat es mit ganz anderen Problemen zu kämpfen. Der Zwergstaat – Singapur ist flächenmäßig kleiner als Hamburg – hat keinerlei nennenswerte Landwirtschaft, geschweige denn Bodenschätze oder sonstige natürliche Ressourcen. So wurde seine Entwicklung und Integration in den Weltmarkt von seiner Funktion als regionales Handelszentrum und durch eine rapide Industrialisierung geprägt, die von Beginn an mangels einheimischen Kapitals durch ausländische Investoren forciert wurde. Flankiert und gefördert wurde dieser Prozeß durch einen autoritären Staat, der mittels rigider Maßnahmen stets darauf achtete, Lohnkosten und andere standortrelevante Faktoren gering zu halten.

Mittlerweile ist Singapur schlicht und einfach zu klein. Wegen Platzgründen ist es nicht mehr in der Lage, Standortvorteile auszunutzten und weitere Industrien anzusiedeln. So begibt sich staatliche Politik auf neue Wege. In Bangalore, einer relativ kleinen Stadt im Südwesten Indiens, wird zur Zeit ein hochmoderner „high-tech industrial park" fertiggestellt, der interessierten transnationalen Konzernen zur Miete angeboten werden soll. Geworben wird für den „Bangalore industrial park" neben einer perfekt ausgebauten Produktions- und Transportinfrastruktur – der Park erhält eigens einen Flughafen – mit hochqualifizierten und billigen Arbeitskräften. Hauptinvestor dieses Mammutprojekts ist nicht – wie anzunehmen nahe liegt – Indien, das Kapital doch so dringend benötigt, sondern – neben der Kommune Bangalore und privaten Investoren – der Staat Singapur.

Diese eigentümlich Koalition von unterschiedlichen Interessen ist wohl ein frappantes Beispiel für die Auswüchse des Standortzwangs auf nationalstaatliche Politik. Es reicht so weit, daß ein expansiver Staat wie Singapur quasi Produktionsenklaven in ärmeren Ländern der Region erkauft, um weiterhin im Geschäft der Standortanbieter bleiben zu können.

Allerdings wäre es zu einfach, das erstaunliche Wachstum Singapurs und der anderen „Tiger" (Taiwan, Südkorea, Hongkong) ausschließlich durch endogene Faktoren zu bestimmen. Zweifellos bilden nationale Wirtschaftsstruktur, kulturelle Begebenheiten und vor allem ein rigider Interventionismus (!) der überwiegend autoritären Regime eine relevante Grundlage dafür, daß vergleichbare Entwicklungsstrategien hier – im Gegensatz zu Lateinamerika – mit Erfolg greifen konnten. Wesentlich war aber zunächst der rasante Aufstieg Japans.

Die Geschichte Japans ist über Jahrhunderte von einer kolonialen und imperialistischen Tradition durchzogen. Dieses imperiale Selbstbewußtsein war aber nach Hiroshima und Nagasaki erheblich erschüttert. Doch hatten die USA während des aufziehenden „Kalten Krieges" den Inselstaat als wirtschaftlichen Partner auserkoren, mit dem Ziel, die eigene Einflußsphäre im pazifischen Raum zu konsolidieren. Ohne diese strategische und ökonomische Bedeutung ist das enorme Wirtschaftswachstum Japans nicht zu verstehen. So muß auch das Aufstreben der „Tiger" in diesem Kontext gesehen werden, war doch deren enorme Industrialisierung untrennbar mit einer Neuordnung regionaler Arbeitsteilung verbunden, die zunächst an den Bedürfnissen Japans ausgerichtet war. Zudem hatten die meisten „Tiger" ebenfalls eine geostrategisch wichtige Lage und Funktion als Frontstaaten zum sowjetischen und chinesischen Einflußbereich.

Daß die gesamte Region nun zum gefährlichen Konkurrenten für die USA geworden ist – man beachte nur die ständigen Handelskonflikte zwischen Japan und den USA als auch der hilflos wirkende Versuch der USA, mit der „Asia Pacific Economic Cooperation" (APEC) ein Standbein in der Region zu halten –, ist neben der global-ökonomischen Entwicklung ebenso Resultat der Blockkonfrontation. Auch ist jetzt, nachdem sich die Kräfte des Kapitals ohne diesen Hintergrund frei entfalten können, der Kampf um die regionale Neuordnung in vollem Gange. Zwar konnte Japan seine ökonomische Dominanz weitgehend erhalten, doch haben sich die Ökonomien der „Tiger" längst von der anfänglichen Orientierung an der Insel lösen können. Die Staaten der Region sind heute sowohl Konkurrenten um Standorte und Weltmarkanteile als auch um den prinzipiellen Status in der postsowjetischen Ära. Eine wesentliche und selten beachtete Begleiterscheinung der gesamten Umbruchssituation ist gegenwärtig ein gewaltiges Wettrüsten in der Region. Konfliktpotentiale, wobei sich direkte ökonomische Interessen mit einer Vielzahl strittiger Territorialfragen verbinden, gibt es zuhauf. Zudem wird der gesamte Restrukturierungsprozeß – anders als in Europa oder Nordamerika – kaum durch supranationale Institutionen reguliert. So ist es nicht unwahrscheinlich, daß die regionale Neuordnung von einem Anwachsen potentieller Krisenherde begleitet wird.

Ortswechsel: Lateinamerika

Gerade der Aufstieg der „Tigerstaaten" war es, der die vor allem in Lateinamerika entwickelte Dependenztheorie ins Wanken brachte. Aus allen Winkeln der Welt deuteten die Zeigefinger auf Südostasien: „Da seht ihr, es geht doch!"

Richtig ist, daß die zentrale dependenztheoretische Annahme, strukturelle Abhängigkeit der Entwicklungsländer untergrabe jede Möglichkeit für „nachholende Entwicklung", in dieser Form nicht mehr aufrechtzuerhalten war. Und heutzutage, in Zeiten global-mobiler Kapitalströme, die eine relative Abhängigkeit staatlicher Politik überhaupt unterstreichen, ist es von innovativem Wert, den Blick für die besonderen nationalen Entwicklungen zu schärfen und nicht die allgemeinen Kategorien in ihrer starren Form über alle Zeiten zu retten. Doch die Proklamation des „Endes der großen Theorien" (Menzel) erscheint doch eher als Kniefall vor Unverstandenem. Denn eben dieser Blick auf nationale Besonderheiten kann unter anderem zeigen, welche internationalen Strukturen welche Entwicklung ermöglichen bzw. verhindern.

Die Krise der Theorie bleibt aber nicht auf unsere Breiten beschränkt. Der Soziologe Fernando Henrique Cardoso ist einer der geistigen Väter der Dependenztheorie. Jahrzehntelang tingelte er durch die Welt, lehrte an verschiedenen Universitäten und avancierte – trotz seiner relativ radikalen theoretischen Überlegungen – zu einem angesehenen Vertreter seiner Zunft. Heute ist Cardoso Präsident Brasiliens. Doch wurde von seinen Jugendsünden nicht viel in die politische Gegenwart hinübergerettet. Dem scharfsinnigen Analytiker, der sich im Wahlkampf gegen den ebenfalls prominenten Vertreter der linken Arbeiterpartei (PT) Lula durchsetzen konnte, fällt heute nicht mehr ein, als die Welt mit einer weiteren nationalen neoliberalen Variante zu beglücken – wenn auch die Relevanz der sozialen Komponente stets hervorgehoben wird.

Zudem kann die von ihm mitbegründete Sozialdemokratische Partei Brasiliens kaum auf eine soziale Verwurzelung in der Arbeiterschaft oder in Verbänden zurückgreifen. Daß er Präsident wurde ist – neben realen Erfolgen als ehemaliger Finanzminister bei der Bekämpfung der Hyperinflation –, wie so oft in Lateinamerika, seiner Popularität und unbestreitbaren charismatischen Qualitäten als auch der tatkräftigen Unterstützung der Rechten zu danken, für die Cardoso doch erheblich akzeptabler erschien, als der Gewerkschafter Lula.

Wie auch immer es um die junge Sozialdemokratie Cardosos bestellt ist, bedeutsame alternative Konzepte zur neoliberalen Hegemonie kommen auch auf dem Rest des Subkontinents kaum zur Blüte. Im Gegenteil: Es gibt gegenwärtig kein Land – Cuba bedürfte einer genaueren Betrachtung –, in dem nicht eine besondere neoliberale Strategie durchgesetzt wird.

Doch ist der regionale Integrationsprozeß hier in vieler Hinsicht avanciert, wofür das „NAFTA-Projekt" zentraler Indikator ist. Die Strategie ist eine Reorganisierung internationaler Arbeitsteilung, von der eine für alle Beteiligten – allerdings unter grundverschiedenen Vorzeichen – verbesserte Chance der Weltmarktintegration erhofft wird. Mexico beabsichtigt, durch einen liberalisierten Zugang zum nördlichen Markt eine Verbesserung der Außenhandelsbilanz zu erreichen; für die USA hingegen ist vor allem das billige Arbeitskräfteangebot Mexicos von Bedeutung. Kurz: Die einzelnen nationalen ökonomischen Potentiale – kanadische Ressourcen, US-amerikanisches „high tech" und „know how" und mexicanische Billigarbeit – sollen über den freien Markt dergestalt verbunden werden, daß im globalen Standortkampf die Aussichten für alle Beteiligten sich verbessern. Gleichzeitig wird – und das ist für den Charakter dieser Handelsallianz im Gegensatz zur EU von Bedeutung – die regionale Hegemonie der USA militärisch aber vor allem ökonomisch konsolidiert.

Anhand des amerikanischen Beispiels wird ersichtlich, daß versucht wird Triadisierung und Globalisierung der Weltwirtschaft institutionell wieder „einzufangen". Die „nationalen Wettbewerbsstaaten" konkurrieren zwar auch hier. Doch die reale Verschiebung der politischen Handlungsspielräume, die relative Ohnmacht der Nationalstaaten, mündet nicht in ungeregelte Konkurrenz, wie in Südostasien. Dennoch ist die NAFTA bislang nicht mehr und nicht weniger als ein „Suchprozeß" und letztenendes auch nur ein Versuch, Ordnung in die Unordnung zu bringen. Es wäre zu früh von einer neuen supranationalen Instanz zu sprechen, die in gewisser Weise die Rolle des Nationalstaats als Zentrum der Regulation übernehmen könnte. Auch ob – und wenn ja wie – hierdurch ein für die Region tragfähiges Wachstumsmodell im Entstehen ist, in

dessen Folge die Krise des Fordismus überwunden werden könnte, steht bestenfalls in den Sternen.

Widerstand ?

Daß bei den bisherigen Erörterungen widerständige Politik keine große Beachtung fand, ist keinem mangelnden Interesse geschuldet. Doch steht es in den genannten Regionen um tragfähige alternative Konzepte nicht viel besser aus, als hierzulande. Widerstand gegen die neoliberale Doktrin richtet sich nicht nur gegen eine (unter verschiedenen) ökonomische Strategien und gegen die sie durchsetztenden Institutionen – von IWF, Weltbank und WTO über regionale Handelsallianzen bis hin zu den einzelnen Nationalstaaten ja bis hinunter zu Kommunen. Der Neoliberalismus erscheint vielmehr im umfassenden Sinne als hegemonial. Und wenn ein relevanter Aspekt des Hegemoniebegriffs der ist, daß selbst weite Teile der Beherrschten – also nicht nur die zu Herrschenden mutierten Cardosos – den herrschenden Diskurs als plausibel, ja als unausweichlich akzeptieren, dann ist die reale Basis für Alternativen äußerst gering. Nicht zuletzt die jüngsten Wahlschlappen der lateinamerikanischen Linken sprechen diesbezüglich eine eindeutige Sprache.

Ebenso real ist aber, daß mit der weltweiten Durchsetzung neoliberaler Konzepte auch soziale Spaltung rapide zunimmt. Immer mehr Menschen fallen aus dem (direkten) kapitalistischen Reproduktionsprozeß heraus und können ihr Leben nur in und durch den informellen Sektor fristen – ein Phänomen, das im Übrigen nicht auf die sog. Drittweltstaaten zu beschränken ist. Während zwischen dem „Bangalore Industrial Park", Mexico City, Sao Paulo aber auch New York und Frankfurt über die Daten-Highways Unmassen an Kapital verschoben wird, wächst in unmittelbarer Nähe der Computernetze die Zahl derjenigen, die wohl niemals ein eigenes Telefon werden unterhalten können.

Daß schließlich die Stimmen der Marginalsierten ebenso wie die der gesellschaftlich eingebundenen Kritiker nur äußerst selten in den hegemonialen Diskurs einbrechen können, hat verschiedene Gründe. Für die Marginalisierten ist – jenseits jeglicher Verelendungsmetaphorik – der Kampf um Begriffe wahrlich nicht das vordergründige Problem. Hingegen haben sich die übriggebliebenen intellektuellen Kritiker – deren Kampf in erster Linie auf dem Feld der Begriffe stattfindet – zunächst einmal mit dem tendenziellen Verschwinden kritischer Wissenschaft herumzuschlagen. Schließlich kommt für beide Bereiche das Ende des Ost-West-Konflikts in einer weiteren Dimension zum tragen. Jenseits aller berechtigten Kritik an der Sowjetunion bleibt festzuhalten, daß ihre bloße Existenz als Machtpol der Blockkonfrontation vor allem in der Peripherie die Formierung widerständiger Politikformen erheblich erleichterte, wenn nicht sogar überhaupt ermöglichte. Mit ihrer Auflösung ist diese Möglichkeit – zumindest im traditionellen Sinn – weggefallen. Jedoch auch für die eingebundenen Kritiker war die Blockkonfrontation ein hintergründiger aber beständiger Bezugspunkt, dessen Verlust – auch wenn dies nur selten reflektiert wird – de facto eine umfassende Desorientierung auslöste. Was immer die Gründe hierfür im Konkreten gewesen sein mochten, selbst diejenigen, die ihre Positionen nicht grundlegend revidierten, waren nicht in der Lage, den neuen Verhältnissen entsprechende Kategorien zu formulieren bzw. die vorhandenen so weiterzuentwickeln, daß sie gesellschaftlich relevant wurden.

Angesichts dieses Szenarios kann niemand am Ende dieses Textes politische Handlungsanweisungen erwarten. So bleibt der Verweis auf einige Bewegungen, deren „Suche" sich in anderer Art und Weise artikuliert, nämlich in einer offensiven Kritik gegen die sich konsolidierende neoliberale Hegemonie in der neuen Welt-Unordnung. Etwa die FSLN in Nicaragua, die im Vorwahlkampf zumindest den Versuch unternimmt, von einer verbalen und häufig populistischen Ablehnung des Neoliberalismus zu einer inhaltlichen Konzeption vorzustoßen. Auch wenn diese Vorschläge nichts erstaunlich Neues zu bieten haben, – im Prinzip handelt es sich um eine Kombination von Importsubstitutions- und Staatsinterventionsstrategie – so ist zumindest die Existenz eines alternativen Diskurses beachtenswert, gerade wenn seine tatsächliche Durchsetzbarkeit angesichts der nationalen und internationalen Rahmenbedingungen eher gen Null tendiert.

Eine davon grundverschiedene und junge Bewegung in Lateinamerika ist der EZLN Mexicos. Ohne Bestreben die Staatsmacht zu ergreifen und ohne Orientierung an einer festen Ideologie hat er in den letzten Jahren tatsächlich vermocht, kritisch in den herrschenden Diskurs einzubrechen und hier hohe Wellen zu schlagen, die sogar das Integrationsprojekt NAFTA tangieren. Um jedoch die tatsächliche Reichweite dieser neuen Bewegung zu fassen, wäre ihre politische Konzeption und deren Verwurzelung in indigener Tradition in Rechnung zu stellen. Kurz: Notwendig wäre anstatt einer Romantisierung des Neuen eine „wirkliche" Auseinandersetzung.

In unseren Breiten hingegen, wo sich neuerdings soziale Bewegungen an Tankstellen zu formieren beginnen, sollte auf dem Versuch beharrt werden, „weder von der Macht der anderen, noch von der eigenen Ohnmacht sich dumm machen zu lassen". Das Bestehende und seinen Wandel zu verstehen, den Verhältnissen ihr eigenes Lied vorzusingen ohne überrascht zu sein, wenn die Melodie variiert, mit anderen Worten: Eine Gesellschaftskritik, die die Wurzeln von Herrschaft aber auch die Diskontinuität ihrer Formen nicht verkennt, bleibt der erste Schritt, um wieder die Fähigkeit zu erlangen, dem hegemonialen Diskurs – neben seinem eigenen Lied – einen kräftigen und gesellschaftlich relevanten Kontrapunkt vorträllern zu können. ●

Seit 25 Jahren in Bewegung...

...die letzten drei Hefte:
207 Türkei
208 Frauen in China
209 Ethnizität

Die *blätter* sind die größte unabhängige Zeitschrift zur Nord-Süd-Problematik im deutschen Sprachraum. Sie erscheinen seit 1970 achtmal im Jahr mit einem Umfang von 52 Seiten. Sie sind die ideale Ergänzung zur alltäglichen Berichterstattung.

✂----------

Bestellung:

❍ Ich bestelle das Probeabonnement mit vier Ausgaben für 20 DM. Das Probeabo verlängert sich automatisch zum Jahresabo wenn es nicht vier Wochen vor Ablauf gekündigt wird.

❍ Ich bestelle die Materialliste '95

---

informationszentrum dritte welt
Postfach 5328, 79020 Freiburg
☎ 0761/74003,Fax: 0761/709866

PETER LINKE

Neue Allianzen

Die NATO, Rußland und Europas zukünftige Sicherheitsarchitektur

Im folgenden Beitrag geht es nicht um eine umfassende Darstellung und Einschätzung der NATO; sondern vor allem um ihre Strategie in Europa und gegenüber Rußland. In dieser Frage gibt es keinen grundsätzlichen Dissens zwischen den USA und den führenden westeuropäischen NATO-Mitgliedern.

Nicht selbstlose westliche Hilfe für die notleidenden bosnischen Moslems einerseits und verhängnisvolle russische Unterstützung für die militanten bosnischen Serben andererseits führten im Herbst 1995 zu einer dramatischen Zuspitzung der westlich-russischen Beziehungen: Längst ging es bei den westlichen und russischen Aktivitäten im Balkankrieg nicht mehr um die Lage, geschweige denn die Menschen in der Region. Worum es in Wirklichkeit ging, war die Zukunft der NATO und das russische Verhältnis dazu. Wie formulierte es damals die großbürgerliche *International Herald Tribune* in kompromißloser Deutlichkeit: „Amerikas Anliegen ist es, Bosnien zu retten – und die NATO... Die Bombenangriffe sind eine Schocktherapie ... für die erschütterte Allianz..." Spätestens seit dieser Zeit besteht kein Zweifel mehr: Für die USA ist der Balkankrieg ebenso wie der Golfkrieg vor vier Jahren ein notwendiges Vehikel zur Neuordnung der westlichen Sicherheitsstrukturen nach dem Ende des Ersten Kalten Weltkrieges.

Dies macht nicht zuletzt die laufende innerамerikanische Debatte über die Zukunft der NATO deutlich. Aus der Vielzahl der diskutierten Ansätze hebt sich in jüngster Zeit einer ganz besonders heraus – und es sieht so aus, als würde er sich langfristig auch durchsetzen.

Die Verfechter dieses Ansatzes konstatieren zunächst eine abnehmende Effektivität der NATO. Hauptgrund dafür seien die wachsenden Unterschiede zwischen den US-amerikanischen und europäischen nationalen Sicherheitsprioritäten: Während für die USA Proliferation, Golfregion und Nordostasien von zentralem Interesse seien, betrachte Europa und hier vor allem Deutschland und Frankreich Mittelosteuropa und Nordafrika als wichtigste Interessensphären.

Notwendig sei daher ein neuer transatlantischer Sicherheitsdeal noch vor der Jahrtausendwende. Hauptanliegen dieses Deals müsse die Reharmonisierung der US-amerikanischen und europäischen nationalen Sicherheitsinteressen sein. Dafür müsse er folgende Elemente aufweisen: Die USA würden sich umfassend, d.h. auch in Form von Bodentruppen, an allen europäischen Konflikten beteiligen sowie zwecks Gestaltung westlicher Sicherheitspolitik innerhalb und außerhalb Europas mit der EU als einheitlicher Struktur kooperieren. Im Gegenzug dazu würde sich Europa verpflichten, gemeinsam mit den USA via NATO die militärischen Kosten und Risiken bezüglich der Abwehr gegenseitiger Sicherheitsbedrohungen außerhalb Europas, insbesondere im Persischen Golf und hinsichtlich der Proliferation von Massenvernichtungsmitteln zu tragen und das dafür notwendige militärische Potential zu erwerben.

Ein wichtiger Aspekt dieses Arrangements müsse die schrittweise Entwicklung einer EU/WEU-Verteidigungsfähigkeit zur Wahrung westlicher Interessen in gleichberechtigter Partnerschaft mit den USA sein. Auf diese Art und Weise würde die WEU zur europäischen Säule der NATO für sämtliche alliierte Missionen innerhalb und außerhalb Europas werden. Eine derartige Transformation der WEU würden vor allem implizieren:

- umfassende französische Beteiligung an zukünftigen NATO-Missionen sowie Ausbau der Zugehörigkeit zu den alliierten Militärstrukuren bzw. zur NATO-Verteidigungsplanung;
- schrittweise Einbeziehung Deutschlands in alle erweiterten NATO-Missionen auf gleichberechtigter Grundlage, d.h. einschließlich des Einsatzes von Bodentruppen.

Last but not least sollte die Allianz in Abänderung der gegenwärtigen Praxis außerhalb des NATO-Territoriums auch ohne UN- oder OSZE-Mandat agieren können. Diese Veränderung sei vor allem deshalb nötig, weil das Neue Rußland NATO-Militäraktionen unter UN- oder OSZE-Flagge zunehmend ablehnend gegenüberstehen würde.

Neu an diesem Ansatzes ist, daß er im Kern die Umwandlung der NATO aus einer politisch-militärischen Regional- in eine militär-politische Universalorganisation mit einem schlagkräftigen europäischen Standbein in Form einer stark nuklearisierten WEU vorsieht: Insbesondere die jugoslawische Erfahrung habe deutlich gemacht, daß Peacekeeping und Peacemaking nicht die Schwerpunkte zukünftiger NATO-Aktivitäten sein könnten. Mit anderen Worten: Dieser Ansatz verficht den Vorrang des Militärischen vor dem Politischen, wobei das Militärische insbesondere unter dem Gesichtspunkt nuklearer Abschreckung betrachtet wird.

Vor dem Hintergrund derartiger US-amerikanischer Überlegungen – und nur vor diesem Hintergrund – müssen Frankreichs anhaltende Versuche einer Neudefinition der Verteidigungspolitik gesehen und gewertet werden:

Wie formulierte es der französische Premierminister Alain Juppé in seiner berühmten Rede im Pariser Institut des Hautes Etudes de Defense Nationale (7.9.95): Die Notwendigkeit nuklearer Abschrekkung bestehe fort; allein die Existenz des russischen Atomwaffenarsenals mache französische Nuklearwaffen erforderlich. Im Rahmen einer konzertierten Abschrekkung solle das französische Nuklearschild auf ganz Europa, vor allem jedoch Deutschland ausgedehnt werden.

Und Philippe Seguin, Sprecher der französischen Nationalversammlung, konkretisierte in der internationalen Presse: „Mit der deutschen Vereinigung und der Stabilisierung der Situation in Mitteleuropa ist es möglich und vernünftig, daß die Eurocorps-Staaten Frankreich, Deutschland, Belgien und Spanien über ein neues System nuklearer Garantien nachdenken. Eine derartige Europäisierung nuklearer Abschreckung hätte nichts gemein mit jenem Nuklearmonopol, das die USA in der NATO ausüben. Diese Innovation, entworfen für eine neue Welt, würde die Force de frappe in den Dienst des ganzen Europas stellen... Was bedeutet dies für die NATO? Wir werden zu einer Allianz gleichberechtigter, freier, mächtiger Kräfte kommen – etwas, daß es gegenwärtig in der NATO nicht gibt. Dies könnte auf beiden Seiten des Atlantiks maßgeblich zur Klärung der Frage beitragen, wie wir gemeinsam die Zukunft der Demokratie in der Welt gestaltet können. Sicherlich würde dies zu einer Festigung der Allianz zwischen den USA und der EU führen, auch wenn es nach wie vor ... (viele unterschiedliche Ansichten) ... geben wird ..." (*International Herald Tribune,* 6.9.95)

Bei allen Unterschieden in Detailfragen

stimmen die von französischen Spitzenpolitikern wie Premierminister Juppé oder Nationalversammlungssprecher Seguin geäußerten sicherheitspolitischen Ansichten im Kern mit jenen in den USA diskutierten überein: Sie favorisieren nicht nur die Aufwertung des militärischen Faktors in der (Welt-)Politik, sondern auch und vor allem die weitere Nuklearisierung der Militärpolitik als solcher. Und sie orientieren sich auf eine Umstrukturierung der NATO mit dem Ziel, die militärpolitische Rolle Europas (der EU) im westlichen Bündnis zu stärken. All dies macht den sicherheitspolitischen Ansatz der Franzosen „praxisrelevanter", als man hierzulande wahrhaben will bzw. vorgibt, wahrhaben zu wollen: Vor dem Hintergrund faktischer Konvergenz US-amerikanischer und französischer Vorstellungen über die Zukunft westlicher „Verteidigungspolitik" wirkt die zurückhaltende bzw. ablehnende Reaktion führender Vertreter des außenpolitischen Establishments dieser Republik naiv bzw. Verlogen.

Nur einige wenige sind da schon weiter, wie etwa Friedbert Pflüger. Nach Meinung des Vorsitzenden der CDU-Abrüstungskommission wäre ein europäisches äquivalent zur Nuklearen Planungsgruppe der NATO durchaus wünschenswert: „Wir haben bis jetzt unter dem US-amerikanischen Nuklearschirm gelebt und wir wollen ihn behalten. Allerdings ist ein zweiter französicher Schirm, kleiner, aber sehr effektiv, willkommen." (IHT, 11.9.95)

In den von Juppé und Pflüger angestellten Überlegungen kommt Rußland faktisch nicht als Partner, sondern lediglich als äußere Bedrohung vor. Pflüger bringt diese Ressentiments sehr anschaulich auf den Punkt: In einer Welt mit Saddam Hussein, Ratko Mladic sowie Wladimir Schirinowski und anderen machtgeilen militanten russischen Nationalisten und Expansionisten sei die Existenz eines nuklearen Abschreckungspotentials eine beruhigende Sache.

Derartig antirussische Hysterie korrespondiert in idealer Art und Weise mit jener Machtarroganz, die immer mehr US-Planer im Umgang mit Rußland an den Tag legen, frei nach dem Motto: Natürlich werden wir mit den Russen über die Neustrukturierung der NATO reden – aber erst, nachdem diese Neustrukturierung abgeschlossen ist; natürlich werden wir mit den Russen sicherheitspolitische Konsultationen durchführen – aber reinreden in unsere Politik lassen wir uns von ihnen nicht.

Es ist eben diese bizarre Mischung aus traditioneller antirussischer Hysterie und neuer antirussischer Machtorroganz seitens des Westens, die Rußland in der Arena internationaler Politik zunehmend gereizt reagieren läßt. Präsident Jelzins Erklärung vom September 1995, Rußland werde unverzüglich in konstruktive Beziehungen mit allen Republiken der früheren (Sowjet-)Union zwecks Gründung eines militärpolitischen Blocks treten, falls der Westen an die Grenzen der Russischen Föderation heranrückt, ist eine verbal vielleicht etwas überzogene, insgesamt jedoch durchaus verständliche Reaktion auf das neue/alte Selbstbewußtsein des Westens bzw. der NATO.

Mit seinem Statement bringt der russische Präsident vor allem eines zum Ausdruck: Wachsendes Unbehagen gegenüber Versuchen des Westens/der USA, über die NATO neue europäische Sicherheitsstrukturen nicht nur ohne, sondern faktisch gegen Rußland zu schaffen.

„Für die USA ist der Balkankrieg ebenso wie der Golfkrieg vor vier Jahren ein notwendiges Vehikel zur Neuordnung der westlichen Sicherheitsstrukturen nach dem Ende des Ersten Kalten Weltkrieges."

Mit diesem Unbehagen steht Jelzin in Rußland nicht allein: „Was gegenwärtig stattfindet, ist die Einbeziehung Ost- und Mitteleuropas sowie der ehemaligen Sowjetrepubliken in die politische und militärische Einflußsphäre der NATO – allerdings ohne Rußland... Es entsteht der Eindruck, daß man Rußland bewußt und zielstrebig den geostrategischen Zugang zu Europa ... verbaut..." (Prawda, 20.7.95). Diese Überlegungen Nikolai Ryschaks, ehemals stellvertretender Chef der Militärischen Gegenaufklärung des KGB der UdSSR und heute Berater des sicherheits- und verteidigungspolitischen Ausschusses des Föderationsrates (Oberhaus), sind durchaus verallgemeinerungswürdig: Wie ein roter Faden ziehen sie sich nicht nur durch die zahlreichen Wortmeldungen führender außenpolitischer Meinungsmacher, sondern auch aller wichtigen außenpolitischen Grundsatzdokumente der letzten Zeit.

Der Westfrust des Moskauer politischen Establishments ist sehr prinzipieller Natur d.h. sitzt sehr tief – tiefer, als es sich der Westen gegenwärtig vorstellt. Daher ist auch äußerst zweifelhaft, ob vereinzelte Beschwichtigungsaktionen, etwa in Form des im September 1995 präsentierten ersten offiziellen NATO-Papiers zur Osterweiterung der Organisation, in Moskau die gewünschte Wirkung erzielen werden. Die Gründe für den wachsenden Westfrust der neuen Moskauer Politikerkaste sollte man nicht nur in Rußland, sondern auch – und vielleicht sogar vor allem – im Westen suchen. Stichwort: „Partnerschaft für den Frieden" (PfP).

Erinnern wir uns: Am 22. Juni 1994 unterzeichnete in Brüssel der russische Außenminster Andrei Kosyrjew eine Reihe von Dokumenten, die Rußland zur Teilnahme an der US-amerikanisch inspirierten PfP verpflichteten. Von Anfang an war klar, daß die Unterzeichnung dieser Dokumente den weiteren politischen Dialog sowohl innerhalb Rußlands als auch zwischen Rußland und der NATO erheblich erschweren würde. Dies ergab sich insbesondere aus der Tatsache, daß es Moskau nicht gelungen war, gegenüber dem Bündnis ein Zusatzprotokoll durchzusetzen. Diesem Dokument, erarbeitet vom russischen Außen- und Verteidigungsministerium, wurde seitens des Kremls größere Bedeutung beigemessen als der PfP an sich. Sein Hauptanliegen war, jene innerrussischen NATO-Kritiker, die unmittelbar nach der positiven Reaktion Boris Jelzins auf die PfP-Initiative des US-amerikanischen Präsidenten Anfang 1994 massiv ihre Stimme erhoben hatten, zu beschwichtigen.

Bestehend aus vier Hauptpunkten – erstens, enge Kooperation zwischen militärischen Schlüsselstrukturen Rußlands und der NATO; zweitens, zusätzliches NATO-Investment und technologische Hilfe für Rußlands Konversionsprogramm; drittens, erweiterte militärische Kooperation zwischen Rußland und der NATO (gemeinsame friedenserhaltende Missionen, gemeinsame Manöver und Übungen etc.); sowie viertens, politische Konsultationen und, falls möglich, Positionsharmonisierung – zielte dieses Protokoll eindeutig darauf ab, den speziellen Status Rußlands als Großmacht zu sichern.

Indem es den Inhalt dieses Dokumentes auf die unverbindliche Formulierung „Rußland und die NATO einigten sich, ein breites individuelles 'Partnerschaftsprogramm' vorzubereiten, das Rußlands Macht, Bedeutung und Potential Rechnung trägt" reduzierte, bestätigte das Bündnis alle wesentlichen Argumente seiner russischen Kritiker, insbesondere aus dem Lager der „Eurasisten", und versetzte damit dem ohnehin schwachen pro-westlichen Flügel der neuen russischen außenpolitischen Elite unter Andrei Kosyrjew einen echten Tiefschlag.

Seit (spätestens) Anfang 1994 hatten russische NATO-Kritiker gewarnt, daß: erstens, unter den gegebenen geopolitischen Umständen eine konkrete Form von „Partnerschaft" eher zwischen der NATO und Osteuropa/dem Baltikum erreicht werde als zwischen der NATO und Rußland, d.h. Rußland keine Chance habe, als erstes postkommunistisches Land Vollmitglied der NATO zu werden und damit einer wei-

teren Isolierung an seiner westlichen Flanke zu entgehen; zweitens, Washington Rußland niemals als gleichberechtigtes NATO-Mitglied akzeptieren werde, da dies die US-amerikanische Führung der Allianz definitiv unterminieren würde; und drittens, eine NATO-Mitgliedschaft Rußlands im übrigen auch gar nicht im russischen nationalen Interesse sei, da diese Rußlands Vermögen, eine unabhängige Außenpolitik in Übereinstimmung mit seinem Status als eurasische Großmacht zu betreiben, erheblich einschränken würde.

Für eine Reihe russischer NATO-Kritiker, insbesondere aus dem unmittelbaren Umfeld des Präsidenten, war diese Skepsis jedoch nicht gleichbedeutend mit der offenen Ablehnung jeglicher Kooperation zwischen Rußland und der NATO – im Gegenteil: „Die 'Partnerschaft für den Frieden' ist keine schlechte Idee, stellt aber für Rußland auch eine gewisse Gefahr dar", so Sergei Karaganow Anfang 1994: „Die politischen und militärischen Türen der NATO öffnen sich bereits und unsere mittel- und osteuropäischen Nachbarn werden durch sie (in das Bündnis) hineinschlüpfen. Rußland hingegen mit seinem Mißtrauen, seiner Trägheit und seiner Bürokratie wird zurückbleiben... Wenn wir nicht wollen, daß sich die NATO (ostwärts) erweitert, so bleibt uns nur, sehr enge Beziehungen mit ihr einzugehen und sie mit ernsthaften und weitgehenden (Restrukturierungs-)Programmen zu überschütten."

Ein erster praktischer Schritt in diese Richtung war Präsident Jelzins Botschaft an die Mtglieder des Föderationsrates (Oberhaus) vom März 1994: Einerseits erneuerte er Rußlands Unterstützung für die PfP. Andererseits jedoch schlug er vor, nicht die NATO, sondern den Nordatlantischen Kooperationsrat (CNAC) zum Schlüsselinstrument für die militärpolitische Neuordnung des europäischen Kontinents zu machen. Darüberhinaus bezeichnete er als ein zentrales Anliegen russischer Außenpolitik die Gewährleistung der Sicherheit Osteuropas durch entsprechende Verpflichtungserklärungen seitens Rußlands und der Allianz.

Die Sabotage des russischen Zusatzprotokolls zur PfP durch die NATO war demnach nicht nur ein Schlag gegen die Moskauer Pro-NATO-Lobby, sondern führte auch unter „konstruktiven" russischen NATO-Kritikern zu erheblichen Verstimmungen. Versuche Kosyrjews, nach dem Brüsseler Debakel vom Juni zu retten, was zu retten war, sollten sich als wenig produktiv erweisen: Insbesondere angesichts der sich zuspitzenden Krise auf dem Balkan, die nicht zuletzt auch eine Verschlechterung des US-amerikanisch-russischen Verhältnisses bewirkte, bekamen Äußerungen des russischen Außenministers, die PfP sei „nur ein Weg zur Stimulierung militärpolitischer Kooperation", ebenso wichtig sei die „Etablierung kooperativer Strukturen auf Grundlage bilateraler Beziehungen zwischen Rußland, der NATO und dem CNAC", wobei die KSZE/OSZE letztlich „besser als alle anderen existierenden Organisationen die Idee post-konfrontativer Entwicklung" repräsentiere, zunehmend einen schalen Beigeschmack.

Im Zusammenhang mit dem September-Statement Jelzins drängt sich allerdings eine Frage auf: Wie realistisch ist die Schaffung eines (neuen) militärpolitischen Blocks auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion? Alle bisherigen Versuche, einen solchen Block zu schaffen, waren nicht sonderlich erfolgreich: Bereits im Mai 1992 unterzeichneten in Taschkent Vertreter Armeniens, Kasachstans, Kirgistans, Rußlands, Tadschikistans und Usbekistans einen Vertrag über Kollektive Sicherheit. Später schlossen sich diesem Vertrag Aserbaidschan, Georgien und Bjelorus an (Moldowa, die Ukraine und Turkmenistan lehnten eine Unterzeichnung ab). Nach langem Hin und Her (und nicht ohne westliches Störfeuer) einigten sich im Februar 1995 in Alma Ata die Vertragsteilnehmer Armenien, Bjelorus, Georgien, Kasachstan, Kirgistan, Rußland, Tadschikistan und Usbekistan auf eine Konzeption Kollektiver Sicherheit. Allerdings wurde diese bis heute von keinem Vertragsteilnehmer ratifiziert und funktioniert real nicht.

Mit wem nun könnte Rußland ein neues militärpolitisches Bündnis, wie von Jelzin angekündigt, eingehen? Russische Analytiker sind sich diesbezüglich ziemlich einig: Lediglich mit Bjelorus, das Rußland braucht, um seine ökonomische Krise zu überwinden, Tadschikistan dessen territoriale Einheit vollkommen von russischer Militärhilfe und Krediten abhängt, und Armenien, dessen geopolitische Lage und der Karabach-Konflikt es an Rußland binden. Strikt dagegen seien die Ukraine, Usbekistan und Aserbaidschan, unentschlossen Kasachstan, Kirgistan und Georgien.

Dieser Einschätzung kann prinzipiell zugestimmt werden. Allerdings seien folgende Anmerkungen erlaubt: Erstens, die Ukraine hat den russischen Vorschlag nicht rundweg abgelehnt, wie man hätte erwarten können, sondern zugesichert, ihn ausführlich zu prüfen; zweitens, der Wunsch Tbilisis nach enger militärpolitischer Kooperation mit Rußland ist stärker ausgeprägt als allgemein angenommen, was von nicht zu unterschätzender Bedeutung für die sicherheitspolitische Neuordnung der gesamten Kaukasusregion ist; und drittens, in ganz Zentralasien wird der bilateralen Zusammenarbeit mit Rußland erneut strategische Bedeutung beigemessen – von „regionaler Integration" ist dort immer weniger die Rede.

Eines ist sicher: In jüngster Zeit hat Moskau seine diplomatischen Aktivitäten im GUS-Raum merklich verstärkt. Mitte September 1995 hielt sich Außenminister Andrei Kosyrjew zu vertraulichen Gesprächen in Tadschikistan und Usbekistan auf. In Moskau fand ein Konsultativtreffen der stellvertretenden GUS-Außen- und Verteidigungsminister statt, dem ein Teffen ihrer Chefs folgte.

Parallel zu seinen Aktivitäten im Rahmen der GUS verstärkt Rußland sein Engagement in Ost-, Mittel- und Südeuropa. Den jüngsten Vorstoß in diese Richtung unternahm Moskau Ende September 1995, als es den ehemaligen osteuropäischen RGW-Staaten engere wirtschaftliche Zusammenarbeit und Koordinierung vorschlug. Zwar reagierten Vertreter des politischen Establishments in Prag und Warschau eher zurückhaltend und beschworen (wieder einmal) die Westorientierung ihrer Länder. Weite Teile des wirtschaftlichen Establishments der Tschechei und Polens haben allerdings bedeutend weniger Berührungsängste. Darüberhinaus zeichnen sich in Südeuropa interessante Entwicklungen ab, z.B. intensive trilaterale Kooperationsbeziehungen zwischen Rußland, Bulgarien und Griechenland (Stichwort: Gaspipeline Burgas-Alexandroupolis).

Verstärkte Bemühungen des Westens/der USA, europäische Sicherheitsstrukturen zu „NATOisieren" und entrussifizieren, und entsprechende sicherheitspolitische Gegenmaßnahmen Rußlands (Stichwort: „Anti-NATO") treiben die militärpolitische Spaltung des Kontinents weiter voran. Ereignisse wie NATO-Bombardements gegen bosnische Serben oder exzessive Debattierung einer NATO-Osterweiterung wirkten und wirken dabei als Katalysatoren.

So stellt Anatoli Adamischin, Moskaus langjähriger Botschafter in London, klar, daß „für totale Feindseligkeit gegenüber dem Westen kein Grund besteht. Allerdings wird Rußland in absehbarer Zukunft zu schwach sein, um von den USA und ihren Verbündeten ernst genommen zu werden. Dann ist es schon besser, auf sich allein gestellt zu sein." (IHT, 27.10.95) Und Wladimir Lukin konkretisiert: „Wir müssen endlich einen verläßlichen, seriösen und handhabbaren Mechanismus außenpolitischer Entscheidungsfindung und -realisierung schaffen..." (Nesawisimaja Gasjeta, 14.3.95).

Angesichts der bestehenden Kräfteverhältnisse und der dominierenden Interessen innerhalb der NATO scheint eine weitere Nuklearisierung der „Sicherheits"-Politik unabwendbar. So bitter dies klingt, so wichtig wäre eine Diskussion darüber, wie in der BRD ein Bewußtsein dafür geschaffen werden kann, daß der militärpolitischen Spaltung des Kontinents entgegengewirkt werden muß. Denn globale oder gar europäische Sicherheit ist ohne Rußland nicht zu haben. ●

LUTZ HERDEN

Als die USA für die UNO Krieg führten

Am Golf begann im Januar 1991 die Legitimationskrise der Vereinten Nationen

Um bestimmte Handlungsmuster, die vor und während des Golfkriegs 1990/91 zu beobachten waren, vor allem in ihrer prägenden Wirkung auf die sich nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes herausbildende Weltordnung einordnen und werten zu können, scheint es notwendig, zunächst an Denkansätze zu erinnern, die während der zweiten Hälfte der 80er Jahre von erheblichem Belang waren. In dieser Periode wurde der politische Diskurs in der DDR wie auch in anderen osteuropäischen Staaten maßgeblich durch die Politik Michail Gorbatschows beeinflußt. Neben seinen nach innen gerichteten Reformen wird jedoch heute weitgehend (möglicherweise auch vorsätzlich) übersehen, daß Gorbatschow eine außenpolitische Doktrin entwickelte, die auf eine gravierende Neuordnung der internationalen Beziehungen zielte und für die später zumeist der Begriff „Neues Denken" verwendet wurde.

Mit einer für einen KPdSU-Generalsekretär bis dahin ungewohnten Rhetorik erklärte er, daß die globalen Menschheitsfragen von der Unterentwicklung bis hin zum Schutz der natürlichen Ressourcen menschlichen Lebens bei wachsender Abhängigkeit der Staaten und Regionen untereinander nur durch eine „Überlebensgemeinschaft jenseits der Blöcke" und der von diesen bevorzugten Macht- und Interessenpolitik zu lösen seien. Diese weltanschauliche Karthasis war zweifellos auch ein Eingeständnis der desolaten Existenzbedingungen, mit denen sich die östliche Führungsmacht in den 80er Jahren konfrontiert sah. Mangelnde Innovationsfähigkeit und Effizienz der eigenen Wirtschaft setzten einer erfolgversprechenden Teilnahme am Systemwettbewerb zunehmend Grenzen – auch die Fähigkeit, mit der bisherigen Intensität im nuklearen Rüstungswettlauf mit den USA konkurrieren zu können, nahm ab. So wurde das „Neue Denken" aus unterschiedlichen Motiven heraus entwickelt, für die Bewertung seiner Grundaussagen erscheint dies jedoch sekundär.

Diese waren das Bekenntnis zum „Primat der Politik", d.h. es wurde die Notwendigkeit betont, Konflikte zwischen Staaten und Staatengruppen ausschließlich mit politischen Mitteln zu lösen – unter Verzicht auf die Androhung oder Anwendung militärischer Gewalt. Diese Position berief sich auf einen „veränderten Sicherheitsbegriff", der Sicherheit der nicht mehr vorrangig in Abhängigkeit von militärischen Kategorien definierte, sondern ebenso deren ökonomische und ökologische Reproduktionsfähigkeit, soziale Verfaßtheit wie innere Stabilität als maßgebende Kriterien einbezog. Darüber hinaus sollte das internationale Beziehungsgefüge nach den Prinzipien der Souveränität und Unabhängigkeit, der Gleichheit und des Selbstbestimmungsrechts jedes Staates reorganisiert werden. Für die osteuropäischen Staaten war dies von besonderer Bedeutung, da Gorbatschow ihnen prinzipiell freie Systemwahl zugestand und auf jeden Interventionsanspruch verzichtete.

Doch auch das westliche Bündnis hatte ein ausgeprägtes Interesse diese Außenpolitik ernst und beim Wort zu nehmen, zumal sie Ende der 80er Jahre zu international gewichtigen Ergebnissen führte: So etwa dem INF-Vertrag zur doppelten Null-Lösung bei nuklearen Mittelstreckenraketen, wodurch die Gefahr einer atomaren Konfrontation in Europa erheblich verminderte wurde. Analoge Verträge bezüglich strategischer Waffen sollten folgen.

Um auf den Ausgangspunkt zurückzukommen: Warum erscheint in einer Betrachtung zum 5.Jahrestag des Golfkriegs ein solcher Exkurs angebracht? In einer Zeit, da die Renaissance der militärischen Gewalt in den internationalen Beziehungen von einem Teil der deutschen Linken als Normalität akzeptiert wird und scheinbar alternativlos vonstatten geht – wie das nicht zuletzt die UN-Missionen seit dem Golfkrieg gezeigt haben – muß es möglich sein darauf hinzuweisen, daß es diesen Ansatz zur Revolution des außenpolitischen Denkens gab.

Als Konstante des „Neuen Denkens" galt selbstverständlich, daß zunächst von einem Fortbestand der Blöcke und der ihnen zugrundeliegenden Gesellschaftssysteme ausgegangen wurde – es war ja gerade eine der Grundintentionen, die sich daraus ergebenden Antagonismen jederzeit beherrschbar zu halten. Wäre es auf dieser Basis zu einer Reorganisation der internationalen Beziehungen gekommen, dann hätte dies tatsächlich zu einer „Neuen Weltordnung" führen können. Aber das „Neue Denken" hatte genau in jenem Moment ausgespielt, als sein Durchbruch möglich schien. Die veränderte Geschäftsgrundlage der internationalen Beziehungen ergab sich eben nicht allein aus der schwindenden Ost-West-Polarisation, sondern vor allem aus der Art dieses Verschwindens. Während der eine Block kollabierte, begriff der andere die Golfkrise als ideale Gelegenheit zu seiner Bestätigung und Regeneration. Eine Entwicklung, die aus ihrer Zeit beschrieben werden muß – aus den dramatischen Vorgängen zwischen dem irakischen Einmarsch in Kuwait

2 Jahre PKK-Verbot

Weg mit den Verboten kurdischer Vereine!

Außerdem: ++ Beugehaft – Der versuchte Zwang zum Verrat ++ Antifa – Göttingen: Der Staat zeigt seinen Verfolgungswillen +++ Benjamin Ramos Vega – Die drohende Auslieferung verhindern!

für 3.50 DM in guten Buch- und Infoläden oder bei Eurer Ortsgruppe oder für 5.– DM in Briefmarken bei:

Rote Hilfe e.V.
Postfach 6444
24125 Kiel
Tel. + Fax:
(0431)75141

DIE ROTE HILFE 4/95

am 2. August 1990 und dem Beginn der Operation „Wüstensturm“ am 17. Januar 1991.

Am 8. November 1990 erklärte das sowjetische Außenministerium, die UdSSR schließe die Anwendung militärischer Gewalt gegen den Aggressor Irak nicht mehr aus. Zu diesem Zeitpunkt standen bereits 200.000 US-Soldaten in der Krisenregion, vorzugsweise in Saudi-Arabien, d.h. die Weichen zu einer gewaltsamen Lösung des Konfliktes zwischen Irak und Kuwait waren gestellt. Die Erklärung aus Moskau kapitulierte vor dieser Vorentscheidung. Gorbatschow entschloß sich aus eigenem globalen Machtverlust zum Kotau vor traditioneller Machtpolitik, die sich regionale Interessensphären sicherte: Die Hommage an ein Zeitalter, dem angeblich gerade die Totenglocken läuteten, wie es der zur gleichen Zeit (19-21. November 1990) stattfindende KZSE-Gipfel mit seiner „Charta von Paris für ein neues Europa“ vermeldete.

Nach dem Einlenken Moskaus gab es für die US-Regierung keine nennenswerten Hindernisse mehr, am 29. November 1990 die UN-Resolution 678 durchzusetzen – mit ihr autorisierte der Sicherheitsrat bei 12 : 2 Stimmen sowie einer Enthaltung die Anwendung militärischer Gewalt gegen den Irak, sofern dieser nicht bis zum 15. Januar 1991 seine Truppen aus Kuwait zurückziehen sollte.

Die Realität

Diese Resolution dokumentierte nicht nur, wie ambivalent und widersprüchlich die UN in diesem Konfliktfall agierten, sie ließ vor allem erkennen, wie die Weltorganisation für eine macht- und gewaltorientierte Interessenspolitik alten Stils instrumentalisiert wurde. Einerseits entsprach der Sicherheitsrat gemäß der UN-Charta seiner Verpflichtung, der Aggression eines Staates gegen einen anderen wirksam zu begegnen. In diesem Sinne hatte es im übrigen bereits vier Tage nach dem irakischen Einmarsch in Kuwait am 6. August 1990 mit der Resolution 661 die Verhängung eines zwingenden Handelsembargos gegeben. Zum anderen aber fand sich der Sicherheitsrat nicht bereit, gemäß Artikel 42 der UN-Charta „mit Luft-, See- oder Landstreitkräften die Maßnahmen zu ergreifen, die zur Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit notwendig sind.“

Zwar wurde mit der Resolution 678 Gewaltanwendung sanktioniert, doch blieb offen, wer den Auftrag dazu erhalten hatte. Die Interpretation der USA, damit selbst zum Krieg gegen den Irak und der Vorbereitung einer multilateralen Militäraktion ermächtigt worden zu sein, traf seitens der UN – sei es durch den Generalsekretär oder den Sicherheitsrat – auf keinen Widerspruch.

Derartige Konstellationen hatte es in der UN-Geschichte sowohl während des Korea-Krieges 1950 als auch in der Kongo-Krise 1960 gegeben, wobei Korea als klassischer Vorläufer der „Operation Wüstensturm“ betrachtet werden kann. Während die UdSSR und China dem Sicherheitsrat fernblieben, hatten sich die USA auch damals eine Blankovollmacht erteilen lassen, um „an der Seite der Republik Korea“ (Südkorea) in die militärischen Auseinandersetzungen auf der koreanischen Halbinsel eingreifen zu können.

So gesehen gab es mit dem Golfkrieg 1991 keine Geburt einer „Neuen Weltordnung“, stattdessen behauptete sich die bisherige, denn die Gepflogenheit, militärische Gewalt anzudrohen oder einzusetzen, um politische Ziele durchzusetzen, bestand augenscheinlich fort. Allerdings waren dafür jetzt – und insofern ist der Golfkrieg wirklich eine Zäsur – Instrumentarien verfügbar, wie das bis dahin nicht der Fall war.

Die 1990/91 aus dem Zusammenbruch der bisherigen politischen Ordnungssysteme in Mittel- und Osteuropa sowie dem sich andeutenden Zerfall der Sowjetunion gespeiste Neuordnung des internationalen Beziehungsgefüges warf nicht zuletzt die Frage auf: Wie lassen sich die Vereinten Nationen in diese globalen Transformationen integrieren? Bis heute ist diese Frage noch nicht definitiv beantwortet, doch folgenreiche Vorentscheidungen sind gefallen – eine davon ergab sich mit dem Golfkrieg und seinem Präzedenzcharakter für den Umgang mit regionalen Konfliktsituationen – bis hin zum Bürgerkrieg.

Zunächst aber sei darauf verwiesen, worauf die Hoffnungen in die UN als Medium der Reorganisation der internationalen Beziehungen im Sinne des „Neuen Denkens“ basierten. Sie lagen in ihrer Universalität, der globalen Dimension ihrer Strukturen, ihrem Multilateralismus, den die Bipolarität bis dahin weitgehend erstickt hatte, und einem im wesentlichen positiven politischen Symbolgehalt. Die UN galten stets als ein Gremium des Interessensausgleichs – jedoch wurden ihre formalen durch die Charta angestrebten Potenzen zur Früherkennung, Eindämmung und dauerhaften Befriedung von Konflikten kaum eingelöst. Eher war sie ein zuverlässiges Barometer für den jeweils weltweit durchsetzbaren Grad an Völkerrechts- bzw. Menschenrechtsverletzungen. Allerdings sahen sich die UN niemals in Frage gestellt. Sie verkörperten bis 1990 eine von allen Mitgliedsstaaten anerkannte universelle Rationalität – die Gemeinschaft der Staaten schützte sich mit den UN vor dem Fall in die weltpolitische Anarchie und damit letztlich vor sich selbst. Dementsprechend waren die mit den weltpolitischen Zäsuren von 1989/90 entstandenen Erwartungen.

Die Alternativen lagen im Prinzip klar auf der Hand: Entweder die Weltorganisation würde endlich eine Annäherung an ihren prinzipiellen Status und die Möglichkeiten erreichen, die ihr mit der Charta verbürgt waren, oder es gäbe eine Integration in ein anderes Ordnungssystem, dessen politischer Zweck letztlich über die Funktion auch der UN entscheiden würde. Beide Varianten liefen im Vergleich zum Wirken der UN bis 1990 auf eine deutliche Funktionsverschiebung hinaus.

„So wurde das ‘neue Denken’ aus unterschiedlichen Motiven heraus entwickelt, ...

Während die oben beschriebene Entscheidung noch zu reifen schien, bekam die kommende „Weltordnung" sogleich ihren „worst case" in den Schoß gelegt, den Konflikt am Golf nach dem irakischen Einmarsch in Kuwait am 2. August 1990.

Die Kapitulation

Was geschah, ist bekannt und bis heute gegensätzlichen Bewertungen ausgesetzt: Die UN degenerierten in diesem Konflikt zum Mandatsstifter militärischer Handlungen und regionaler Interessenpolitik, auf die sie keinen Einfluß hatten. Sie wollten in der Golfregion nicht wie zu Zeiten der US-Aggression in Vietnam oder der sowjetischen Intervention gegen Afghanistan ohnmächtiger Beobachter bleiben, weil sich die Großmächte per Vetorecht im Sicherheitsrat gegenseitig in Schach hielten und die Weltorganisation lähmten, aber letztlich drängte sie der Golfkrieg in ein nämliches Schicksal. Die Vereinten Nationen hatten den Auftrag zur Gegen-Intervention am Golf zwar erteilt, aber sie taten dies, bevor alle anderen nichtmilitärischen Sanktionen gegen den Aggressor ihre volle Wirksamkeit erlangt hatten. Vor allem aber konnten sie nicht mehr verifizieren, ob die Gründe für militärische Handlungen zu Beginn der Operation „Wüstensturm" noch in dem Maße bestanden, wie das zum Zeitpunkt der Sicherheitsratsentscheidung vom 29. November 1990 gegeben war. Die UN überließen den militärischen Schlag gegen den Aggressor Irak einer Staatenkoalition, deren Führung durch die USA unverhohlener Machtpolitik entsprach und den Willen zum ordnungspolitischen Paradigma an der Schwelle zu einem neuen internationalen Beziehungsgefüge klar erkennen ließ.

Dieser Präzedenzfall hat die Vereinten Nationen in den vergangenen fünf Jahren geprägt, die mit dem Golfkrieg begonnene Instrumentalisierung sollte sich fortsetzen.

Mit der Intervention in Somalia (UNOSOM – 1992/93) wurde erneut zu einer lupenreinen „Peace making" Operation ausgeholt – und wiederum lag das militärische Kommando bei den USA.

Mit dieser „Intervention neuen Typs" sollten die Vereinten Nationen als globale Friedensmacht zur Beilegung lokaler Konflikte etabliert werden, aber sie mutierten zur Kriegspartei und scheiterten an der halsbrecherischen Kluft zwischen Auftrag und Vollzug des Somalia-Mandats. Dafür waren zwei Gründe maßgebend: Die provozierte Überforderung des Blauhelm-Kontingents, das in einen Bürgerkrieg eingriff, an dessen Ursachen es nichts zu ändern vermochte, zum zweiten die erneute Dominanz der USA, die über den Einsatz des im wesentlichen aus eigenen Verbänden rekrutierten UN-Korps ausschließlich nach militärischen Kriterien entschieden. Ein politisches Krisenmanagement blieb bereits im Ansatz ausgeschlossen. Die UN waren überfordert, diskreditiert und sahen sich nicht zuletzt den Vorwürfen derer ausgesetzt, die sie in diese Situation manövriert hatten.

Auf UNPROFOR in Bosnien trifft das in noch extremerer Weise zu. Hier mußte die Grenze zwischen „Peace keeping" und „Peace making" schon deshalb von Anfang an überschritten sein, weil der Einsatz der Blauhelme 1992 in einem ethnifizierten Bürgerkrieg begann, dessen letzte Eskalation noch nicht erreicht war. In einem solchen Fall mußte die Reputation der UN zwangsläufig schweren Schaden nehmen, da sie erneut wie bei Somalia den Kriegsursachen mehr oder weniger hilflos gegenüberstand. Der Unterschied zu UNOSOM bestand aber darin, daß die Triebkräfte des jugoslawischen Bürgerkrieges von außen einen zusätzlichen Schub erhielten, als die EU-Staaten 1991 Kroatien und Slowenien einseitig anerkannten, ohne daß es international verbürgte Regelungen für die nationalen Minderheiten gab. Während also bei der Mission in Somalia begleitende politische Maßnahmen zur Konflikteindämmung ausblieben, waren sie beim Einsatz in Ex-Jugoslawien kontraproduktiv.

So bleibt als Fazit, die seit 1990 durchgeführten UN-Missionen militärischen Charakters haben der Weltorganisation eine Legitimationskrise gebracht, weil die Charta verletzt und einer machtpolitischen Instrumentalisierung durch die USA wie die NATO insgesamt nicht Einhalt geboten wurde. Insofern kann von einer gravierenden Funktionsverschiebung ausgegangen werden – zu Lasten der Friedensfähigkeit, der Universalität und der Grundsätze des Völkerrechts und der Gerechtigkeit. Diese Entwicklung der letzten fünf Jahre untergrub auch die Erwartungen, die in das „Neue Denken" gesetzt wurden. Ein Denken, daß de facto die Welt veränderte, dessen zugrundeliegende Intention tatsächlich eine „Neue Weltordnung" zu etablieren jedoch im Spiel der realen Machtinteressen ad acta gelegt wurde.

Wenn nun in Bosnien eine vertragliche fixierte Nachkriegsordnung, die auf dem Konsens aller Konfliktparteien beruht, mit eindeutigen Waffenstillstandslinien international überwacht, wenn demnach ein politischer Lösungsansatz militärisch gesichert werden soll, so ist das die klassische Situation für ein entsprechendes UN-Mandat, vergleichbar der Mission UNFICYP, die seit 1964 entlang einer 180 Kilometer langen Demarkationslinie auf Zypern einen Waffenstillstand zwischen Griechen und Türken überwacht. Aber der Frieden in Bosnien bleibt einem „Befriedungskorps" der NATO überlassen, akzentuiert durch symbolische Militärpartikel Rußlands – so zumindest der Stand Ende November 1995. Die Vereinten Nationen sind nicht mehr gefragt. Eine Situation, die sich in ihren Grundzügen an den Golfkrieg von 1991 anlehnt, eine weitere Funktionsprobe, die am Zweck und den herrschenden Machtverhältnissen der geltenden Weltordnung wenig Zweifel läßt. ●

..für die Bewertung seiner Grundaussagen erscheint dies jedoch sekundär": z.B. militärische Traditionen.

Lutz Herden ist Auslandsredakteur der Ost-West-Wochenzeitung Freitag.

BERND RÖTTGER

WELTverGESELL-SCHAFTung

Für eine kritische Theorie kapitalistischer Globalisierung

„Die Überlegungen sind nicht gemacht, sichere Ansichten zu verbreiten. Der manchmal unerschrockene Ton ist nur ein Indiz für ihre vorläufige Bestimmung".
Volker Braun

„Globalisierung" heißt der schillernde Begriff, mit dem sowohl der „Umbruch" wie der Zusammenhalt des kapitalistischen Weltsystems scheinbar treffend zum Ausdruck gebracht werden kann. – Wasser auf die Mühlen der Kritischen Theorie, scheint doch „Globalisierung" jene gesamtgesellschaftliche Totalität zu bezeichnen, auf die die einzelnen gesellschaftlichen Phänomene bezogen werden. „Globalisierung" ist aber auch der Begriff, mit dem die sich globalisierenden politökonomischen Realitäten nur affirmativ verdoppelt werden und die Unterjochung von Gesellschaften unter das Diktat des globalen Kapitalismus vorangetrieben wird. Wie also kann eine kritische Theorie kapitalistischer Globalisierung formuliert werden? Was ist der geeignete „Begriff von der Sache, an dem die disparaten Daten sich organisieren" (Theodor W. Adorno)?

Das intellektuelle Spiel, gleich welcher politischen Provenience, hat zu einer neuen Lieblingsbeschäftigung gefunden: Dem Schwadronieren über den „globalen Umbruch". Dieses Treiben reflektiert aber nur zum einen die Veränderungen der politökonomischen Realitäten des globalen Kapitalismus seit dem Ende des Ost-West-Konflikts und die Strukturverschiebungen innerhalb des kapitalistischen Weltsystems seit dem Niedergang der US-Hegemonie, deren Verhältnis zueinander und deren Bestimmungsmacht des „Umbruchs" sowieso noch nicht auf den Begriff gebracht werden konnte. Zum anderen nämlich ist dieses Treiben nicht allein von einem wissenschaftlichen Erkenntnisinteresse getragen, das auf den Intellektuellen als „frei-schwebender Intelligenz" abzielt. Das Gegenteil ist richtig: wie Immanuel Wallerstein hervorhebt, kristallisiert sich im Streit um die Art und Weise des Umbruchs, ähnlich der Kontroverse zwischen Liberalismus und Sozialismus im 19. Jahrhundert, die „politische Hauptdebatte der Gegenwart" heraus. Die konkurrierenden Erklärungsansätze werden selbst zu Kräften des Umbruchs, indem sie als Ideologien imaginäre Räume konstruieren, die für die Repräsentation der subalternen und beherrschten Klassen aufnahmefähig sind. Wissenschaften, zumal die Sozialwissenschaften, fungieren als Faktoren ideeller Vergesellschaftung. Wahrheit war schon immer „ein weites Feld" (Günter Grass) – ein „Wahrheitsregime", also jene von Michel Foucault beschriebene wechselseitige Beziehung von historischer Praxis und der Dominanz von Diskursen jedoch, ist nicht nur historisch-konkret sondern auch politisch wirkungsmächtig.

„Globalisierung"

Die Thematik des globalen Umbruchs verdichtet sich zunehmend auf den Begriff der „Globalisierung", über den sich ein solches „Wahrheitsregime" zu etablieren vermag. Gemeint ist in der Rede von der „Globalisierung" zunächst immer die Dynamik ökonomischer Globalisierung, in der die Gesamtumsätze ausländischer Tochtergesellschaften Transnationaler Konzerne den Gesamtwert der weltweiten Exporte übersteigen, in der eine transnational integrierte Produktionsstruktur und transnationale Wertschöpfungsketten in den „modernen Industrie- und Dienstleistungssektoren" herausgebildet wurden und ein aufgeblähter Casino-Kapitalismus für weltweit frei zirkulierendes Geld entstand, neben dem sich die realökonomische Globalisierung (Handel und Direktinvestitionen) mit 2,4 % der Devisenmarktumsätze geradezu lächerlich ausmaßt. M.a.W.: Die kapitalistische Weltökonomie entwickelte sich zum eigenständigen Verwertungsraum, von dem die globalen Machtverhältnisse restrukturiert werden.

Die Erkenntnis, daß so vor allem die Durchsetzung eines neuen Verhältnisses von (globalem) Markt und (nationalem) Staat und neuer Verhältnisse zwischen den Staaten, mithin also ein essentiell politischer Umbruch auf den Weg gebracht wurde, indem sowohl die Orte wie die Inhalte von Politik neu bestimmt werden, setzt sich zwar schleichend durch; nicht begriffen wird im herrschenden Diskurs der „Globalisierung" jedoch, daß ökonomische Globalisierung nicht voluntaristisch von einer zivilgesellschaftlichen und politisch-staatlichen Globalisierung in Gestalt einer „NGO-community" oder einer „Weltinnenpolitik" komplettiert werden kann, sondern daß kapitalistische Globalisierung ein *widersprüchliches gesellschaftliches Verhältnis* bezeichnet, in dem Vereinheitlichung und Fraktionierung zwei Seiten ein und derselben Strukturmedaille bilden. Vereinfachend: Die Einbindung der nationalstaatlich verfaßten Ökonomien in den ökonomischen Globalisierungszusammenhang bewirkt das Schwinden gewordener sektoraler Kohärenzen in den Metropolen und den Ausbau von „Brückenköpfen" in der Peripherie und bedeutet letztlich, daß die traditionellen Gesellschaften aufgelöst werden, indem sie sich differenzieren und spalten (und gleichzeitig neonationalistische Tendenzen gesellschaftlicher „Wiedervereinigung" und neuer Ausschließung hervorbringen). Kapitalistische Globalisierung produziert also zunächst *nicht* (wie oft unterstellt) eine transnationale Zivilgesellschaft sondern zerstört erstmal das, was an (nationalstaatlichen) zivilgesellschaftlichen Strukturen aufgebaut werden konnte. Globalisierung bezeichnet daher auch keinen linearer Prozeß der Entnationalisierung und Globalisierung von Politik sondern vor allem einen Prozeß der Transformation und Anpassung der Nationalstaaten, in dem sie ihre Form und Funktion verändern.

Die Rede von der „Globalisierung" ist also ein Mythos, sofern sie eine lineare Entwicklung von Ökonomie, Gesellschaft und Politik vorgaukelt. Die herrschende Rede von der „Globalisierung" wird zur Ideologie, sofern sie dazu dient, Akzeptanz für die Unterjochung der Gesellschaften unter die Weltmarkt"zwänge" zu organisieren. Trotzdem ist am Globalisierungsbegriff festzuhalten (auch wenn er nicht der „Begriff von der Sache" ist); er reflektiert politökonomische Realitäten und bildet einen unabdingbaren Ausgangspunkt für die Rekonstruktion von Kritik. Dies letztlich aus drei Gründen: Erstens weil mit der historisch-konkreten Form kapitalistischer

Globalisierung ein tatsächlich globaler Zusammenhalt dadurch konstituiert wird, daß die marginalisierten Regionen, Sektoren und sozialen Einheiten keinen autonomen Status erlangen, sondern im Gegenteil, in ihrer Entwicklung (der Marginalität) vielmehr von der dominierenden Form kapitalistischer Globalisierung bestimmt werden; zweitens, weil „Globalisierung" als Kraft kapitalistischer Vereinheitlichung fungiert (was noch nie Harmonisierung hieß!), indem Handlungsspielräume machtvoll gesetzt werden und ein neuer mit der ökonomischen Globalisierung eng verzahnter Herrschaftzusammenhang installiert wird; drittens schließlich, weil die Logik kapitalistischer Globalisierung nicht durch eine fragmentierte Strategie der unterdrückten sozialen Kräfte, sondern nur durch die globale Verschränkung oppositioneller Strategieebenen durchbrochen werden kann.

Theorie des Umbruch

Diese Erkenntnisperspektive allerdings setzt voraus, „Globalisierung" im Rahmen kapitalistischer Produktions- und Reproduktionsverhältnisse begrifflich zu entwikkeln, keineswegs aber sie positivistisch vorauszusetzen. Die positivistische Setzung aber bestimmt den herrschenden Diskurs. Der Gemeinplatz von der „neuen Qualität" der Weltwirtschaft und der „Globalisierung" als dem ihr zugrunde liegenden Prinzip hat entweder affirmativen Charakter oder wird voluntaristisch für das Einfordern einer regulativen Ordnung gehandelt. „Globalisierung" wird zur herrschenden Idee, indem sie nicht nur, wie Marx sagte, der Idee (und Praxis) der Herrschenden entspringt, sie bestimmt auch die Grenzen dessen, was hingenommen wird und unhinterfragt bleibt. „Globalisierung" ist zum „Inbegriff von Faktizität" geworden, „sie ist da und muß hingenommen werden" (Max Horkheimer). – Das alles nicht unähnlich dem nebulösen Begriff von Demokratie in der „pax americana", den Erich Fried in einem seiner Gedichte wie folgt zu entschleiern versuchte: 'Wer herrscht hier?' / fragte ich / Sie sagten / 'Das Volk natürlich' / Ich sagte: / 'Natürlich das Volk / aber wer / herrscht wirklich?' / – Also: Globalisierung? Natürlich Globalisierung! Aber was versteckt sich tatsächlich hinter der Oberflächenerscheinung?

Tatsächlich ist die vielzitierte „neue Qualität" der Weltwirtschaft weniger ökonomisch-quantitativ auflistbar, wie der Verweis auf das „globalisiertere" Verhältnis von Auslands- und Inlandsproduktion in England im späten 19. Jahrhundert belegt. Hinter die Oberfläche der „neuen Qualität" gelangt man erst durch eine doppelte Bestimmung: Erstens als Abgrenzung von einer vorhergehenden Epoche, die eine Theorie der Historisierung des Kapitalismus voraussetzt; zweitens als qualitativ neuer Rahmen der gesellschaftlichen und politischen Existenzformen innerhalb des globalen Systems, die ohne eine Theorie der Gesellschaft nicht zu haben ist. M.a.W.: Ein tiefergehendes Verständnis des Umbruchs bedarf einer Theorie global-kapitalistischer *Vergesellschaftung*, die ermöglicht, die Prozesse in ihrer „Verkettung" (Marx) zu analysieren; Verkettungen zwischen den Prozessen von ökonomischer, gesellschaftlicher und politischer Formierung, die schon Marx in seiner Kritik an Proudhon so schmerzlich vermißte.

Wenn nämlich die treibende Kraft der Globalisierung die Ökonomie ist, gleichsam aber die neue Qualität weltökonomischer Beziehungen nicht ökonomisch erfaßt werden kann, muß die kapitalistische Akumulation zwar als „Kraft der Veränderung" begriffen und thematisiert werden, aber bezüglich des sich neu durchsetzenden Verhältnisses der Vergesellschaftungsformen des Staates und der Ökonomie zugespitzt werden. Eine kritische Theorie des Umbruchs hat folglich die Vergesellschaftungszusammenhänge des globalen Kapitalismus zu thematisieren und müßte einer gramscianischen Forschungsperspektive nachgehen, indem sie die Mechanismen der Stabilität kapitalistischer Herrschaft (Hegemonie) genauso ergründet, wie die Bedingungen ihrer Überwindung. An einer solchen Dialektik des Widerstands aber fehlt es an allen Ecken und Enden.

Gesellschaftstheorie perdu

Eine der Ursachen hierfür liegt in der fundamentalen Krise der Gesellschaftswissenschaften, die ihres zentralen Begriffs weitgehend verlustig gegangen sind (vgl. den Beitrag von Joachim Hirsch in *links* Nr. 304/305). Die Vorstellung asymmetrischer, hierarchischer und vermachteter gesellschaflicher Verhältnisse verflüchtigt sich zusehens – nicht zuletzt mittels der Rede von der „Globalisierung".

Die verbreitete Vorstellung, den „Konstitutionswandel" der internationalen Politik darin zu verorten, daß nun ein Netzwerk von politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Entscheidungsverflechtungen die traditionelle Staatenwelt überwölbt und in Richtung einer „Gesellschaftswelt" transformiert, wirft zwar erstmals die Frage nach der demokratischen Begründung von Herrschaft in den globalen Beziehungen auf, verschüttet sie jedoch sogleich wieder. Mit dem geborenen Begriff des „global governance" kann nämlich eine stilisierte und formalisierte „internationalisierte

„Die herrschende Rede von der 'Globalisierung' wird zur Ideologie, sofern sie dazu dient, Akzeptanz für die Unterjochung der Gesellschaften unter die Weltmarkt'zwänge' zu organisieren."

Zivilgesellschaft" als autonomer und herrschaftsfreier Ort daherkommen, auf dem die globale Aktivität eines Dritte-Welt-Ladens oder einer Selbstorganisation sozialer Kräfte der Peripherie gleichgewichtig neben der Aktivität eines Transnationalen Konzerns verhandelt werden kann. Gesellschaft, zumal Zivilgesellschaft, wird nicht mehr als widersprüchliche Form konsensualer (und mit Zwang gepanzerter) Herrschaft verstanden sondern als jeglicher Herrschaft entgegengesetzte Organisationsform. Diese Konzeptualisierung bietet nicht nur neoliberalen Platzhirschen der Entstaatlichung und NGO-Enthusiasten Raum zur Entfaltung, sondern bindet zunehmend auch traditionelle Staatsapparate ein, die mit neueren Standortkonzepten „systemischer Wettbewerbsfähigkeit" zwar die Krise des Neoliberalismus predigen, ihren Inhalten aber mittels der Einbindung der Staaten in die weltgesellschaftlichen „Netzwerke" zum Durchbruch verhelfen. Auf dieser Weise versuchen gerade die standortpolitisch geläuterten und kommunitaristisch geschulten Sozialdemokratien ihren Platz in der neuen neoliberalen Herrschaftssynthese zu sichern.

Beschrieben sind solche Vernetzungen von ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Kräften zu Genüge; ihre „Verkettungen" bleiben aber unterbelichtet: Empirische Gründlichkeit paart sich mit theoretischer Dürftigkeit. Im „Wahrheitsregime" der „Globalisierung" also läßt sich eine Dialektik des Widerstands im gramscianischen Sinn kaum ergründen.

Gegen die vermeintliche „Aufhebung" der gesellschaftlichen Verhältnisse in der „global governance" laufen allenfalls noch politökonomische Ansätze Sturm, die zwar noch über eine Begriff von Gesellschaft als einer durch Klassenverhältnisse strukturierten und über „historische Kompromisse" zwischen Kapital und Arbeit stabilisierten verfügen, aber keine Gesellschaftstheorie des globalen (neoliberalen) Kapitalismus hervorgebracht haben, also keine Theorie des Verhältnisses von Ökonomie, Gesellschaft und Politik unter den Bedingungen der „Globalisierung". Dieser eklatante Mangel rächt sich in einer be-

schränkten Analyseperspektive: „Globalisierung" wird allein als Auflösungserscheinung nationalstaatlicher „historischer Kompromisse" des Fordismus begriffen. So entsteht die eher vom Wunschgedanken geschwängerte Rhetorik von der Krise oder vom Ende der Hegemonie des Neoliberalismus, weil diese eine dem traditionellen Gesellschaftsbegriff widerstreitende Dynamik der gesellschaftlichen Polarisierung entfaltet. Dahinter verbirgt sich eine Geschichtsteleologie sukzessiver Verstaatlichung der gesellschaftlichen Beziehungen. Eine kritische Theorie kapitalistischer Globalisierung muß so unweigerlich auf der Strecke bleiben, weil die entscheidenden Fragen des global-kapitalistischen Vergesellschaftungszusammenhangs nicht berührt werden (können). Der Neoliberalismus bezeichnet nämlich nicht nur das Hirngespinst einer ökonomischen Lehrmeinung, dem kein „Gesellschafts-projekt" entspricht; reden wir vielmehr vom Neoliberalismus als einem *hegemonialen Klassenverhältnis*, das sich innerhalb der kapitalistischen *Weltgesellschaft* entfaltet!

„Eine Dialektik des Widerstands, die das Ziel einer alternativen Hegemonie und der Befreiung der Gesellschaft von Herrschaft verfolgt, steht erst am Anfang."

Weltgesellschaft bezeichnet keine vorfindbare, empirische Realität; Weltgesellschaft als „Begriff von der Sache" bedeutet zunächst nichts anderes, als die Dinge in ihrer Verkettung zu analysieren und so eine gesamtgesellschaftliche Analyse voranzutreiben. Das *analytische* Konzept der Weltgesellschaft ermöglicht dabei die Entwicklung eines nicht-teleologischen Begriffs von Vergesellschaftung und so die system- und sozialintegrativen Momente global-kapitalistischer Vergesellschaftung unter neoliberaler Hegemonie überhaupt herauszuarbeiten.

Hegemoniale Weltgesellschaft

Global-kapitalistische Vergesellschaftung als Prozeß der Bildung einer homogenisierten Weltbourgeoisie zu begreifen, ginge völlig an der Sache vorbei. Kapitalistische Weltgesellschaft bezeichnet vielmehr einen widersprüchlichen und konfliktgeladenen Prozeß hierarchisierter und fragmentierter Vergesellschaftung, der aber genau darüber in der Lage ist, einen globalen Herrschaftszusammenhang festzuzurren. Die „herrschaftssoziologische Aufschlüsselung der Weltgesellschaft" (Klaus-Jürgen Gantzel) verlangt die Integration von Handlungs- und Strukturebene: Vergesellschaftungsprozesse, die unmittelbar der global-kapitalistischen Produktion Transnationaler Konzerne und ihrer Verbündeten entspringen und kompatible Interessenlagen im transnationalen Raum produzieren, müssen mit den strukturellen Mechanismen weltökonomischer Abhängigkeit (Hierarchien, Außenbestimmung, Verringerung des Handlungsspielraums), die das dominierende Kapitalverhältnis absichern, analytisch rückgekoppelt werden.

Globale Hegemonie entsteht, wenn ein globaler Vergesellschaftungszusammenhang herausgebildet wird, der sich auf eine transnationale Herrschaftssynthese stützt, in dem aber gleichzeitig die strukturellen Verhältnisse von Hierarchien kapitalistischer Weltarbeitsteilung Ökonomie, Gesellschaft und Politik zu einem „historischen Block" (Gramsci) im Sinne der dominierenden Interessen zusammenschweißt. Ein mächtiger Staat, der gleichsam als hegemonialer Staat innerhalb der Weltwirtschaft fungiert, ist zur Durchsetzung und Verallgemeinerung der neoliberalen Gesellschaftsverhältnisse gar nicht mehr nötig. Zugespitzt stellt sich das Problem des Neoliberalismus als Problem einer *strukturellen* Hegemonie im Welt(markt)zusammenhang, die eher auf hegemonialen *Effekten* basiert, als daß sie das Resultat eines hegemonialen „Projektes" bestimmter Kapitalfraktionen ist. Ein solches „Effekt-Projekt" basiert auf drei Säulen: Der Globalisierung der ökonomischen Aktivitäten (im Sinne einer umfassenden „strukturalen Macht" des Weltmarkts), verbleibender internationaler Hierarchisierungen (als Basis der Unterwerfung von Staaten mittels „Sachzwängen") und schließlich einer transnationalen Vergesellschaftung als „politischer Arena", in der es der neoliberalen Herrschaftssynthese gelingt, die Weltmarktgewinner in der transnationalen Politikverflechtung zu sammeln. Nur der Begriff der Weltgesellschaft als „Begriff von der Sache" ermöglicht es, diese komplexen Verhältnisse globaler Hegemonie zu ergründen.

Ich bleibe dabei: Eine Dialektik des Widerstands, die das Ziel einer alternativen Hegemonie und der Befreiung der Gesellschaft von Herrschaft verfolgt, steht erst am Anfang: Sie bedarf zuvorderst des „Kaputtdenkens" (Immanuel Wallerstein) und des „Geist des Bruchs" (Antonio Gramsci), mithin eine hegemoniale Konfrontation mit dem „Wahrheitsregime" der „Globalisierung". Die (notwendige) Entwicklung von Konzeptionen alternativer Artikulationsverhältnisse von Globalem, Regionalem und Nationalem und ihre Bündelung zu einem alternativen Entwicklungsprojekt setzt den theoretischen Bruch mit der kapitalistischen Form der Globalisierung voraus, der nur auf der Grundlage eines Bruchs mit ihren positivistischen Konzeptualisierungen und der in ihr realisierten sozialen Bündnisstruktur möglich wird.

Bleibt die Frage, ob die Widersprüche der transnationalen Vergesellschaftung hierfür Handlungsspielräume eröffnen, oder ob nicht die kapitalistische Globalisierung und die sich in ihr entfaltende neoliberale Hegemonie das Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit inzwischen so nachhaltig zugunsten einer Bestimmungsmacht des Kapitals verschoben hat, daß der von Gramsci beschriebene „gewaltige Komplex von Schützengräben und Befestigungsanlagen" der fortgeschrittenen Staaten der 20er Jahre inzwischen eher der Sicherungsanlage eines Kioskes gleicht? ●

BUNTE HILFE
FRANKFURT

DOKUMENTATION

mit Darstellung ausgewählter Fälle von Gewaltmißbrauch und rassistischem Handeln durch Frankfurter Polizisten

Bezug gegen Vorauszahlung von dm 10.- auf Postgiro FFM. Nr.160-72-603, Sonderkto. V.Luley

STEFAN ARMBORST / JENS WINTER

Neuer Widerstand

Interview mit Gustavo Esteva (Mexico)

Vor zwei Jahren, am 1. Januar 1994, betrat mit der EZLN eine neue Kraft die politische Bühne Mexicos, deren Konzeption sich erheblich von denen klassischer Guerillabewegungen unterscheidet. Schnell wurde sie zur „ersten postkommunistischen Guerilla" hochstilisiert, die neue Antworten auf die fortschreitende Marginalisierung im Rahmen der ökonomischen und politischen Neuordnungsprozesse anzubieten schien. Daß diese Antworten jedoch spezifisch mexicanische und nur aus Geschichte und Tradition zu verstehen sind, wurde allerdings nicht immer berücksichtigt. Im Gegenteil: Unter denen, die hierzulande noch ein gewisses Interesse an internationaler Solidarität hegen, waren die üblichen Idealierungen und Projektionen nicht zu übersehen.

Es ist zunächst erstaunlich, welche Wellen die Politik der EZLN geschlagen hat. Tatsächlich ist das gesellschaftliche Gefüge Mexicos in den vergangenen zwei Jahren kräftig durcheinandergewirbelt worden. Um jedoch das Ziel und die Reichweite ihrer Politik und darüber hinaus ihre mögliche Rolle innerhalb der ökonomischen Neuordnung Mittel- und Nordamerikas umfassend zu verstehen, gelte es in einem ersten Schritt ihre Geschichte und traditionelle Verwurzelung ernstzunehmen. Kurz: Eine kritische Rezeption ihrer Orientierungen – was zunächst nichts mit Eurozentrismus gemein hat – wäre notwendig.

Gustavo Esteva bezeichnet sich selbst als „deprofessionalisierten Intellektuellen", dessen politische Arbeit heute – auf der Ebene von Nichtregierungsorganisation – die EZLN ausdrücklich unterstützt. Doch bereits seit rund einem Jahrzehnt ist er ein – weit über Mexico hinaus – rezipierter Kritiker des traditionellen Begriffs von „Entwicklung". Nicht zuletzt aufgrund seiner eigenen indiginen Herkunft spielt die Orientierung an dieser Tradition eine gewichtige Rolle in seiner Konzeption. Über diese, aber auch über die politische Zukunft der EZLN und Mexicos, hat sich die *links* während der Frankfurter Buchmesse mit ihm austauschen können. Zuvor sei noch bemerkt, daß auch seiner Position keine Allgemeingültigkeit unterstellt werden darf. Ohne Frage ermöglicht sie aber einen fundierten Einblick in wichtige Aspekte des spezifisch mexicanischen Widerstands.

links: *Unter dem Präsidenten Echeverria warst Du als Regierungsberater in Sachen „ländliche Entwicklung" tätig. Mitte der 70er Jahre wurde Deine Biographie von einem grundlegenden Bruch mit dieser Politik gekennzeichnet. Die radikale Kritik am traditionellen Entwicklungsbegriff sollte von nun an im Zentrum Deiner Publikationen stehen. Wie schätzt der „deprofessionalisierte Intellektuelle" Gustavo Esteva heute diesen Wandel ein?*

Gustavo Esteva: Die Geschichte beginnt früher. Mit dreizehn Jahren schnappte ich das erste Mal den Begriff „Unterentwicklung" auf. Ich verstand ihn damals wie eine Krankheit. Ein unwürdiges Leben, das verhindert eigene Gedanken zu bilden, die eigenen Träume zu träumen. Doch es gibt verschiedene Wege, um den Ausbruch aus diesem Dilemma zu versuchen.

In jungen Jahren schloß ich mich einer Bewegung an, die Veränderung auf dem Weg der gewaltsamen Revolution anstrebte. Als mir klar wurde, daß die Gewalt innerhalb dieser Bewegung der ganzen Gesellschaft aufgezwungen werden sollte, wollte ich diese Politik nicht mehr akzeptieren.

Die nächste relevante biographische Epoche war dann tatsächlich meine Zeit als Berater der Regierung. Ich glaubte, durch die Planung und Durchsetzung der scheinbar progressivsten Entwicklungsprogramme Veränderung bewirken zu können. Dieser Glaube war Illusion. Der Begriff „Entwicklung" ist nicht nur eine Serie von Projekten, es ist eine Form der Weltanschauung, die auf auf einer universalistischen Definition vom guten Leben basiert.

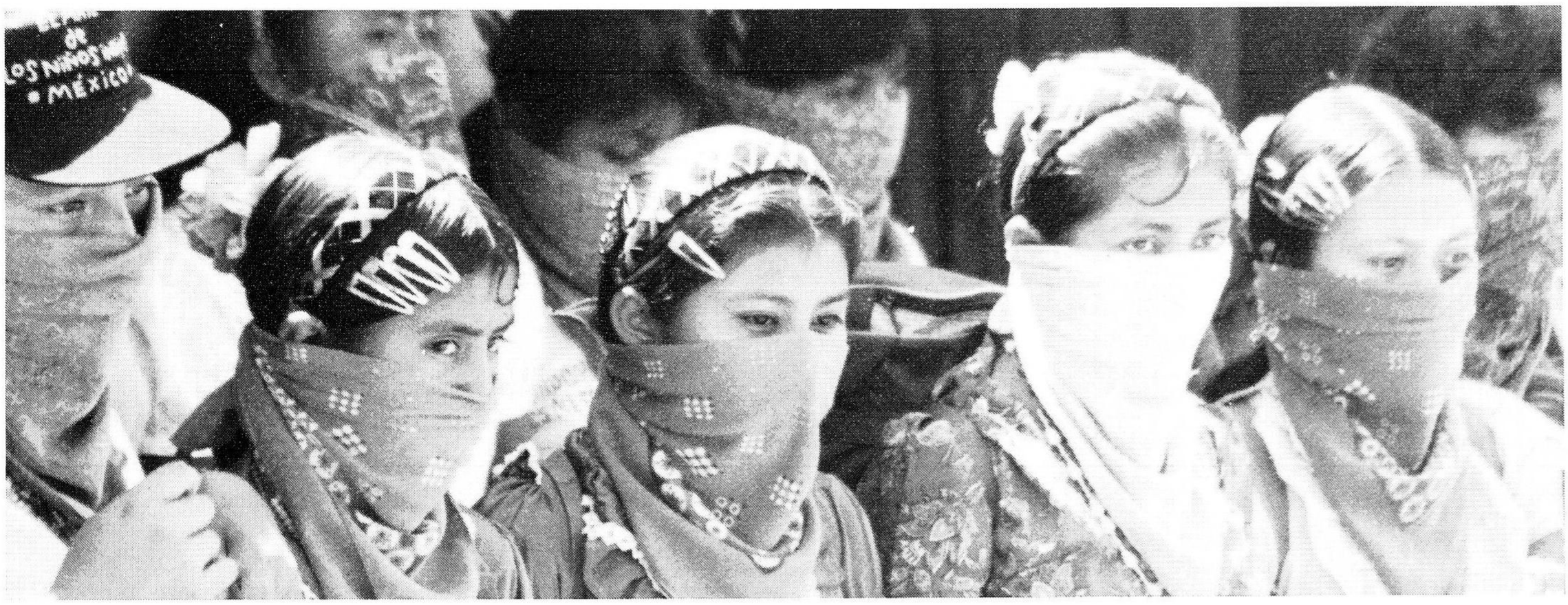
Das jedoch, was ich in dieser Zeit in den Dörfern und den Gemeinschaften auf dem Land gesehen habe, war nicht in diese Kategorien zu übersetzen. Die marginalisierte Landbevölkerung hat eine davon grundverschiedene Vorstellung vom guten Leben, auf die „Entwicklung" im traditionellen Sinn keine Antworten geben kann und in gewisser Weise destruktiv wirken muß.

Gesellschaftliche Veränderung in Mexico muß sich hieran orientieren und die EZLN als auch die ihr nahestehenden Nichtregierungsorganisationen haben dies verstanden.

In den 80er Jahren hast Du dann begonnen, ein Netz verschiedener autonomer Nichtregierungsorganisationen auszubilden und zu fördern, die auf der Grundlage ihrer spezifischen – meist durch indigene Tradition bestimmte – Organisationsformen und gemäß ihrer Bedürnisse politisch aktiv wurden. Du benutzt hierfür den Begriff „Hängematte", um die Strategie der Vernetzung dieser lokalen Gruppen zum Ausdruck zu bringen.

Esteva: Während Regierung und Parteien – gleichgültig ob linke oder rechte – versuchen die Ökonomie zu verwalten, wollen wir eben diese Focussierung auf die Ökonomie verlassen. Ein Wandel des gesamten Charakters der Gesellschaft muß mit einer Reintegration von Politik und Ethik in das Zentrum des sozialen Lebens einhergehen. Zwar leugnen wir nicht die reale Verbindung mit dem Markt, jedoch gilt es diese so zu gestalten, daß keine Abhängigkeit daraus resultiert.

Wichtig hierfür ist der Bezug zur indigenen Tradition. Die indigenen Völker sind durchaus in der Lage ihr Leben gemäß ihren eigenen Termini zu gestalten. Ihre Lebensweise ist zwar eine traditionelle. Aber sie ist nicht statisch, sie besitzen die Fähigkeit sich zu verändern und neuen Umständen anzupassen. Ein konkretes Beispiel: In Oaxaca wurden vor ca 30 Jahren rund 70.000 Campesinos dazu ermuntert, ihre Produktion auf Kaffee umzustellen. Im Zuge des Kaffeepreisverfalls in den letzten Jahren waren sie nicht einmal mehr in der Lage, die Produktionskosten zu zahlen. Kaffee zu produzieren bedeutete Hunger zu leiden. Während dieser Zeit haben sie es – mittels ihrer eigenen Organisationsformen – erreicht, die Zwischenhändler zu umgehen und den Kaffee direkt zu exportieren. Zudem begannen sie, organischen Kaffee anzubauen. Allerdings war die Entdeckung dieser Produktionsmethode eher zufällig als kritisch intendiert, da sie ohnehin keine Ressourcen für den Kauf von chemischen Düngemittel hatten. Durch diesen glücklichen Umstand erzielte ihr Kaffee einen höheren Marktwert. Doch nutzten sie die höheren Einkünfte nicht um ökonomisch zu expandieren. Sie selbst begannen Kaffeebäume zu fällen –



„Die indigenen Völker brauchen für ihren Kampf keine Hilfe in den traditionellen Formen." **Foto: Colectivo La Guillotina**

wobei die besten Pflanzen erhalten wurden, um in erster Linie die Subsistenzproduktion zu sichern. So blieb die Möglichkeit des Marktzugangs zwar erhalten, ohne von diesem jedoch abhängig zu werden.

Doch unter den kritischen Intellektuellen Mexicos ist die Hoffnung in die Fähigkeit einer autonomen Subsistenzwirtschaft nicht sehr verbreitet. Sergio Zermeño z.B. spricht – bezogen auf den städtischen „informellen Sektor" – von der totalen Desintegration dieser Bevölkerungsgruppen.

Esteva: Ich sehe das anders. Was in dieser Stadt mit ihren 20 Millionen Einwohnern geschieht, nennen wir die Verländlichung der Städte. Diese Menschen, die durch Versprechungen für ein besseres Lebens in die Stadt kamen, die aber keinerlei Befriedigung für ihr eigenes Leben unter den städtischen Bedingungen fanden, begannen auch hier ihre eigenen traditionellen Lebensformen wieder zu organisieren und die eigene Gemeinschaft als das Zentrum ihres Lebens anzuerkennen. Auch wurden Kontakte zwischen den ländlichen und städtischen Gemeinschaften geschaffen. So gibt es in Mexico-Stadt heute eine Vielzahl von autonomen Austauschformen.

Diese autonomen Austauschformen, von denen Du sprichst, ist das nicht-monetärer Austausch, quasi außerhalb der kapitalistischen Ökonomie?

Esteva: Die Frage nach dem Geld ist nicht das Wesentliche. Es kann Austausch mittels Geld geben, doch wichtig ist, daß der Austausch einen anderen Sinn hat. Er soll nicht zur individuellen Nutzenmaximierung dienen, sondern ist ausgerichtet an den Bedürfnissen der einzelnen Mitglieder einer Gemeinschaft und soll Bedürftigen in Notsituationen helfen. Es ist richtig, diese Gruppen – und hierfür haben wir eine Reihe empirischer Belege – entziehen sich der Logik des kapitalistischen Wirtschaftens. Sie tanzen nicht auf das Lied der Kapitalisten. Sie haben andere Lebensentwürfe und gehen in eine andere Richtung. Sie haben eine Verbindung zum Kapital, die nicht Unterordnung bedeutet. Anders eine Gruppe Arbeiter: Wenn diese sich gewerkschaftlich organisiert und mit dem Kapitalisten um Löhne streitet, sind sie in der Logik des kapitalistischen Wirtschaftens gefangen, denn sie streiten in ihr um den Wert ihrer Arbeit. Wichtig ist an dieser Stelle – und das haben vor allem die Zapatisten betont –, daß die neoliberale Politik den indigenen Völkern nichts anzubieten hat. Diese sind einfach überflüssig, für nichts mehr zu gebrauchen. Weder als Produzenten für Primärgüter und Lebensmittel noch als einfache Industriearbeiter. Dies ist ohne Frage ein ernstes Problem, aber es ist auch eine enorme Möglichkeit. Zum ersten Mal in der Geschichte sind diese Menschen keiner direkten Herrschaftsform ausgeliefert. Sie werden in Ruhe und Armut gelassen, haben aber durchaus die Fähigkeit eigene Räume zu gestalten.

Die EZLN unterscheidet sich in vielfacher Hinsicht von den traditionellen Guerillabewegungen Lateinamerikas: Sie strebt weder die Machtübernahme an, noch folgt sie einer eindeutigen ideologischen Doktrin. Im Gegenteil: Betont wird die Notwendigkeit einer gesamgesellschaftlichen Veränderung. Diese zu konzeptionalisieren wird jedoch in die Hände der „Zivilgesellschaft" gelegt.

Esteva: Du sagst, die Zapatisten haben keine Doktrin. Doch, sie haben eine Doktrin: Die Wahrheiten der indigenen Völker. Und sie lassen sich keine andere Wahrheit aufzwingen – dafür sind sie bereit zu sterben. Wichtig ist aber, daß es sich nicht um eine Wahrheit handelt, sondern um eine Pluralität von Wahrheiten. Das ist der fundamentale Unterschied. Jede einzelne Gemeinschaft will die Möglichkeit haben, gemäß ihren Vorstellungen zu regieren, Recht zu sprechen, zu produzieren, zu leben.

Politisches Ziel ist eine Gesellschaft, in der diese „Autonomien", diese Pluralität respektiert werden kann und eine harmonische Koexistenz gewährleistet ist. Unser Gesprächspartner hierfür ist die gesamte Gesellschaft, alle Gruppen, aber vor allem die indigenen.

Aber die Regierung bleibt doch der mächtigste Verhandlungspartner, der schließlich über den Einsatz der üblichen Repressionsmittel verfügt?

Esteva: Es wäre naiv und äußerst gefährlich, dies zu leugnen. Es besteht eine ständige Notwendigkeit, mit der Regierung zu verhandeln, und die Begabung der EZLN in dieser Hinsicht ist genial. Wenn die Zapatisten aber erklären, ihr wichtigster Gesprächspartner sei die Gesellschaft und nicht der politische Apparat, so verweist das bereits auf ihr Ziel. Es wird langfristig angestrebt, den Staatsapparat, wie er gegenwärtig existiert, abzuspecken und andere sich bietende Räume auszuweiten. Eine solche Aufgabe kann aber nur die Gesellschaft leisten. Nur sie hat das Potential, neue Räume zu besetzen.

Deshalb versucht die EZLN, die Zivilgesellschaft in die Friedensverhandlungen zu integrieren und einen neuen Dialogtyp auf nationalem Niveau zu etablieren. In ihm sollen indigene Vertreter, linke Intellektuelle und NGO's vertreten sein. Es geht also nicht um Machtübernahme, sondern durch den Dialog soll die konkrete Macht, die wir mittels tausender „Hängematten" bereits besitzen, anerkannt werden. Der nächste Schritt wäre dann, diese konkrete Macht mit den herrschenden Strukturen zu relationieren.

Für eine friedliche Veränderung in diesem Sinne wäre das zentrale Mittel ein juristischer Prozeß: Wir benötigen nicht mehr als die Macht Gesetze zu erlassen, die die

Auflösung dieses Apparates und Etablierung der neuen Räume unterstützen.

Doch der mexicanische Staat zeichnet sich – aller sichtbaren Querelen zum trotz – gerade durch ein ausgesprochen geschlossenes institutionelles Gefüge aus. Die Administration, Polizei, jeder Bereich hält sich durch sich selbst am Leben. Insofern erscheint Deine Konzeption doch noch ferne Zukunftsmusik?

Esteva: Das ist keine theoretische Frage, sondern konkrete Praxis. Der einzig gangbare Weg hierfür ist Dezentralisation. Alle institutionellen Aufgaben müssen von der lokalen Ebene aus organisiert werden. Dezentralismus benötigt aber verschiedene lokale Gruppen, die selbst aus verschiedenen Zentren kommen und nicht aus einem einzigen. Dafür gibt es selbst im heutigen Mexico Beispiele. Die mexicanische Regierung gewährt bereits lokale und autonome Rechtsprechung und ohne Frage verletzt sie hierbei die gegenwärtig gültige Verfassung. In einigen Kommunen des Bundesstaats Oaxaca werden die Gesetze der indigenen Gemeinschaft angewandt. So muß ein Mörder nicht etwa ins Gefängnis, er muß vielmehr künftig um das Wohl der Familie des Ermordeten Sorge tragen. Das bedeutet, der Mörder kann sich in der Gemeinschaft frei bewegen, er hat die Möglichkeit sich zu rehablilitieren und kann weiterhin seine Familie ernähren – zuzüglich der Familie des Ermordeten. Es gibt keine Ausgaben für die Gesellschaft. Doch das wichtigste: Die Erfüllung dieser Strafe bedeutet, daß für den Angeklagten die Gemeinschaft wichtiger ist als seine individuelle Situation. Der Mörder könnte zwar in andere Landesteile gehen, doch er würde dies nicht tun. Denn schlimmer als der Tod ist der Verlust der Gemeinschaft.

Statistische Vergleiche haben gezeigt, daß es unter dieser autonom-indigenen Justiz erheblich weniger Verbrechen gibt als an Orten, wo die föderale Rechtsprechung angewandt wird. Diese Rechtsform, die nicht auf kodifizierten und abstrakten Sätzen sondern auf konkreten Prinzipien basiert, ist also durchaus erfolgreich. Kürzlich sagte mir ein indigener Intelektueller: Die Okzidentalen haben ihrer Justizia die Augen verbunden. Wir brauchen eine, die die Augen offen hat, so daß sie unsere Lebensweise sehen kann. Nur so könnte sie verstehen und Recht sprechen.

Aber diese totale Unterordnung unter die Gemeinschaft wie es anhand deines Beispiels der Rechtsprechung offenbar wurde, wirkt doch sehr repressiv. Bei aller berechtigten Kritik an den zerstörerischen Tendenzen der Individualisierung hatte der philosophische Individualismus auch ein befreiendes Moment, das die repressiven Ketten seiner Zeit zu sprengen vermochte.

Esteva: Ich streite gar nicht ab, daß dies in Europa ein Fortschritt war. In einer individualisierten Gesellschaft, in der die Gemeinschaft in einem langen Prozeß zerstört wurde, muß der Referenzpunkt das Individuum sein. Es kann hier nur noch Schutz für das Individuum und für seinen Besitz geben, es muß sich behaupten können gegenüber dem Staat und der Gesellschaft.

Unser Glück in Mexico ist, daß der ökonomische Prozeß noch nicht in der Lage war, uns zu individualisieren. Wir sind keine Individuen.Wir verstehen uns als Knoten in einem Netz konkreter Beziehungen. Und der Referenzpunkt für dieses Netz ist die Gemeinschaft. Und die existiert immer noch – aller Angriffe der letzten Jahrhunderte zum Trotz.

Der Probleme, die dieses Verständnis vom Menschen und die damit verbunden die von uns angestrebte Regierungsform mit sich bringen, sind wir uns bewußt. Zwar zweifle ich nicht an ihrer Effektivität auf lokaler Ebene. Aber sie nutzt nichts für eine größere Gesellschaft, schon gar nicht für Mexico mit seinen 90 Millionen Einwohnern. Unsere große Herausforderung ist, wie die autonomen lokalen Formen damit vereinbart werden können, ohne – um an unserem Beispiel zu bleiben – die je besondere Justizform zu zerstören und ohne dem Prozeß der Individualisierung zu unterliegen. Wir haben eigene Formen der Regierung – zwar sehr unterschiedliche und je nach Kultur differenzierte. Sie sind zwar jenseits der westlichen Moderne zu verstehen, bedeuten aber nicht einen Rückfall in die Tradition. Vielmehr experimentieren wir mit der Moderne, schließlich leben wir ja unter Bedingungen der spezifisch mexicanischen Moderne. Wir können auch nachvollziehen, was es heißt, ein Individuum zu sein. Doch der Hintergrund dieser Erfahrung motiviert uns nur, einen Weg zu einer anderen Gesellschaft einzuschlagen.

Die Frage ist also, wie können wir die Zerstörungen der Moderne vermeiden, ohne sie zu leugnen? Wie können wir in ihr unserer Tradition eine Kontinuität verleihen? Und schließlich, wie können wir unsere pluralen Lebensformen heutzutage in Einklang bringen, ohne sie zu vereinheitlichen.

Weite Teile der Linken Mexicos teilen Deine Ideen nicht. Was ist Deiner Meinung nach deren größtes Defizit.

Esteva: Das politische Regime Mexicos ist durch einen kruden Präsidentialismus geprägt. Die PRI ist nur eines unter vielen Instrumenten des Präsidenten, um das Land zu regieren. Sie ist keine Partei. die sich selbst organisiert hat. Dieses Regime hat ausgelebt. Stück für Stück bröckelt es an der Pyramide. Ein Teil der Präsidentialmacht gründete auf der uneingeschränkten Nutzung der Staatsmacht. Nur so konnte Salinas seine Privatisierungspolitik und schließlich das Freihandelsabkommen mit den USA und Kanada durchsetzen. Heute haben wir eine Regierung, die auf nichts weiter zurückgreifen kann als auf einen Markt, den sie nicht mehr beeinflussen kann, und auf das Militär.

Das Problem der Linken in diesem neuen Kontext ist ihre Bessesenheit, dennoch

„Wir sind keine Individuen. Wir verstehen uns als Knoten in einem Netz konkreter Beziehungen." **Foto: Colectivo La Guillotina**

diese Macht zu erobern, die Spitze der Pyramide zu stürmen. Sie hat nicht verstanden, daß die Macht gar nicht mehr dort oben sitzt. Während das Schiff zu sinken droht, kämpft die Linke zusammen mit dem Präsidenten und der PRI im Maschinenraum, ohne nach draußen schauen zu können.

Für eine Politik, wie sie Dir vorschwebt, müßte sich auch der Charakter internationaler Solidarität grundlegend verändern?

Esteva: Die indigenen Völker brauchen für ihren Kampf keine Hilfe in den traditionellen Formen. Wir brauchen keine Solidaritätsgruppen, die Geld oder Brigaden senden, um den Armen zu helfen. Das ist wirklich keine Übertreibung, wir brauchen das nicht.

Die einzige relevante Solidarität – innerhalb und außerhalb Mexicos – ist die Aufnahme eines den je eigenen Bedingungen entsprechenden Widerstandes. Der Kampf der Zapatisten ist lokal, der Kampf der Oaxacenios ist lokal, der der Marginalsierten in Mexico-Stadt ebenso. Aber überall kämpfen sie gegen die gleichen Feinde.

Zunächst ist dies eine Politik des Nein, des Zurückweisens des Bestehenden. Aber die daraus resultierenden politischen Projekte sind unterschiedlich. Ziel ist aber nicht die Vereinheitlichung dieser Projekte unter einer gemeinsamen Ideologie, sondern die Möglichkeit einer Koexistenz der verschiedenen Formen.

Die internationale „Consulta" (Umfrage) der EZLN über ihre politische Zukunft diesen Sommer war Teil der angestrebten Solidarität. Doch sie hatte noch einen anderen Sinn. Wir haben im Sommer diesen Jahres die Gefahr eines erneuten Militärschlages – vergleichbar dem im Februar – erkannt und die Zapatistas haben sich militärisch vorbereitet. Zudem war es aber auch notwendig, die Gesellschaft zu mobilisieren, denn die Zapatisten wurden im Verlauf dieses Jahres zunehmend isoliert. Die internationale Umfrage hatte – neben ihrem politischen Inhalt – den Sinn, aus dieser Isolierung auszubrechen und somit eine präventive Mobilisierung zu formen. Es war eine taktische Meisterleistung der Zapatisten. Am Ende gab es – neben den unzähligen Gruppen in Mexico – 83 Länder, in denen organisierte Gruppen Antworten diskutierten und zurücksandten. Durch diesen Druck, der gleichzeitig eine Kritik an der neoliberalen Politik des amtierenden Präsidenten Zedillo transportierte, war die Gefahr einer militärischen Intervention erst einmal abgewendet.

Dennoch bleibt die ständige Gefahr einer verstärkten Repression bestehen. Welche Rolle spielt hierbei das Militär?

Esteva: Der real existierende Staat Mexico hatte sich in einen Verwalter der nationalen Ökonomie verwandelt. Doch heute existiert keine nationale Ökonomie mehr, sie ist längst international. So muß sich auch die Funktion des Staates verändern. Und dies bedeutet eine enorme Gefahr. Mexico ist ein Staat, der heute lediglich als Herrschaftsstruktur existiert und dem zusehends die Felle wegschwimmen.

Dennoch glaube ich, daß es in Mexico keine Gefahr eines Militärputschs existiert. Möglich – bzw. geläufige Praxis – sind politische Morde als auch die bekannten Formen militärischer und ziviler Repression. Aber das Militär als auch die USA wissen, daß Mexico kein Land ist, das durch eine Militärjunta regiert werden kann. Dies liegt in der Struktur des Militärs begründet, die wiederum in der Verfassung verankert ist. In der mexicanischen Armee ist die Mittelklasse nicht vertreten. Zum Militär geht vor allem die einfache Landbevölkerung die keine andere Möglichkeit hat. Zudem ist das mexicanische Militär relativ klein. 250.000 Soldaten in einem Land von 90 Millionen Einwohnern, das ist kaum der Rede Wert. Außerdem wissen die Militärs, daß Mexico ein bewaffnetes Land ist – d.h. alle Leute haben im Prinzip Waffen, vom einfachen Bauern bishin zu der Drogenmafia.

Dies bedeutet natürlich nicht, daß das Militär keine Ambitionen hätte. Weiten Teilen der Generalität ist sehr daran gelegen – und zum Teil gelungen – ihre Interessen durch einen erweiterten Einfluß auf die zivile Macht zu stärken. Nicht aber durch einen Militärputsch. Das ist ein bedeutender Kontrast zu anderen Ländern Lateinamerikas.

Doch eine Veränderung in Deinem Sinne wird auch von einer anderen Seiten bedroht. Mexico hat mit den USA einen traditionell interventionsfreudigen Nachbarn.

Esteva: Ich denke, daß Wichtigste für die USA ist die soziale Stabilität Mexicos und die Konsolidierung der Ökonomie. Letzteres ist spätestens seit dem Kurssturz dieses Jahres ein ernsthaftes Problem für die USA. Zum einen wegen der ökonomischen Verflechtung zwischen USA und Mexico, aber auch weil sie befürchten, daß immer mehr Menschen über die Grenze wollen.

Jedoch denke ich, die USA, aber auch die Weltbank und der IWF, haben das Problem der Ausgegrenzten besser verstanden als die mexikanische Regierung. Das Interesse der internationalen Institutionen ist vor allem die Absicherung ihres neoliberalen Projekts. Sie wissen ebenso, daß es gefährlich wäre, wenn diese Ausgegrenzten von diesem Modell eine Integration erhoffen würden. Die Theorie der Weltbank ist die Individualisierung der Armut. Sie können uns nicht ausbeuten, wir sind ohnehin außerhalb des Spiels. Aber wir können überleben und dieses Überleben organisieren. So betrachtet die Weltbank wohlwollend, wie das große Kapital – dem wir sagen: „Laß uns in Ruhe" – uns tatsächlich nicht braucht, und wir es natürlich auch nicht. Diese quasi aufgezwungene Autonomie ist für uns ein objektiver Handlungsraum. Ich gebe zu, dies klingt etwas zynisch, aber es ist die einzige Möglichkeit.●

Literatur:
Gustavo Esteva: „Fiesta – jenseits von Entwicklung, Hilfe und Politik", 2. erw. Neuauflage, Verlag Branders & Apsel/Südwind, Frankfurt/Wien, 1995.

WIDER ★ SPRÜCHE

Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- u. Sozialbereich

Ihr Kinderlein, kommet?
Kindheiten und Kinderleben heute (Heft 58)
Honig: Kindheit als sozialer Status ● *van Krieken:* Kindheit, Schule und der tendenzielle Fall der Geburtenrate ● *Karsten:* Kindheit – Kindheitsforschung – Kinder in der Jugendhilfe ● *Zeiher:* Kinder in der Großstadt. Raumorganisation und soziale Integration ● *Fuhs:* Kindliche Selbständigkeitsspielräume und kinderkulturelle Aktivitäten ● *Kunstreich:* Sozialer Raum und demokratische Kinder- und Jugendkultur ● *Sünker:* Gewalt, Kinderrechte und Kinderpolitik ● *Rezensionen*
98 Seiten, DM 16,–

Männlichkeiten (Heft 56/57)
Tillner/Kaltenecker: Zur aktuellen Kritik der heterosexuellen Männlichkeit ● *Connell:* The big picture: Formen der Männlichkeit in der neueren Weltgeschichte ● *Männerforschungskolloquium Tübingen:* Die patriarchale Dividende: Profit ohne Ende? ● *Armbruster:* Ende der Männlichkeit ● *Bertrand:* Die De-Kolonisierung des Geistes durch feministische Kritik und Ideen ● *May:* Konstruktionen von Männlichkeit in unterschiedlichen soziokulturellen Milieus ● *Kersten:* Feindbildkonstruktionen, Konfrontation und Konflikt als Darstellung von sozialer Geschlechtszugehörigkeit ● *Behnke/Loos/Meuser:* „Wir kommen über das Reden nicht hinaus." Selbstreflexion und Handlungspraxis in Männergruppen ● *Seiffert:* Männer – Soldaten – Krieger. Männlichkeitskonstruktion im Frühwerk Ernst Jüngers ● *Bartjes/Bolay:* Zivildienst als Produktionsort modernisierter Männlichkeit ● *Wegner:* Wer sagt, Jungenarbeit sei einfach?
192 Seiten, DM 20,–

UNSER KENNENLERNANGEBOT: Schicken Sie uns einen 20,– DM-Schein und wir senden Ihnen zwei Probehefte.

BEZUGSBEDINGUNGEN: Jährlich 4 Hefte, Jahresabo W: 63,– DM, Einzelheft 16,– DM, O: 40,– DM, Einzelheft 10,– DM, StudentInnenabo 40,– DM

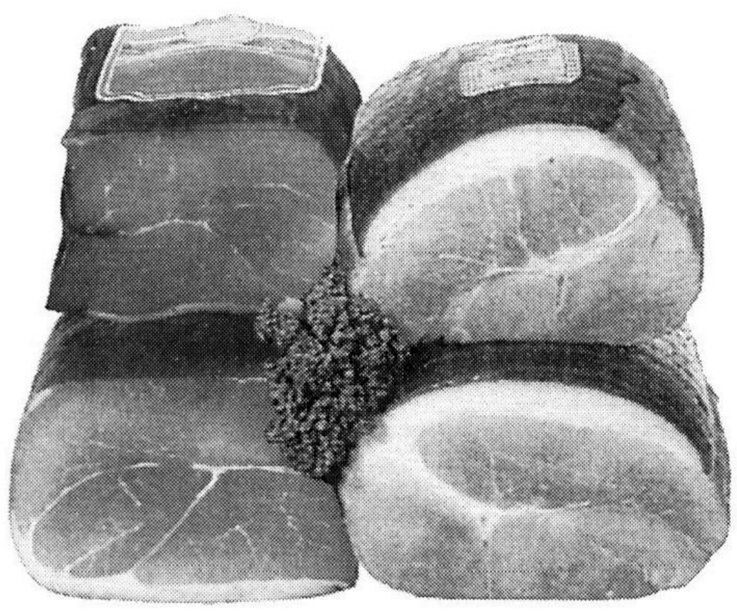
Verlag 2000,
Postfach 10 20 62, 63062 Offenbach

tellerwäscher

❶ Rapper oder lieber Bulle?

Öffentlich wirksam wird der Umstand, daß MigratInnen nicht mehr nur Gegenstand der Migrationsforschung sein wollen, sondern auch selbst das Wort ergreifen, in den letzten Jahren nicht zuletzt durch HipHop-Musik, der sich ausländische Kids als Instrument bedienen, um sich Gehör zu verschaffen. Dabei kommt ihrer 'eigenen' Sprache eine Schlüsselrolle zu: sie ist Symbol für Differenz. So wiederholt auf dem ***Looptown-Sampler*** Murat geradezu aufdringlich in Yanlis Yol, daß sein Türkisch „bozuk", also gebrochen sei und eigentlich ins Museum gehöre, weil dieser sprachliche Codex nur Teilen der sog. „Zweiten Generation" zugänglich ist, und den Zugang sowohl für die in der Türkei lebenden Menschen, als auch für die Mehrheitsgesellschaft in Deutschland versperrt. Meist funktioniert die Ausgrenzung freilich andersherum. Auf der gleichen LP, die mit „turkish HipHop" wirbt und eigentlich musikalisch mehr mit orientalischen Einflüssen (z.B. Oud-samples) bereichert wurde, erzählt Kanake mit Rechten (KMR) seinem Rapper-Kollegen Volkan T. – abwechselnd auf Deutsch und Türkisch –, daß er neulich mit fünfzehn Freunden in Koblenz (ja wirklich in diesem Dorf!) in eine Disco wollte und als einziger nicht reingelassen wurde. Aber Kanake mit Rechten kontert im gleichen Song *Dert Cemberi*, daß ihm auch in der selbsternannten Multikulti-Stadt Frankfurt oft von Türstehern („Das sind Türken, Alter!") der Eintritt verwehrt wird, weil er irgendwelchen Normen nicht entspricht oder schlicht nicht-deutsch aussieht. Gerade als ihm eine Ausnahme einzufallen scheint, beendet DJ Mahmut abrupt das Stück.

Eric E., der zusammen mit Karakan von *King Size Terror* und *Da Crime Posse* die mit Abstand erfolgreichste türkisch rappende HipHop-Band ***Cartel*** gründete, scheint eine solche location gefunden zu haben. In dem Track *Party* erzählt er, wie er sich gutgestylt und mit Gel in den Haaren an den Eingang begibt, fünfzehn Mark auf den Tisch legt und bei guter Musik bis in den Morgen feiert. Ich vermute, daß *Cartel* in der Türkei nicht wegen solchen hedonistischen Vorlieben über 300.000 Exemplare ihres Debütalbums absetzten. Die Mainstreammedien berichteten vielmehr voller Stolz, daß es diesen Jugendlichen gelungen sei, abermals die „Stärke des Türken" vorzuführen. Nach den rassistischen Anschlägen von Mölln, Solingen etc. pp. sei diese neue Darstellung der „Türken in Deutschland" notwendig geworden. *Cartels* Texte bieten hierfür eine adäquate Basis, da sie in einigen Stücken zu marschigen Rythmen zum Angriff gegen Rassisten aufrufen und dabei ihrem „Türken-Sein" frönen. Während *Cartel* in der Türkei in Nationalisierungstendenzen integriert werden, werden sie in der Bundesrepublik als die „Deutschen von Morgen" gefeiert – ihre Musik gilt als Vorbotin einer Migrantensubkultur (vgl. *Spex* 11/95). Genauso wie Feridun Zaimoglus ***Kanak Sprak***, wo „vierundzwanzig Mißtöne am Rande der Gesellschaft" in einem Buch zusammengefaßt sind. Hier wartet der Autor in der Einleitung mit Weisheiten wie: „Für wirkliche Intellektuelle war Interkulturalität immer



Ardenner Kernschinken oder Stanglmeier Wacholderschinken, heiß geraucht, 100 g

2,22

etwas Selbstverständliches" oder: „Inmitten der Mainstreamkultur entstehen die ersten rohen Entwürfe für eine ethnizistische Struktur in Deutschland" auf und beschreibt wenig nonkonformistisch Migrationsgeschichte. Zaimoglu hat versucht, die Geschichten der von ihm Befragten (Rapper, Zuhälter, Dichter, Revolutionäre, etc.) in Form einer „Nachdichtung" wiederzugeben, um einen Teil ihres Lebens festzuhalten und Einblicke in die „einzelnen Kanak-Subidentitäten" zu gewähren. Unverkennbar bleibt dabei die Handschrift des Autors, der bemüht ist, anders zu sein und exotisch zu wirken. Trotzdem hatte ich an vielen Passagen meinen Spaß. Wirklich. Oft habe ich mich über den Mist geärgert, der in diesem Buch abgedruckt wurde. Nicht, weil die Befragten so einen Schwachsinn von sich geben, sondern weil Zaimoglu auswählte und indem er sich für diese Textform entschied, keine Möglichkeit zur Nachfrage hatte. Und schließlich lieferte mir die Lektüre von *Kanak Sprak* einen echten Grund, mich über den Erfolg von *Cartel* zu freuen. Denn Ali, Rapper von *Da Crime Posse*, wird darin los, daß er ein Bulle werden möchte, falls seine Musik nicht einschlägt. Er weiß auch, auf welcher Seite er dann stünde: „... ich zier mich da nicht, und groß anstellen brauch ich micht ja auch nicht, weil meinetwegen würd ich, wenn ich'n Drogendealer zu fassen krieg, den ganz sicher nicht laufen lassen, den würd ich mit eiserner Kralle an seinem schmierigen Scheitel packen, und ab ging's ins Revier."

Also eine Menge Stoff für leggewielastige Feldforschung, die in nächster Zeit ins Haus stehen dürfte.

Imran Ayata

Cartel: Cartel, Mercury Records, Hamburg 1995
Mahmut, Volkan T., Murat & KMR: Looptown presents turkish HipHop, Looptown Records, Frankfurt 1994
Feridun Zaimoglu: Kanak Sprak, Rotbuch Verlag, Hamburg 1995

❷ Maquila-Kampagne

Frankfurt: Am 13. und 14. Januar 1996 findet im Dritte-Welt-Haus, Westerbachstr. 47, Frankfurt/M. das dritte Koordinationstreffen von Mitgliedern verschiedener Internationalismus- und Lateinamerikagruppen (BUKO, CIR, Infostelle El Salvador, Infobüro Nicaragua, Inkota, Ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit, Mittelamerikagruppen aus Frankfurt und Regensburg) statt, um über Inhalte, Ziele, Strategien und Aktionsmöglichkeiten im Rahmen einer Maquila-Kampagne zu diskutieren. Es sollen so viele Gruppen wie möglich einbezogen werden. Beginn ist Samstag, 14:00h. Anmeldung im Dritte-Welt-Haus (069) 789 48 46 wäre hilfreich, damit Schlafplätze organisiert werden können.

❸ Big Wim is dead

Armer Wum! Das Zweiten Deutsche Fernsehen wollte nicht einsehen, daß die geni-

alste mediale Verbindung von Mensch und Hund in seiner Art einzig war. Als Wim Thoelke in den achtziger Jahren abtrat, war die Ära des „Großen Preis“ vorbei. Die Programmchefs glaubten jedoch mit Kuhlenkampf und Lippert (Goldmillion) ausreichenden Ersatz zu haben. Der Geist Thoelkes war aber im Konzept dieser Show und im Gedächtnis der Fans so unmittelbar präsent, daß der Versuch, den „Großen Preis“ für die Anforderungen der Postmoderne umzumodeln, notwendig scheitern mußte. Daß Wum seinem Herrchen untreu wurde und sich willfährig für Kuli und Lippi als Hund zum Affen machte, verweist auf negative Charakterzüge dieser Tierart, die hierzulande im Schäferhund sicherlich ihren Prototyp finden.

Zugegeben. „Der große Preis“ war nie mehr als ein Produkt biederer deutscher Fernsehunterhaltung. Er war aber immerhin legitimes ideologisches Pendant zur fordistischen Produktionsweise. Dem Subjekt wurde uneingeschränkter Respekt gezollt. Der Kandidat hatte 90 Minuten einen festen Sitzplatz und sein Fachwissen einen studierten Spezialexperten zur Seite. Während in den schnellebigen Shows heutzutage die MitspielerInnen einer Vielzahl von körperlichen Härtetests ausgesetzt sind, saß man bei Thoelke in einer schall- und luftdichten Kugel, die vor sämtlichen Unwägbarkeiten schützen sollte. Und Wim stand unverrückbar an seinem Platz und verkörperte die Garantie für den korrekten Ablauf der Sendung. Nur für Sekunden bei seinem Partner Wum erlaubte er sich die Peinlichkeit des Witze Reißens.

Mögen seine KritikerInnen auch noch so sehr an seiner vermeintlichen Humorlosigkeit und Steifheit herummäkeln. Wir wissen es besser. War es Steifheit? Nein. Körperbeherrschung! Und die Freude über glückliche Gewinne, die in modernen Gameshows oft übertrieben exaltiert und hysterisch vorgetragen wird, verdichtete sich bei Thoelke noch in einem einzigen Ausruf: „Glückwunsch“!

Armer Wum! Sein jahrelanger Partner Wim Thoelke ist nun auf die ewige Bühne der ShowmoderatorInnen getreten und sein Hund wird wohl als Film- und Tondokument in den Archiven verschwinden. Nur manchmal noch, beim Anblick der jungen Zeitgeistschnösel im Showgewerbe, wird man sich die Augen reiben und wie Wum ehedem dem Verblichenen wehmütig nachrufen: „Hm? Thoeoeoelke!“

Norbert Kresse

❹ Balance der Kategorien

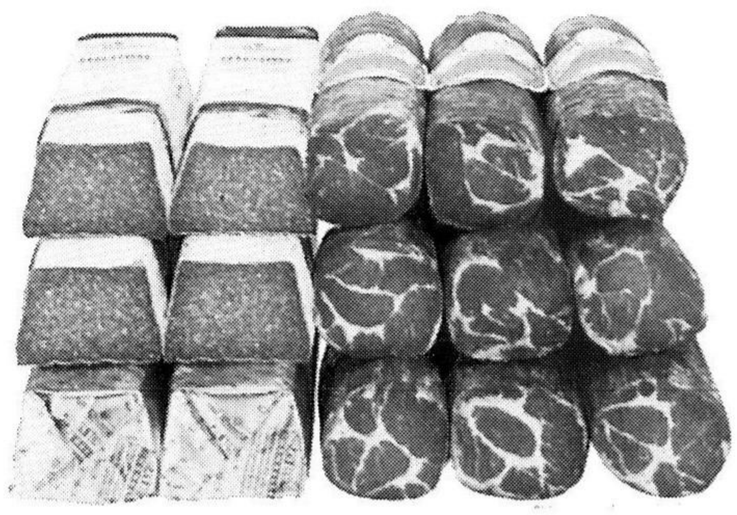
Katerstimmung allenthalben. Vom Scheitern der feministischen Bewegung ist in den letzten Jahren viel die Rede gewesen, sellten genug war diese Rede jedoch Anlaß kritischer Reflexionsversuche grundlegender Kategorien. In der Thematisierung der Kategorie Geschlecht wurde allzuoft ein Angriff auf das gesehen, was denn die Frauenbewegung ausmachen würde. Auch Andrea Maihofer spricht in ihrem Buch ***Geschlecht als Existenzweise*** vom „Scheitern“ (wenn auch in Anführungszeichen) feministischer und Frauenpolitik, der ihrer Ansicht nach die viel zu schnelle „Anpassung an herrschende Vorstellungen und Verhältnisse“ zugrundeliegt, „um wenigstens ein bißchen Veränderung zu erreichen“. Statt jedoch in Lamoyanz zu verfallen, entwickelt sie ihre an Adorno angelehnte Forderung, Verhältnisse zu ermöglichen, in denen „man ohne Angst verschieden sein kann“, auf Basis einer kritischen (Neu)Lektüre von sich mit der Kategorie Geschlecht auseinandersetzenden Texten von der *Dialektik der Aufklärung* bis hin zu aktuellen poststrukturalistischen Ansätzen. Positiv kommt hier Maihofers Weigerung zur Geltung, sich einem der akademisch etablierten Ansätze zuzuordnen und die entsprechenden anderen mit Polemiken zu überziehen. Auf den Spuren von Horkheimer, Adorno und Foucault geht es ihr – entsprechend dem Foucaultschen Werkzeugkisten-Postulat – um die Entwicklung einer „kritischen Theorie des Geschlechts“ als Beitrag zu einer „feministischen Geschlechterforschung“, die zum einen berücksichtig, wie Geschlechter gemacht werden, zum anderen jedoch auch darauf eingeht, wie Frau und Mann in diesen gemachten Geschlechtern existiert.

Wichtig sind Maihofer dabei vor allem die Kategorien ‘hegemonialer Diskurs’ und ‘Existenzweise’. Erstere versucht sie mit Foucault dahin zu bestimmen, daß sie „Denk-, Gefühls- und Handlungsweisen, Körperpraxen, Wissens(chafts)formen, Institutionen, gesellschaftliche Macht- und Herrschaftsverhältnisse, Naturverhältnisse, Kunst, Architektur, innere Struktur von Räumen“ umfaßt und in ihrer hegemonialen Form „herrschende Normen, Werte und Verhaltensstandards einer Gesellschaft konstituiert“. Zweitere ist für sie in Anlehnung an Althusser Ausdruck der Anerkennung der materiellen Existenz ideologischer Konstruktionen in Form von „Institutionen, Verhältnissen, Verfahrensweisen, in Körperpraxen etc.“. In bezug auf die Auseinandersetzung um die Kategorie Geschlecht bedeutet das für Maihofer, daß es nicht ausreicht, sich der Konstruiertheit von Geschlechtern zu versichern, vielmehr ihre Evidenz in der materiellen Existenz liegt, welche die Subjekte durchzieht. Weder Butlers sprachlicher Monismus, noch Konstruktionsthesen, wie etwa die von Gildemeister/Wetterer könnten diesen Prozeß vollends erfassen.

Maihofer sieht die politische Lösung darin, „eine nicht-hierarchisierende Anerkennung der Geschlechterdifferenz zu fordern“. Eine Forderung, welche die bürgerliche Gesellschaft in ihren Grundfesten angreift, denn Differenz wurde seit je zum Ausschluß benutzt. Wenn das Geschlecht dann jedoch noch eine Rolle spielen sollte, waren die Grundfeste wohl wieder einmal stärker als der Wille zur Veränderung.

G.O.

Andrea Maihofer: Geschlecht als Existenzweise, Ulrike Helmer Verlag, Frankfurt 1995, 208 S., DM 35.-



❺ Hattet Ihr Schiß dabei?

Die Bewegung 2. Juni gehört zu den weitgehend vergessenen Stadtguerillagruppen, die in den 70er Jahren militant gegen die politischen Machthaber und Vertreter eines ihrer Ansicht nach kapitalistisch-totalitären Staates vorgingen.

In der Edition ID-Archiv erschien jetzt unter dem Titel ***Die Bewegung 2. Juni. Gespräche über Haschrebellen, Lorenz-Entführung, Knast*** ein Band, der der Geschichte der anarchistischen Schwester der RAF von den Anfängen in den vor 68ern in Berlin über den „Zentralrat der umherschweifenden Haschrebellen“, dem Überbau der Gammlerbewegung, über erste chaotische und selbstmörderische Anschläge bis hin zur organisierten Stadtguerilla, Lorenzentführung und schließlich der Verhaftung und den Knastjahren der Aktivisten nachgeht. Allerdings nicht in Form einer trockenen objektivierenden Rekonstruktion der Ereignisse; der Band gibt Gespräche mit den 2. Juni-Aktivisten Ralf Reinders und Roland Fritzsch wieder, in denen diese - nach 15 Jahren Knast und 20 Jahre nach der Entführung von Peter Lo-

renz – unverkrampft über die Bewegung 2. Juni Auskunft geben.

Reinders und Fritzsch scheinen auch nach den langen Gefängnisjahren, die sie zum Teil unter verschärften Bedingungen absitzen mußten, nicht von ihren damaligen Ideen geläutert zu sein, haben aber die für eine Plauderei über ihr Leben nötige Distanz gewonnen. Das, was die beiden über die deutsche Stadtguerilla erzählen, klingt ganz anders, als man es von einem theoretischen Beitrag – von bürgerlicher oder linker, mit der Stadtguerilla sympathisierender Seite – erwarten würde. Reinders und Fritzsch schildern keine Zeit der heroischen Heldengestalten oder dogmatischen Kampfmaschinen, sondern vor allem ein großes Chaos, das die Stadtguerilleros durch ihre anfangs kopflosen Aktionen immer mehr in den Untergrund drängte, was zu gezielten, durchgeplanten Aktionen zwang – und zur Geldbeschaffung durch Banküberfälle (bei denen die Bewegung 2. Juni auch schon mal „Negerküsse" (Reinders/Fritzsch) an anwesende Bankkunden verteilte). Die Stimmung und Atmosphäre, in der eine breite militante politische Bewegung entstehen konnte, wird greifbar.

Auch wenn Reinders und Fritzsch über die Entführung von Peter Lorenz berichten (übrigens die einzige Entführung eines deutschen Politikers, die ihr Ziel erreichte, die Freilassung von Inhaftierten Stadtguerilleros), stimmen sie kein Loblied auf das Heldentum und den Opfermut einer überlegenen Elite an, die sich für eine bessere Gesellschaft geopfert habe: „Als Lorenz im Keller war, habt ihr ihm gesagt, wer ihr seid? Ja, da haben wir noch dieses Foto gemacht. Da hat er sich ein bißchen gesträubt, da wollte er das Schild nicht halten. Für uns kam erschwerend dazu, daß wir alle krank waren. Einer von uns hatte eine Grippe eingeschleppt."

Der alle Kapitel des Buches durchziehende 'es-war-halt-so'-Tonfall und der leicht nostalgische Rückblick auf eine Zeit, in der die radikale Linke Schlagzeilen machte, tut gut in einem Buch über eine militante Bewegung (auch in den Berichten über die Haftzeit), und ermöglicht, einen Blick auf die militante Linke zu werfen, der nicht von dogmatischen Vorurteilen eingeengt wird.

Die Klischees bürgerlicher Geschichtsschreibung von eiskalten Killern und bedingungslosen Vollstreckern scheitern an Reinders und Fritzschs Erzählungen.

Martin Droschke

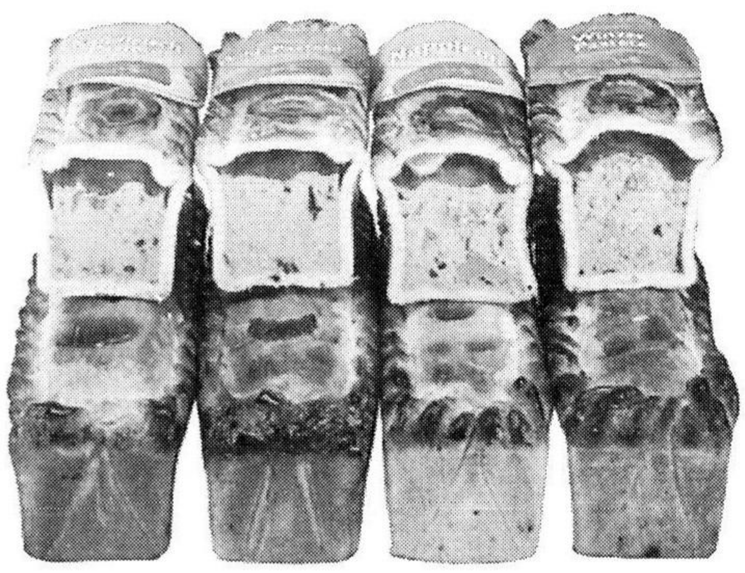
Ralf Reinders/Roland Fritzsch: Die Bewegung 2. Juni. Gespräche über Haschrebellen, Lorenz-Entführung, Knast. Edition ID-Archiv 1995, 182 Seiten, DM 18.-

tellerwäscher

❻ Vorurteilslose Analyse

Leserbrief zu „Real-politische Schizophrenie – schizophrene Realpolitik", in: *links* Sep./Okt. 1995, S. 37

In manchen Gehirnen geistert immer noch die Vorstellung herum, daß das Jugoslawien, wie es nach dem 1. Weltkrieg entstand, als Vielvölkerstaat durch eine veränderte Politik von außen – Nichtanerkennung von zur Abspaltung entschlossenen Staaten –



Swiss Gourmet Blätterteig-Pasteten Kalbfleisch, Weinberg, Napoleon oder Wild, 100 g

2,79

hätte erhalten werden können. Damit ein Vielvölkerstaat nach dem Ende einer Diktatur nicht auseinanderbricht, bedürfte es internationalen Bewußtseins, das jenseits von verordneten Zwängen in den Köpfen breiter Mehrheiten weiterbesteht. Man mag das bedauern, daß dieses Bewußtsein bei vielen nicht vorhanden ist – ändern kann man es durch das Konservieren eines Staates als Leiche nicht.

Betrachtet man den enormen Nationalismus näher, der sich sowohl im Zentrum als auch an der Peripherie des ehemaligen Jugoslawien ausgebreitet hat, so kommt man zunächst an Groß-Serbien nicht vorbei.

In einer Denkschrift schrieb die „Serbische Akademie der Wissenschaften" schon 1986: „Keinem Volk Jugoslawiens wird die kulturelle und geistige Identität so massiv vorenthalten wie dem serbischen Volk." Diese Aussage widersprach auf groteske Art den tatsächlichen Gegebenheiten. Serben dominierten in Jugoslawien in vielen Bereichen. [...] Einig waren sich die Mitglieder der Akademie, verschiedene Schriftsteller und die orthodoxe Kirche, die gegenwärtigen Grenzen auch mit kriegerischen Mitteln zu ändern. Das nationalistisch-großserbische Denken entstand im 19. Jahrhundert und fand eine breite gesellschaftliche Akzeptanz. Slobodan Milosevic, Führer der Sozialisten und seit 1987 Präsident Serbiens, setzte voll auf die großserbisch-nationalistische Karte. Seit dem Sommer 1988 ließ er Massendemonstrationen organisieren. Die Tatsache, daß die anderen Nationalitäten mehr Eigenständigkeit forderten, galt als Angriff auf das serbische Volk. „Tod den Albanern" und „Wir wollen Waffen" waren Losungen bei diesen Demonstrationen. Im November 1988 bereitete Milosevic sein Volk auf einen Krieg für die „Gleichberechtigung" Serbiens vor, die Zeit zum Kämpfen sei angebrochen.

Der periphere Nationalismus Kroatiens äußert sich in einem rechtskonservativen Kurs der Regierungspartei HDZ, deren Führer Staatspräsident Franco Tudjman als Demokrat wenig vertrauenserweckend wirkt. Die Zahl der Opfer des Ustascha-Regimes in Konzentrationslagern herunter zu rechnen und ausgrenzende Stellungnahmen zu Serben und Juden sowie ein autoritärer Herrschaftsstil rechtfertigen zwar nicht den Vorwurf, das Ustascha-Regime lebe wieder auf – dieses war wesentlich radikaler – entsprechen aber einer inhaltlich demokratischen Haltung nicht. Auch gegen die territorialen Vorstellungen maßgeblicher Kreise Kroatiens über die gegenwärtigen Grenzen dieses Landes weit hinaus. Durch die militärischen Erfolge der Kroaten und Moslems der letzten Zeit scheint der serbische Expansionsdrang für die nächste Zeit gestoppt. Ein kroatischer ist zu befürchten, er muß von den europäischen Mächten ebenso bekämpft werden wie der serbische. Wirtschaftliche Druckmittel sollten dazu ausreichen. Im Gegensatz zur Behauptung des Aufsatzes wurde von außen sehr wohl Druck ausgeübt, um eine Gleichberechtigung der Serben in Kroatien zu erreichen.

Zu betrauern bleibt, was durch den serbischen Expansionsdrang Bosnien an grauenhaftem zugefügt wurde. Zeitweilig 80.000 in Sarajewo eingeschlossene Kinder, serbische Sonderbestimmungen für

die nicht für Deportationen erfaßten Muslime und Kroaten, die an die Judengesetze der Nazis erinnern, über 200.000 bosnische Opfer, Konzentrationslager und Massenvergewaltigungen. Hunderte von Moscheen und Bibliotheken wurden gesprengt oder angezündet.

Wem dies kein Thema ist, der übergeht wesentliche Teile der schrecklichen Realität. Wer die Widersprüchlichkeit und Tatenlosigkeit der außenstehenden Mächte einerseits kritisiert, eine Intervention andererseits ablehnt und zum Dritten nicht einen Hauch von sonstiger Perspektive bietet, der weiß im Kern nicht, was er will. Es wird schwer fallen, zu einem eindeutigen Ergebnis zu kommen, was eine stärkere (militärische) Intervention am Anfang von außen bewirkt hätte. Darüber eine vorurteilslose Analyse vorzulegen, wäre die Aufgabe eines sachlichen Aufsatzes gewesen. Wer die Befürworter einer militärischen Verteidigung als Hampelmänner bezeichnet, dessen intellektuelle Dürftigkeit wird der Unbequemtheit unpopulärer Forderungen nicht gerecht. Diese Mischung aus paukenhaften Rundumschlag gegen alle und unklarer Perspektive entspricht haargenau der politischen Bedeutungslosigkeit des „Sozialistischen Büros".

Christian Schauer

❼ Zustand des Subjekts

Leserbrief zu „Psychoanalyse & Gesellschaft", in: *links* Sep./Okt. 1995, S. 22

Das Thema der Schwerpunktbeiträge der *links* 304/305 (Sept./Okt. 95) war die wichtige Frage nach dem „kritischen Gehalt" bzw. dem allenthalben spürbaren „Kritikverlust" der etablierten Human- und Sozialwissenschaften (vgl. die redaktionellen Anmerkungen zum Schwerpunkt). Leider eher ein Beispiel, denn ein Beitrag zur Analyse solchen „Kritikverlustes" scheint uns der „Psychoanalyse & Gesellschaft" betitelte Artikel von Hans-Martin Lohmann zu sein. Dieser Abgesang auf eine kritische Theorie des Subjekts ist zunächst in einem ganz elementaren Sinn völlig unkritisch: er unterschlägt wesentliche Unterscheidungen. Indem mehrere Diskussionsebenen und Sachverhalte ohne viel Federlesen durcheinandergeworfen werden, trägt er zur Vernebelung statt zur Klärung der Problemlage bei. Klar wird allein die – fatale – Botschaft, die der Text transportiert. Sowohl die kritischen Theoretiker, die sich positiv auf die Freudsche Theorie bezogen, als auch die offizielle Psychoanalyse sind „irgendwie" gescheitert. Und: Die psychoanalytischen Erkenntnisse über die Psyche sind heute für eine Gesellschaftstheorie in toto belanglos.

Lohmann vermengt mindestens drei Problemebenen. Er beginnt seinen Aufsatz mit dem Verweis auf einige Autoren (Reich, Marcuse, Horn, Dahmer), denen es unter anderem um das Verhältnis der Marxschen zur Freudschen Theorie geht. Die Ergebnisse dieser Klärungsversuche scheinen Lohmann nicht weiter zu interessieren. Es bedarf freilich keiner allzu gründlichen Kenntnis der betreffenden Autoren, um festzustellen, daß ihre Befunde höchst unterschiedlich ausfallen und sich vor allem keineswegs in die einfachen Formeln von der „Vermittlung des nicht Vermittelbaren" bzw. der „Anwendung" psychoanalytischen Wissens auf gesellschaftliche Sachverhalte, unter die sie Lohmann im weiteren subsumiert, zwängen lassen. Bereits der flüchtige Blick in Marcuses „Triebstruktur und Gesellschaft" – um willkürlich ein Beispiel herauszugreifen – genügt, um sich davon zu überzeugen, daß hier gerade keine „Anwendung der Psychologie auf die Analyse sozialer und politischer Vorgänge" im Vordergrund steht: „Die Aufgabe besteht vielmehr in etwas völlig Entgegengesetztem, nämlich darin, die politische und soziologische Substanz der psychologischen Begriffsbildungen zu entwickeln" (Marcuse 1990, 16. Aufl., S. 7).

Ohne sich aber lange bei dem ursprünglichen Sinn der verschiedenen Bemühungen um eine kritische Theorie des Subjekts aufzuhalten, begibt sich der Autor umstandslos auf die zweite Ebene und stellt – das bildet den Schwerpunkt seines Textes – die „Frage, warum sowohl innerhalb der Wissenschaft als auch in der Öffentlichkeit der Beitrag der Psychoanalyse zunehmend als entbehrlich, wenn nicht als kontraproduktiv angesehen wird" (S. 23). Er konstatiert „cultural trends against psychoanalysis", ein wachsendes gesellschaftliches Unbehagen an „der" Psychoanalyse. Auf dieser Ebene geht es also um das Verhältnis der bestehenden Gesellschaft zur etablierten – oder auch dissidenten? – Psychoanalyse – wieder sind Lohmann etwaige Differenzen offenbar gleichgültig. Die Beziehung dieser Problematik zur ersten bleibt völlig ungeklärt; es wird gleichwohl suggeriert, daß der psychoanalytische „Anwendungsdiskurs", der das zunehmende Unbehagen hervorrufen soll, sich vornehmlich aus den Quellen speist, die auf der ersten Ebene benannt worden waren. Die für uns überhaupt nicht nachvollziehbare Schlußfolgerung der – weitgehend dem von ihm hier referierten Reiche folgenden – Argumentation lautet: Das Unbehagen besteht ganz zu Recht! Wenn die Gesellschaft und die Individuen nichts mehr von der Psychoanalyse wissen wollen – um so schlimmer für die Psychoanalyse! Zeichnet sich kritische Analyse mittlerweile dadurch aus, daß sie die Maßstäbe des Bestehenden als die eigenen akzeptiert? Wer leidet hier wohl unter „Kritikverlust"?

Schließlich finden wir uns unversehens noch auf einer dritten, inhaltlichen Problemebene wider, deren Beziehung zu den beiden anderen wiederum ungeklärt bleibt: das Verhältnis von Psyche und Gesellschaft. Hier nun macht Lohmann derart weitreichende Aussagen, daß sie, sind sie ernstgemeint, nicht nur der psychoanalytischen Theoriebildung jegliche gesellschafts-theoretische Relevanz absprechen, sondern in der Konsequenz jedem politischen Projekt und jeder theoretischen wie praktischen Kritik der bestehenden Verhältnisse den Boden entziehen müssen. [...] Hier wird das Postulieren des „Zeitgemäßen" in der Theorie zum Sprung auf den fahrenden Zug, bei dem die handelnden Subjekte – also auch: gesellschaftsverändernde Praxis – auf der Strecke bleiben. Warum erscheint die *links* dann eigentlich noch? Und wie gelangt Lohmann, als „psychisches System", zu seinen Erkenntnissen über das gesellschaftliche, das doch „vollkommen getrennt" von ihm existiert?

Die Diskussion über den gegenwärtigen Zustand des „Subjekts" muß ohne Zweifel ein wesentlicher Bestandteil jeder Anstrengung sein, die darauf abzielt, kritische Theorie und Praxis neu zu beginnen. Wir können uns nicht vorstellen, daß dabei die herrschenden „kulturellen Trends" angemessene Orientierungen liefern können – dagegen sehr wohl, daß eine differenziert geführte Debatte über „Nutzen und Nachteil" psychoanalytisch inspirierter und instruierter Ansätze kritischer Theoriebildung zur Klärung einiges beizutragen vermag. Warum sollte eine solche Debatte nicht in der *links* geführt werden?

Uwe Becker / Harald Wolf

tellerwäscher

❽ Nachhilfeunterricht?

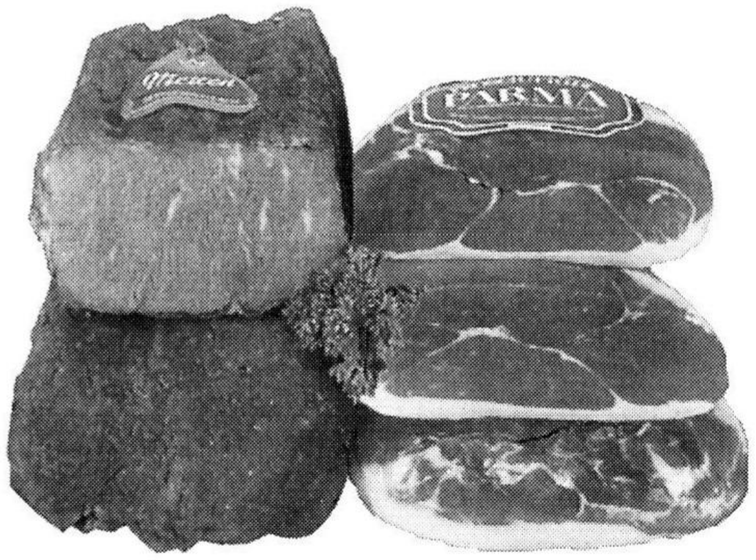
Leserinnenbrief zu „Kuba wohin?“, in: *links* Nov./Dez. 1995, S. 46

Erstaunlich, wie jemand, der sich in keinster Weise in die westliche Kuba-Solidarität einbringt, noch sich mit deren inhaltlichen Diskussionen auseinandersetzt, auf derart polemische Art ihre moralische Legitimation in Frage stellt, um sie sich gleich darauf wieder zur Rechtfertigung einer menschenverachtenden Blockadepolitik anzueignen, die eben für die „menschliche Tragödie der balseros“ verantworlich zeichnet. Hier hat der Verfasser wohl nicht besonders gut aufgepaßt, denn die Kuba-Solidarität war nun wirklich die einzige, die die Verantwortlichen öffentlich kritisiert hat! Unter völliger Mißachtung der Tatsache, daß die US-Regierung das seit 1984 bestehende Emigrationsabkommen mit Kuba systematisch unterwandert und gleichzeitig unter brutaler Verletzung jeglicher internationaler Konventionen über illegale Sender in Kuba 24 Stunden täglich zur „Flucht“ über den Teich aufgerufen hatte, verbunden mit den üblichen Versprechungen (Rettung, Dollars, etc.) wurde die kubanische Regierung zunächst für ihren Versuch, die Menschen von dem gefährlichen Abenteuer abzuhalten, von der Weltöffentlichkeit für diese „Freiheitsberaubung“ verurteilt, um nach Fidel Castros Erklärung, daß Kuba nicht länger bereit sei, die Grenzen der USA zu schützen, die Anklage wiederum in das Gegenteil zu verkehren. Auf die allein schon unwürdige „Existenz“ des US-Stützpunktes Guántanamo und dessen Mißbrauch durch die US-Regierung muß ich wohl hier nicht näher eingehen.

All diese Fakten sprechen weder für ein „Ende des Kalten Krieges“, noch dafür, daß Anti-Imperialismus „out“ ist, was H.-D. Köhler im gleichen Artikel mit seiner Einschätzung der politischen und wirtschaftlichen Situation im übrigen Lateinamerika ja sehr klar zum Ausdruck gebracht hat, oder sollte ihm der Widerspruch nicht bewußt gewesen sein?!

[...] Was die „inhaltliche Auseinandersetzung“ in der Kuba-Solidarität angeht, sollte sich der Verfasser vielleicht von „kompetenter (nämlich kubanischer) Seite“ beraten oder informieren lassen, wie dies in der Solibewegung der Fall ist, anstatt wie die große Anzahl der Kuba-Kritiker eurozentristische Schreibtisch-Arroganz walten zu lassen. Wie bei allen Versammlungen des Netzwerk Cuba e.V., waren auch bei der letzten Jahreshauptversammlung am 2. Dezember 1995 kubanische Vertreter anwesend, u.a. Octavio Casilla, Staatssekretär und 1. Vizeminister für Investitionen und wirtschaftliche Zusammenarbeit, um über politische, wirtschaftliche und soziale Aspekte der Reformen, Arbeitslosigkeit, Rolle der Gewerkschaften, etc. zu diskutieren. Abgesehen von der materiellen Solidarität, die von kubanischer Seite durchaus gewünscht und benötigt wird, gibt es zahlreiche Ansätze und konkrete Projekte zur Unterstützung existenzbedrohter Sektoren in den unterschiedlichsten Bereichen, was einem nicht entgehen kann, wenn man entsprechend fundierte Informationen einholt. Es findet ein ständiger Ideen- und Erfahrungsaustausch statt, es kann und soll jedoch nicht unsere Aufgabe sein - wenn wir denn Kuba als einen souveränen Staat anerkennen (!) und auf der Basis des gegenseitigen Respektes zusammenarbeiten – dem kubanischen Volk Ratschläge zu geben, wie es sich unter gewissen Umständen zu verhalten hat, noch das kubanische Territorium und die ohnehin schwierige Situation zum Versuchsfeld für eigene Profilierungszwecke und enttäuschte Illusionen zu degradieren. Zum Thema „freie Betriebs- und Gemeindewahlen“ und sonstigen Freiheits- und Menschenrechtstheorien sollte sich H.-D. Köhler vielleicht vor Ort genauer umschauen. Die kubanische Gesellschaft ist keine perfekte, und sie gibt auch nicht vor, eine zu sein; man ist jedoch dort absolut in der Lage, eigene Fehler zu erkennen und an ihnen zu arbeiten. Weder verschließt die kubanische Regierung die Augen vor den alltäglichen Problemen und die durch die Veränderungen bedingten sozialen Konflikte, noch gibt sie vor, den Sozialismus in einem blockierten Land mit 20 % der notwendigen Energieversorgung aufbauen zu können, sondern versucht Maßnahmen zu ergreifen, um die soziale Politik und die nationale Unabhängigkeit weiterhin zu garantieren. [...]

Barbara Muñoz,Centro Felix, Varela e.V.



Metten Delikateß-Roastbeef Ia "Classic", zartrosa gebraten oder original ital. Parma-Schinken, 100 g

4,99

❾ Lagerpolitik

Die verstärkte Einrichtung von Großlagern, in denen zwangsweise Asylsuchende untergebracht werden, verschärft gezielt die prekären Lebensbedingungen von Flüchtlingen, die trotz Drittstaatenregelung, trotz Flughafenverfahren und aufwendiger Überwachung der Staatsgrenzen in die BRD gelangen konnten. Welche konkreten Auswirkungen die legislative und exekutive Entrechtung von Flüchtlingen spezifisch für Frauen hat, das untersucht Judith Rosner in ihrem Buch ***Asylsuchende Frauen, Neues Asylrecht und Lagerpolitik in der Bundesrepublik Deutschland***, das im Januar bei VAS, Frankfurt a.M. erscheint.

Das Frauen oftmals aus anderen Gründen und unter anderen Bedingungen fliehen als Männer, ist mittlerweile auch außerhalb feministischer Migrationsforschung angekommen. Daß die Asylrechtspraxis hieraus noch nie Handlungsbedarf ableitete kann niemanden verwundern, der/die sich keine Illusionen über die Funktion des Asylrechts oder über die männlich dominierte Jurisprudenz macht. Je deutlicher der Charakter des Asylrechts als Abschottungs- und Abschreckungsinstrument ans Alltagslicht tritt, desto mehr verliert die Forderung nach Anerkennung frauenspezifischer Fluchtgründe trotz ihrer Berechtigung an Relevanz. Wo der Fluchtweg oft entscheidender ist als der Fluchtgrund und wo das formale Recht das materielle dominiert, wird eine Aufnahme frauenspezifischer Fluchtgründe in das Asylrecht wenig ausrichten. Sie ist aber dann berechtigt und notwendig, wenn sie gleichzeitig die Funktion bundesdeutscher Asylpolitik mitdiskutiert. Analog dazu läßt sich die spezifische Situation von Frauen in Sammellagern nicht adäquat analysieren, wenn nicht gleichzeitig die politische Funktion dieser Lager in der BRD als Kontroll-

instrumente zum Zwecke effizienter Abschiebungen, als Abschreckungsinstrumente und als öffentliche Inszenierung der „Boot-ist-voll"-Propaganda in den Blick genommen wird. Daß trotz des Widerstands von Flüchtlingsfrauen und verschiedener UnterstützerInnen-Initiativen die Situation von Frauen in Sammellagern nicht erträglicher gestaltet wird liegt aber nicht nur an der oben angedeuteten Funktion der Lager, die Männer wie Frauen betrifft. Frauen wird eine *„zivilisierende Wirkung"* auf den Lageralltag zugeschrieben, die zur Befriedung einer unerträglichen Situation genutzt wird. Eine von vielen geforderte Möglichkeit der Getrenntunterbringung alleinfliehender Frauen mit ihren Kindern scheitert somit nicht aus finanziellen Gründen. Die Bedrohung der psychischen und physischen Integrität der Frauen wird in Kauf genommen, weil sie als Ableitungsfläche im Lager notwendig entstehender Aggressionen dienen.

Die von Rosner geführten Interviews mit Flüchtlingsfrauen, MitarbeiterInnen von Unterstützungsgruppen und Lagerbediensteten zeichnen ein realistisches Bild von der konkreten Situation in den Erstaufnahmeeinrichtungen und euphemistisch *Gemeinschaftsunterkünfte* genannten hessischen Flüchtlingslagern. Verschiedene Aspekte des Lageralltags, wie räumliche Unterbringung, medizinische Versorgung, Kinderbetreuung, sexuelle Gewalt und rassistische Bedrohung, wie auch Widerstand und Bewältigungsstrategien der Frauen werden anhand einzelner Interviewpassagen eindrücklich geschildert. Besonders interessant sind hierbei zum Beispiel die Ausführungen eines Lagerleiters aus dem nördlichen Hessen, in dessen persönlicher Haltung sich die strukturell angelegte und gewollte Entmündigung der Flüchtlinge als potentiell kriminelle Verwaltungsmasse widerspiegelt.

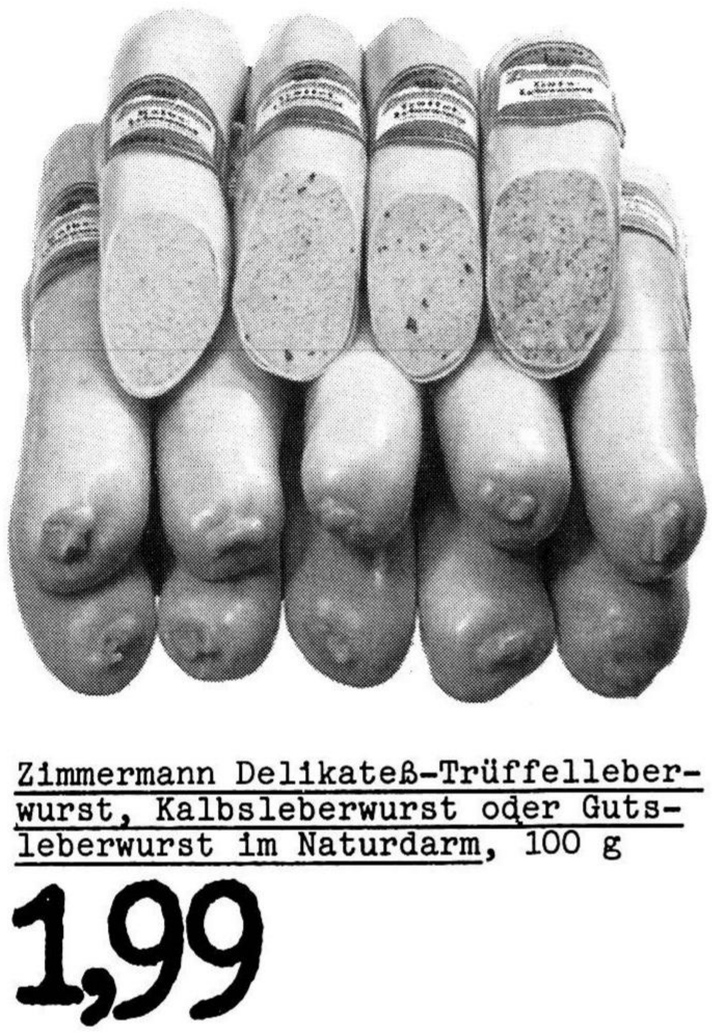
Zunächst aber bietet das Buch einen didaktisch übersichtlichen Rekurs über die derzeitige Asylgesetzgebung mit Schwerpunkt auf den Veränderungen seit 1993. Mit den speziellen Hindernissen für Frauen im Asylverfahren beschäftigt sich ein eigenes Kapitel. Über eine bloße Beschreibung beklagenswerter Zustände hinausgehend, liefert die Autorin eine Analyse der politischen und gesellschaftlichen Funktion des Sammellagers und seiner inneren Struktur als „totaler Institution" (E. Goffman). Die persönlichkeitsdestruierenden Merkmale des Lagers als Institution werden auf ihre spezifische Auswirkung auf Frauen hin untersucht und empirisch am Beispiel einiger hessischer Flüchtlingslager nachvollzogen. Hierbei wird den Bewältigungsstrategien und Widerstandsformen der Flüchtlingsfrauen besondere Aufmerksamkeit gewidmet.

Harald Heiskel

Judith Rosner: Asylsuchende Frauen, Neues Asylrecht und Lagerpolitik in der Bundesrepublik Deutschland, VAS, Frankfurt 1996, 131 Seiten, DM 28.-

⓾ Verquast

seien sie gewesen, die „Bekennerschreiben" der RAF, so die *Frankfurter Rundschau*. Richtig erfreut zeigt sich da das rotgrüne Bürgerblatt angesichts der „sehr konkreten Sprache" der Erklärung, die Rolf Hessler, Sieglinde Hofmann, Christian Klar, Brigitte Mohnhaupt, Heidi Schulz und Rolf-Clemens Wagner Ende November zum bevorstehenden Prozeß gegen Monika Haas (vgl. *links* Juli/Aug. und Sept./Okt. 95) abgaben und druckte diese



ab, ohne es sich jedoch nehmen zu lassen, sich brav staatsbürgerlich noch von den harmlosesten Aussagen zu distanzieren; beispielsweise durch das geschickte Setzen von Anführungszeichen, wie es ehedem nur Produkte aus dem Hause Springer in Genialität zu Wege brachten.

Die Erklärung selbst bestätigt die Äußerungen Monika Haas zu den gegen sie vorgebrachten Beschuldigungen. Daß sie sich 1977 nicht in Palma de Mallorca aufgehalten hat, scheint den Staatsschutz wohl weniger zu interessieren, zeigt sich in seinem Versuch, Monika Haas ebenso wie die inzwischen von Norwegen ausgelieferte Souhaila Andrawes als Kronzeugin zu gewinnen, das Interesse, um jeden Preis die 70er Jahre-Kapitel der deutschen Sozialkundebücher mit Fahndungserfolgen zu füllen. Während sich Andrawes dem Druck deutscher Staatsschützer in Angst um ihre Existenz gebeugt hat und die gewünschten Aussagen zu Protokoll gab – was ihr wohl eine zweite Verurteilung wegen erpresserischem Menschenraub mit Todesfolge, Geiselnahme, Eingriff in den Luftverkehr, Mord und versuchtem Mord nicht ersparen wird – wird es für Monika Haas wohl immer schwieriger, ihre Weigerung sich nicht als Kronzeugin zur Verfügung zu stellen, um enstprechende staatliche Spekulationen über die Kooperation von RAF und PFLP zu bestätigen, aufrechtzuerhalten.

Nach 1½ jähriger U-Haft wird der Prozeß gegen sie am 18. Januar vor dem OLG Frankfurt eröffnet. Das „Forum für Monika Haas" plant für Ende Februar eine Veranstaltung, um über den bisherigen Prozeßverlauf zu informieren. Für Verteidigung und Unterstützungsarbeit werden weiterhin Spenden benötigt: Konto Armin Golzem, Stichwort: „Monika Haas", Ktn. 483 613, BLZ 500 502 01 FraSpa. ***G.O.***

⓫ Eingefahren

Die Schikane und die Kriminalisierung des Wohnprojekts Fritzlarer Straße in Frankfurt/Main durch Bundesanwaltschaft (BAW) und Bundesgerichsthof (BGH) gehen weiter (vgl. auch *links* Sept./Okt. 95, S. 51). Sechs BewohnerInnen, die im Zuge eines (un)durchsichtigen Verfahrens als „ZeugInnen" benannt sind, erhielten am 29.11. ZeugInnenvorladungen für den 12. bzw. 14. Dezember. Eine Woche vor diesen Terminen überfielen Polizei und Staatsschutzbeamte erneut das Wohnprojekt – klappern gehört schließlich zum Handwerk. Nachdem am 7.12.1995 die nunmehr fünfte Hausdurchsuchung stattfand – auch diesmal mit großem Aufwand und in bewährt brutaler Routine –, schwangen die Behörden auch in der darauf folgenden Woche die Keule. Die betroffenen BewohnerInnen machten jedoch einmal mehr deutlich, daß es ihrerseits vor politischen Verfolgungsbehörden zu keinen „Aussagen" kommen würde. Das Durchkreuzen der amtlichen Kriminalisierungsstrategie sanktionierte die Verfolgungsbehörde mit Beugehaft. Am 12. Dezember wurden zunächst drei BewohnerInnen zwecks Aussageerpressung für je 5 Monate inhaftiert. Ob auch in drei weiteren Fällen Beugehaft verhängt wird, war zu Redaktionsschluß noch nicht sicher, ist aber zu befürchten.

Es gilt, Verfahrenskonstruktionen und amtliches Vorgehen in einen größeren Kontext zu rücken. Kriminalisierung, Einschüchterung und Erpressung erweisen sich als durchgängige Motive einer zwar bekannten aber zugleich zunehmenden Tendenz, linksradikale Zusammenhänge zu zerschlagen (*radikal*, ANTIFA-M, etc.) Dabei ist von besonderer Wichtigkeit, zu erkennen, daß – trotz aller existenziellen Bedrohung einzelner Betroffener – nicht einzelne Personen das Hauptziel sind, als vielmehr die Verhinderung von Kommunikation bzw. die Einschüchterung und Lähmung einer ganzen Szene. ***T.K.***

AUTONOME A.F.R.I.K.A.-GRUPPE / MITTLERER NECKAR

Bewegungsle(e/h)re?

Anmerkungen zur Entwicklung alternativer und linker Gegenöffentlichkeit

Obwohl die (radikale) Linke sich permanent selbst vergewissert, welch toter Hund sie im Grunde genommen sei, will sie selbst doch nicht ganz daran glauben. Derzeit unternehmen nicht wenige disputierende Zirkel unter dem Label 'Gegenöffentlichkeit' einen Wiederbelebungsversuch. Doch für uns besteht der Verdacht, daß die Roßkur des medialen (Dis-)Kurses von vornherein zum Scheitern verurteilt ist, nachdem die Utopien abhandengekommen sind.

Die aktuellen Diskussionen zum Thema 'Gegenöffentlichkeit' erscheinen uns mit zwei Tendenzen eng verknüpft: dem generellen Lamento über die heutige Krise der linken Medien einerseits und den dazu kontrastierenden, mitunter fast euphorischen Hoffnungen auf die mit den neuen telematischen Kommunikationstechnologien (Internet) verbundenen Möglichkeiten. Im folgenden gehen wir zunächst der linken Version des Mythos von der 'Informationsgesellschaft' nach. Daran schließen sich zum zweiten einige Anmerkungen zur Rolle der alternativen und eigenen Medien in der 'Blütezeit' der sozialen Bewegungen an. Drittens versuchen wir, einige Konsequenzen für die Rekonstruktion eines politischen Projekts einer radikalen Linken zu umreißen, die sich vor dem Hintergrund der analysierten aktuellen Tendenzen im Bereich 'Gegenöffentlichkeit' ergeben.

Medientheorie und Informationsfetisch

Bei der gegenwärtigen Diskussion um linke Gegenöffentlichkeit und Gegenmacht werden unseres Erachtens zwei historisch unterschiedliche linke Medienkonzepte ständig durcheinandergeworfen. In Anlehnung an Geert Lovink (Agentur Bilwet, Amsterdam) gehen wir davon aus, daß es Sinn macht, die Medien der linken Gegenöffentlichkeit hinsichtlich ihrer Funktion idealtypisch in 'alternative' und 'eigene' Medien zu unterscheiden. 'Alternative' Medien spiegeln sich vornehmlich an den bürgerlichen Medien, indem sie beständig eine inhaltlich korrigierende und das bestehende Informationsspektrum ergänzende Aufgabe wahrnehmen. Dabei kam den 'alternativen' Medien vor allem bei der Bereitstellung abweichender Lesarten sozialer und politischer Widersprüche in den70er/80er Jahren eine wichtige Funk-tion für die Konstitution einer 'liberalen' Öffentlichkeit zu. Davon zu unterscheiden ist die Herausbildung 'eigener' Medien, die nicht mehr so sehr auf die Bewußtwerdung der anderen, sprich auf eine direkte Beeinflussung bis Bereicherung der allgemeinen 'öffentlichen Meinung' setzen. Der eigentliche Unterschied zu den 'alternativen' Medien besteht dabei in der Art und Weise der Selbstpositionierung auf politischem Terrain, die sich nicht nur inhaltlich in explizit linken Stellungnahmen und Diskussionen äußert, sondern auch über das Aufgreifen subkultureller Themen und Codes. Auf Szenen und subkulturelle Orte bezogen stellen 'eigene' Medien gewissermaßen Orientierungspunkte der dortigen sozialen Praxis bereit. Dabei kommt ihnen primär eine Identitäten und Binnendiskurse stabilisierende Funktion zu. Zwar bewegen sich die 'eigenen' Medien in einem durch Slang und Gangart ihrer subkulturellen Basis eng begrenzten Raum, doch funktioniert hier der Austausch zwischen Publikum und Macherinnen noch am besten.

Bei dieser Einschätzung der Funktionsweise linker Medien wird deutlich, daß die sozialen Beziehungsrahmen und die außermedialen politischen und kulturellen Praxen, in die sich linke Medien einordnen, für uns einen zentralen Stellenwert haben. Die Bedeutung dieses Bezugs wurde aber in den Diskussionen um linke Gegenöffentlichkeit weitgehend außer acht gelassen, solange überzogene Vorstellungen von den Möglichkeiten einer medialen linken Intervention in die bürgerliche Öffentlichkeit dominierten. Es wurde, zugespitzt formuliert, davon ausgegangen, daß nur genug AktivistInnen an möglichst vielen Stellen Gegenöffentlichkeit herstellen müßten, wodurch dann irgendwann eine gesellschaftsverändernde Kettenreaktion ausgelöst würde. Eine Vielzahl linker Medienprojekte stellte sich aus dieser Logik heraus die Aufgabe, die in den bürgerlichen Medien unterbliebenen Nachrichten zu verbreiten. Diese Konzeption von 'Gegenöffentlichkeit' bezeichnet G. Lovink als 'Megaphonmodell', denn sie unterstellt unausgesprochen einen kausalen Zusammenhang zwischen Information, Bewußtsein und Handeln. Dahinter steht die Vorstellung einer manipulativen Medienwirkung, derzufolge es ausreicht, im Kommunikationskanal die 'falschen' Ideen durch die 'richtigen' zu ersetzen: Wenn die Menschen nur lange genug 'die Wahrheit' hören, werden sie irgendwann ihre Meinung ändern und sich gegen die (sie be)herrschenden Verhältnisse wenden. Diese klassische Konzeption zur Schaffung von Gegenöffentlichkeit kann sich auf Theoretiker wie Brecht oder Enzensberger berufen. Sie nährten im Glauben an die Wirkung von richtigen Informationen die Überzeugung, daß es genüge, wenn die Linke die Sendezentralen der Massenmedien übernähme bzw. über ausreichend starke eigene Medien verfüge, um ihren Ideen Plausibilität

„... im Glauben an die Wirkung von richtigen Informationen ...": Gläubiger.

und Durchschlagskraft zu verleihen. Ein derartiges medientheoretisches Konzept, das darauf abzielt, Handeln durch Information zu bewirken, versteht die Medien letzten Endes als Manipulationsinstrument. Die Erfahrung der letzten Jahrzehnte hat gezeigt, daß ein solches, auf die Übermittlung der 'richtigen' Informationen fixiertes Verständnis von Medien und Medienrezeption zu kurz greift. Denn heute sind, nicht zuletzt durch die Existenz von Gegenöffentlichkeit, auch gesellschaftskritische Informationen jederzeit verfügbar. Sie bleiben aber folgenlos. Das deutet darauf hin, daß die Medienkonsumenten gezielt Informationen auswählen und andere ignorieren. Diese Auswahl ist strukturiert durch das Interesse, gesellschaftliche Wirklichkeit in einer Weise wahrzunehmen, die die eigenen Selbst- und Gesellschaftskonzepte legitimiert. Es geht darum, zur Kenntnis zu nehmen, daß es ein gesellschaftliches Verhältnis gibt, das Erkenntnis vorstrukturiert. So wird umgekehrt ein Schuh daraus: Heute mangelt es in der bürgerlichen Gesellschaft nicht an Informationen, sprich an Gegenöffentlichkeit, sondern das Hauptproblem ist deren absolute Folgenlosigkeit.

In „Öffentlichkeit und Erfahrung" haben Negt/Kluge bereits 1972 darauf verwiesen, daß die Subjekte sich „die bloße Abbildung der Realität" nur dann aneignen, wenn sie zugleich wissen, wie sie aktiv die sie bedrückenden Verhältnisse verändern können: „Erst aus dieser Handlungsmöglichkeit könnte sich ihr Interesse am Realismus rekrutieren." Das macht deutlich, daß ein umfassender Gegenöffentlichkeitsbegriff nicht auf den medialen Aspekt reduziert werden darf. Mediale Interventionen müssen in einem umfassenderen Kontext von sozialem, politischem und kulturellem Handeln gedacht werden. (Gegen-)Öffentlichkeit ist dann mehr als Bildschirm, Radio oder Zeitung. Mediale Strategien, die allein auf den Informationsaspekt setzen und den umfassenderen Lebenszusammenhang bei der Konzipierung politischer Strategien außen vor lassen, laufen Gefahr, den medialen Bereich zu überschätzen. (Mit dieser Überschätzung von Medienwirkungen befinden sie sich übrigens in gutbürgerlicher Gesellschaft, vgl. die Diskussionen um Medien-gewalt.)

In diesem Zusammenhang erscheint uns ein weiterer Aspekt wichtig, der zwar genau wie Negt/Kluges Erkenntnis hinreichend bekannt ist, aber genausowenig Folgen für die Diskussion der Strategien linker Gegenöffentlichkeit hatte: Die linken medientheoretischen Vorstellungen in der Nachfolge Brecht/Enzensbergers setzen voraus, daß die herkömmlichen Massenmedien sich – einmal im Besitz der richtigen Leute – als ein Instrument zur demokratischen Willensbildung einsetzen lassen. Aber das ist eine Mystifkation, denn Massenmedien sind nicht demokratisch. Ihre Kommunikationsform macht einen wirklich gleichberechtigten Austausch unmöglich, denn Massenmedien beruhen auf dem Prinzip der Vervielfältigung von Informationen in nur eine Richtung, von den Produzierenden hin zu den KonsumentInnen. Außerdem reproduzieren sie durch die Einbahnstraße ihres Kommunikationskanals Machtpositionen. Eine Strategie von Gegenöffentlichkeit, die sich auf Massenmedien stützt, vergißt, daß Massenmedien keine Reziprozität im Sinne von Gegenseitigkeit ermöglichen, sondern einen eng gesteckten Rahmen setzen, was von wem in welcher Weise mitgeteilt werden kann und wer zum Schweigen verurteilt ist. Reversibilität (also Umkehrbarkeit des Informationsflusses, z.B. HörerInnenanrufe oder LeserInnenbriefe) ist nicht mit Reziprozität gleichzusetzen. Aufgrund dieser Nicht-Reziprozität können Massenmedien für die EmpfängerInnen allenfalls in sehr reduzierter Weise Ausgangspunkt oder Element von über den reinen Medienkonsum hinausgehenden sozialen Praxen werden (für die Macher mag das anders aussehen).

Gegenöffentlichkeit und soziale Praxis

Diese Kritik an einem verbreiteten linken Medienverständnis rückt aus unserer Sicht auch die derzeitige Krise alternativer Medien in ein anderes Licht. Denn möglicherweise war es gar nicht so, daß linke Gegenöffentlichkeit 'früher' besser 'funktionierte'. Wir denken, daß nicht die damalige Medienpraxis gut war, sondern vielmehr, daß die Stärke der sozialen Praxis die Unzulänglichkeiten der medialen, 'inhaltlichen' Vermittlung unsichtbar machte. Wo man glaubte, durch Aufklärung weitergekommen zu sein, war es in Wirklichkeit nicht die schlagende Brillanz der Argumente aus der Gegenöffentlichkeit, die bei vielen Leuten ein Interesse für bestimmte Themen und Sichtweisen und ein Bedürfnis nach entsprechenden Informationen hervorrief. Vielmehr war dieses Interesse Ausdruck von Veränderungen der eigenen Lebenszusammenhänge vor dem Hintergrund jener gesellschaftlichen Transformationen, in deren Zuge auch die 'neuen sozialen Bewegungen' ihre Bedeutung gewannen.

„Diese Handlungsanweisungen ... ermöglichen es den BürgerInnen, sich als kritische TeilhaberInnen am politischen Geschehen wahrzunehmen": kritische TeilnehmerInnen.

Etwas zugespitzt ließe sich daraus folgern, daß es nicht die linken Medien waren, die zur Ausbreitung der politischen Bewegungen beitrugen, sondern daß umgekehrt die Stärke der Bewegungen vor dem Hintergrund einer spezifischen gesellschaftlichen Situation den linken Zeitungen, Zeitschriften und Radios zu einer gewissen Verbreitung verhalf. Und in dieser Lesart ist offensichtlich, worin der Unterschied zwischen den Funktionsweisen linker Öffentlichkeit damals und heute besteht. Die Friedens-, die Anti-AKW- oder die feministische Bewegung boten konkrete Handlungsangebote und -zusammenhänge. Gegenöffentliche Medieninformationen gewannen vor diesem Hintergrund ihr Interesse, wurden verbreitet und rezipiert. Die Tatsache, daß Medieninformation ohne im Rahmen einer sozialen Praxis gegebene Handlungsmöglichkeiten wirkungslos bleibt, fiel damals gar nicht weiter auf, und dies führte zu dem Trugschluß, daß Medieninformation per se zu politischem Handeln führt.

Heute aber wird vor dem Hintergrund des Fehlens starker politischer und sozialer Bewegungen deutlich, daß zwischen Anspruch und realer Funktion von Medien der 'Gegenöffentlichkeit' ein Widerspruch besteht (und vielleicht schon immer bestand). Auch solche Medien, deren Anliegen es war, in die bürgerliche Öffentlichkeit zu wirken, dienten faktisch wohl doch in erster Linie eher der Vernetzung und Selbstvergewisserung innerhalb der Linken, so daß es sich letzten Endes eher um 'eigene' denn alternative Medien handelte. Solange soziale und politische Bewegungen der 70er Jahre 'intakt' waren, fiel dieser Widerspruch zwischen Anliegen und tatsächlicher Funktion ebensowenig auf wie die Tatsache, daß Information und Ideologiekritik für sich genommen keinen Hund hinter dem Ofen hervorlocken. Nun aber unterstreicht die Entwicklung die Richtigkeit von Negt/Kluges Analyse, daß Information per se nichts bewirkt, wenn nicht eine soziale Praxis damit verbunden ist. Wenn aber Stellenwert und Wirkungsweise von Information nicht allein durch ihren Wahrheitsgehalt bestimmt sind, sondern durch den Kontext, innerhalb dessen Information rezipiert wird und die Schlüsse und Handlungsweisen, die daraus abgeleitet werden, dann ist das Konzept einer Aufklärung durch Information problematisch.

Campaigning

Betrachten wir über den Tellerrand der linken Medienpraxis hinaus den Mainstream der bürgerlichen Massenmedien, so scheint es zunächst, daß ein solcher Blick unsere

„Mediale Strategien, die allein auf den Informationsaspekt setzten ... laufen Gefahr, den medialen Bereich zu überschätzen."

These „Informationen bleiben tendenziell folgenlos" widerlegt. Themen, die eigentlich in den Bereich der klassischen Gegenöffentlichkeit (Ökologie, Rüstung) gehören, wurden Gegenstand großangelegter und in ihrem selbstgesetzten Rahmen auch erfolgreicher Medienkampagnen. Auf kurzfristige Ziele bezogen, erreichten die Greenpeace-Proteste gegen das Versenken der Shell-Bohrinsel in der Nordsee sowie gegen die französischen Atomversuche auf dem Mururoa-Atoll relativ große Breitenwirkung. Naja, Greenpeace... Aber solche Aktionen, die die Funktionsweise öffentlicher Medien genau kalkulieren, um eine möglichst breite Wirkung zu erzielen, sind auch in anderen Bereichen möglich.

Während kleine politische Gruppierungen seit Jahren versuchten, Solidarität mit dem politischen Gefangenen Mumia Abu-Jamal zu organisieren und nur relativ bescheidene Erfolge erzielen konnten, gelang es in einer großangelegten Solidaritätskampagne – wenigstens zunächst –, den staatlichen Mord an Mumia zu verhindern. Offenbar ist es also durchaus möglich, durch eine bestimmte Form der Nutzung bürgerlicher Medienöffentlichkeit nicht nur gesellschaftliche Resonanz, sondern auch konkrete Erfolge zu erzielen. Bedingung für eine solche Mediennutzung, die wir hier als Campaigning bezeichnen, ist allerdings, sich den Funktionsmechanismen bürgerlicher Medien weitgehend zu unterwerfen. Professionalisierung, Effizienz und Medienkompatibilität werden hierbei zu wesentlichen Kriterien politischen Handelns. Der Medienfetisch 'Ereignis' bestimmt, was berichtet wird. Das Spektakel der Greenpeace-Aktionen bedient diesen Fetisch ebenso wie die Darstellung von Mumia („Der Mann, der ein Buch aus der Todeszelle schrieb"). Der Erfolg dieser Art von Campaigning liegt nicht zuletzt darin, daß es sich auf kurzfristige, punktuelle und 'realistische' Interventionen beschränkt, in deren Rahmen der Medienkonsumentin konkrete Handlungsanweisungen angeboten werden, an denen jeder im Rahmen seines Alltages mitmischen kann: Tankt nicht bei Shell, kauft keine französischen Produkte, schreibt an Richter Sabo.

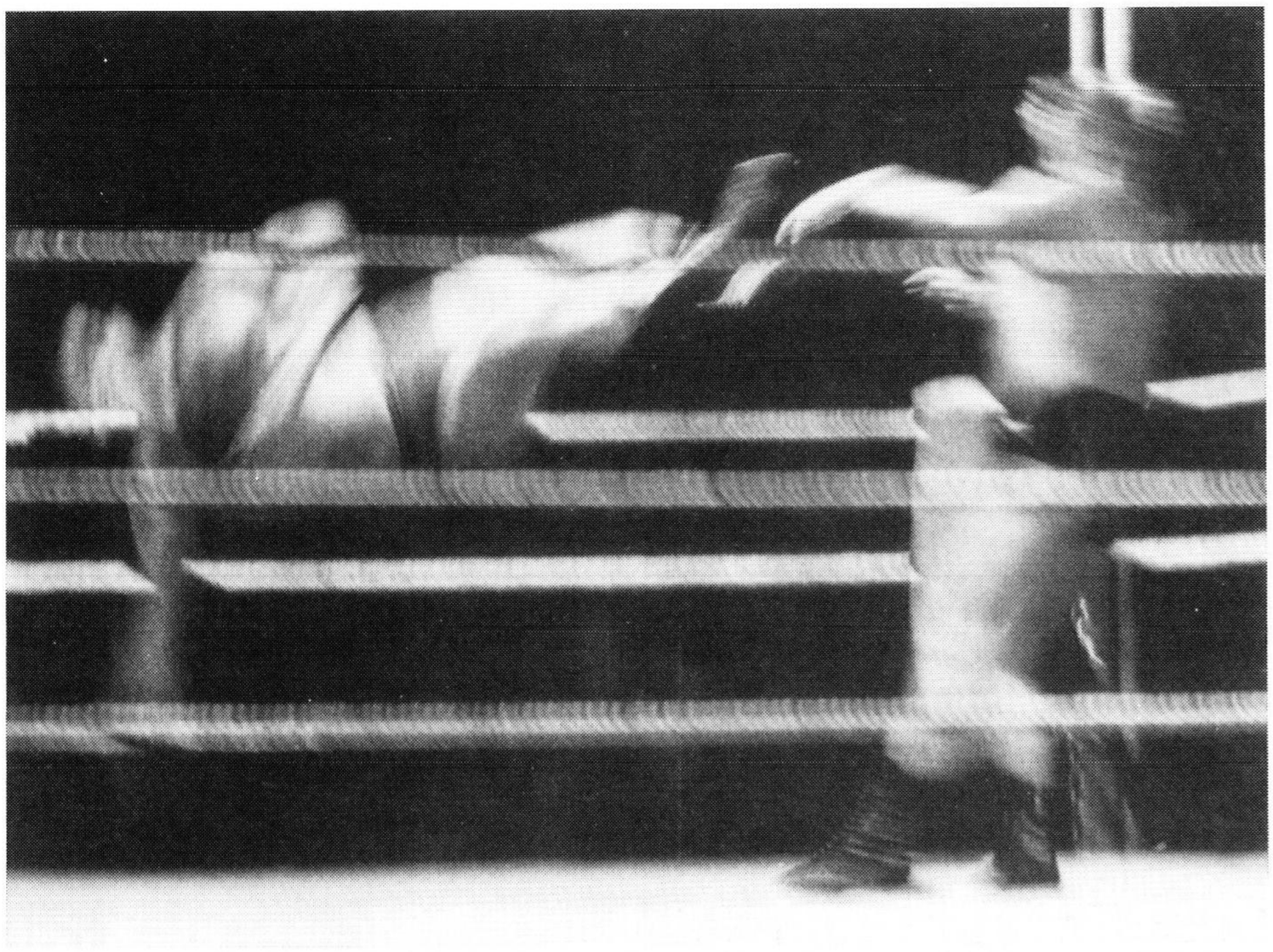
Diese Handlungsanweisungen stellen aber das grundsätzliche Handeln bzw. die Lebensweise der Handelnden nicht infrage, sondern ermöglichen es den BürgerInnen, sich als kritische TeilhaberInnen am politischen Geschehen wahrzunehmen, ohne die Verfaßtheit der Gesellschaft als Ganzes zu kritisieren. Das massenmedial vermittelte gesellschaftliche Handeln erschöpft sich darin, im Einklang mit zumindest Teilen der Herrschenden in Einzelfragen zu intervenieren (Weizsäcker und Kinkel für Abu Jamal). Losgelöst von jeglicher grundlegenden Gesellschaftskritik dient diese Form der Intervention hauptsächlich dem guten Gewissen aller Beteiligten. Es entsteht weniger eine soziale Praxis als eine (mediale) Simulation derselben. (In demselben Sinne ließen sich vielleicht auch die Lichterketten als eine Simulation von Antirassismus interpretieren, die eine nicht existierende antirassistische Alltagspraxis ersetzte.) Es soll jetzt nicht darum gehen, zu behaupten, Campaigning sei per se verwerflich und diene nur der Stabilisierung gegenwärtiger gesellschaftlicher Verhältnisse. (Auch uns ist es lieber, daß Mumia noch lebt.) Vielleicht steckt in solchen Medienkampagnen ja doch noch ein Kern von Politisierung der KonsumentInnen. Aber: Schon aufgrund der Struktur massenmedialer Kommunikation ist mehr wohl prinzipiell nicht zu erreichen. Eine Handlungsaufforderung wie „Kauft nicht bei Shell!" läßt sich massenmedial erfolgreich vermitteln. Eine soziale Praxis, die auf grundlegendere Veränderungen der Gesellschaft abzielt, ist aber nicht in solche Anweisungen zu kleiden. Sie erfordert Diskussionen, Versuche, Mut zum Unfertigen und Unrealistischen – all das, wofür in der Einbahnstrasse massenmedialer Kommunikation kein Platz ist.

Don't believe the Hype?

Wenn wir uns der Frage zuwenden, welche Chancen sich für eine linke 'Gegenöffentlichkeit' aus neuen technischen Entwicklungen ergeben, ist das für uns zentrale Problem nicht, welche neuen Kanäle der Informationsübermittlung sich durch freie Radios, Mailboxen und Internet allgemein bieten. Vielmehr geht es darum, zu klären, wo solche Medien im sozialen Raum positioniert sind und welche neuen (Handlungs-)Perspektiven sie eröffnen. Auch die Diskussionen um das Internet als neuen Ort linker Medienpraxis kreisen in erster Linie um den Fetisch „Information, Information, nochmal Information und zwar für alle". Dabei werden Diskussionen über die nun technischen Möglichkeiten von Gegenöffentlichkeit wiederholt, wie sie ähnlich z.B. auch im Zusammenhang mit freien Radios geführt wurden. Berauscht von der Tatsache eines riesigen, internationalen und deswegen kaum zensierbaren In-

formationsflusses bleibt die Diskussion zumindest innerhalb der Linken häufig an diesem Punkt stehen. Dabei ist auch hier zu fragen, welcher Stellenwert solcher Information zukommt: „Die Rede von der Mailbox als universelles Medium erweist sich vollends als Mythos, wenn der Austausch von Daten und politischen Informationen zum puren Selbstzweck wird, falls diese sich am Ende nicht in politischer Praxis materialisieren. Das heißt, die Anwendung dieser neuen Technologie (für sich genommen) erreicht nichts!“ (Thomas Kunz, *links* 3/94). Die spannendere Frage wäre aber aus unserer Sicht, was von Vorstellungen zu halten ist, die das Internet auch und gerade als potentiellen Ort neuer sozialer Praxen verstehen. Es darf nicht übersehen werden, daß sich das Internet von traditionellen Medien insofern wesentlich unterscheidet, als es die Möglichkeit einer reziproken und interaktiven Kommunikation bietet. Besteht die Aussicht, sich in diesem Rahmen selbstbestimmte Orte zu schaffen, 'temporäre autonome Zonen' (Hakim Bey), in denen die gesellschaftlichen Regeln zumindest zeitweise außer Kraft gesetzt (bzw. noch gar nicht verbindlich formuliert) sind? Und, wenn ja, welche Auswirkungen hat das auf die soziale Existenz außerhalb der Netze?

Die Kritik an solchen Vorstellungen wird häufig von einer Position ausformuliert, die offen oder implizit die 'authentischen' Formen von Kommunikation, Interaktion und sozialer Praxis in der 'wirklichen' Welt der Scheinwelt des Cyberspace gegenüberstellt. Uns erscheint eine solche unterschwellig naturalisierende Gegenüberstellung und Bewertung von Formen menschlicher Praxis fragwürdig. Vielleicht bietet gerade die reduzierte und 'unauthentische' Form der Kommunikation im Netz die Chance, bestehende soziale Identitäten zumindest teilweise außer Kraft zu setzen. Bei der Beurteilung, welche tatsächlichen Möglichkeiten sich hier bieten, ist unkritische Begeisterung ebenso unangebracht wie vorschnelle Ablehnung. Viele Fragen, die sich uns aufdrängen, sind aus anderen Zusammenhängen wohlbekannt: Wer sind die Akteure im Internet (90 % männliche weiße Metropolenmittelschichtsbürger, genau wie in der Linken)? Wie lange wird es dauern, bis die bestehenden Spielräume im Netz juristisch und polizeilich domestiziert sind? Inwieweit besteht die Gefahr, einmal mehr die Funktion der Avantgarde im kapitalistischen Modernisierungsprozeß zu übernehmen, deren Praxen dann in kommerzialisierter und entschärfter Form in den gesellschaftlichen Mainstream eingehen? Wesentlich erscheint es uns auf jeden Fall, sich bei der Diskussion nicht selbst in den Cyberspace zu katapultieren, sondern das Verhältnis von Cyber-Netzkommunikation und Kommunikation im 'realen' Echtzeitleben im Auge zu behalten. Sonst laufen wir stets Gefahr, allzu technologiezentriert zu diskutieren oder gar dem Mythos der 'Informationsgesellschaft' aufzusitzen.



„Es gilt aber, die Beschränktheit einer solchen Funktion von Medien zu reflektieren und um Möglichkeiten und Spielräume sozialen Handelns zu ringen (catchen? boxen? aikido?)“: Catchen.

„Vorwärts und viel vergessen!“

Es bleibt zum Schluß die Frage, was aus unseren Überlegungen für die linke Medienpraxis folgt. Das Hauptziel derzeitiger linker Politik müßte unseres Erachtens sein, Alternativen über die Natur gesellschaftlicher Beziehungen gegenüber dem bestehenden hegemonialen Konsens wieder denkbar zu machen, wobei es notwendig ist, die Modalitäten der Herstellung dieses Konsenses in Rechnung zu stellen. Ungeachtet der Verschärfung von Klassengegensätzen vollzieht sich gleichzeitig eine Ausdifferenzierung von Lebensstilen und deren Repräsentation in der bürgerlichen Öffentlichkeit. Das hat zur Folge, daß das, was sich früher als klar umrissener hegemonialer Diskurs ausmachen ließ, heutzutage immer schwerer zuordenbar ist. Das liegt unter anderem auch daran, daß sich dieser Diskurs in erster Linie nicht mehr um bestimmte Inhalte dreht, sondern zugleich in der Form ihrer Repräsentation aufgeht. Damit geht ein Eindringen in das Themenfeld alternativer Medien einher, deren Form absorbiert und deren Inhalte neutralisiert werden. (So, wenn die in den alternativen Medien entwickelten innovativen kulturellen Servicefunktionen mittlerweile die ökonomische Grundlage von Stadtmagazinen á la Prinz geworden sind.) Aufgrund des mit dieser Entwicklung einhergehenden Funktionsverlusts sehen sich die Medien der 'Gegenöffentlichkeit' auf die Rolle von Fanzines zurückgeworfen, die sich nur noch an eine relativ kleine soziale Gruppe wenden.

Als solche sind sie allerdings keinesfalls funktionslos. Linke Medien können nach wie vor einen Ausgangspunkt bilden, um bestimmte Informationen in eine (auch bürgerliche) Öffentlichkeit zu tragen und dort Momente einer Delegitimierung der herrschenden Ordnung bewirken; derartige Informationen sind nicht deshalb unnötig, weil sie nicht zwangsläufig zu gesellschaftsveränderndem Handeln führen. Es gilt aber, die Beschränktheit einer solchen Funktion von Medien zu reflektieren und um Möglichkeiten und Spielräume sozialen Handelns zu ringen (catchen? boxen? aikido?). Eine gesellschaftsverändernde soziale Praxis bedarf der Utopie von einer anderen Gesellschaft. Doch ein solches Projekt darf nicht als hauptsächlich medial erreichbares gedacht werden. Gesellschaftliche Veränderung beginnt auch und in erster Linie im sozialen Alltag der Subjekte. Die Utopie einer anderen Gesellschaft läßt sich nicht in Buchstaben, sondern allenfalls in kulturellen Formen artikulieren, nicht als fertiger Text, sondern stets fragmentiert und unvollständig. Und in einem solchen Kontext haben die linken Medien einen wichtigen Platz, auch wenn derselbe den Machern (welche bekanntlich gerne große und weitreichende strategische Gedanken formulieren) nicht behagen mag: Als Fanzines einer Subkultur sind linke Medien unverzichtbar. Gemessen an alten Illusionen mag das wenig sein. Mehr als nichts ist es allemal. ●

GOTTFRIED OY

„... daß du so bist wie du bist“

Subjektbildungsprozesse und Identitätskonstruktionen

Die relative Bedeutungslosigkeit linksradikaler Positionen im politischen Zeitgeschehen und deren zum Teil auch selbst betriebene Ausgrenzung aus den hegemonialen gesellschaftlichen Diskursen ist nicht zuletzt einer gewissen Ratlosigkeit in bezug auf konkrete Handlungsoptionen geschuldet. Nicht zu unrecht klagt Peter Nowak in Rekurs auf Althusser deshalb „eine moderne, den heutigen Verhältnissen adäquate Theorie“ (*links* 11/12, 95) ein, mittels der es gelänge, das Ziel – die Überwindung der bestehenden Verhältnisse – neu zu bestimmen. Mit seiner Suche nach ‘der’ Theorie bleibt Peter Nowak jedoch letztlich der männlich-linken Allmachtsphantasie verhaftet, mittels eines theoretischen Konzeptes ‘alles’ erklären zu wollen, d.h. sich selbst eine Redeposition zuzuschreiben, die über Kriterien verfügt, anderen zu sagen, was sie in ihrem konkreten Handeln falsch (= herrschaftsstabilisierend) machen.

Klassischen Selbstlegitimationsstrategien von Intellektuellen gilt es entgegenzusetzen, daß Struktur und Funktionsweise von Herrschaft nur in ihrer jeweils spezifischen und historisch konkreten Ausprägung bestimmt werden kann. In der Debatte um den Subjektbegriff und die Bedeutung von Identität bedeutet dies, daß gerade die Wahrheit produzierenden Effekte totalisierender Theorieansätze zu problematisieren sind.

Bei der Thematisierung dieser Fragen auf Kritische Theorie und Poststrukturalismus zurückgreifen zu wollen, scheint zunächst widersinnig. Innerhalb akademischer Debatten wird erstere als Inbegriff materialistischer Gesellschaftstheorie verhandelt, die den gerade noch gesellschaftsfähigen „Schuß“ Marxismus enthält, um die sie rezipierenden Intellektuellen als kritische zu konstituieren. Zweiterem wird zumindest im bundesrepublikanischen Kontext das Etikett ‘Idealismus’ angeheftet, das mit einer Melange aus befürchteter „postmoderner Beliebigkeit“ und dem Insistieren auf der „wirklichen Wirklichkeit“ erklärt wird. Jenseits dieser Gegenüberstellungen zeigen sich jedoch gerade in der Kritik von Identität als zentralem Konzept ideologischer Herrschaft Parallelen, die gerade diese beiden Ansätze aus ihren jeweiligen Zusammenhängen herausheben.

Adorno faßt die Subjektkonstitution als historischen Prozeß, der sich analog zur Herausbildung gesellschaftlicher Strukturen vollzieht. Die Betonung liegt dabei auf dem dialektischen Charakter dieses Prozesses: Die Menschen können sich zwar zunächst durch Erlangung des Subjektstatus‘ von den Zwängen äußerer und innerer Natur befreien, diese Befreiung gelingt aber nur um den Preis herrschaftlicher Unterwerfung. Das so entstandene Subjekt bezeichnet Adorno als „männlich“, da es nur den instrumentellen Umgang mit den Dingen und den anderen Subjekten kennt. Das Subjekt in dieser Konzeption ist also Ergebnis der Einwirkung gesellschaftlicher Strukturen auf die innere Natur, die Triebstruktur. Herrschaft wird verinnerlicht und es bildet sich so der Charakter – das spezifische Zusammenwirken von Ich, Es und Über-Ich – heraus. Dem Ich als Identitätsprinzip der Subjekte obliegt es, inwieweit sich die Subjekte dem ökonomischen Prozeß, der sie letztendlich bestimmt und sich über ihre Köpfe hinweg durchsetzt, widerstehen können. Der dialektische Prozeß der Aufklärung wird als tendentielle Verfallsgeschichte bestimmt, im Laufe derer sich die Widersprüche verschärfen und es somit den Subjekten nicht mehr gelingt, ein starkes Ich, Vorraussetzung für Reflexion, herauszubilden.

Es lassen sich bei Adorno zwei Subjektbegriffe unterscheiden: zum einen ein emphatischer, der im Ich-starken Subjekt die Vorraussetzung für Widerstand ansiedelt, und zum anderen ein deskriptiver, der das Subjekt im Spätkapitalismus als ein Ergebnis der Verfallsgeschichte bürgerlicher Subjektivität ansieht, die wiederum Befreiung immer unmöglicher erscheinen läßt. Das Subjekt der bürgerlichen Gesellschaft bleibt nach Adorno auch in seiner „verfallenen“ Form aber stets Kampffeld der verschiedenen Anforderungen, die an es gestellt werden, ist somit in sich widersprüchlich, konform und widerständig zugleich.

Butlers Vorgehensweise ist es hingegen, die Freudsche Erzählung, die diesem Subjektbegriff zugrundeliegt, umzukehren. Für sie sind es nicht triebtheoretische Grundlagen, sondern das kulturell erzeugte Verbot – das Inzesttabu – welches das Begehren und somit das Subjekt in seiner Geschlechtsidentität konstituiert. Dem liegt die Foucaultsche Kritik an der Repressionshypothese zugrunde: Das Gesetz wird nicht als repressiv verstanden, sondern als produktiv. Es erzeugt das, was den Subjekten selbst als ihre vorgängigen unterdrückten Anlagen erscheint. Vergesellschaftung als Genese des Subjekts bedeutet somit für Butler Naturalisierung von Identität, die Einführung eines statischen Natur-Kultur Verhältnisses. Dieses Verhältnis stellt sich in den Subjekten als Unterscheidung zwischen Innen – den psychischen Vorgängen – und Außen – den außerhalb der Körpergrenzen lokalisierten Ausdrucks- und Verhaltensweisen – dar. Butler bestimmt dagegen das Subjekt als Oberflächenphänomen, welches als Schnittpunkt von Diskursen ensteht und dessen vermeintlich inneres Seelenleben die eigentliche Oberfläche ist, welche die Materialität der Körper erst entstehen läßt. Körperlichkeit und psychische Vorstellung sind unauflöslich miteinander verschränkt. Die hegemonialen Diskurse als gesellschaftliche Strukturen bestimmen somit, welcher Typus von Subjektivität mit welcher Identität als „normal“ gilt. Die Normalitätskriterien entstehen, indem sich ein bestimmter Typus von Wissen entwickelt, der genau definiert, welche Formen von Subjektivität als Abweichungen zu beurteilen sind, um das „normale“ Subjekt durch Einkreisung zu konstruieren. Um dieses Außen, das auf negative Weise das Soziale definiert, selbst aber schon diskursiv erzeugt ist, in seiner Einwirkung auf Subjektbildungsprozesse näher bestimmen zu können, rekurriert Butler auf die Psychoanalyse Lacans. Da das Subjekt letztendlich nie selbstidentisch ist, weil es durch Verwerfungen und Verdrängungen definiert wird, gibt es Aspekte im Subjektwerdungsprozeß, die zum Scheitern verurteilt sind. Diese Fraktionierung und Uneinigkeit des Subjekts sieht Butler gerade als das offene, demokratisierende Potential der Kategorie selbst an, mittels dessen es gelingen könne, Widerstand gegen die herrschende hegemoniale Ordnung der Diskurse zu leisten.

Was beide Ansätze demnach verbindet, ist ihre Bestimmung des Subjekts als Ort von Widersprüchen. Diese konstatierte Widersprüchlichkeit wird jedoch unter-

schiedlich begründet. Während für Adorno, wenn auch gesellschaftlich vermittelt, die zentrale Auseinandersetzung im Subjekt die zwischen Trieb und äußerem Zwang ist, bestimmt Butler diese genau umgekehrt: Der äußere Zwang ist es, der Begehren – die Triebe der Freudschen Terminologie – erst entstehen läßt. In beiden Konzepten wird dieses unterschiedlich bestimmte Verhältnis jedoch keineswegs zu einer Seite hin aufgelöst. Der Subjektstatus, welcher nach Adorno und Butler weder Ursprung noch bloßes Produkt der gesellschaftlichen Prozesse ist, beinhaltet aufgrund der ihm immanenten Widersprüche immer die Möglichkeit, widerständige Potentiale zu entwickeln. Für Adorno ist diese Möglichkeit jedoch immer mehr im Schwinden begriffen. Da für ihn alle gesellschaftlichen Verhältnisse letztlich dem Kapitalverhältnis unterworfen sind, welches sich wiederum gleichsam teleologisch entwickelt, ist der Subjektstatus einer permanenten Verfallsgeschichte ausgeliefert, an deren Ende das zu Reflexion unfähige, völlig unterworfene Subjekt steht. Dieser Prognose über den Verlauf der historischen Entwicklung, die mit einem bestimmten materialistischen Begriff von kapitalistischer Vergesellschaftung zusammenhängt, widerspricht Butler mit der Behauptung der prinzipiellen Offenheit und Ungleichzeitigkeit gesellschaftlicher Entwicklungen, was ihr den Vorwurf des linguistischen Idealismus' einbrachte.

Totalität und Offenheit

Adornos Begriff des Materialismus' rekurriert sowohl auf die schon erwähnte triebnaturalistische Komponente als auch auf die Wirkungsmächtigkeit der ökonomischen Strukturen, die sich im Primat des Objekts ausdrückt. Diese Konzeption des Begriffs steht jedoch keineswegs in bloßem Gegensatz zum Idealismus, sondern strebt Vermittlung an: „Geist und faktisch Gegebenes – darauf laufen Adornos Erwägungen hinaus – sind nicht voneinander abzuspalten. Beide sind keine 'Urprinzipien'; auch die Tatsache ihrer wechselseitigen Vermitteltheit ist kein Urprinzip, 'keine positive Aussage über das Sein, sondern eine Anweisung, Dialektik konkret auszutragen'." (Adorno, zitiert nach Schmidt 1983, 21)

Der Bezug auf Marx ist somit ein kritischer: Auf der einen Seite knüpft Adorno mit der Behauptung des Vorrangs des Objekts an den Marxschen stummen Zwang der Verhältnisse an. Dieser beruht auf der Dinghaftigkeit der Welt, welche es den Subjekten unmögliche macht, die sozialen Verhältnisse als von ihnen selbst und nicht von den Dingen geschaffen, zu erkennen. Auf der anderen Seite stellt sich Adorno jedoch gegen die Kritikmethode, sogenannte geistige Gebilde aus den ökonomischen Verhältnissen abzuleiten. Für ihn geht es darum, gerade innerhalb dieser 'geistigen Gebilde' die antagonistische Struktur der Gesellschaft aufzuspüren.

Die Erkenntnis, daß sie das soziale Ganze in sich trügen und deswegen immanent zu kritisieren seien, fußt auf einem Verständnis der kapitalistischen Vergesellschaftung als Totalität: „Der Begriff der Totalität sollte gleichermaßen erlauben, a) die historische Entwicklung zu prognostizieren, b) zeitdiagnostische Theoreme über den Zusammenhang von Ursache und Wirkung zwischen ökonomischen Entwicklungen und sog. Überbauphänomenen zu geben, sowie c) schließlich einen privilegierten Erkenntnisstandpunkt auszuweisen." (Demirovic 1994, 87)

Zum Besuch einer Bar gehört nicht unbedingt ein Cocktailkleid. Wie man sieht, fühlt sich die junge Dame in ihrem hübschen Nachmittagskleid außerordentlich wohl

Geselligkeit in unserer Zeit

Totalität als der „lineare Prozeß negativer Vergesellschaftung durch kapitalistische Produktionsverhältnisse" (ebd., 89) beschreibt die geschichtliche Entwicklung als teleologischen Prozeß, dessen Verlauf im Ursprung schon angelegt ist. Dieser Prozeß läuft entweder aufgrund der immer irrationaler werdenen Herrschaft in die Katastrophe, oder führt zum befreiten Zustand; eine andere Alternative scheint nicht denkbar.

Mit der Behauptung des alleinigen Primats der Ökonomie über die gesellschaftlichen Verhältnisse im Totalitätsbegriff sind die schon erwähnten problematischen Konsequenzen verbunden. Zum einen zeigt das Modell seine autoritären Züge, indem nach ihm ein Geschichtsverlauf festgelegt wird, innerhalb dessen nur die Akteure von Bedeutung sind, denen aufgrund ihrer Rolle im ökonomischen Prozeß von vorneherein ein bestimmtes Interesse zugeschrieben wird. Zum anderen wird in der Reduktion aller nichtökonomischen gesellschaftlichen Verhältnisse auf Überbauphänomene ein kausales Verhältnis zwischen Basis und Überbau hergestellt, welches nur erlaubt, ideologische Prozesse als Verformung der eigentlichen, nämlich ökonomischen Konstituiertheit der Akteure anzusehen. Die Rolle der Intellektuellen in diesem Konzept ist es, den so privilegierten Akteuren ihren Erkenntnisstandpunkt zu erklären und somit sich selbst implizit außerhalb zu verorten. Sie scheinen letztlich die einzigen zu sein, denen ein analytischer Einblick in das Ganze gewährt wird.

Butler kritisiert diesen Begriff von Totalität, indem sie darauf hinweist, daß die Produktion von Wissen durch die Intellektuellen unlösbar mit Macht verknüpft ist und somit selbst soziale Praxis konstituiert. Für sie ist es diese spezifische Analyse der Macht, welche die postmoderne Gesellschaftstheorie von der Theorie der Totalität abgrenze: „Wenn der Begriff 'Postmoderne' in der Gesellschaftstheorie, besonders in der feministischen, irgendeine Kraft oder Bedeutung hat, so ist diese am ehesten in der kritischen Anwendung zu finden, die versucht zu zeigen, wie die Theorie, wie die Philosophie stets in Macht verwickelt ist." (Butler 1993, 35).

Die Verquickung von Theorieproduktion und Macht äußert sich in dem Setzen von Grundlagen, denen als unhinterfragbare universelle Geltung zugesprochen würden. Diese normative Setzung ist, so Butler, die „tückischste List der Macht" (ebd., 36), da sie die Setzung selbst als Ort der Macht von der Kritik ausnimmt. Vielmehr muß die Regulierung und Produktion von Subjekten selbst als Funktionsweise der Herrschaft begriffen werden. Butlers Konzept der Analyse der sprachlichen Funktionen bei der Herstellung von Identitätskategorien wirft jedoch die Frage auf, auf welche gesellschaftlichen Bereiche sich diese Analyse bezieht bzw. ob es mit dieser Art Diskurstheorie überhaupt noch Sinn macht, zwischen ökonomischer, politischer und ideologischer Ebene zu unterscheiden.

Das Argument, daß eine Diskurstheorie, die die diskursive Herstellung von Identität als Herrschaftsmechanismus in den Mittelpunkt stellt, eine „Auflösung des Ökonomischen" (Demirovic 1994, 94) betreibe, kritisiert an diesem Ansatz im wesentlichen, daß „mit der durchaus berechtigten Akzentuierung der Autonomie von Sprache und Diskurs wichtige Bereiche des gesellschaftlichen Ganzen aus den Augen" (ebd., 96) verloren gingen. Während etwa Adorno die Herstellung von Identität eng mit dem kapitalistischen Tauschprinizip in Verbindung bringt, jedoch nicht direkt daraus ableitet, ist es für Butler nicht die Öko-

nomie, sondern der Diskurs des Politischen, der Sinn und somit Identität herstellt. Hier knüpft sie an Ernesto Laclau und Chantal Mouffe an, die in der Setzung einer ökonomischen Sphäre als identitätskonstituierend „das letzte Bollwerk des Essentialismus" (Laclau/Mouffe 1991, 121) sehen. Laclau/Mouffe versuchen zu zeigen, „daß der Raum der Ökonomie selbst als ein politischer Raum strukturiert ist und daß in ihm wie auf jeder anderen ‚Ebene' der Gesellschaft jene Praktiken, die wir als hegemonial gekennzeichnet haben, voll wirksam sind" (ebd., 123). Es gibt keine endogenen Bewegungsgesetze der ökonomischen Sphäre, aus denen heraus sich Identität konstituiert, vielmehr ist die Ökonomie selbst von politischer Herrschaft durchdrungen, die es letztlich zu einem sozialen Kampf macht, wie die Produktion organisiert ist: „Weder ist das Feld der Ökonomie ein selbstregulierter, endogenen Gesetzen unterworfener Raum, noch exisitiert hier für soziale Agenten ein konstituierendes Prinzip, das in einem letzten Klassenkern fixiert werden kann, noch sind Klassenpositionen die notwendige Verortung der historischen Interessen" (ebd., 134).

Die Intention, die hinter dieser hier in aller Kürze angeführten Kritik am Totalitätsbegriff steht, ist, wie auch schon weiter oben angedeutet, „die Ära 'privilegierter Subjekte'" (ebd., 136) abzulösen. Nach diesem diskurstheoretischen Konzept gibt es keine Interessen, die soziale Akteure aufgrund ihrer ökonomischen Stellung haben, sondern diese Interessen werden erst über eine spezifische Art der Wissensproduktion erzeugt und artikulierten sich in der politischen Auseinandersetzung. Ähnlich wie Butler den essentialistischen Bezug der feministischen Bewegung auf die Kategorie 'Frau' kritisiert, kritisieren Laclau/Mouffe den ökonomischen Essentialismus des Marxismus. Sowohl Butler als auch Laclau/Mouffe fordern schließlich eine Politik ohne substantielle Grundlagen, sehen darin überhaupt erst die Möglichkeit von Politik.

Dies als „idealistische Zuspitzung der Diskursanalyse" (Demirovic 1994, 98) zu bezeichnen, hat seine Berechtigung in dem Sinn, daß hier die Analyse sozialer Prozesse nur noch als Analyse diskursiver Erzeugung von Identität betrieben wird. Während im Totalitätsbegriff letztlich alle gesellschaftlichen Sphären von der Ökonomie abgeleitet werden, löst diese Art der Diskurstheorie schließlich die Sphären zugunsten eines einzigen semantischen, sinnproduzierenden Raumes auf. Weder die eine noch die andere Position ist letztendlich in der Lage, die komplexen Herrschaftsstrukturen bürgerlicher Gesellschaften zu erklären. Hier bleibt an wichtigen Topoi des westlichen Marxismus' festzuhalten: erst die Analyse des Zusammenspiels ökonomischer, politischer und ideologischer Faktoren in der jeweiligen konkreten gesellschaftlichen Situation kann die von Herrschaft durchwobene Konstitution von Identität erhellen. Jede Ebene hat für sich keine endogenen Gesetzmäßigkeiten, sondern ist als diskursiver Raum anzusehen, der zwar mit den jeweiligen anderen Ebenen verschränkt ist, aber nicht auf die-

Es ist ein erfreulicher Anblick, wenn „Er" und „Sie" in der Kleidung harmonieren

Takt in Kleiderfragen

se zurückgeführt werden kann. So können sich etwa ökonomische Gesetzmäßigkeiten nicht ohne ein entsprechendes Wissen der Akteure über diese Gesetzmäßigkeiten, welches das Handeln organisiert, durchsetzen: „Wissen ist nicht einfach ein Zusatz zu den schon vorhandenen gesellschaftlichen, also ökonomischen und politischen Verhältnissen, sondern ein Bestandteil einer jeweiligen Praxis." (Ebd., 101)

Andererseits können sich auch ideologische Gesetzmäßigkeiten der Identitätskonstitution nicht durchsetzen, ohne daß sie mit hegemonialen Produktions- und Politikformen verknüpft sind. Analysen, die sich lediglich auf ideologische bzw. symbolische Prozesse stützen, stehen vor dem Problem, daß ihnen zunächst alle diskursiven Äußerungen gleichrangig erscheinen, sie nicht mehr unterscheiden können, in welchem von Herrschaft durchzogenen Feld Diskurse entstehen und wer aufgrund dieses Kontextes Diskurse dominiert bzw. welche sozialen Gruppen sie aufgrund unkritischer Übernahme lediglich affimieren, aber nicht selbst hervorbringen. Grundlagen können also auf keiner der gesellschaftlichen Ebenen fixiert werden: Weder Ökonomie, noch Politik oder Ideologie allein legen Identitäten fest, von denen aus Motivationen und Ziele abgeleitet werden können. Erst die Infragestellung jeglicher behaupteter Grundlagen – auch die der eigenen Theorie – gegen die List der Macht, die gerade versucht, diese Grundlagen gegen Anfechtungen abzuschotten, ermöglicht radikale Kritik an Herrschaft.

Kritik als Theorie und als politisches Handeln kann sich somit nicht mit der Basis 'Identität', etwa im Bezug auf wie auch immer geartete privilegierte Subjekte, konstituieren, sondern immer nur gegen solche letztlich essentialistischen Setzungen.

Die Krise der Identität

Adornos Konzept der Auflösung von Identität als Überwindung der bürgerlichen Gesellschaft fußt auf dem Anspruch der Immanenz, den er an Gesellschaftskritik stellt. Identifizierendes Denken, als Tauschprinzip Grundlage der Ökonomie und somit des gesellschaftlichen Ganzen, könne nur durch dessen Verwirklichung, d.h. der Durchsetzung nicht-ideologischer Gleichheit, überwunden werden. Andernfalls drohe das Zurückfallen hinter bürgerliche Standards, die nackte Gewalt. Im Moment der Verwirklichung der Gleichheit würde sich die Kategorie selbst in der Vielheit des Verschiedenen auflösen. Eine „emphatische Praxis" (Adorno 1993, 51), die dieses Ziel verfolgt, beinhaltet für Adorno sowohl die Kritik des gesellschaftlichen Ganzen als auch den Willen zu „Verbesserungen im Rahmen der bestehenden Verhältnisse" (ebd., 52). Als idealistische und somit schlechte abstrakte Praxis bezeichnet er eine Politik, welche die Möglichkeit von Reformen negativ konnotiert. Diesem Verständnis von Politik liege „ein Begriff von Totalität [zugrunde], der sich über die Interessen der jetzt und hier einzeln lebenden Menschen hinwegsetzt" (ebd.) und mit seinem „abstrakten Vertrauen auf den Gang der Weltgeschichte" (ebd.) von den konkreten sozialen Kämpfen absehe. Reformen haben für Adorno um so mehr eine symbolische Bedeutung, die ihren realen Gehalt weit übersteigt, da angesichts der sich immer stärker verfestigenden gesellschaftlichen Verhältnisse radikale Umwälzung immer unmöglicher erscheint. Dazu fehlt es allein schon an ichstarken Charakteren, die zu Reflexion überhaupt noch in der Lage sind. Die Verfallsgeschichte bürgerlicher Subjektivität ist somit auch eine Verfallsgeschichte politischer Praxis: Allein der „einsame Intellektuelle" bleibt, Kritik und somit die Möglichkeit von Veränderung anzumahnen.

Für Butler hingegen stellt diese „Verfallsgeschichte" bürgerlicher Subjektivität und Identität eine Möglichkeit dar, die es erlaubt, subversiv in den Prozeß der Identifizierung einzugreifen. Butler sieht im

Angriff auf die Integrität des Subjekts, die Auflösung der Dichotomie von Innen- und Außenraum, psychischer Struktur und Verhaltensweisen geradezu die Voraussetzung einer radikalen Politik ohne substantielle Grundlagen. Diese basiert zwar auf dem notwendigen Irrtum, Identität als Bühne der Handlung anzusehen, stellt aber mit dem Ziel der Auflösung von Identitätskategorien immer wieder die eigenen Grundlagen in Frage. Für Butler steht in den sozialen Auseinandersetzungen der Anspruch der Akteure im Vordergrund, sich selbst bestimmen zu wollen und die Bedingungen der eigenen Bezeichnung zu kontrollieren. Diese „Eingebildetheit einer Autonomie" (Butler 1995, 301) darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß das, was als Wille oder Intention des Subjekts deklariert wird, letztlich ein von Macht durchwobener diskursiver Effekt ist, dem erst nachträglich der Sinn der Intention zugesprochen wird.

Da „die politischen Begriffe, die unsere 'Freiheit' repräsentieren" (ebd., 302) nicht aus dem 'Nichts', sondern aus den bestehenden Diskursen kommen, stellt für Butler das Konzept der Resignifizierung die Möglichkeit dar, bestehende Bezeichnungen im kritischen Sinne den „rassistischen und frauenfeindlichen Regimen" (ebd.) zu entreißen, ohne der Illusion der Selbstbestimmung zu verfallen. Sie schlägt dazu analog der ideologietheoretischen Thematisierung von Rassismus eine queer-Forschung (Queer = umgangssprachliches Schimpfwort für Homosexualität) vor, die zum einen die historische Formierung von Homosexualität und zum anderen die Entwicklung der negativen Konnotierung des Begriffs untersucht. Queer ist für Butler der „diskursive Sammelpunkt" (ebd., 304) einer politischen Bewegung, die sich zunächst gegen Homosexuellenfeindlichkeit richtete und darüber hinaus Geschlechtsidentitäten selbst in Frage stellt. Widerstand gegen die hegemoniale gesellschaftliche Struktur macht sich demnach an der „Reterritorialisierung" (ebd., 305) von Begriffen fest, die in der symbolischen Ordnung das Ausgeschlossene bezeichnen. Über deren Bejahung kann der Akt des Ausschlusses selbst thematisiert werden.

Daß sich Butlers Ansatz letztlich darauf beschränkt, den Akt der Subjektkonstitution als Herrschaftsmechanismus in den Mittelpunkt zu stellen und darüber andere Herrschaftsverhältnisse aus dem Blick verliert, ist eine oft vorgebrachte Kritik (vgl. Eichhorn 1994; Eichhorn/Grimm 1994, 7f.). Diese Kritik des Butlerschen Politikkonzepts schließt an die weiter oben angeführte Kritik der poststrukturalistischen Gesellschaftstheorie an und wirft die Frage auf, inwieweit sich der diskurstheoretisch orientierte Poststrukturalismus in seiner berechtigten Betonung der Materialität von Sprache mit einer Analyse der Wirkungsmächtigkeit von ökonomischer, politischer und ideologischer Sphäre verknüpfen läßt.

Mit dem diskurstheoretisch orientierten Marxisten Stuart Hall läßt sich die historische Entwicklung des Identitätsbegriffs anhand der in der Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft jeweils spezifischen Produktionsweisen und den entsprechenden Typen von Wissen, die als Teil der sozialen Praxis die Sinnprozesse strukturieren, beschreiben. Hall vertritt die These, daß von einer „'Krise der Identität' als Teil eines umfassenden Wandlungsprozesses" (Hall 1994, 180) gesprochen werden könne, „der die zentralen Strukturen und Prozesse moderner Gesellschaften verschiebt und die Netzwerke unterminiert, die den Individuen in der sozialen Welt eine stabile Verankerung gaben" (ebd.). Das cartesianische, vernunftgeleitete Subjekt der Aufklärung mit seiner männlich konnotierten Ich-Identität als einem festen Zentrum, daß sich im Laufe des Lebens entfaltet, sieht er abgelöst von einem postmodernen Subjekt, „das ohne eine gesicherte, wesentliche oder anhaltende Identität konzipiert ist" (ebd., 182). Dieser Wandel ist zum einen Ausdruck kapitalistischer Globalisierungsprozesse und zum anderen Folge der theoretischen Dezentrierung des Subjekts aufgrund bestimmter Wissenstypen, welche universalistische Theoriebildung generell in Frage stellen.

Der Prozeß der Globalisierung als tendenzielle Auflösung der nationalen Märkte, der sich als inhärentes Moment der kapitalistischen Produktionsweise seit den siebziger Jahren beschleunigt durchsetzt, produziert eine „Zeit-Raum-Verdichtung" (ebd., 209), die zur Auflösung der in Zeit und Raum verorteten Identitäten beiträgt. Diesem von einer spezifischen „Machtgeometrie" (Doreen Massey, zitiert nach Hall 1994, 213), d.h. der Dominanz westlicher Ökonomien, durchzogenen Prozeß folgt jedoch auch die Gegentendenz der lokalen Identifikation, daß so eher „eine neue Artikulation zwischen dem Lokalen und dem Globalen" (ebd.) zu beobachten ist, als die völlige Auflösung von ersterem. Was Hall betont, ist der „neue" dialektische Charakter von Identität: Während zentrierte und geschlossene Identitäten nach und nach zerstreut werden, ist die Wirkung dieses Prozesses widersprüchlich. Auf der einen Seite verursacht er Re-Traditionalisierungstendenzen, auf der anderen Seite jedoch auch einen offenen, pluralisierenden Umgang mit Identität.

Diese, von Hall beschriebene, der gesellschaftlichen Entwicklung inhärente Spannung ist es, die den Umgang mit Identität zu einem komplexen Unternehmen macht.

Die Krise der Identität vereinigt als widersprüchlicher Prozeß jedoch sowohl Momente der Auflösung des Identitätsbegriffs als auch Tendenzen der Wiedereinsetzung alter, längst überwunden geglaubter Identitätskonzepte. Weder die Beschreibung als stetig vorranschreitender Prozeß noch als völlig offene Entwicklung kann dies letztlich erfassen. Den Marxschen Satz, daß es die Menschen sind, die ihre Geschichte machen, dies jedoch nicht aus freien Stücken tun, ernst zu nehmen, würde in diesem Zusammenhang bedeuten, sowohl die Rolle der sozialen Akteure, die mit ihren jeweiligen Auseinandersetzungen die Verlaufsformen ökonomischer, politischer und ideologischer Prozesse bestimmen, als auch deren eigene herrschaftsförmige Konstituiertheit anzuerkennen.

Diejenigen Elemente der Kritischen Theorie Adornos und des Poststrukturalismus Butlers, die dies in ihrer Thematisierung von Identitätskonzepten als Momente ideologischer Herrschaft berücksichtigen, zu verbinden, zeitigt zweierlei Konsequenzen: Einerseits ist zu berücksichtigen, daß es keine privilegierten Subjekte gibt, die qua ihres gesellschaftlichen Status' mit einem Willen zur Befreiung ausgestattet durch die Geschichte geistern und nur darauf warten, daß ihnen jemand ihre historische Aufgabe erklärt. Andererseits kann genauso wenig von „privilegierten" gesellschaftlichen Bereichen ausgegangen werden, mittels deren Veränderung sich nach kausaler Logik alles andere quasi von selbst ergibt. Der Abschied von jeglichem Theorieimperialismus bedeutet jedoch nicht die von so vielen befürchtete „postmoderne Beliebigkeit", sondern fußt vielmehr auf der Erkenntnis, daß Befreiung nur im Kampf gegen Ökonomie, Politik und Ideologie erreicht werden kann. ●

Literatur:

Adorno, Theodor W.: Einleitung in die Soziologie: Vorlesung vom Sommersemester 1968. Suhrkamp, Frankfurt/M. 1993.

Butler, Judith: „Kontingente Grundlagen: Der Feminismus und die Frage der 'Postmoderne'". Seyla Benhabib (et al.). Der Streit um Differenz: Feminismus und Postmoderne in der Gegenwart. Fischer, Frankfurt/M. 1993, 31-58.

dies.: Körper von Gewicht: Die diskursiven Grenzen des Geschlechts. Berlin, Berlin 1995.

Demirovic, Alex: „Totalität und Immanenz". Henning Böke (et al.) (Hg.). Denk-Prozesse nach Althusser. Argument, Hamburg 1994, 87-102.

Eichhorn, Cornelia: „Zwischen Dekonstruktion und Identitätspolitik". Die Beute 1, 1994, 40-43.

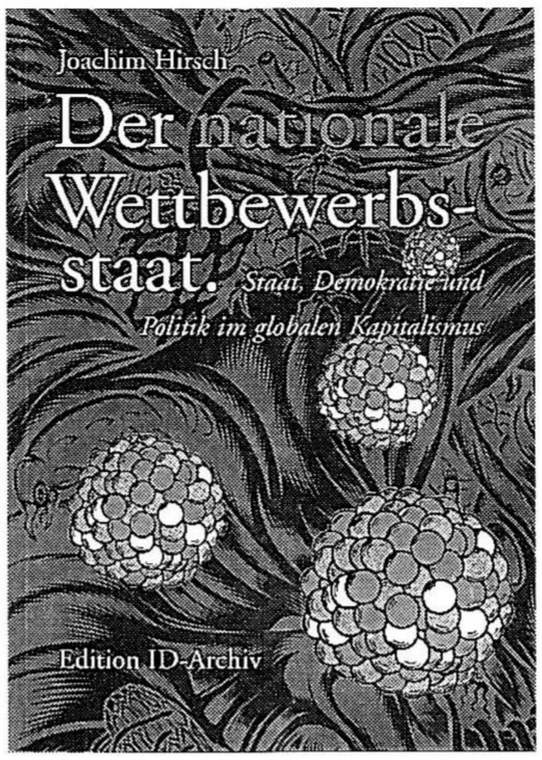
dies., Sabine Grimm (Hg.): Gender Killer: Texte zu Feminismus und Politik. Edition ID-Archiv, Berlin/Amsterdam 1994.

Hall, Stuart: Rassismus und kulturelle Identität. Argument, Hamburg 1994.

Laclau, Ernesto / Chantal Mouffe: Hegemonie und radikale Demokratie: Zur Dekonstruktion des Marxismus. Passagen, Wien 1991.

Schmidt, Alfred: „Begriff des Materialismus bei Adorno". Ludwig von Friedeburg, Jürgen Habermas (Hg.): Adorno-Konferenz 1983. Suhrkamp, Frankfurt/M. 1983.

Jetzt *links* abonnieren oder werben für ein Jahr und länger ...



1

Joachim Hirsch
Der nationale Wettbewerbsstaat
Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus
Joachim Hirsch ist einer der wichtigsten Theoretiker der mittlerweile schon etwas in die Jahre gekommenen Neuen Linken in der BRD. Seine neue Arbeit schließt an die früheren Untersuchungen zum Sicherheitsstaat an. (Verlagsankündigung) Ausführliche Besprechung demnächst.

Andrea Maihofer
Geschlecht als Existenzweise
Ulrike Helmer Verlag, Frankfurt1995, 208 Seiten
In der Auseinandersetzung mit aktuellen Ansätzen des Dekonstruktivismus entwickelt Andrea Maihofer eine Auffassung von „Geschlecht", die eine begriffliche Balance herstellt zwischen Natur und Kultur, Körper und Geist, Materie und Bewußtsein, gesellschaftl. Hegemonie und konkreter Individualität. (Verlagsankündigung).

2

3

l'amigamore
Tanzmusik aus der DDR von 1963 bis 1970 / CD, L'AGE D'OR, Hamburg 1995
Allen LeserInnen, die [...] an der politischen Relvanz dessen zweifeln, was zu hören ist, sei versichert, „der Inhalt der CD ist gleichermaßen obskur wie hochpolitisch [...]" (Heumann). Allen HörerInnen, die sich dafür nicht interessieren wollen, sei versichert: Es ist einfach Tanzmusik! *(links)*

... und eine der drei Prämien kassieren!

☐ Normal-Abo (W: DM 75,- / O: DM 50,- incl. Porto, Versand und MWSt.; Luftpostpreise auf Anfrage)
☐ Ermäßigtes Abo (DM 56,- gegen Vorlage von Studi-, Arbeitslosen- oder Sozialhilfebescheinigung)
☐ Förder-Abo (*links* für DM100,- oder mehr)
☐ Geschenk-Abo (*links* für ○ **1 Jahr**; Preis wie Normal-Abo)

Betrag: ○ zahle nach Erhalt der Rechnung

○ mit Einzugsermächtigung: abbuchen von

Konto: _____ Bank: _____

BLZ: _____

_____
Vor- und Zuname

_____
Straße

_____
Plz Ort

_____
Datum Unterschrift

○ Das **Geschenk-Abo** geht an folgende Adresse
○ Ich habe den/die AbonnentIn geworben, bin bereits *links*-AbonnentIn und möchte die angekreuzte **Werbeprämie** als Dankeschön.

_____
Vor- und Zuname

_____
Straße

_____
Plz Ort

○ Prämie 1 ○ Prämie 2 ○ Prämie 3

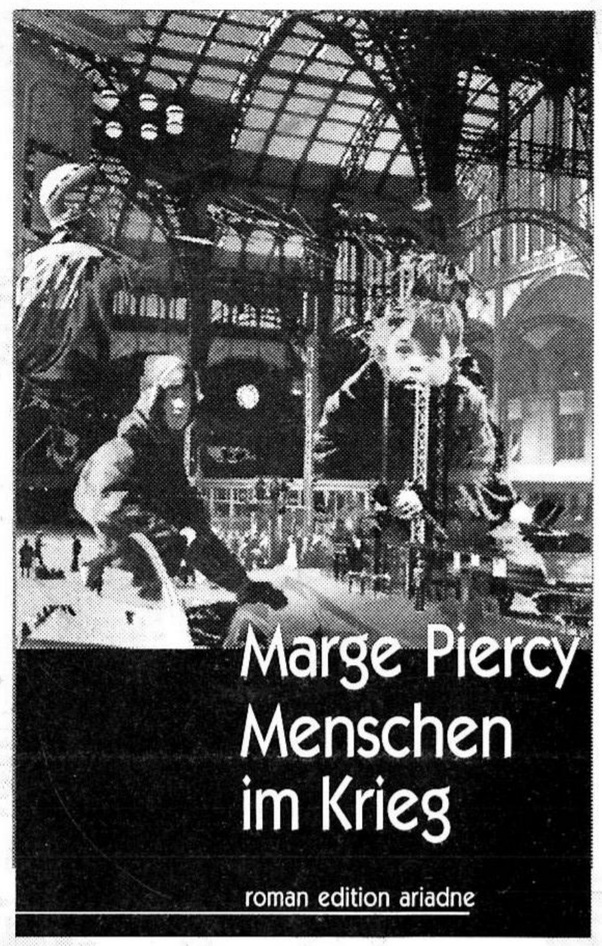
Vertrauensgarantie: Diese Vereinbarung kann schriftlich innerhalb von zehn Tagen widerrufen werden. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn es nicht bis zum 30.9. (frühestens 1996) vor Ablauf des bezahlten Bezugszeitraumes gekündigt wird.

Verlag 2000, Postfach 10 20 62, 63020 Offenbach
Postvertriebsstück D 1600 E Gebühr bezahlt

Infoladen Leipzig

Koburger Str. 3
D 04277 Leipzig

1
SO



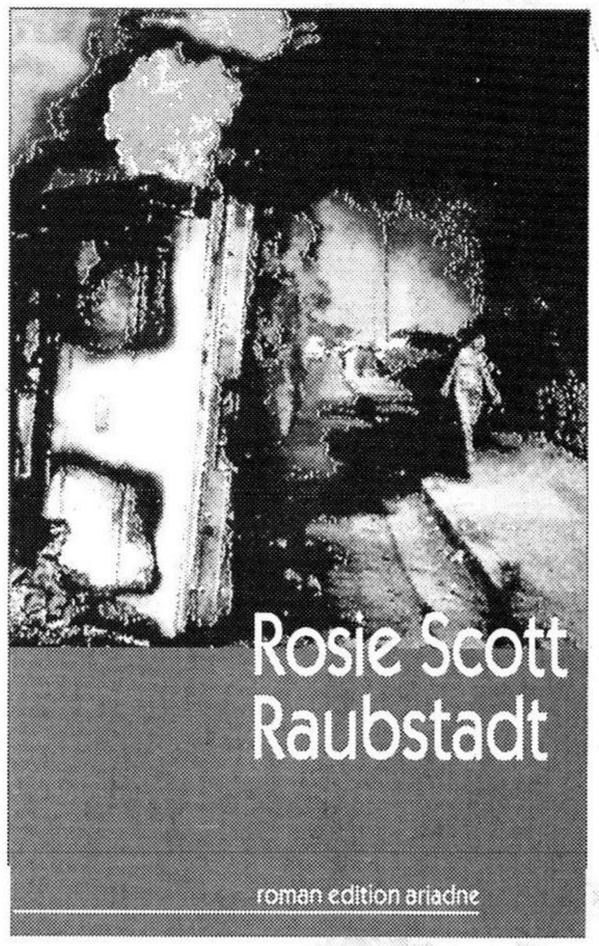
Roman. 760 Seiten. Gebunden. 56 DM/427 ÖS/56 SF
Deutsch von Heidi Zerning

Es war einmal ein Krieg. Und wir wissen alle, so soll es nie wieder kommen. Aber – wie war das eigentlich?
Die packende Erzählung über zehn Leben im Zweiten Weltkrieg von der Autorin der Romane *Er, Sie und Es* und *Donna und Jill.*

Lesen

roman edition ariadne
Argument Verlag

Rentzelstraße 1 · 20146 Hamburg
040/45 36 80 · Fax: 040/44 51 89



Roman. 210 Seiten. Gebunden. 36 DM/281 ÖS/37 SF
Deutsch von Else Laudan und Martin Grundmann

Es war einmal in der Zukunft. Bücher waren nur noch billiger Brennstoff. Die Regierung regierte nur noch den Wohlstand. Der Rest krepierte elend.
Zwei Schwestern machten sich auf, einer menschlichen Utopie neue Kraft zu geben.

Im guten Buchhandel und bei Argument Vertrieb, Reichenberger Straße 150, 10999 Berlin

Daß es einen »Fall Heidegger«, aber keinen »Fall Gadamer« gab, liegt auch an dem, was man den »Fall Bundesrepublik« nennen könnte

Argument-Sonderband Neue Folge 240
300 Seiten. 29,00 DM/225 ÖS/30,00 SF

Gadamer scheint über jeden Verdacht nazistischer Kompromittierung erhaben: als politisch Unbescholtener 1945 von den Sowjets zum Rektor der Universität Leipzig ernannt und heute von der FAZ als »erfolgreichster Philosoph der Bundesrepublik« gefeiert ... aber sein Wirken war auch ein Mitwirken.

Cyborgs oder Monster? Die Folgen der technowissenschaftlichen Forschung sind nicht absehbar

Argument-Sonderband Neue Folge 234
228 Seiten. 29,00 DM/225 ÖS/30,00 SF

Immer neue Publikationen verkünden Heilsbotschaften einer besseren Welt oder malen deren Horrorvisionen. Donna Haraway schreibt über immer »befremdlichere« Forschungsergebnisse zum Thema »Was der Mensch alles kann« und über die Faszination und die Angst vor den Folgen technowissenschaftlicher Forschung.

Mit der Postmoderne gingen alle Sicherheiten über Bord und alle Prinzipien, nach denen im Westen gelebt wurde, gerieten in die Krise

Argument-Sonderband Neue Folge 239
272 Seiten. 29,00 DM/225 ÖS/30,00 SF

Bauman untersucht die philosophischen, soziologischen und politischen Wurzeln der Postmoderne, diskutiert die Rolle der Intellektuellen in einer Welt schwindender Selbstverständlichkeiten und analysiert den Zusammenbruch der kommunistischen Staaten.

Argument
Hamburg · Berlin

Im Buchhandel oder ab die Post an: Argument Vertrieb, Reichenberger Straße 150, 10999 Berlin. Fax: 030 / 611 42 70
Wir versenden per Rechnung zzgl. 4,- DM Versand; ab 70,- DM Bestellwert kommen die Bücher frei ins Haus!

Bestellabschnitt

____ Ex. "Platonische Gewalt"
____ Ex. "Monströse Versprechen"
____ Ex. "Ansichten der Postmoderne"
____ Ex. "Menschen im Krieg"
____ Ex. "Raubstadt"

Name_____
Straße_____
PLZ _____ Ort _____
Unterschrift_____

arg 12952